

„Mit dem Führer zum Sieg ?“



Begleitmaterialien zur Ausstellung

Zusammengestellt und herausgegeben von
Saskia Bruns und Christoph Laue

Mit Beiträgen von:
Volker Beckmann, Renée Claudine Bredt, Helga Diestelmeier,
Gisela Küster, Helga Kohne, Christoph Laue und Manfred Schulte

Schriftenreihe der Gedenkstätte Zellentrakt, Herford, Band 2

© Herford 2015



Kuratorium Erinnern Forschen Gedenken e.V.
Gedenkstätte Zellentrakt, Rathausplatz 1, 32052 Herford, 05221-189257, FAX 05221-132252
info@zellentrakt.de, www.zellentrakt.de

Mit freundlicher Unterstützung durch:

**demokratie
leben**

Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



Inhaltsverzeichnis	Seite
Christoph Laue Vorwort: Mit dem Führer zum Sieg? - Der Raum Herford im Krieg 1939-1945	5
Helga Diestelmeier Der Zweite Weltkrieg – Allgemeine Bemerkungen	9
Helga Diestelmeier Der Beginn des Krieges in Herford in Literatur und Quellen (Auswahl)	13
Helga Diestelmeier Die Heimatfront	16
Helga Diestelmeier Offizielle Berichte des Sicherheitsdienstes: Was denken und wissen die Menschen in der Heimat über den Krieg?	21
Christoph Laue Kriegshelden: Das Beispiel Wilhelm Bredemeier	24
Helga Diestelmeier Feldpostbriefe	26
Helga Diestelmeier Kriegskorrespondenz zwischen Friedrich Pahlmeyer und seiner Ehefrau Selma	29
Helga Diestelmeier Die Frauen in der Heimat	30
Christoph Laue Jugend im Krieg	40
Renée Claudine Bredt Jüdisches Leben in der Heimat	51
Renée Claudine Bredt Deportation der Juden aus Deutschland und Herford ab 1939	61
Renée Claudine Bredt Lebenszeichen aus den Ghettos und Konzentrationslagern	75
Helga Diestelmeier Letzte Spuren aus dem Warschauer Ghetto und aus dem Zwangsarbeitslager Poniatowa	79
Gisela Küster „Zigeuner“ Sinti und Roma	85
Manfred Schulte Euthanasie in Deutschland	109

Christoph Laue Opfer der Euthanasie aus dem Herforder Raum - Beispiele	116
Helga Kohne Widerstand und Verfolgung: Bibelforscher im Raum Herford 1933-1945	123
Helga Kohne Widerstand und Verfolgung: Das Beispiel Heiko Ploeger	126
Volker Beckmann Sozialdemokratischer Arbeiterwiderstand gegen den Nationalsozialismus in Ostwestfalen-Lippe	128
Helga Kohne Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit	137
Helga Kohne Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene: Das Beispiel Efim Gorgol	138
Helga Kohne SULO - Streuber und Lohmann - ein kriegswichtiger Betrieb	139
Helga Kohne Die Lohmann-Werke AG in Pabianice (Polen) und Sundern bei Herford	141
Helga Kohne „Barfuss in Metallspänen...“: Die Küchenmöbelfabrik Paul Nolting	143
Christoph Laue Luftschutz	144
Helga Diestelmeier Der Bombenkrieg 1944/1945	152
Christoph Laue Die Opfer der Luftangriffe auf Herford	158
Christoph Laue Das letzte Aufgebot: Jugendliche und Alte im Kriegseinsatz – Flakhelfer und Volkssturm	160
Helga Diestelmeier Kriegsende und Befreiung im Mai 1945	169
Helga Kohne März/April 1945: Hedwig Klüter erzählt	173
Helga Kohne April 1945: Befreiung in Herford und Schwarzenmoor	174
Literaturauswahl (HF-Geschichtsmagazin und Historisches Jahrbuch)	175

Vorwort: „Mit dem Führer zum Sieg? - Der Raum Herford im Krieg 1939-1945“

von Christoph Laue

2013 und 2014 zeigte die Gedenkstätte die Ausstellung „Herford gehört(e) dem Führer? - Die Nazifizierung des Alltags im Raum Herford 1933-1939“, die mit 3.153 Besucherinnen und Besuchern, darunter 1.498 Schülerinnen und Schülern die bisher erfolgreichste Ausstellung war.



Foto aus der letzten Ausstellung (Jürgen Escher, Kuratorium)

Die aktuelle Ausstellung ist eine Weiterführung dieser Ausstellung. 70 Jahre nach dem Kriegsende und der Befreiung vom NS-Regime soll mit zahlreichen Dokumenten, Zeitzeugenberichten und Originalen aus der Region in einer inszenierten Ausstellung gezeigt werden, wie es der Bevölkerung an der „Heimatfront“ und den Soldaten aus dem Raum Herford in den Kriegsjahren erging und wie die Verfolgung von Minderheiten fortgesetzt und bis zur Vernichtung gesteigert wurde.

Insgesamt sollen der „normale“ Alltag im Raum Herford und die Eingriffe des Kriegsgeschehens und des NS-Regimes im Mittelpunkt stehen. Eine Vollständigkeit der Darstellung (wie in einer Publikation) wird nicht angestrebt und ist auch nicht möglich, die Ausstellung setzt eher Schlaglichter.

Gerade weil Stadt und Kreis Herford in diesem Themenzusammenhang keine Besonderheiten (wie z. B. besondere Schlachten, Bombenangriffe...) aufweisen, bietet die Ausstellung die Chance, darzustellen, wie sich der Krieg in einer „normalen“ deutschen Kleinstadt auf den Alltag der hier lebenden Bevölkerung auswirkte.

Wie schon in der letzten Ausstellung zu den Jahren 1933-1939 ergibt sich gerade durch die Darstellung des „Normalen“ die Erkenntnis, dass NS-Diktatur und Krieg den Alltag der Menschen bestimmten und nur wenige Handlungsoptionen zuließen. Umso mehr wird damit deutlich, dass in unserer heutigen Demokratie erweiterte Handlungsmöglichkeiten bestehen.

Dargestellt werden soll, wie der Krieg „draußen“ das private und öffentliche lokale Leben in Herford immer mehr beeinflusste, von der Lebensmittelversorgung bis hin zum Erleben der Angriffe, der Zerstörung, des einzelnen Todes..., aber vor allem auch das Leid von Ausgrenzung, Verfolgung und Vernichtung.

Eine wichtige Grundlage dazu ist die von einem Herforder Lehrer geführte Kriegschronik, die „Schierholz-Chronik“, die zum ersten Mal vollständig in Vorbereitung auf die Ausstellung transkribiert, kommentiert und ausgewertet wurde. Es stehen aber auch zahlreiche weitere archivische und private Dokumentationen und Unterlagen zur Verfügung.

In einer weiteren Ebene der Darstellung wird vermittelt, was die Menschen in Herford über den Krieg „draußen“ erfuhren, über die Kontakte zu Soldaten (in der Herforder Garnison), über Urlaub der Herforder Soldaten in der Heimat und über Feldpostbriefe. Spannend ist auch, wie aus der Heimat in Briefen von Angehörigen, Firmen, Institutionen und Stadtverwaltung an die Soldaten über die Situation hier vor Ort an die Front berichtet wurde.

Eine Besonderheit sind die Feldpostbriefe des Lehrers Pahmeyer, die zusammen mit den Antwortbriefen seiner Frau erhalten sind und zum ersten Mal der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Mit dem Kriegsbeginn 1939 begannen auch im Raum Herford tiefgreifende Veränderungen: die Männer mussten in den Krieg, die Familien erlebten an der „Heimatfront“, neben der Sorge um ihre Angehörigen, Not und Bombenkrieg. Die Ausgrenzung und Verfolgung von Minderheiten setzte sich fort bis zur massenhaften Ermordung. Auch der Raum Herford wurde schließlich zum Kriegsschauplatz, bis der militärische Zusammenbruch und die Befreiung durch die Alliierten im April/Mai 1945 die Menschen erlöste.

Offizielle Dokumente, aber vor allem private Fotos und Briefe aus dem Krieg und von der Heimatfront ergeben zusammen ein Bild der Geschehnisse und vermitteln, was die ganz normalen Menschen vom Krieg erfuhren und erlebten.

Die Ausstellung soll zusammen mit dem Begleitprogramm dafür sensibilisieren, wie Krieg, Verfolgung und ein diktatorisches Regime den Alltag beeinflussten und welche Handlungs- und Handlungsmöglichkeiten angesichts der Entwicklungen im Nahen Osten und Flucht und Vertreibung aus Kriegsgebieten auch für heute daraus abgeleitet werden können.

Diese Materialsammlung ist keine Dokumentation der Ausstellungstafeln und -exponate, sondern soll als Ergänzung der in der Ausstellung erscheinenden Themen und Texte dienen.

Ergänzend zu den hier präsentierten zusammenfassenden Texten und Materialien können die sich im Archiv des Vereins für Herforder Geschichte befindliche Kriegschronik der Stadt Herford, verfasst von Gustav Schierholz und kommentiert übertragen von Volker Beckmann (einsehbar in der Ausstellung und unter www.zellentrakt.de) sowie verschiedene in Original und Kopie vorliegende Feldpostbriefsammlungen und Kriegsphotoalben (teilweise einsehbar in der

Ausstellung und unter www.zellentrakt.de) als Quellenmaterial herangezogen werden.

Der Verfasser der Kriegschronik war Gustav Schierholz (1894-1970): Oberstudienrat (seit 1946 Direktor) am Friedrichs-Gymnasium, seit 1932 (bis 1956) Leiter des Heimatmuseums, seit 1940 Vorsitzender des Heimatvereins und seit 1942 Archivpfleger der Stadt Herford. Seit 1942 mit der (Kriegs-)Chronik der Stadt Herford beauftragt (Archiv des Vereins für Herforder Geschichte e.V.).

Neben zahlreichen anderen privaten Überlieferungen wurden u. a. persönliche Zeugnisse folgender Personen für die Ausstellung genutzt:

Heinrich Bien (1910–2010): Friseur in Herford, verheiratet seit 1939 mit Elsbeth Stipp (1911–2010). Verwendet wurde seine Fotodokumentation 1939-1945 (Archiv des Vereins für Herforder Geschichte e.V.).

Alfred Lessing (Pseudonym: eigentlich Anton Lehmann) (geb. 1921): Sohn einer Herforder Sinti-Familie, Musiker, 1993 Verfasser der Autobiografie „Mein Leben im Versteck“. Verwendet wurden Auszüge aus seinem Buch (Kommunalarchiv Herford).

Paul Niemann (1887–1967): Theatermeister und städt. Angestellter in Herford, verheiratet mit Karoline Niemann, geb. Wolff (1889–1951). Verwendet wurden Fotos aus der Familie (Privatsammlung).

Friedrich Pahmeyer (1905–1962): Lehrer und Heimatforscher in Lippinghausen, verheiratet seit 1937 mit Selma Pahmeyer, geb. Tappe (1912 – 1987). Verwendet wurden seine Feldpostbriefe, die Briefe seiner Frau und von Verwandten (Privatsammlung).

Fritz Poggemeier (1911-1944 in Kriegsgefangenschaft): Verkäufer aus Werste, korrespondierte mit seiner Schwester Minna Wehmeier, geb. Poggemeier (1914 - 2005) in Gohfeld (Löhne) und seiner Freundin Irene Blankenburg, Zahnärztin in Litzmannstadt (Lodz). Verwendet wurden seine Feldpostbriefe und die Briefe seiner Schwester und Freundin (Stadtarchiv Bad Oeynhausen).

Albert Schiff (1900-1943): Fabrikant in Herford, verheiratet mit Johanna Schiff, geb. Levison (1900-1943). Als Juden 1942 ins Ghetto Warschau deportiert und 1943 in Poniatowa ermordet. Verwendet wurden Briefe der Familie, u.a. an Tochter Thekla (Foto), die 1939 nach Schweden fliehen konnte (Privatsammlung, Kopien im Kommunalarchiv Herford).

Helmut Schrader (1909–1983): Kaufmann in Herford, befreundet mit seiner späteren Ehefrau Betty Heinzelmann (1919–2012). Verwendet wurden seine Feldpostbriefe an Betty und Fotos (Privatsammlung).

Karl Titgemeyer (1913-1980): Druckereibesitzer in Herford, verheiratet mit Anneliese, geb. Höhner (geb. 1913). Verwendet wurden Fotos aus seinem Kriegserinnerungs-Album (Kommunalarchiv Herford).

Hans Wieczorek (1920–1945, vermisst, für tot erklärt 1951): als Soldat stationiert in Herford und zeitweilig Bademeister im Otto-Weddigen-Bad. Verheiratet seit 1944 mit Inge Gravenkamp (geb. 1923). Verwendet wurden Fotos und Dokumente (Privatsammlung).



**Einige der Personen: Titgemeyer, Bien, Schrader, Schierholz
(versch. Fotosammlungen)**

Jutta und Jürgen Heckmanns haben in drei Videofilmen Herforder Zeitzeugen befragt. Die Filme über Renate Späth, Inge Gravenkamp und Walter Heinemann werden in der Ausstellung gezeigt, sind nach Absprache aber auch kommentiert unter Einbezug der Zeitzeugen selbst in Schulen einzusetzen.

Die Ausstellung ist eine Gemeinschaftsleistung des Kuratoriums Erinnern Forschen Gedenken e.V. Wesentliche Beiträge zu Recherche, Exponaten, Interviews und Texten lieferten: Volker Beckmann, Renée Claudine Bredt, Helga Diestelmeier, Jutta und Jürgen Heckmanns, Helga Kohne, Gisela Küster, Christoph Laue, Wolf Müller, Ute und Hans-Peter Pahmeyer, Manfred Schulte und Wolfgang Spanier, die Gestaltung übernahm Elke Brunegrab.

Aufbau der Ausstellungstafeln:

Die Gestaltung der Ausstellungstafeln ermöglicht den Zugang zum Thema sowohl über eine vergleichende chronologische Verfolgung der Geschehnisse im Raum Herford sowie im Krieg allgemein, als auch einen Zugang über die Auswahl einzelner Themen und persönlicher Schicksale durch die Kriegsjahre:

Im oberen Bereich finden sich in der Regel originale Texte, Fotos und Dokumente zur Lage an der „Heimatfront“, also zum Alltag im Raum Herford. In der Mitte zeigt die Zeitleiste pro Tafel das Jahr und jeweils drei Monate. Im unteren Bereich sind vorwiegend originale Texte, Fotos und Dokumente aus dem Krieg, zu allgemeinen Entwicklungen und Briefe aus dem Krieg an die „Heimatfront“ angeordnet. Ganz unten findet sich die allgemeine Chronik des Zweiten Weltkrieges. Den Hintergrund jeder Tafel bildet ein Foto oder Dokument aus dem jeweiligen Zeitraum.

Die Texte auf den Tafeln sind jeweils mit einer Farbe unterlegt, die auf die Herkunft oder Quelle der Texte oder auf das jeweils dort behandelte Thema hinweist. Bei den Texten handelt es sich meist um Zitate und Auszüge aus den Originalquellen (z.B. der städtischen Kriegs-Chronik, Zeitungsartikeln oder Feldpostbriefen) oder um zusammenfassende Texte zum jeweiligen Thema. Sprache und Wortwahl sind zeitgenössisch, auch die NS-Sprache wird

authentisch wiedergegeben. Zur besseren Lesbarkeit sind die Zitate und Texte nicht durch Auslassungszeichen (wie: ...) oder Anführungsstriche ("...") unterbrochen. Abkürzungen sind aufgelöst und die Rechtschreibung ist aktualisiert.

Inszenierung:

In einem Raum des Zellentraktes werden mit authentischen Exponaten die Folgen eines Bombenangriffs dargestellt. Weitere Inszenierungen finden sich in einzelnen Zellen.

Originaldokumente:

In Vitrinen bzw. als Scans zum Durchblättern Exponate wie: Kriegsphotoalben (Titgemeyer, Bien ...), Feldpostbriefe (Pahmeyer), Uniformen, Radio, Hitlerbüste, Bilder aus dem Privaten, Kriegsliteratur, Schul- und Kinderbücher, Gefallenenlisten...

Pädagogik:

Neben den allgemeinen und themenbezogenen Führungsangeboten werden auch Materialien zur Selbsterkundung erarbeitet, u.a. chronologisch orientierte Fragebögen für SchülerInnen und thematisch orientierte Fragebögen für SchülerInnen. Verbunden werden kann die Ausstellungsführung/-erkundung mit Stadtführungen zu einzelnen Themen.

Die Gedenkstätte Zellentrakt hat im Jahr 2014 mit der Gesamtschule Friedenstal in Herford eine Bildungspartnerschaft vereinbart. Es ist geplant, Schülerinnen und Schüler der Schule in die Eröffnung, Präsentation und Vermittlung der Ausstellung einzubeziehen.

Der Zweite Weltkrieg – Allgemeine Bemerkungen

von Helga Diestelmeier

Am 1. September 1939 setzte Hitler seinen unbedingten Willen zum Krieg durch den Überfall auf Polen in die Tat um. Er begründete den ohne Kriegserklärung erfolgten Einmarsch in Polen mit der Lüge, dass in der Nacht vorher erstmals reguläre polnische Soldaten auf deutschem Territorium geschossen hätten.



**Besuch an der Westerplatte (Fotosammlung Bien, Archiv
Geschichtsverein Herford, Kommunalarchiv)**

Hitler und anderen maßgeblichen Nationalsozialisten ging es im 2. Weltkrieg von Anfang an mindestens um eine radikale Neuordnung Europas, in letzter Konsequenz der Welt mittels Eroberung und Vernichtung. Zwei „Ideen“ standen dabei aus NS-Sicht im Mittelpunkt: NS-Imperialismus und NS-Rassentheorie. Beides war unlöslich miteinander verknüpft. Das deutsche „Herrenvolk“ sei ein „Volk ohne Raum“, dessen biologische Zukunft nur durch „neuen Lebensraum“ gesichert werden könnte, nicht in Übersee wie beim alten Kolonialimperialismus, sondern im Osten Europas. Damit war Polen, aber besonders die Sowjetunion gemeint. Gemäß NS-Ideologie haben die alteingesessenen Völker keine Bedeutung mehr, ihre Intelligenz wird ausgerottet, die Besiegten werden verdrängt durch deutsche Besiedlung, sie werden durch Hunger und Exekutionen dezimiert bis auf die, die als Arbeitskräftereservoir ein Helotendasein auf niedrigstem Niveau fristen müssen. „Neuer Lebensraum im Osten“ kann nur mit Krieg erreicht werden. Im vulgärdarwinistischen Denken gibt es im Leben der Menschen und Völker immer nur den Kampf auf Leben und Tod, wo der Stärkere siegt und der Schwächere untergeht.

Die ideologische Idee des Rassismus hatte zusammen mit Antisemitismus und Antikommunismus eine bestimmende Rechtfertigungs- und Mobilisierungsrolle. Der NS-Antisemitismus konnte an eine lange, schon im Mittelalter einsetzende geschichtliche Tradition anknüpfen. Der in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts sich formierende moderne Antisemitismus setzte das Jüdische gleich mit Liberalismus, Sozialdemokratie, Marxismus, Kapitalismus, Freimaurerei und Pazifismus. Antisemitismus wurde das Symbol der Ablehnung der Moderne und

der Ablehnung der Emanzipation der Juden und wurde durchaus als „salonfähig“ betrachtet, gestärkt auch durch eine deutliche christliche Gegnerhaltung. Die national-konservativ denkenden Deutschen (hauptsächlich aus dem Adel und allen Schichten des Bürgertums, einschließlich der Bauern) erlebten die Niederlage im 1. Weltkrieg und das Ende des Kaisertums 1918 als existentielle Verunsicherung. Sie lehnten die neue Republik, die in den 20er Jahren mit vielen Problemen politischer und wirtschaftlicher Art konfrontiert war und an derer Regierungen auch Sozialdemokraten beteiligt waren, vehement ab. Juden warfen sie zu viel Einfluss in Wirtschaft, Verwaltung und freien Berufen vor und schoben ihnen den „Verfall von Ordnung, Sitte und Moral“ in die Schuhe.

Antisemitismus und Rassenhass wurden mit der „Machtübernahme“ der Nationalsozialisten zur Staatsdoktrin erhoben. Der Überfall auf Polen war in dieser Hinsicht der Vorläufer des Überfalls auf die Sowjetunion, der einen rasseideologischen Vernichtungsfeldzug ermöglichte. Feindbild war der „jüdische Bolschewismus“. Sowjetische Soldaten wurden auf Grund der NS-Ideologie als „slawische Untermenschen“ angesehen. So starben allein zwischen Herbst 1941 und Februar 1942 in den Wehrmachtstraflagern in der Sowjetunion zwei Mio. russische Kriegsgefangene, auf die in dem „Weltanschauungskrieg im Osten“ keine Rücksicht genommen werden sollte, zumal das NS-Regime sich zu dieser Vorgehensweise berechtigt fühlte, weil die Sowjetunion nicht die Konvention bezüglich der Behandlung von Kriegsgefangenen unterzeichnet hatte.

Erschießungen kommunistischer Funktionäre, die in die sowjetischen Truppen integriert waren, und jüdischer Männer leiteten den Völkermord ein, der in der Logik der NS-Ideologie im August 1941 auf jüdische Frauen und im September 1941 auf jüdische Kinder ausgedehnt wurde. Täter waren die Einsatzgruppen, zusammengestellt vor allem aus SD (Sicherheitsdienst der SS), Gestapo und Kripo, Polizeibataillonen der Ordnungspolizei und Brigaden der Waffen-SS, ergänzt durch „Hilfswillige“ aus den eroberten Gebieten. Da Erschießungen nicht effizient genug schienen, und zudem die Männer in den Einsatzgruppen „psychisch zu sehr belastet“ seien bei dieser Art des Vernichtungsprozesses, wurden die Opfer durch mobile Gaswagen oder in den Vernichtungslagern durch stationäre Anlagen (meistens Motorenabgase, in Auschwitz-Birkenau Zyklon B) umgebracht.

Die „Endlösung der Judenfrage“, d.h. die Tötung aller Juden Europas, ihre möglichst totale Ausrottung, sollte streng geheim gehalten werden. Die einfache, so genannte „arische“, Bevölkerung in Deutschland z.B. konnte sich damit „beruhigen“, dass die Deportationen ihrer jüdischen Nachbarn eine „Umsiedlung zum Arbeitseinsatz in den Osten“ bedeutete, wo sie dann noch den „Vorzug“ hätten, „unter sich“ leben zu können. Eine hundertprozentige Geheimhaltung der Vernichtung konnte jedoch nicht sichergestellt werden, da Fronturlauber davon berichteten und sogar Fotos von Erschießungen vorzeigen konnten, die sie entweder selbst gemacht oder bei Kameraden eingetauscht hatten, bis es Soldaten offiziell verboten wurde, Zuschauer zu sein oder zu fotografieren.



**Erschossene „Partisanen“
(Fotosammlung Gresselmeyer, Kommunalarchiv)**

Ab 1942 gab es zunehmend Gerüchte über das Schicksal der Juden, sie wurden offiziell ausdrücklich nicht dementiert. Informationen konnten auch Flugblätter der Alliierten oder das Abhören deutscher Sendungen der BBC geben, beides stand jedoch unter strenger Strafe. Bei Nazis kam der Gedanke auf, dass die verheerenden Bombenangriffe auf deutsche Städte nur ein „Vorgeschmack“ dessen seien, was das deutsche Volk bei einer Niederlage als jüdische Rache zu erwarten habe.

Die Angst vor dem Bolschewismus wurde damit geschürt, dass die Propaganda der Bevölkerung einhämmerte, bei einer Niederlage sei damit zu rechnen, dass ganz Europa bolschewistisch werde. Deshalb mussten alle Anstrengungen gemacht werden, den „Endsieg“ zu verwirklichen.

In der Bevölkerung entstand in den letzten Kriegsjahren als Gegenpol zur von vielen Historikern nachgewiesenen „Zustimmungsdiktatur“ seit 1943 die „kollektive Legende der ostentativen Ahnungslosigkeit“ über den Holocaust: Hitler und der NS-Staat seien das Böse, das Volk habe nichts gewusst, basierend auf der Furcht, dass der Holocaust allen zur Last gelegt werden würde. Diese Sicht war im Nachkriegsdeutschland bestimmend für lange Zeit.

Der Beginn des Krieges in Herford in Literatur und Quellen (Auswahl)

von Helga Diestelmeier

August 1939

Herford, Ende August 1939:

„In den gewitterschwülen Tagen Ende August wurden die ersten Reservisten eingezogen. Überbringer der schicksalsschweren Einberufungsbefehle, die teils nachts zugestellt wurden, war in Herford die von der Partei dazu verpflichtete HJ. Lebhafter Betrieb herrschte am 25. August in den Kasernen, vor denen sich Abschied nehmende Frauen und Mädchen drängten. Die Herforder Garnison war alarmbereit. Schon wurden Privatautos für die Wehrmacht beschlagnahmt und die Tankstellen gesperrt. Am nächsten Tag belegte man die Schulen mit Militär und zog von den mitten in der Ernte stehenden Bauern Pferde ein. Ganz im Gegensatz zum Ausbruch des 1. Weltkrieges herrschte nirgendwo Begeisterung, besonders nicht bei den altgedienten Frontsoldaten, die wieder zu den Waffen gerufen wurden.“ (Pape: *Sancta Herfordia*, S. 311)

„Am 27. August, einem Sonntag, teilen HJ (= Hitler-Jugend) und BDM (= Bund Deutscher Mädel) im Auftrag der NSDAP an die Bevölkerung Lebensmittelmarken für Fleisch, Fett, Kohlen, Brot, Mehl und Kartoffeln aus. Alles war für den Kriegsfall bestens vorbereitet. In Herford werden allein 4.000 Quartiere für eventuelle Flüchtlinge aus den Grenzgebieten bereitgestellt. Eine ‚dumpfe Spannung‘ breitet sich über der Stadt aus, als am 29. August die Panzerabwehrabteilung Nr. 6 ausrückt und das Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 58 unter seinem Obersten Karst zum Bahnhof marschiert. Die Soldaten werden ‚vom Publikum stumm begrüßt‘, wie es in einem zeitgenössischen Bericht heißt.“ (Pape: *Sancta Herfordia*, S. 311)

„Diese Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter, die es nunmehr nur auf Bezugsscheine gibt, sind nicht etwa knapp. Denn die Ernährung des deutschen Volkes ist durch die vorhandenen Vorräte vollkommen gesichert. (...) Darum ist also nicht irgendein Mangel der Grund für die Einführung der Bezugsscheine, sondern nur der Wille zur Vorsorge. Niemand soll aufgrund seines Geldbeutels nun mehr einkaufen, als er gebraucht. Dem Hamstern ist von vornherein ein Riegel vorgeschoben.“ (HK 94 Jg. Nr. 199 v. 28.8.1939; zitiert in: Sahrhage: *Diktatur und Demokratie...*, S. 655, Anm. 1116)

Zur Einführung der Bezugsscheinpflicht:

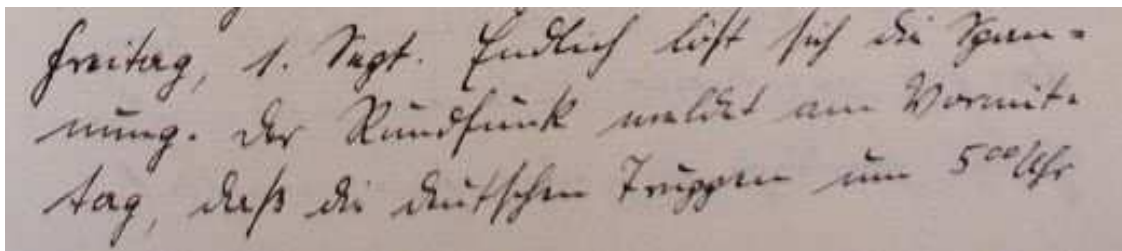
„Die vorher festzustellen gewesene Aufregung über die Einführung der Bezugsscheinpflicht und die damit verbundenen Erscheinungen des Hamsterns von Waren und der erhöhten Geldabhebungen bei Banken und Sparkassen machte bald einer allgemeinen Beruhigung in den Konsumentenkreisen Platz, zumal man die Notwendigkeit der Maßnahmen und insbesondere die durch sie herbeigeführte gerechte Verteilung der Konsumgüter erkannte und anerkannte.“ (SD Bielefeld v. 13./15.9.1939)

„In der Reihe der Vorbereitungen für den Kriegsfall darf die in der Nacht vom 25. zum 26.8.1939 in großer Zahl beginnende Einberufung von Reserve-Jahrgängen als das erste Moment angesprochen werden, das eine nennenswerte Auswirkung auf stimmungsmäßigem Gebiet hatte. Gefördert wurde diese Erscheinung noch

durch die schon vorher und auch noch nachher gegebene Schweigsamkeit von Presse und Radio. Die von der zumeist nicht böswilligen Bevölkerung als Notbehelf benutzte ausländische Nachrichtenübermittlung (hauptsächlich Rundfunk) verseuchte die in Erregung befindliche und daher sehr aufnahmewillige Bevölkerung mit allen möglichen Behauptungen, die eine Zeitlang eine außerordentlich große Flut von Gerüchten zur Folge hatte. (...) Festzustellen bleibt für die gesamte Entwicklung seit der zweiten Augushälfte, dass die Bevölkerung jederzeit fest und sicher in der Hand der Führung lag. (...)" (SD Bielefeld v. 13./15.9.1939)

Herford, September 1939:

„Freitag, 1. Sept[ember] Endlich löst sich die Spannung..." (Chronik Schierholz).



Chronik Schierholz (Archiv Geschichtsverein Herford, Kommunalarchiv)

„In den Kreisen der Arbeiterschaft war die Stimmung seit Beginn der Kampfhandlungen mit Polen außerordentlich gut. Hieran hat auch die Erhöhung der Lohnsteuer, deren Notwendigkeit unter den augenblicklichen Verhältnissen allgemein anerkannt wurde, nichts geändert. Weniger günstig hat sich jedoch der Wegfall der Überstundenzuschläge stimmungsmäßig ausgewirkt, zumal man der Ansicht ist, dass dieses vom Arbeiter gebrachte Opfer bei der besonderen Kompliziertheit der Preisüberwachung nicht dem Reich, sondern den Betrieben zufallen wird.“ (SD Bielefeld v. 13./15.9.1939)

„Ev. Pfarrer sprechen vom Krieg als Strafe Gottes. Man betet nie für den Sieg. Man befürchtet sogar von einem Sieg Deutschlands nachteilige Auswirkungen für die Kirche.“ (SD Minden-Lippe (Bielefeld) v. 30.9.1939, handschriftlicher Zusatz)

„Der (...) Rückgang der disziplinierten Haltung ist bezüglich des Benzinverbrauchs und der Kraftfahrzeugbenutzung zu beobachten. Trotz der Einführung des sog. Roten Winkels ist immer noch festzustellen, dass Kraftfahrzeuge für höchst unnötige Fahrten Verwendung finden.“ (SD Minden-Lippe (Bielefeld) v. 30.9.1939)

„Auf dem Gebiete des Sozialwesens tritt die Regelung der Familienunterstützung stimmungsmäßig immer stärker in den Vordergrund. Insbesondere wird bemängelt, dass die zum Heer eingezogenen Beamten ihr volles Gehalt weiter beziehen.“ (SD Minden-Lippe (Bielefeld) v. 30.9.1939)

Quellen- und Literaturangaben:

- Bericht des SD (Sicherheitsdienst der SS) Bielefeld v. 13./15.9.1939, Landesarchiv NRW Detmold M II P Nr. 636

- Bericht des SDC (Sicherheitsdienst der SS) Unterabschnitt Minden-Lippe (Bielefeld) v. 30.9.1939, Landesarchiv NRW Detmold M 1I P Nr. 636
- Rainer Pape, Sancta Herfordia, Herford 1979
- Norbert Sahrhage, Diktatur und Demokratie in einer protestantischen Region, Bielefeld 2005

Die Heimatfront

von Helga Diestelmeier

Seit 1937 war im Reichsverteidigungsrat die Rationierung von Lebensmitteln und anderen Waren, besonders Textilien, Stoffe, Schuhe, aber auch Tabak, geheim vorbereitet worden. Im Krieg, auf den Hitler und die Nationalsozialisten hinarbeiteten, würde die Konsumgüterproduktion sehr eingeschränkt werden müssen, weil die Rüstungsproduktion an erster Stelle stehen würde. Die Landwirtschaft würde einen Erzeugungsrückgang zu verzeichnen haben, weil Bauern und landwirtschaftliche Arbeitskräfte als Soldaten eingezogen werden würden. Auf jeden Fall wollte das NS-Regime Verhältnisse wie im 1. Weltkrieg vermeiden, als die Versorgung der Bevölkerung schließlich nicht mehr gewährleistet werden konnte, innere Unruhen und damit eine Infragestellung der NS-Macht sollte es nicht geben.

Der Bevölkerung in Herford wurde durch einen Zeitungsartikel im „Herforder Kreisblatt“ vom 28.8.1939 (1) beigebracht, dass Lebensmittelmarken und Bezugsscheine Gleichbehandlung und Gerechtigkeit bewirken würden, da nun niemand mehr –weil er mehr Geld hatte- bestimmte Waren, die nun bewirtschaftet wären, hamstern und horten könnte. Am 4.9.1939 berichtete das „Herforder Kreisblatt“ (2), dass im Herforder Rathaus ein Wirtschaftsamt und ein Ernährungsamt eingerichtet worden seien. Das Wirtschaftsamt war dafür zuständig, z.B. Warenbezugsscheine, auch für Hausbrandkohle, an Betriebe, Anstalten, Gaststätten u.ä. abzugeben. Um die zugeteilte Kohlenmenge für den eigenen Haushalt kaufen zu können, musste sich der Privatverbraucher in eine Liste bei „seinem“ Kohlenhändler eintragen.

Aufgabe des Ernährungsamtes war unter anderem die Abrechnung über die Bezugskartenabschnitte mit den Einzelhändlern. Die einzelnen kleinen Abschnitte auf einer Lebensmittelkarte, gültig für jeweils eine bestimmte Zuteilungsperiode, berechtigten den Inhaber der Karte lediglich zum Kauf der angeführten Lebensmittel und Mengen gegen Bezahlung. Der Einzelhändler oder seine Verkäuferin schnitt dann den entsprechenden Coupon ab, die Coupons wurden in Papiertüten gesammelt oder auf große Papierbogen geklebt, wozu auch bei fortschreitender Papierknappheit Zeitungsseiten benutzt wurden, und dann zwecks Abrechnung (Abstimmung mit dem Warenbezug) dem Ernährungsamt übergeben. Insgesamt war die Rationierung mit großem Aufwand an Bürokratie verbunden.

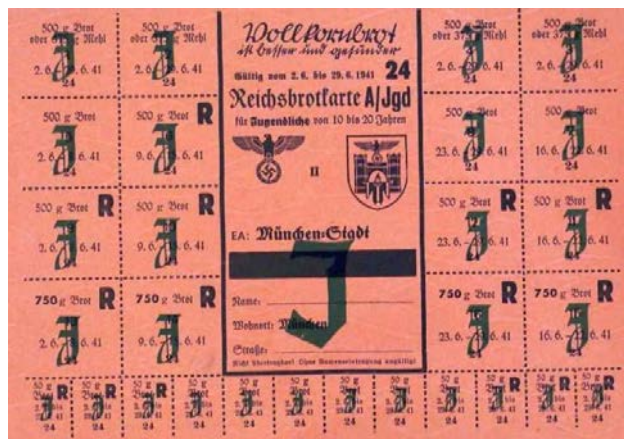
Um zu zeigen, wie gut der NS-Staat für die „Volksgemeinschaft“ Sorge, gab es Sonderzuteilungen zu Weihnachten, damit die Hausfrau nicht nur für die Lieben zu Hause, sondern auch für den oder die Angehörigen „im Felde“ Plätzchen und Kuchen backen, ihren Kindern etwas Schokolade auf den Weihnachtsteller legen und im Familienkreise mit einem Glas Wein oder einem Gläschen Schnaps anstoßen konnte.

Es gab die Reichsbrot- und Reichsfettmarken und Sonderzuteilungen an bestimmte Personenkreise: werdende und stillende Mütter, Lang-, Nacht-, Schwer- und Schwerstarbeiter, Kleinkinder, Kinder und Jugendliche, Reisende und Fronturlauber. Kartoffeln und Gemüse waren als einzige Waren nicht rationiert, doch gab es oft Gemüse nicht in ausreichender Menge, was für die

Hausfrauen besonders ärgerlich war, da sie die geringen Fleischmengen dann nicht mit Gemüse ausgleichen konnten.

Die Besorgnis, dass es besonders bei der Fleischzuteilung zu Kürzungen kommen könnte, schlug sich auch in Gerüchten nieder: „Ferner wird in der Bevölkerung (= im Raum Herford) folgendes Gerücht erzählt: Ein Beamter im Landkreis Minden hätte bei der Ausgabe von Bezugsscheinen zu einigen Frauen erzählt, dass für die nächste Lebensmittelzuteilungs-Periode mit einer weiteren Kürzung von 50 g (= Gramm) Fleisch zu rechnen sei. Die neuen Fleischkarten wären schon in Druck gegeben und enthalten für die nächste Zuteilungsperiode nur noch 800 g Fleisch.“ (3)

Insgesamt verringerten sich die Zuteilungen zunehmend, da im Kriegsverlauf deutsche Truppen immer mehr Gebiete räumen mussten, so z.B. die Ukraine, aus der seit ihrer Eroberung durch die Wehrmacht Unmengen landwirtschaftlicher Produkte „herausgezogen“ worden waren, um nicht nur die erobernden deutschen Truppen zu ernähren, sondern auch die deutsche Bevölkerung in der Heimat. Wie die einheimische eroberte Bevölkerung sich ernähren könnte, spielte dabei keine Rolle. 1945 erhielt eine erwachsene Person in der Heimat wöchentlich 125 g (= Gramm) Fett, 250 g Fleisch, 1.700 g Brot. (4)



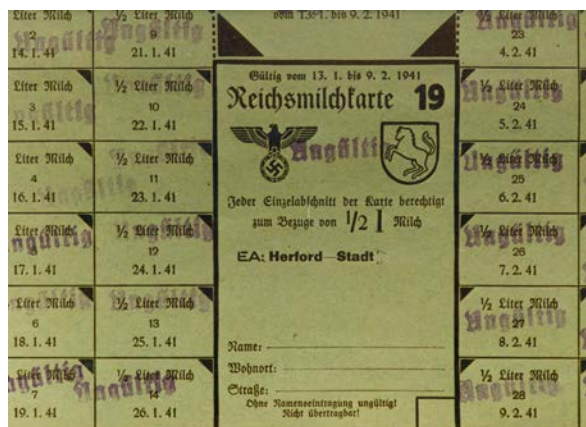
Bezugschein mit J aus München (www, gemeinfrei))

Juden, deren Lebensmittelkarten mit einem „J“ gekennzeichnet waren, erhielten geringere Mengen. Sie durften nur zu bestimmten Zeiten am Tag einkaufen, um „arischen“ Hausfrauen z.B. morgens nicht das frisch angelieferte Gemüse und andere Waren „wegzukaufen“, die nachmittags oft schon ausverkauft waren. Auch wurde zur Begründung dieser festgesetzten Einkaufszeiten angeführt, dass man es einer „arischen“ Hausfrau nicht zumuten könne, in einer Schlange mit jüdischen Käufern zu stehen.

Die deutsche Bevölkerung musste im Laufe des Krieges nicht nur Kürzungen und Mangelerscheinungen im Lebensmittelbereich, sondern auch restriktive behördliche Handhabung bei der Ausgabe von Bezugsscheinen erleben. Schon kurz nach Kriegsanfang wurden im Oktober 1939 Klagen in der Bevölkerung laut, dass Beamte die Bestimmungen nun schon grundsätzlich schärfer handhabten, weil zu Anfang Bezugsscheine zu großzügig erteilt worden wären und nun gespart werden müsse. (5)

Für den Einkauf von Textilien gab es seit der Verordnung vom 14.11.1939 einen speziellen Berechtigungsschein, die Reichskleiderkarte, die 100 Punkte umfasste und die nur für Kleidung an alle Nicht-Uniform-Träger ausgegeben wurde. Für Tisch-, Haus- und Bettwäsche, Schuhe und Berufskleidung mussten gesonderte Bezugsscheine zugeteilt werden. Auch wurden Kleiderkarten für Jugendliche ausgegeben. Juden erhielten seit 1940 keine Reichskleiderkarte mehr. Für den Raum Herford heißt es im Bericht der SD-Außenstelle Herford vom 6.8.1943: „Die Reichskleiderkarte ist mit sofortiger Wirkung für den hiesigen Bereich bis auf weiteres gesperrt. Es soll sich um eine vorläufige Maßnahme zugunsten der Bombengeschädigten handeln. Gerüchteweise hört man allerdings von einer Sperrung bis Kriegsschluss. Diese Sperrung wurde von der Bevölkerung mit einem kleinen Schrecken vernommen. Das Verstehen für diese notwendige Maßnahme bringt bestimmt jeder Volksgenosse auf. Die Sperrung bedeutet für manchen Volksgenossen eine besondere Härte, da viele z.B. monatelang auf einen für den Winter notwendigen Mantel Punkte ‚gespart‘ hatten und solchen jetzt nicht mehr bekommen können. Besser sind natürlich diejenigen Volksgenossen dran, welche noch über genügend Mäntel verfügen und jeden fälligen Punkt in Ware umsetzen. Es gibt Volksgenossen, die noch auf der alten Kleiderkarte 50 und mehr Punkte haben. Man ist darüber verärgert, dass das ‚Sparen‘ mal wieder Nachteile habe. Für die Zukunft will man anders disponieren.“ (6)

Obwohl die Reichskleiderkarte eigentlich nur eine Gültigkeitsdauer von einem Jahr hatte, galt wohl die Reichskleiderkarte Nr. 3 auch noch, anders ist die Klage über den Verlust alter Kleiderpunkte nicht zu verstehen. In den „Meldungen aus dem Reich“, SD-Berichte zu Inlandsfragen vom 30. August 1943 (Weiße Serie) heißt es dann auch: „Mit der Anfang August 1943 in Presse und Rundfunk erfolgten Verlautbarung wurde im Hinblick auf die vordringliche Versorgung der Fliegergeschädigten die Sperrung der Dritten und Vierten Reichskleiderkarte zum Einkauf von Oberbekleidung und Wäsche für Frauen und Männer bekanntgegeben.“ (7) Weiter heißt es in diesem Bericht: „Weiterhin werde vornehmlich in Arbeiterkreisen bei völligem Verständnis für die bestehende Notlage hervorgehoben, da durch derartige Maßnahmen immer wieder der wirtschaftlich schwache Volksgenosse getroffen werde. Ebenso werde es von den Frauen als eine besondere Härte empfunden, da sogar der Einkauf von Strümpfen unterbunden sei. (...)



Reichsmilchkarte 1941 aus Herford (Kommunalarchiv)

Sofort nach Erscheinen der Verlautbarung in der Presse habe - Meldungen aus Bielefeld, Dessau, Dortmund, Dresden, Linz, München, Münster und Posen zufolge - ein Ansturm der Verbraucher auf die Textileinzelhandelsgeschäfte eingesetzt, der die unerfreulichsten Erscheinungen (Schlangenbildung) gezeitigt hätte." (8)

Am 15. März 1944 wurde in Herford am Alten Markt 1-3 eine sofort gut besuchte Tauschzentrale eingerichtet, wobei besondere Nachfrage nach Textilien und Schuhen bestand. (9)

Werkstätige unterlagen einer staatlich kontrollierten repressiven Arbeitsmarktpolitik. Zum Zweck des Arbeitsnachweises war ab Februar 1935 gesetzlich für jeden Arbeitnehmer ein Arbeitsbuch vorgeschrieben. Ab Mitte 1938 konnte jeder Deutsche befristet für Aufgaben besonderer staatspolitischer Bedeutung herangezogen werden, 1939 wurde die unbefristete Dienstverpflichtung eingeführt. Bei der Meldepflichtverordnung von 1943, die Männer und Frauen betraf, standen in der Wahrnehmung der Bevölkerung die Frauen im Mittelpunkt.

Im nationalsozialistischen Denken wurde alles zum „Kampf“, auch auf dem Gebiet der Produktion bei Rüstung, Rest-Wirtschaft und Landwirtschaft. Der Nationalsozialismus strebte eine Autarkie, eine Selbstversorgung an, die er der Kriegsvorbereitung unterordnete. In einer Rede vom 15.2.1940 forderte Göring z.B. eine „Erzeugungsschlacht“ in der Landwirtschaft.

Das Ende 1941 eingeführte „Eiserne Sparen“ diente der Kaufkraftabschöpfung und war ein weitgehend erzwungener Beitrag zur Kriegsfinanzierung. Die Sparbeiträge des Arbeitnehmers, die zunächst bei mindestens 0,50 RM täglich bzw. 13 RM monatlich lagen, zog der Arbeitgeber vom Lohn/Gehalt ab und zahlte sie auf ein „eisernes“ Sparkonto bei einer Bank oder Sparkasse ein. Zur üblichen Verzinsung kam als besonderer Anreiz, dass die Beiträge lohnsteuerfrei waren. Die Auszahlung an den Sparer sollte erst nach Kriegsende erfolgen. Es ist nicht bekannt, welchen Erfolg dieses Sparprogramm hatte, insgesamt blieb er trotz Propagandadruck eher bescheiden. Im Bericht der SD-Außenstelle Bielefeld vom 13.1.1942 heißt es zum „Eisernen Sparen“: „Von allen Maßnahmen zur Steuerung der Kaufkraft hat die des ‚Eisernen Sparens‘ noch die günstigste Aufnahme in der Bevölkerung gefunden. Die Einzahlungen auf ‚Eiserne Sparkonten‘ erreichten wenigstens eine Höhe, die -wenn auch hinter den Erwartungen zurückbleibend- wenigstens zahlenmäßig genannt und eventuell auch propagandistisch ausgewertet werden kann. Bezeichnend ist, dass die Angestellten von der Möglichkeit des ‚Eisernen Sparens‘ einen entschieden größeren Gebrauch machen als die Arbeiter. (...)

Übereinstimmend wurde festgestellt, dass da, wo der Betriebsführer nationalsozialistisch ist, die Beteiligung sehr rege sei: (...) Die mit der Propagierung des ‚Eisernen Sparens‘ beschäftigten Geldinstitute sehen in dem offensichtlichen Versagen der Arbeiterschaft in der Hauptsache eine Schuld der Deutschen Arbeitsfront. Es könne festgestellt werden, dass die DAF nichts unternommen habe, um die ‚Eiserne‘ Spartätigkeit bei der Arbeiterschaft anzuregen. Propagandavorträge bei den Industrierwerken werden nicht von der DAF gehalten, man überlässt es den Banken und Sparkassen, deren

Ausführungen naturgemäß von der Arbeiterschaft mit einer größeren Reserve aufgenommen werden, als wenn ein DAF-Mann spräche. Die Passivität der DAF in dieser Frage werde von dem großen Teil der noch weitgehend ‚gewerkschaftlich‘ eingestellten Arbeiterschaft so ausgedeutet, als müsse an der Sparaktion etwas faul sein.“ (10)

Anmerkungen:

- (1) „Herforder Kreisblatt“ (HK) 94. Jg., Nr. 199 v. 28.8.1939, s. Norbert Sahrhage, Diktatur und Demokratie in einer protestantischen Region. Stadt und Landkreis Herford 1929 bis 1953, Bielefeld 2005, S. 655, Anm. 1116.
- (2) HK 94. Jg., Nr.205 v. 4.9.1939 (s. Sahrhage, a.a.O., S. 655, Anm. 1117.
- (3) SD-Außenstelle Herford am 10.7.1943 an die SD-Hauptaußenstelle Bielefeld, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Detmold, M 15, Nr.7.
- (4) Vgl. Friedemann Bedürftig, Taschenlexikon Drittes Reich, 3. Aufl., München 1998, S. 208 (Stichwort: Lebensmittelkarten).
- (5) s. SD-Bericht Nr. 3, Bielefeld, 31.10.1939, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Detmold, M1 IP Nr. 636.
- (6) Bericht der SD-Außenstelle Herford vom 6.8.1943 an SD-Hauptaußenstelle Bielefeld, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Detmold, M 15, Nr. 7.
- (7) Heinz Boberach (Hrsg.), Meldungen aus dem Reich 1938-1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS. Herrsching 1984, Bd. 14, SD-Berichte zu Inlandsfragen vom 30. August 1943 (Weiße Serie), S. 5695.
- (8) Heinz Boberach (Hrsg.), a.a.O., S. 5696.
- (9) Vgl. KAH (= Kommunalarchiv Herford) Stadt, VB (= Verwaltungsberichte) vom 1.4.1942 bis 31.3.1945, S. 89f. (Vgl. dazu Sahrhage, a.a.O., S. 386. Anm. 1168).
- (10) Bericht der SD-Hauptaußenstelle Bielefeld vom 13.1.1942, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Detmold, M 18, Nr. 17 = 173b14 - 12/1.

Offizielle Berichte des Sicherheitsdienstes: Was denken und wissen die Menschen in der Heimat über den Krieg?

von Helga Diestelmeier

Allgemeine Einleitung bezüglich des SD-Sonderberichtes zum 15.3.42

Nachdem sich im Winter 1941/42 für die deutsche Wehrmacht eine katastrophale Situation beim Russlandfeldzug ergeben hat, sieht das Amt III (SD-Sicherheitsdienst/Inlandsnachrichten) des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) Berlin die dringende Notwendigkeit, sich reichsweit einen sicherheitsdienstlichen Überblick zu verschaffen. Zum 15.3.1942 ist so auch die Hauptaußenstelle Bielefeld des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS (Himmler) verpflichtet, einen sehr ausführlichen geheimen Bericht nach Berlin zu schicken, wobei eine Vielzahl von Fragen abgearbeitet werden muss. Da der Bielefelder Bericht auch Informationen der SD-Außenstelle Herford einarbeitet, kann davon ausgegangen werden, dass Ausführungen zu bestimmten Themen auch auf den Raum Herford zutreffen.

Benachrichtigung und Betreuung der Hinterbliebenen von Gefallenen

„Die Benachrichtigung von Hinterbliebenen der Gefallenen kommt meist sehr spät. In mehreren Fällen wurde festgestellt, dass die Hinterbliebenen von Kameraden des Gefallenen Wochen - teilweise sogar Monate - früher von dem Tode unterrichtet wurden, als dieses durch eine amtliche Stelle der Fall war. Es wird allgemein darauf hingewiesen, dass eine solche Ungewissheit, die sich immer noch an den Strohalm der amtlichen Nicht-Benachrichtigung klammert, ein Martyrium für die Angehörigen ist. (...) Die propagandistisch ausgewerteten Berichte über die Unmenschlichkeit des bolschewistischen Gegners haben bewirkt, dass die Angehörigen von Vermissten einer geradezu verzweifelten Stimmung anheimfallen. Das starke Herausstellen bolschewistischer Gräueltaten hat dazu geführt, dass vornehmlich die Frauen der Vermissten durch die grauenhaften Vorstellungen keinen Schlaf mehr finden.“ (LA NRW DT, M18, Bd. 19, SD-Sonderbericht. zum 15.3.42, Auszug).

Kriegsverdienstkreuz

„Die Verleihung der Kriegsverdienstkreuze wird weitgehend bespöttelt. Im hiesigen Bereich ist als Spitzname für das Kriegsverdienstkreuz die Bezeichnung ‚Fernkampfabzeichen‘ bekannt geworden. (...)

(...) Die Tatsache, dass die Militärbehörde in der Verleihung dieses Ordens an die militärischen Verwaltungsbeamten bei weitem großzügiger zu sein scheint, als es die Zivilstellen sind, wird in der Bevölkerung bedauert und als Verwischung des ursprünglichen Sinnes dieser Auszeichnung empfunden. Man steht auf dem Standpunkt, dass der Arbeiter oder Angestellte, der trotz täglicher Fliegeralarme ohne Feierschichten jahrelang durcharbeitet, unbedingt Anwärter auf diese Anerkennung ist. (...)

(...) In Arbeiterkreisen weist man darauf hin, dass die vielfach geübte Praxis, dem Betriebsführer, einem Prokuristen und dem Betriebsobmann das Kriegsverdienstkreuz zu verleihen, nicht dazu angetan sei, bei der Arbeiterschaft den Eindruck hervorzurufen, dass das Kriegsverdienstkreuz wirklich nicht nur für überragende Leistungen verliehen wird. Vielfach ist der Ausspruch zu hören, ‚das

Kriegsverdienstkreuz wird denen verliehen, die am meisten am Kriege verdienen!“ (LA NRW DT, M18, Bd. 19, SD-Sonderbericht zum 15.3.42, Auszug).

Wehrmachtsberichte, ausreichende Unterrichtung

„Die Berichte des OKW (= Oberkommando der Wehrmacht) gelten nach wie vor als die wichtigste Quelle der Orientierung über die jeweilige militärische Lage. Eine nicht ausreichende Unterrichtung durch die OKW-Berichte wird höchstens seit dem Herbst 1941 in einzelnen Schichten, besonders den bürgerlichen und intellektuellen empfunden. Hier ist zweifellos das Gefühl verbreitet, dass man auch in den OKW-Berichten Unangenehmes nicht, verschleiert oder nachträglich berichtet.

Es sei hier auf die Diskrepanz der Informierungen hingewiesen, die die Heimat in Bezug auf die Rückzugsbewegung des Heeres im Osten seitens der OKW-Berichte und seitens der Einzelberichte durch Feldpostbriefe, Urlaubergespräche, Gerüchte und evtl. Verbreitung ausländischer Sendungen erhält. Am fragwürdigsten und die Stimmung in der Heimat am stärksten beeinflussend erscheinen die unkontrollierbaren Reden und Gespräche von Urlaubern. (...)

Selbstverständlich fällt auch aufmerksamen Lesern der OKW-Berichte auf, wie verschleiert und ohne Ortsangaben die Rückzugsbewegungen der deutschen Truppen in den Wintermonaten mitgeteilt worden sind. Dass bestimmte Städte (...) aufgegeben werden mussten, erscheint erst viel später in den Berichten des OKW., so dass aufgrund dieser einzelnen Abweichungen oder unzureichenden Unterrichtungen in der Bevölkerung der Verdacht auftritt, die oberste Heeresleitung gebe überhaupt kein klares Bild von der ganzen Schwere des Winterkrieges im Osten. Durch Feldpostbriefe und andere unmittelbare Nachrichten von der Front sind zum Teil auch die enormen Verluste unserer Truppen bekannt geworden und hieraus entstehen dann in der Heimat vielfach unkontrollierbare und übertriebene Gerüchte, z.B. auch über Erfrierungen, die Abschnürung von größeren Heeresgruppen, die völlige Aufreibung ganzer Regimenter u. dergl.“ (LA NRW DT, M18, Bd. 19, SD-Sonderbericht zum 15.3.42, Auszug).

PK-Berichte, ausreichende Unterrichtung (PK = Propagandakompanien)

„Die PK-Berichte erfüllen, so wird in weiten Kreisen der Bevölkerung empfunden, nicht mehr die Rolle, die ihnen im Anfang während der Offensiven und der großen siegreichen Schlachten zugekommen war. Dass sie sich vielfach nur in Stimmungsberichten erschöpfen, in denen fast jede Ortsangabe fehlt, sie meist nur das Günstige vermitteln, sie besonders schwere Erlebnisse der Front nicht offen schildern, wird gleichfalls als eine nicht falsche, aber lückenhafte und nicht ausreichende Berichterstattung empfunden.“ (LA NRW DT, M18, Bd. 19, SD-Sonderbericht zum 15.3.42, Auszug).

Wehrmachtsberichte und andere militärische Berichte, richtige Unterrichtung

„Das Vertrauen zu dem Wahrheitsgehalt der OKW-Berichte ist an sich keinesfalls erschüttert, jedoch kann hierbei nicht übersehen werden, dass durch die notwendigen Verschweigungen und Verschleierungen in diesen Berichten mancher Volksgenosse an der objektiven Wahrheit des Berichtes in Zweifel gerät. Besonders spürbar wurde das im Laufe des Winterkrieges im Osten. Vielfach fragten sich die Leser der OKW-Berichte, wie denn die Widerstände und

der zutage getretene Angriffsgeist der Sowjettruppen möglich gewesen sei, nachdem in den OKW-Berichten der vorangegangenen Wochen und Monate des Herbstes 1941 von einer fast völligen Zertrümmerung der sowjetrussischen Wehrmacht die Rede gewesen war. (...)

(...)Nicht zu vergessen sind in diesem Zusammenhang die Feldpostbriefe und die Nachrichten, die unmittelbar und persönlich von der Front zur Heimat gelangen. Manche dieser Briefe ergeben ein so erschütterndes und von den offiziellen Heeresberichten abweichendes Bild, das eine gewisse Unsicherheit in der Heimat entstehen ließ. Die Bevölkerung gewann den Eindruck, dass die Berichte über die militärische Lage nicht nur unzureichend, sondern auch hinsichtlich des Ernstes der Lage in den Wintermonaten nicht wahrheitsgetreu waren.“ (LA NRW DT, M18, Bd. 19, SD-Sonderbericht zum 15.3.42, Auszug).

Vergleich der Nachrichtenquellen

„Bei dem Vergleich der Nachrichtenquellen ist immer wieder festzustellen, dass alle Nachrichten aus anonymen Quellen, wie auch alle persönlichen Nachrichten, z.B. auch die, die Feldpostbriefe enthalten, ungleich stärker wirken als die amtliche Propaganda. Solche persönlichen Schilderungen geben erst dem Menschen in der Heimat und dem mageren Gerippe der offiziellen Nachrichten Fleisch und Blut, mithin also das Leben. Persönliche Berichte, die von Urlaubern gegeben werden, sind in ihrer schwer kontrollierbaren Tiefenwirkung als recht bedeutsam nicht zu unterschätzen. Auch die von Mund zu Mund getragenen Gerüchte haben eine gewisse Tiefenwirkung zu verzeichnen, (...). Das Gleiche gilt für ausländische Sendeberichte.

Immer wieder ist aber festzustellen, dass in der Bevölkerung über die offiziellen Informationen und Nachrichtenquellen hinaus ein großes und natürliches Bedürfnis besteht nach allen ergänzenden Berichten und Schilderungen, aus denen hervorgeht, wie es wirklich an der Front aussieht, wie die Wirkung feindlicher Angriffe auf Städte des Reichsgebietes ist usw.“ (LA NRW DT, M18, Bd. 19, SD-Sonderbericht zum 15.3.42, Auszug).

Quelle:

SD-Sonderbericht zum 15.3.1942, Landesarchiv NRW, Detmold, M 18, Bd. 19.

Kriegshelden: Das Beispiel Wilhelm Bredemeier

von Christoph Laue

Fasan und Hase, Ananas in Scheiben, Gildemeisters Ehrentrunk, Wein, Sekt, Würstchen, Freesia-Schokolade, Prachtstück-Zigarren und vieles mehr, weihnachtlich geschmückt mit Tannengrün und Äpfeln: ein schöner Präsentkorb. Und das im Kriegsjahr 1943, wo doch Mangel und Bewirtschaftung herrschte?



Der Präsentkorb für den Ritterkreuzträger Bredemeier

Wer hat den Präsentkorb wann bekommen? Es war der erste gebürtige Herforder „Ritterkreuzträger“ Wilhelm Bredemeier, als er am 3. Januar 1943 vormittags um 11 Uhr im Herforder Rathaus persönlich geehrt wurde. Nach weihewollen Reden und der Eintragung ins Goldene Buch der Stadt wurden ihm und seiner Frau einige Geschenke überreicht, u. a. auch eine Zeichnung des Vaterhauses von Bredemeier, die der städtische Angestellte Schwarze nach einer Fotografie gefertigt hatte. Für die Ehrung hatte Oberbürgermeister Fritz Kleim zudem noch 100 Jungen der HJ „für die Spalierbildung auf den Rath austreppen“ und ein „BDM-Mädel, das der Frau des Ritterkreuzträgers einen Blumenstrauß vor dem Rathaus überreicht“ angefordert. Eingeladen waren außerdem die Spitzen von Rat und Verwaltung, Partei, SS, SA und HJ, der Wehrmachtsstandortälteste, die Familie und der frühere Lehrherr des zu Ehrenden.

Wilhelm Bredemeier wurde 1916 in Herford als Sohn eines Bauschreiners geboren, legte seine Gesellenprüfung im gleichen Beruf ab und trat 1937 in die Wehrmacht ein. Nach Einsatz beim Einmarsch in Polen und Frankreich (in diesem Feldzug starb sein Bruder) kam er zu einem Gebirgs-Jäger-Regiment, war im Balkankrieg und beim Marsch in die Ukraine eingesetzt. 1942 heiratete er in Herford und zog dann zu seiner Frau nach Annaberg. Im August 1942 verteidigte er mit seiner Truppe einen strategisch wichtigen Pass im Kaukasus, was die Einnahme der Stadt Suchumi am Schwarzen Meer ermöglichte. Dafür erhielt er im November 1942 als Feldwebel und Truppführer für besondere Tapferkeit das Ritterkreuz. Normalerweise erhielten nur höhere Dienstränge diese Auszeichnung.

Nicht nur deshalb zeigte Herford ein außergewöhnliches Engagement für seinen ersten Ritterkreuzler. Er wurde auch propagandistisch benutzt. Im November 1942 gratulierte der Oberbürgermeister per Telegramm und persönlichem Brief, im Dezember lädt er ihn und seine Frau mit getrennten Schreiben nach Herford ein und fragt vertrauensvoll bei der Ehefrau an, womit „wir Ihrem Gatten eine wirkliche echte Freude bereiten können.“ Den Eltern hatte Kleim in einem persönlichen Gespräch allerdings bereits einen Bauplatz für den Sohn in Herford in Aussicht gestellt. Annemarie Bredemeier fragt an, ob nicht stattdessen ein Schlafzimmer möglich wäre, da sie ja in Annaberg bleiben wollten. Der Magistrat beschließt bei der Fa. Stüssel ein Schlafzimmer im Wert von 1.100 Mark (später werden ca. 1.500 Mark daraus - damals eine sehr hohe Summe) zu bestellen und bereitet die Feier vor.

Sie soll am 27. Dezember 1942 anlässlich eines Heimatbesuchs stattfinden. Einladungen auf Büttenpapier werden gedruckt und verschickt. Doch leider muss der Termin „infolge Urlaubsverzögerung“ verschoben werden und findet erst am 3. Januar 1943 statt. Bredemeier und Familie werden „mit einem Fahrzeug gegen 10.50 Uhr von Zuhause abgeholt“, die Zeitungen berichten ausführlich.

Nach dem Besuch folgt weitere Korrespondenz. Frau Bredemeier dankt für den Empfang und schickt ein Foto ihres Mannes, das „zwecks Aufbewahrung“ dem Museum übergeben wird. Der Oberbürgermeister wünscht nach einer Verwundung im Januar 1944 „baldige Genesung“ und schickt mehrere Päckchen. Bredemeier will ihn besuchen und „über meine Kampferlebnisse des letzten Jahres berichten“. Zur Geburt der Tochter 1944 gratuliert der OB „mit einem Ehrengeschenk in Höhe von RM 100“ auf einem Sparbuch der Stadtparkasse und der Hoffnung, dass die Tochter „ein tüchtiges Mitglied der Gemeinschaft“ werden möge. Im Dezember 1944 bedankt sich Bredemeier dafür: „Es ist für mich eine besondere Freude, dass Sie trotz aller Belastung des Bombenterrors, der nun auch mein geliebtes Herford getroffen hat, in so netter Weise an mich gedacht haben.“ Er werde nach seinem Urlaub „in Kürze wieder an die Front gehen und mit der alten Begeisterung weiter kämpfen“ für „ein baldiges siegreiches Kriegsende.“

Das Ritterkreuz ist eine Klasse des Eisernen Kreuzes, das zu Beginn des Polenfeldzugs am 1. September 1939 von Adolf Hitler neu gestiftet wurde. Das Ritterkreuz war die zweithöchste militärische Auszeichnung des NS-Staates. Dieser setzte die Ritterkreuzträger massiv zu Propagandazwecken ein. Auch Bredemeier reiste nach der Verleihung zum „Redeeinsatz“ in Schulen, Gasthäusern und vor Parteigliederungen durchs Land. In der Endphase des Krieges sollten diese den „Durchhaltewillen“ stärken. Auch der Aufwand, der um Bredemeier und die weiteren Ritterkreuzträger aus Herford getrieben wurde, reiht sich in diese Bemühungen ein.

Nach weiterem Kriegseinsatz geriet Bredemeier 1945 zwar in amerikanische Gefangenschaft, wurde aber kurz darauf entlassen. Von 1956 bis 1968 war er bei den Gebirgsjägern der Bundeswehr, am Ende als Hauptfeldwebel. Er starb 1995.

Feldpostbriefe

von Helga Diestelmeier

Einige Gedanken zur Bedeutung von Feldpostbriefen und -päckchen für Absender und Empfänger

Feldpostbriefe sind Zeitdokumente, die einen Blick auf den Soldaten-„Alltag“ an der Front, aber auch auf das Leben der Familienangehörigen in der Heimat ermöglichen. Neben dem Fronturlaub, der den Soldaten jeweils erst nach vielen Monaten gewährt wird, ist die Feldpost das eigentliche verbindende Band. Besonders aus den besiegten westlichen Ländern, z.B. aus Frankreich, werden viele Feldpostpäckchen portofrei mit, in der Heimat begehrten, rationierten Waren geschickt. Seit dem Beginn der großen Verluste an Soldatenleben im Russlandfeldzug warten zu Hause Eltern, Ehefrauen, Kinder und andere Angehörige besonders sehnsüchtig und sorgenvoll auf ein Lebenszeichen der Soldaten.

In den Briefen der Soldaten darf es keinerlei militärische Informationen geben, so wird die Ortsangabe durch das Kürzel O.U. (= Orts-Unterkunft) oder die Bezeichnungen „Im Felde“ oder „Im Osten“ ersetzt. Doch die Soldaten beschreiben die ungeheuren Marschstrecken, das Leben in Bunkern, Zelten, Erdlöchern, die mangelhafte oder fehlende Verpflegung, die Wichtigkeit der Zigaretten und des Tabaks als Mittel des Stressabbaus und zur Ablenkung vom Hunger, den Kampf mit den Kleiderläusen, die schreckliche Hitze und die noch schrecklichere Kälte mit ihren Erfrierungen, den Kampf, ihren Verletzungen, aber oftmals wird alles Negative heruntergespielt, um die Angehörigen nicht zu belasten. Doch es werden in Extremsituationen auch Briefe geschrieben, die mehr ein Vermächtnis sind unter dem Gefühl von Ausweglosigkeit und Todesangst. Vor allem sehnen sich die Soldaten nach Heimaturlaub. Natürlich taucht in Feldpostbriefen auch die NS-Ideologie mit Rassenwahn, Antibolschewismus und Kampf um „Deutschlands Größe und Ehre“ auf.

Feldpost / Feldpostzensur (vgl. Ortwin Buchbender, Reinhold Sterz):

- Deutsche Feldpost im 2. Weltkrieg ab 2.9.1939
- Aufgabe: Postversorgung der Kriegswehrmacht im Verkehr mit der Heimat und innerhalb der Kriegswehrmacht.
- Jedem Soldaten war eine Feldpostnummer zugeordnet.
- Im 2. Weltkrieg Beförderung von über 40 Milliarden portofreien Feldpostbriefen, ca. 25% von der Fronttruppe und ca. 75% von der Heimat; Laufzeiten normalerweise zwischen 12-30 Tagen; oftmals, durch Kriegereignisse bedingt, erheblich länger
- Feldpostzensur, ausgeführt durch Feldpostprüfstellen (F.P.P.) stichprobenartig nach genauen Vorschriften. Es sollten insbesondere keine geheim zu haltenden Nachrichten oder solche „zersetzenden Inhalts“ verbreitet werden. Stichproben wurden auch chemisch geprüft, z.B. wegen Gebrauchs von Geheimtinte. Das Personal der Feldpostprüfstellen war zu strengem Stillschweigen verpflichtet.
- Prüfpersonal öffnete Briefe durch Scherenschnitt, wurden wieder verschlossen mit Klebestreifen mit Aufdruck „Geöffnet-Feldpostprüfstelle“. Feldpostkarten erhielten einen Stempel mit der Aufschrift „Geprüft-Feldpostprüfstelle“.

„Die Briefe der Front geben häufig übertriebene Schilderungen von Kämpfen, Verlusten und Kältegraden. Dieses erzeugt eine unnötige Beunruhigung der Heimat. Es gehört nicht zu den Seltenheiten, dass Frontsoldaten davon berichten, dass sie fünf Tage keine Nahrung bekommen und dass sie ausserordentlich hohe Verluste gehabt hätten. Ja, es ist vorgekommen, dass Soldaten auch während der Feldpostsperrre ihren Angehörigen schrieben, sie möchten ihnen etwas zu essen schicken, auch wenn es trockenes Brot wäre. Die Empfänger solcher Briefe, vornehmlich wenn es sich um Frauen handelt, befinden sich dann stets in einer leicht erklärlichen Aufregung und lassen sich zu Äußerungen hinreissen, die, wenn sie nicht aus der seelischen Erregung zu erklären wären, geradezu als defätistisch gelten müssen.“ (LA NRW DT, M18, Bd. 19, SD-Sonderber. zum 15.3.42, Auszug)

Feldpost: Briefe der Heimat an die Front

„(...) Der Inhalt der Briefe an die Front ist selbstverständlich in erster Linie abhängig von der politischen und weltanschaulichen Haltung des Schreibers. In den Briefen von Familienangehörigen ist immer wieder beobachtet worden, dass Klagen über Behörden, Fliegerangriffe und Warenverknappung der Front mitgeteilt wurden. Urlauber, die nicht im Osten stehen, berichten nach wie vor, dass allzuvielen Wünsche nach Beschaffung von in der Heimat bewirtschafteten Artikeln geäußert werden. Nicht selten sind aber auch die Briefe, die eine ausserordentlich seelische, zuversichtliche Haltung des Schreibers, und dieses auch vielfach von reifen Frauen, erkennen lassen. Es wäre anzuregen, solche Briefe mehr als bisher in den Tageszeitungen zu veröffentlichen und nach Möglichkeit in Orts- und Dorfchroniken ein Bild von dem Opfergeist vieler Volksgenossen in dieser entscheidenden Kriegszeit zu geben.“ (LA NRW DT, M18, Bd. 19, SD-Sonderber. zum 15.3.42, Auszug)

Quellen- und Literaturangaben:

- SD-Sonderbericht zum 15.3.1942, Landesarchiv NRW, Detmold M 18, Bd. 19.
- Ortwin Buchbender / Reinhold Sterz (Hrsg.), Das andere Gesicht des Krieges. Deutsche Feldpostbriefe 1939 – 1945, München 1982.

Kriegskorrespondenz zwischen Friedrich Pahmeyer und seiner Ehefrau Selma

von Helga Diestelmeier

Friedrich Pahmeyer, Volksschullehrer in einem Dorf bei Herford, und seine Ehefrau Selma schrieben sich regelmäßig Feldpostbriefe, wobei der Briefanteil Friedrichs den seiner Frau übertrifft. Den größten Umfang nimmt der Briefwechsel während des Russlandfeldzuges ein. Friedrich war im Verwaltungsdienst der Wehrmacht und brachte es bis zum Oberzahlmeister. Er musste sich hauptsächlich um die Lebensmittelversorgung eines Fliegerhorstes kümmern. Da er eine Schreibmaschine zur Verfügung hatte, schrieb er seine Briefe nur sehr selten mit der Hand, was das Lesen sehr vereinfacht.

Friedrich war ein eifriger Briefschreiber, mehrere Briefe pro Woche waren keine Seltenheit. Er formulierte sehr lebendig und versuchte, viele Aspekte des Soldatendaseins, so wie er es erlebte, abzudecken. Er sah seine Briefe als eine Art Brieftagebuch an und bat seine Frau, sie zu sammeln. Über eine längere Zeitspanne nummerierte er –wie auch von anderen Korrespondenzen bekannt– seine Feldpostsendungen, um seiner Frau die Möglichkeit zu geben, ihre Vollständigkeit zu überprüfen. Neben Briefen schickte er auch hin und wieder ein Feldpostpäckchen, besonders zum Geburtstag seiner drei kleinen Kinder. Seine Briefe waren meistens auch an die Kleinen gerichtet, die sie wohl lesen sollten, wenn sie verständiger geworden waren.

Seine Frau schaffte es meistens, neben der vielen Arbeit für Kinder, Haushalt und Garten und den kriegsbedingten Schwierigkeiten, jede Woche einen Brief an ihren Mann zu schreiben. Friedrich schickte die Briefe seiner Frau an sie zurück, damit sie gemeinsam mit seinen Briefen ein „Erinnerungswerk“ bilden würden. Er konnte neben der Feldpost manchmal auch die Beförderung mit der Kurierflugpost des Fliegerhorstes oder durch einen Fronturlauber nutzen. Friedrich Pahmeyer überlebte den Krieg.



Selma und Friedrich Pahmeyer bei ihrer Hochzeit (privat)

Die Frauen in der Heimat

von Helga Diestelmeier

Mutterkult im Nationalsozialismus

Frauen kam in der NS-Ideologie eine ganz besondere Stellung zu. Die „rassisch wertvollen deutschblütigen“ Frauen sollten dem völkischen Staat Kinder gebären und somit für „völkisch wertvollen“ Nachwuchs sorgen. Ab vier Kindern war der Status einer „Vollfamilie“ erreicht und die Frau erhielt das „Ehrenkreuz der deutschen Mutter“, kurz „Mutterkreuz“ genannt, in Bronze als unterste Stufe, ab sechs Kindern in Silber und ab acht Kindern in Gold, ergänzt durch eine Ausführung in Form einer kleinen Spange für die Alltagskleidung. Hitler stiftete dieses Ehrenkreuz 1938, es zeigte ein Hakenkreuz im Strahlenkranz mit der Umschrift „Das Kind adelt die Mutter“ und wurde 1939 erstmals in drei Mio. Exemplaren an reichsdeutsche Frauen verliehen. Das Mutterkreuz musste beantragt werden und konnte wieder entzogen werden, wenn sich herausstellte, dass die Mutter „unwürdig“ sei. Dazu genügte die Vernachlässigung der Mutter- und Hausfrauenpflichten. Die HJ hatte gegenüber Mutterkreuzträgerinnen eine Grußpflicht. Auch war überlegt worden, ob der NS-Staat einen Ehrensold an die Mutterkreuzträgerinnen zahlen sollte; dieser Gedanke wurde jedoch aus finanziellen Gründen (25 Mio. RM jährlich) nicht in die Tat umgesetzt.



Mutterkreuz in Bronze (Kommunalarchiv)

In Herford wurden am 25.5.1939 365 Mütter durch das Mutterkreuz geehrt, noch im selben Jahr am 18.12. weitere 810 Mütter in Feierstunden der Herforder Ortsgruppen der NSDAP. 1940 erfolgte die Verleihung am 19.5.

Durch Vernichtung der Akten gegen Ende des 2. Weltkriegs lassen sich die Mutterkreuzerungen der folgenden Jahre nicht genau datieren, es muss aber davon ausgegangen werden, dass sie –wenn sie stattgefunden haben- zeitnah zum jeweiligen Muttertag im Mai eines Jahres veranstaltet wurden. Zwei weitere Daten sind noch verbürgt: am 5.1.1941 eine Feierstunde zum Tag der Deutschen Frau und Mutter im Kino „Capitol“ und am 18.5.1941 zum 2. Kriegsmuttertag eine Feierstunde der NSDAP in der Kreisschule.

Dadurch, dass im Verlauf des 2. Weltkriegs immer mehr Männer als Soldaten eingezogen wurden, mussten Frauen, was die Bewältigung des Kriegsalltags anbelangte, gezwungenermaßen mehr Lasten auf sich nehmen und insofern selbstständiger werden. Sie hatten Angst um den Ehemann, den Verlobten, den Sohn, den Bruder an der Front. Die Flut von Todesanzeigen, besonders im Verlauf des Krieges gegen die Sowjetunion, verstärkte den psychischen Druck

enorm. Es gab die Möglichkeit der Ferntrauung, d.h. eine Ehe in Abwesenheit des Mannes zu schließen. Der Soldat musste seinen Willen dazu vor dem Bataillonskommandeur erklären, die Braut gab ihre Einwilligung etwas später auf dem Heimatstandesamt, wo ein Stahlhelm den abwesenden Bräutigam symbolisierte. In begründeten Fällen, z.B. bei Schwangerschaft, wurde die Braut auch dann noch fern getraut, wenn der Verlobte inzwischen gefallen war oder als vermisst galt.

Rationierung der Lebensmittel und Ausgabe von Bezugsscheinen, z.B. für Textilien und Schuhe, stellte die Frauen vor erhöhte Schwierigkeiten beim Versorgen von Haushalt und Kindern, die sie nun auch allein erziehen mussten. Sofern eine Hausfrau über ein Gartenstück verfügte, pflanzte sie Gemüse und Kartoffeln, ein eigener Apfelbaum war viel wert, wegen der Knappheit von Fleisch und Eiern wurden Hühner und Kaninchen gehalten. Wenn ein „Selbstversorger“ ein Schwein mästete, mussten sämtliche staatlichen Auflagen streng eingehalten werden. Frauen nähten für sich selbst und ihre Familie, da Stoffzuteilungen rar waren, oft aus alten Kleidungsstücken, die, falls die Oberseite schon zu abgetragen war, gewendet wurden. Sie strickten, wenn sie Wolle ergattern konnten, oder ribbelten alte Wollsachen auf. Sie machten sich Sorgen um ihren Kohlenvorrat, insbesondere in den strengen Wintern und konnten sich nicht sicher sein, eine Reparatur erledigt zu bekommen. Oft gab es kein Papier für Briefe an die Front zu kaufen, geschweige denn Briefumschläge. Die zunehmenden alliierten Fliegerangriffe zermürbten immer mehr. Viele Frauen fühlten sich physisch und psychisch überfordert.

Diejenigen Frauen, die schon vor dem Krieg abhängig arbeiten mussten, weil sie unverheiratet waren, oder –besonders in der Arbeiterschaft– zum Lebensunterhalt ihrer Familien beitragen mussten, arbeiteten auch im Krieg unter erschwerten Bedingungen. Die Meldepflichtverordnung von 1943, wonach auch alle Frauen von 17 bis 45 Jahren (später auf 50 Jahre erhöht) für Aufgaben der Reichsverteidigung (= Arbeitseinsatz in Fabriken, hauptsächlich der Rüstungsindustrie) meldepflichtig waren, wurde aus verschiedenen Gründen nicht rigoros durchgeführt. Diese „Gummiverordnung“ ermöglichte viele Ausnahmen und konnte besonders auch von Frauen der „besseren Schichten“ umgangen werden. Sie wollten nicht in Fabriken arbeiten. Der Bericht der SD-Außenstelle Herford vom 21.6.1943 zeigt deutlich, dass für Männer und Frauen der unteren Bevölkerungsschichten im Punkt Frauen-Arbeitsverpflichtung die Ungerechtigkeit bei sozial unterschiedlicher Verteilung der Kriegslasten und nicht unbedingt die Härten selbst ausschlaggebend waren:



Hausfrau mit Kind und Soldat (Sammlung ten Hove, Kommunlarchiv)

„Arbeitseinsatz der Frauen.

Der Aufruf zur Anzeige über die Beschäftigung hauswirtschaftlicher Kräfte hat in Arbeiter- und Frauenkreisen ein ‚endlich‘ ausgelöst. Diese Bevölkerungsschichten verstehen nicht, warum dieser ‚Aufruf‘ erst jetzt, nachdem andere Frauen bald fünf Monate im Arbeitseinsatz sind, fertiggestellt wird und endlich in Anwendung gebracht werden soll. Viele Volksgenossen und PG (= Parteigenossen) sind sehr ungehalten darüber, dass die Regierung so sehr, sehr langsam arbeitet, wenn es sich um einschneidende Massnahmen handelt, die die besseren Kreise betreffen. Hierdurch wird die unterschiedliche Behandlung der Arbeiter- und Fabrikantenfrauen von den massgebenden Behörden besonders unterstrichen. Viele Frauen sagen, dass die besseren Frauen bislang im Kriegseinsatz vollkommen versagt hätten und dass die Regierung sie für ihr undeutsches Verhalten durch Langsamkeit und laue Behandlung noch geradezu belohne, ja, dass diese Kreise angespornt werden, quer zu liegen. Es werden vielfach Vergleiche bei gleich gelagerten Verhältnissen angestellt. Man würde ja sehen.

Ferner verwahren die Frauen sich dagegen, kommunistische Gleichmacheregedanken zu hegen. In Friedenszeiten sollen sich die reichen Frauen immerzu Mädchen (= Hausgehilfinnen) halten. Jetzt aber sei Notzeit. Diese könne, so hört man in vielen Schichten der Bevölkerung, nur durchgestanden werden, wenn wir pflichtgemäss und ohne Pochen auf vermeintliche Vorrechte für das Wort eintreten ‚Gemeinnutz geht vor Eigennutz‘. Eine Frau fragte, ob die ‚feinen‘ Leute dieses Wort wohl schon einmal gehört haben. Einsichtige Frauen und Männer betonen, dass die Stellen, denen hier Entscheidungen übertragen worden sind, beachten sollten, dass das Jahr 1943 uns bisher sehr hart angefasst habe. Von dieser Härte müssten alle Kreise gleichmässig ohne Ansehen der Person getroffen werden. Es besteht schon viel Unwillen. Die Arbeitsämter mögen dafür sorgen, dass die Wogen geglättet werden und nicht noch mehr Unwillen, wie bisher durch bevorzugte Behandlung der besseren Kreise, und unterschiedlichen Einsatz hervorrufen. Auch hört man viele Stimmen aus allen Bevölkerungsschichten, dass das Arbeitsamt Herford der

Staat im Staate sei und möglichst „einem Luftangriff zum Opfer fallen möchte.“
(1)

Was die Hausgehilfinnen anbelangte, so verpflichtete erst im September 1944 ein Erlass alle Haushalte, dem Arbeitsamt die Zahl ihrer Angestellten mitzuteilen. „(...) Hitler (lieh) nicht nur der Forderung nach der Frauendienstpflicht kein Gehör, sondern er verbot auch, aus den Privathaushalten Hausgehilfinnen für den Rüstungseinsatz herauszuziehen. Es blieb sogar erlaubt, in einem Haushalt mehrere Hausmädchen zu beschäftigen, denn schließlich ‚herrsche kein Kommunismus in Deutschland‘.“ (2)

Zwar hielt Hitler es grundsätzlich für „unerfreulich“, wenn Frauen aus den unteren Bevölkerungsschichten hart arbeiten mussten, aber er war der Meinung, dass diesen Frauen eher als den „besseren“ Frauen Härten zugemutet werden könnten, da sie ja das Arbeiten gewöhnt wären. Wenn der Krieg aber gewonnen wäre, dürfe um 1960 keine Frau mehr in Fabriken arbeiten. Die weiblichen Jugendlichen und die wenigen unverheirateten Frauen sollten in frauenspezifischen Berufen Beschäftigung finden. Verheiratete Frauen sollten dann überhaupt nicht erwerbstätig sein, denn ihre einzigartige Aufgabe für die Fortpflanzung des Volkes zu sorgen, würde durch Erwerbstätigkeit nur behindert, sogar gefährdet werden.

Auch Himmler beklagte schon Mitte 1941 den Dienstmädchenmangel als „eine der größten Nöte in Deutschland“, weil dadurch sozial besser gestellte Frauen ihren Willen, viele Kinder zu bekommen, nicht realisieren würden, weil sie die ganze Hausarbeit allein machen müssten. (3) Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass trotz Herausstellung von „Volksgemeinschaft“ bei der praktischen Umsetzung der NS-Ideologie Kinder von Frauen ab der Mittelschicht mehr geschätzt wurden als Kinder von Arbeiterfrauen. Auch die rassistische und bevölkerungspolitische Zielsetzung von Himmlers „Lebensborn“ ging in diese Richtung.

Die NS-Führung legte grundsätzlich größten Wert darauf, innenpolitische Spannungen zu vermeiden. Viele Frontsoldaten missbilligten einen verpflichtenden Arbeitseinsatz ihrer Frauen. Zudem waren Soldatenfrauen durch einen recht großzügig bemessenen Familienunterhalt finanziell abgesichert. Dies veranlasste ab Herbst 1939 sowohl langjährige Ehefrauen als auch durch Kriegstraunungen unterstützungsberechtigt gewordene Frauen, ihre Arbeit aufzugeben. Durch Umschichtung auf kriegswichtige Arbeitsplätze, verstärkte Rekrutierung von Fremdarbeitern und immer größeren Einsatz von Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen und Kriegsgefangenen sollte ein Ersatz für die nicht erreichte Umsetzung einer umfassenden Frauendienstpflicht geschaffen werden.

Da Soldaten erst nach einer langen Reihe von Monaten für kurze Zeit Heimaturlaub erhielten, konnten Mütter das „Aus-der-Spur-laufen“ älterer Kinder und Jugendlicher nicht immer verhindern. Jugendliche traten z.B. nach Einbruch der Dunkelheit provokant auf. In Hiddenhausen nahmen besonders die Jungen die Teilnahme am kirchlichen Unterricht und am Gottesdienst nicht mehr sehr ernst (4), was aber wohl in erster Linie eine Folge des Primatanspruchs der Hitler-Jugend war, dem die Mutter sich beugen musste.

Aber auch bei den Frauen kam es nach christlich-moralischer Auffassung zu sittlichen Verfehlungen. Im Synodalbericht 1942 der Münsterkirchengemeinde Herford ist verzeichnet, dass in „zwei Fällen die Taufe von Kindern versagt werden (musste), da die Mütter, deren Männer im Felde stehen, die Kinder von anderen empfangen hatten. Die Gleichgültigkeit gegenüber dem sechsten Gebot ist in Stadt und Land erschreckend groß.“ (5) „Furchtbare Verwüstungen der Ehen und aller Zucht“ als Folge der jahrelangen Trennung der Ehepaare durch Krieg und Dienstverpflichtung beklagt auch der Synodalbericht für 1944 der Jakobikirchengemeinde Herford. (6) Der Synodalbericht 1942 der Kirchengemeinde Hiddenhausen hält fest: „Die Lockerung der christl. Zucht und Sitte hat ohne Zweifel bedenklich zugenommen. Einige Fälle von ehelicher Untreue in Soldatenehen sind bekannt geworden. Uneheliche Geburten waren früher selten.“ (7) Insgesamt konstatiert ein Pfarrer der Münsterkirchengemeinde Herford, dass „nach Ausbrüchen haltlosen Schmerzes die Flucht ins Vergessen und Vergnügen“ oft zu beobachten sei. (8)

Insgesamt gesehen war die Emanzipation der Frauen kriegsbedingt erzwungen. Sie war nicht Bestandteil der NS-Ideologie.

Anmerkungen:

(1) Sicherheitsdienst des Reichsführers SS, SD-Abschnitt Dortmund, Außenstelle Herford, Bericht vom 21. Juni 1943; in Landesarchiv NRW Detmold, M15, Nr. 7.

(2) Dörte Winkler, Frauenarbeit im „Dritten Reich“, Hamburg 1977, S. 118f.

(3) Vgl. Dörte Winkler, a.a.O., S. 119

(4) Norbert Sahrhage, Diktatur und Demokratie in einer protestantischen Region. Stadt und Landkreis Herford 1929 bis 1953, Bielefeld 2005, S. 382

(5) Norbert Sahrhage, a.a.O., S. 382, Anm. 1133

(6) Norbert Sahrhage, a.a.O.; S. 655, Anm. 1133

(7) Norbert Sahrhage, a.a.O.; S. 382

(8) Norbert Sahrhage, a.a.O., S. 382f.

Vgl. auch allgemein: Heinz Boberach (Hrsg.), Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1939-1945, Herrsching 1984 (Taschenbuchausgabe), Bd. 13, Meldungen aus dem Reich Nr. 378, 22. April 1943, S. 5171ff. Bd. 14, SD-Berichte zu Inlandsfragen vom 8. Juli 1943 (Weiße Serie), S. 5454ff.

Zur ideologischen Einbindung der Frauen in den NS-Staat

Die streng nationalsozialistisch ausgerichtete NS-Frauenschaft (NSF), gegründet 1931 und ab Frühjahr 1935 eine offizielle Gliederung der NSDAP, leistete gezielt Frauenarbeit im Sinne der NS-Ideologie. Sie war wie die NSDAP hierarchisch in Gau, Kreis, Ortsgruppe, Zelle und Block organisiert. Das ab Oktober 1933 bestehende Deutsche Frauenwerk (DFW) war als Sammelbecken für gleichgeschaltete bürgerliche Frauenbewegungen oder Einzelmitglieder aus dieser Bevölkerungsschicht gedacht.

An der Spitze von NSF und DFW stand die Reichsfrauenführerin Gertrud Scholtz-Klink, was zeigt, wie NSF und DFW vor allem personell eng verbunden waren. Der Nationalsozialismus wertete Mutterschaft und Hausfrauenarbeit in ihrer Bedeutung für die „Volksgemeinschaft“ immens auf; Frauen wurden dementsprechend gezielt ideologisch und praktisch geschult. Im Rahmen des Reichsmütterdienstes, verkürzt Mütterdienst genannt, konnten Frauen in vier- bis

sechswöchigen Lehrgängen in Mütterschulen sich Kenntnisse in Haushaltsführung, Gesundheits-, Säuglings-, Krankenpflege und Kindererziehung aneignen, gemäß der Vorstellung, dass der Hausfrauenberuf der „Grundberuf“ sei. (1)

Schwangere wurden beraten und betreut, Mütter zur Erholung geschickt. Mit dem Hilfswerk „Mutter und Kind“ unterstützte und betreute die NS-Volkswohlfahrt (NSV) hilfsbedürftige kinderreiche Familien, die als „rassisch wertvoll“ angesehen wurden (Wohnungssuche, medizinische Unterstützung, Kinderbetreuung), auch finanziert durch Sammlungen und Spenden. Insgesamt waren von ungefähr vier Mio. organisierten Frauen 2,3 Mio. Mitglied in der NS-Frauenschaft. (Übrigens: Das Wort „betreuen“ ist ein Wort in der Sprache des 3. Reiches.)

Anmerkung:

(1) Vgl. Schreiben der NSF, Abt. Org./Personal v. 13.11.1942 an das Arbeitsamt Herford bezüglich einer internen Ganztagschulung in: Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Detmold, M 15, Nr. 68

NS-Frauenschaft (NSF) und Deutsches Frauenwerk (DFW) in Herford und Umgebung

In Herford, einer Stadt mit ca. 40.000 Einwohnern, verfügte die NSF seit einer Neuorganisation im Januar 1939 entsprechend den NSDAP-Ortsgruppen über 11 NSF-Ortsgruppen. (1) Norbert Sahrhage kann bestens belegen, dass im Februar 1944 in Herford Stadt und Land insgesamt 6.655 Frauen Mitglied im DFW waren und 3.853 Frauen Mitglied in der NSF. Es ist beachtenswert, dass nur etwa 15% der NSF-Mitglieder auch Mitglied der NSDAP waren, obwohl ab 1936 eigentlich nur noch Frauen aufgenommen werden sollten, die sich bereits im Sinne der Partei verdient gemacht hatten. „Im Sinne der Partei“ bedeutete wohl noch keine Notwendigkeit zur Parteimitgliedschaft.

NSF und DFW konnten in Herford Stadt und Land lediglich 13% der weiblichen Bevölkerung insgesamt organisieren. Dass sich besonders auch während des fortschreitenden Krieges große Schwierigkeiten bei der Rekrutierung neuer Mitglieder ergaben, zeigt ein Brief der Kreis-frauenschaftsleiterin Herford vom 30. Mai 1944 an die Stabsleiterin in der Gaufrauenschaftsleitung, in dem es heißt: „Wir sind in der Gefahr zu vergreisen. Wir müssen mit der Jugendgruppe (= der NSF) so nah Anschluss an den BDM (= Bund Deutscher Mädel) halten, dass eine schöne Kameradschaft unter den beiderseitigen Führerinnen besteht und niemals der Gedanke an Konkurrenz hoch kommen kann. Wir müssen die jungen Frauen und Mädel von 30 bzw. 35 Jahren als frische Kräfte in der NS-Frauenschaft haben, für die Jugendgruppen sind sie zu alt. Wir älteren Menschen über 50 Jahren müssen allmählich aus den führenden Ämtern abtreten, so schmerzlich das für uns persönlich ist.“ (2)

Anmerkungen:

(1) Vgl. Norbert Sahrhage, Diktatur und Demokratie in einer protestantischen Region. Stadt und Landkreis Herford 1929 bis 1953, Bielefeld 2005, S. 227; auch für die folgenden Zahlenangaben S. 226.

(2) Zitiert nach Norbert Sahrhage, a.a.O., S. 227.

Mögliche Gründe dafür, Mitglied bei der NSF oder DFW zu werden:

- aus NS-politischer Überzeugung,
- aus gesellschaftlichen Gründen, z.B. weil die berufliche Stellung des Mannes ein solches Engagement verlangte,
- weil man sich einem gewissen „Werbungsdruck“ ausgesetzt fand,
- weil man glaubte, nicht ganz abseits der staatlichen Ideologie stehen zu können,
- weil es reizte, eine führende Position in der NSF/DKW zu bekommen, wenn es auch nur auf der unteren Ebene war,
- weil man praktisch profitierte, besonders in Näh- und Kochkursen und bei der Mütterschulung
- weil sich dort ein kleiner, wenn auch zeitlich begrenzter Freiraum von den Familienpflichten ergab.

Schlaglichter auf die NS-Frauenschaft (NSF) in der NSDAP-Kreisleitung Herford

Im Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Detmold wird Korrespondenz der NS-Frauenschaft mit der NSDAP-Kreisleitung Herford aufbewahrt. (1) Es handelt sich hauptsächlich um Schreibmaschinendurchschläge aus dem Zeitraum 1942-1945 mit kurzen Schreiben vornehmlich der verschiedenen Abteilungen der NSF Herford, daneben gibt es relativ wenige Schreiben an die NSF.

Es mutet aus heutiger Sicht etwas merkwürdig an, dass auch die Veröffentlichung zweier Marmeladenrezepte und die Herstellungsanleitung für selbstgemachte Hausschuhe für in der Korrespondenzmappe aufbewahrenswert gehalten wurden. Die erhaltene Korrespondenz eröffnet uns heute ein kleines Fenster, durch das wir einen Blick auf die Arbeit der NSF werfen können: Schulungen des „Führungspersonals“, die in Herford und Orten des Landkreises Herford stattfanden, Ganztagschulung für die Ortsgruppenführerinnen und deren Mitarbeiterinnen in den drei Sparten Sport, Musik/Feiergestaltung, Werkarbeit, Schulung für Frauen-Hilfsdienst, Bitte um Gewährung von Sonderurlaub zwecks Teilnahme an einem Lehrgang für Ortsgruppenführerinnen, Frauen-Arbeitseinsatz, Beurlaubung aus der NS-Frauenschaft wegen eines Schlichtungsverfahrens aufgrund eines schwebenden polizeilichen Verfahrens, eingeschaltet in den Beantragungsweg in Bezug auf Ehestandsdarlehen.

Aus einer Einladung der Direktorin der Städtischen gewerblichen Berufsschule für Mädchen zu Bielefeld an die NSF-Kreisabteilungsleiterin Volkswesen/-Hauswirtschaft geht hervor, dass diese Abteilungsleiterin als Vertreterin des Deutschen Frauenwerks bei der Entscheidung über die Zulassung zur Prüfung für Hausgehilfinnen gehört werden muss.



Gas- und Stromspartipps aus der Zeitung (Kommunalarchiv)

In Siedlungen in Herford, Bünde, Bischofshagen und Elverdissen hatte die Abteilungsleiterin Volkswesen/Hauswirtschaft Gemeinschaftsleiterinnen organisiert, die in „Siedlungsarbeit“ geschult wurden, so z.B. am 27.1.1943 in der Kreisdienststelle Herford der Kreisfrauenschäftsleitung, Adolf-Hitler-Wall 34 von einer Untergauabteilungsleiterin aus Münster. In der Siedlung "Bergerheide" erhielten „alle Siedlungsfrauen“ mit Datum vom 24.4.1943 von der Herforder Abteilungsleiterin ein kurzes Schreiben, sich ein paar Tage später zu einer kurzen Beratungsstunde einzufinden. Der Satz „Wir bitten Sie, daran teilzunehmen“ konnte wohl nicht ignoriert werden. Die Gemeinschaftsleiterin dieser Siedlung hatte dann die „Siedlungsfrauen“ zu einem Kochkurs in der Küche des EMR (= Elektrizitätswerk Minden-Ravensberg) zu organisieren. Über die praktische Tätigkeit des Kochens hinaus sollte natürlich auch immer NS-Ideologie vermittelt werden.

Die bewegendsten Schreiben aus dem betreffenden Korrespondenzmaterial der NS-Frauenschaft Herford sind zwei kurze Briefe. Die NS-Frauenschaft der Kreisleitung Minden schickte mit Datum vom 7. Juli 1944 eine Anfrage an die Herforder Kreisfrauenschäftsleiterin, eine ausführliche Beurteilung über eine Herforderin abzugeben. Eine damit Beauftragte aus der Kreisfrauenschäftsleitung erstellte eine Art „Gutachten“, bestehend aus nur wenigen Sätzen, die aber vernichtend waren. Was mit der Frau weiter geschah, konnte nicht ermittelt werden, da dazu keine Unterlagen in der eingesehenen Korrespondenz aufgefunden wurden.

Anmerkung:

(1) Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Detmold, M 15, Nr. 68

Notizen zur NS-Frauenschaft (NSF) Herford, zum Deutschen Frauenwerk (FW) Herford und zum Frauenamt der Deutschen Arbeitsfront (DAF)
(hauptsächlich auf der Grundlage der eingesehenen Korrespondenz der NSF Herford) (1)

Organisation:

- an der Spitze: Kreisfrauenschaftsleiterin
- für die 11 Ortsgruppen (Altstadt, Bismarck, Hansa, Pantföder, Lübbertor, Neustadt, Deichtor, Otto-Weddigen, Radewig, Renntor, Stiftberg je eine Ortsgruppenleiterin der NSF, diese Ortsgruppenführerinnen hatten Mitarbeiterinnen für die Bereiche Sport, Musik/Feiergestaltung und Werkarbeit

Der Arbeitsbereich der Kreisfrauenschaftsleiterin war gegliedert in Abteilungen, für die Kreisabteilungsleiterinnen verantwortlich waren. Aus der Korrespondenz konnten folgende Abteilungen erschlossen werden:

- Abt. Organisation/Personalwesen
- Abt. Hilfsdienst (organisierte auch Nähnachmittage)
- Abt. Recht und Schlichtung
- Abt. Presse und Propaganda
- Abt. Rassepolitische Erziehung, Hauptstelle für Frauen- und Mädelarbeit (1945)
- Abt. Volkswesen/Hauswirtschaft

Außerdem gab es:

- die Sonderbeauftragte für den Arbeitseinsatz (der Frauen)
- eine Kreisjugendgruppenführerin
- Gemeinschaftsleiterinnen in Siedlungen
- die Kreisfrauenwalterin der DFW
- Bahnhofsdienst der NSV (= NS-Volkswohlfahrt), Horst-Wessel-Platz, Herford

War eine Frau Mitglied der NSF, erhielt sie die Frauenschaftsnadel. Zudem gab es die Frauenhilfsdienstnadel.

Standorte und Aktivitäten:

- Kreisamtsleitung der NS-Frauenschaft, Clarenstr. 18, Herford
- Kreisdienststelle Herford der Kreisfrauenschaftsleitung, Adolf-Hitler-Wall 34 (mit NS-Jugendgruppenraum)
- Mütterschule: Goebenstr. 20, Herford („Haus der Frau“), (Kochkurse, Säuglingspflegekurse u.a.)
- Hilfsstelle „Mutter und Kind“, Waltgeristraße, Herford
- Nähstube des Deutschen Frauenwerkes, Auf der Freiheit, Herford (altes Stadttheater) (Nähen und Stopfen, auch „gemeinnützig“. So erhält die Kreisleitung der NSF Herford z.B. ein Dankeschreiben vom 23.2.1942 von einer bekannten Bündler Fleischwarenfabrik, weil die Mitglieder „für unsere weiblichen Gefolgschaftsmitglieder (= Arbeiterinnen) 120 Paar Strumpfschoner „unter zur Verfügungstellung des Materials“ genäht hatten.)
- Nähberatung des Deutschen Frauenwerkes in der Schule I in Schweicheln (für Frauen und Mädchen zwecks Instandsetzung der eigenen Garderobe und der der Familie)
- Mütterschulkurse in Säuglingspflege in Schweicheln, Anmeldungen an Blockfrauenschaftsleiterinnen

- Kochkurse in der Lehrküche des EMR (= Elektrizitätswerk Minden-Ravensberg), Bielefelder Str., Herford
- Nähnachmittage bei der Fa. Ahlers, Goebenstr., Herford
- Kleines Kammerorchester im Deutschen Frauenwerk, Proben im Gymnasium (damit ist wohl das Friedrichs-Gymnasium gemeint)

Sahrhage (1) führt folgende in der Freizeit unentgeltlich abzuleistende Tätigkeiten für Frauen im Rahmen der NS-Frauenschaft Herford an: Nachbarschaftshilfe bei kinderreichen Familien, Wöchnerinnen und werktätigen Frauen, besonders bei Krankheit, Leitung von Kindergruppen zur Entlastung berufstätiger Frauen, Bahnhofsdienst, Sammelaktionen, Mitarbeit in Nähstuben, Einkochen von Fleisch, Obst und Gemüse, Ausbesserungsarbeiten an Wehrmachtskleidung, Betreuung von Bombengeschädigten, Verwundetenbetreuung, Mitarbeit in den Ausgabestellen für Bezugsscheine.

Anmerkungen:

(1) Landearchiv NRW Detmold, M 15, Nr. 68.

(2) Norbert Sahrhage, Diktatur und Demokratie in einer protestantischen Region. Stadt und Landkreis Herford 1929 bis 1953, Bielefeld 2005, S. 226.

Jugend im Krieg

von Christoph Laue

Die Jugend des Dritten Reiches war für den Krieg in unzähligen Maßnahmen vorbereitet worden: sowohl körperlich (Geländesportübungen, Luftschutzausbildungen, Schießübungen in „Bannlagern“ ...) als auch geistig (in Schulen, bei HJ-Veranstaltungen ...). 1939 gehörten von den etwa 8,87 Millionen Jugendlichen zwischen 10 und 18 Jahren mehr als 8,1 Millionen den diversen Organisationen der Staatsjugend an.

Ab 1939 mussten alle Kinder und Jugendlichen an den Veranstaltungen der Hitlerjugend teilnehmen:

- Die 10-14jährigen Jungen im „deutschen Jungvolk“;
- die 14-18jährigen Jungen in der „Hitlerjugend“;
- die Mädchen von 10 bis 14 im „Jungmädelsbund“ und
- die Mädchen von 14-18 Jahren im „Bund deutscher Mädel“.

Beim Eintritt in die Hitlerjugend mussten die Kinder die „Treueformel“ sprechen: „Ich verspreche, in der Hitler-Jugend allzeit meine Pflicht zu tun in Liebe und Treue zum Führer und unserer Fahne“.

Die Schulen wurden geprägt durch Rituale wie das Tragen von Uniformen und NS-Symbolen wie Hakenkreuze, Fahnen, Fahnenappelle, Hitlerporträts und Hitlergrüße, dies wurde der Alltag an den Schulen. An den Schulen wurde Deutsch- und Geschichtsunterricht sehr wichtig. Der Geschichtsunterricht sollte sich auf die deutsche Geschichte und die der „nordischen Rassen“ beschränken. Im Biologieunterricht wurden „Vererbungslehre“ und „Rassenkunde“ eingeführt. Der Sportunterricht wurde mit hohen Stundenzahlen erhöht, um das nationalsozialistische Ideal der körperlichen Ertüchtigung zu bekommen, jedoch war er auch Vorbereitung für den Kriegseinsatz. Somit mussten 11jährige Jungs Schießübungen abhalten. Trotz aller Maßnahmen des NS-Regimes blieb die Schule doch im traditionellen Stil erhalten.

Während der Kriegsjahre wurde der Einfluss auf die Jugend noch wesentlich verstärkt. So wurden Jugendliche per Rundfunkansprachen über Ihre Pflichten unterrichtet (Tapferkeit im Alltag, Bewusstsein über die Neuordnung, katastrophale Folgen im Falle einer Niederlage ...). „Konzerte der Jugend“, Jugendfilmstunden über erfolgreiche Schlachten zur Zeit der Gottesdienste und Werbung für Truppenteile, politisch gesteuerte Kasperlspiele für die Kleinsten und Gastvorträge von Wehrmachturlaubern und Ritterkreuzträgern auch in Sommerlagern der HJ oder auf Heimabenden sprachen eine breite Schicht an.

Immer mehr ging es auch um die Wehrmacht und die Vorbereitung auf den Krieg. Die Jungen sollten körperlich fit sein und kämpfen lernen. Dazu gehörte auch der Umgang mit Waffen. Viele Jungen waren begeistert in der Hitlerjugend. Sie wollten richtige Helden werden und für Deutschland kämpfen. Die Aufgabe der Mädchen wurde von den Nationalsozialisten darin gesehen eine „deutsche Mutter“ zu werden und viele Kinder zu bekommen. Deshalb war es für Mädchen nicht wichtig, dass sie eine gute Schulbildung bekamen.

Auch die eigene jugendliche Freude fand einen militärischen Nutzen. So wurden in den „Sonderformationen“ schon vor dem Krieg Jugendliche für die drei Truppengattungen (Heer, Luftwaffe und Marine) in der Motor-HJ (Kradfahrer u.ä.), der Flieger-HJ (Segelfliegen und Wartung von Motorflugzeugen), der Marine-HJ (Kriegsmarine-Grundausbildung, Schifffahrtskunde und Signaldienst) sowie der Nachrichten-HJ (Verlegung von Fernsprecheinrichtungen und Meldungsübermittlung per Fernsprecher und Morsefunk) oder auch der Feuerwehr-HJ eingegliedert.

Spezielle Vorschriften und Verordnungen ermöglichten es, auch außerhalb dieser Kriegsausbildung Pimpfe/Jungmädels und Hitlerjungen/BDM-Mädels für den „Kriegseinsatz“ neben Schule und Beruf einzusetzen.

Die Altersstruktur der einberufenen „Männer“ sank dabei kontinuierlich: waren zu Kriegsbeginn 1939 und 1940 die jüngsten noch 19 Jahre, waren es 1941/42 die 18jährigen, 1943/44 schon 17jährige und gegen Ende des Krieges sogar 16jährige. Bilder aus dem Mai 1945 zeigten sogar einen 12jährigen bei einer Auszeichnung durch Hitler. Aufgrund der mangelnden Ausbildung und Ausrüstung erhielten diese Verbände der Jüngsten schwerste Verluste. Sogar hinter den feindlichen Linien sollten die Jugendlichen zum Ende des Krieges als „Werwölfe“ mit Sabotageakten den Feind behindern.

Im Krieg kamen viele Jugendliche dann als so genannte Flakhelfer zum Einsatz. Das bedeutete, sie standen an einer Flugabwehrgewehr und ihre Aufgabe bestand darin, feindliche Flugzeuge zu sichten und abzuschießen. Ab 1943 wurden alle Jugendlichen ab dem Alter von 16 und 17 Jahren zu diesen Diensten herangezogen.

Junge Männer ab 16 kamen beim Deutschen Volkssturm zum Einsatz, der im Oktober 1944 ins Leben gerufen wurde. Neben den jungen Männern sollten sich auch die Älteren melden. Die Aufgaben umfassten Bauarbeiten und Sicherungsmaßnahmen, die meist in den jeweiligen Wohnorten stattfinden sollten. Im Volkssturm wurden somit alle die Männer erfasst, die bisher -aus verschiedenen Gründen- nicht eingezogen waren und nicht bei der Wehrmacht dienten. Während die älteren Jahrgänge dem Volkssturm durchaus skeptisch gegenüber standen, meldeten sich die Jüngeren oft freiwillig. Manche waren schon zuvor als Flakhelfer, also in der Abwehr von Luftangriffen tätig gewesen. Viele waren stolz darauf, „gebraucht“ zu werden. Negative „Berühmtheit“ erlangte die „12. SS-Panzerdivision HJ“, als sie in der Normandie gegen die Alliierten eingesetzt und in kurzer Zeit völlig geschlagen wurde. Viele dieser Jungen waren erst 17 Jahre alt oder jünger.

Doch nicht nur die jungen Männer kamen zum Einsatz, auch die Mädchen leisteten Hilfsdienste während des Krieges. Sie unterstützten z.B. die deutschen Truppen im Osten. Oder sie taten Dienst als Erntehelferinnen oder als Krankenschwestern im Sanitätsdienst.

Kinder und Jugendliche haben bei diesen Einsätzen und in der Heimat Schreckliches erlebt. Viele wurden verwundet oder getötet. Sie erlebten, wie ihre Väter in den Krieg zogen und oft nicht mehr zurückkamen. Sie erlebten, wie ihre

Mütter und sie selbst Angst vor Fliegerangriffen hatten. Sie erlebten Hunger und einmarschierende Soldaten.

Viel schlimmer erging es jedoch den jüdischen Kindern. Jüdische Kinder durften ab November 1938 keine Schulen mehr besuchen. Sie durften sich nicht mehr mit deutschen Kindern treffen und mussten, wie die Erwachsenen, den Judenstern tragen. Jüdische Kinder waren also auch von der Verfolgung und Vernichtung betroffen. Sie wurden mit ihren Eltern abgeholt und in Gefängnisse oder Konzentrationslager gesperrt. Die allermeisten starben dort.

Die Jugend in Herford – Beispiele:

Entsprechend zeigen auch die in der Herforder Kriegschronik des Lehrers Gustav Schierholz überlieferten Meldungen für Herford einerseits die sich wiederholende Einbindung der Jugend in die Organisationen BDM und HJ, den Einsatz für Sammelaktionen und Hilfsdienste sowie bei der Kinderlandverschickung, die Benutzung der Kinder und Jugendlichen für Propaganda und andererseits die Probleme der Verwaltung bei der Aufrechterhaltung des Unterrichts in den Schulen, aber auch die weitgehende Normalität des Alltags bis zum Einsetzen der Bombenangriffe auf den Raum Herford.

Hier chronologisch entsprechende Auszüge aus der Schierholz-Chronik, ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

Juni 1940: „Vom Kartoffelkäfer hat man in unserer Gegend noch nichts bemerkt. Trotzdem wird eifrig nach diesem Schädling gesucht. Die Schulkinder werden wiederum, wie im letzten Jahr, zum Suchen eingesetzt, des gleichen zum Sammeln von Heilkräutern. Diese werden auf den Schulböden gesammelt und getrocknet.“

August 1940: „Die Ferien der Schulen sollten am 19. August schließen. Die militärische Lage verbot jedoch den Wiederanfang des Unterrichts. So wurden die Ferien auf unbestimmte Zeit verlängert. Die Kinder werden zur Entgegennahme von Aufgaben einige Male in der Woche bestellt. Die Kinder über 14 Jahre werden von der Hitler-Jugend in Anspruch genommen und in Fabriken eingesetzt. Die kleineren Kinder müssen Heilpflanzen sammeln. Die Eltern wünschen nichts mehr, als dass die Schulen bald wieder mit dem Unterricht beginnen, da sie ihre Kinder nicht mehr genügend beschäftigen können.“

März 1941: „Singender, klingender Nachmittag...

Erstes öffentliches Schülerkonzert der Herforder Musikschule am 18. März 1941. Die Musikschule Herford wartete gestern mit ihrem ersten öffentlichen Schülerkonzert auf, das zu einem deutlichen Beweis wurde des Erfolges der zweijährigen Arbeit dieser Abteilung der NS-Gemeinschaft 'Kraft durch Freude'. Der große Saal der Kreisschule der NSDAP war voll besetzt, als der Leiter der Musikschule die Veranstaltung mit einer Ansprache einleitete. Nach herzlichen Begrüßungsworten, die den Ehrengästen und den zahlreich erschienenen Eltern galten, führte der Leiter der Musikschule, Karl-Hans Schwarz, u.a. aus, dass jetzt zwei Jahre vergangen sind, seitdem die Musikschule des Deutschen Volksbildungswerks in Herford als Teilgebiet der NS-Gemeinschaft 'Kraft durch Freude' von musikbeflissenen Männern ins Leben gerufen wurde. Heute ist es

nun das erste Mal, dass die der Musikschule anvertrauten Schüler einmal öffentlich zeigen sollen, was sie gelernt haben.“

Juli 1941: „Kriegseinsatz der Jugend.

Am Mittwoch, 16. Juli begannen die Sommerferien zum ersten Male nicht vier Wochen, wie früher, sondern mehr als sieben Wochen. Der Unterricht begann erst wieder am 8. September. Schüler und Lehrer mussten sich für kriegswichtige Arbeiten zur Verfügung stellen. Die Lehrer durften sich drei Wochen erholen und dann entweder auf dem Lande oder für die Stadt Arbeit leisten. Ich selbst habe in der Zeit im Museum gearbeitet und auf meinen Reisen nach Augsburg und München Museumsstudien betrieben, die der Stadt wiederum zugute kamen. Unsere Schüler mussten teilweise in Fabriken oder Handwerksbetrieben oder bei der Ernte helfen.“

Die Presse berichtet darüber: „Herforder Schüler arbeiten auch im Handwerk. Der Kriegseinsatz der Hitlerjugend ist noch erweitert worden. HJ-Sparen neu eingeführt. Auch in diesem Jahre wird wieder von jedem Schüler ein Kriegseinsatz gefordert, der –wie es in einem Aufruf des Kriegseinsatz-Führers des Bannes Herford, Gefolgschaftsführer Goldberg, heißt– in unserem Bann auf die Dauer von vier Wochen festgesetzt ist. Während unsere Väter, Brüder und älteren Kameraden wieder im härtesten Kampf an der Front gegen die rote Weltpest stehen, wollen wir durch unseren Kriegseinsatz beweisen, dass wir gewillt sind, zu unsrem Teile am Siege des Reiches beizutragen. Das verlangt von uns, dass wir unsere Arbeitskraft da einzusetzen haben, wo sie am dringendsten benötigt wird. Um eine Lenkung des Kriegseinsatzes vornehmen zu können, ist es deshalb erforderlich, dass jeder Schüler dort seinen Kriegseinsatz ableistet, wohin er von uns einberufen wird.“

Juli 1941: „Fritz Deppe: Mein Ferieneinsatz.

Als die Ferien im Juli begannen, fuhr ich nicht wie früher froh und unbeschwert in die Ferien, sondern wartete gespannt auf meine Einberufung zum Ferieneinsatz der Schüler. Wir sollten dann in die Rüstungsbetriebe in kleinen Gruppen eingeteilt werden. Da fand ich eines Morgens, als ich aus der Schule kam, ein Schreiben von der Hitler-Jugend vor, in dem ich aufgefordert wurde, mich am anderen Morgen bei dem Elektrizitätswerk Bokelmann & Kuhlo zu stellen. Schnell fuhr ich mit dem Rad zum Arbeitsamt, um mir das Arbeitsbuch zu beschaffen. Nachdem ich dies in der Tasche hatte, schaute ich mir erst mal den Betrieb an. Darin musste ich also nun vier Wochen arbeiten. Er gefiel mir sehr gut. Am anderen Morgen meldete ich mich bei dem Pförtner. Er führte mich zum Betriebsleiter, wo ich von dem einen Ausweis und einen Zettel bekam, auf dem drauf stand, dass ich über das, was ich in dem Betrieb sah, zu keinem Menschen etwas sagen durfte. Während ich mir dieses durchlas, kamen noch vier Jungen in das Zimmer. Nachdem auch sie alles Schriftliche erledigt hatten, wurden wir in das Ingenieurbüro geführt. Dieser teilte uns und wies uns unseren Arbeitsplatz an. Mich wies man in die Wickelei. Schüchtern stand ich an der Tür, bis ein Mann im blauen Monteur-Anzug zu mir kam und mir die Hand schüttelte. Er war der Vorarbeiter. Er zog mich an eine Kiste heran und trug mir auf, die Windungen genau zu zählen.“

Juli 1941: „Herfords Jugend sucht nach dem Feldfeind.

An jedem Sonnabend wird Jagd nach dem Kartoffelkäfer gemacht. Seit einigen Wochen wird auch im Stadt- und Landkreis Herford auf den ärgsten Feind unserer Kartoffel Jagd gemacht. An jedem Sonnabend treten sie hier und da im Stadtgebiet in kleineren oder größeren Trupps an, um systematisch die Felder - vor allem die Kartoffelfelder- nach diesem Feldfeind Nr. 1, dem Kartoffelkäfer, abzusuchen. Hauptträger der Suchaktion ist die Schuljugend. Eine Anzahl Jungen oder Mädels bilden zusammen mit dem Kolonnenführer, das ist in der Regel der Besitzer des Hofes, dessen Gelände nach dem Kartoffelkäfer abgesucht werden soll, eine Suchkolonne. Von diesen Suchkolonnen werden über 50 Ar große Kartoffelanbauflächen abgesucht, während Flächen bis zu 50 Ar [= 5.000 qm] einschließlich Gartenbau- und Kleinstanbauflächen von den Nutzungsberechtigten selbst mit ihren Familienangehörigen und sonstigen im Betriebe beschäftigten Personen sorgfältig abzusuchen sind. Es ist eine unbedingte Notwendigkeit, gerade in diesem Jahre den Suchdienst mit peinlichster Genauigkeit durchzuführen, da die Westgebiete außerordentlich stark vom Kartoffelkäfer befallen sind und ein Einbringen dieses gefährlichen Schädlings nach Deutschland unbedingt verhindert werden muss. Durch besondere Kontrollen der Ortspolizeibehörde wird dann auch regelmäßig überprüft werden, ob der Suchdienst in der vorgeschriebenen Weise durchgeführt wird."



Kartoffelkäfersuche in Herford (Slg. Spanuth, Kommunalarchiv)

August 1942: Im Sommer 1942 wurden Schüler der höheren Lehranstalten als Lagermannschaftsführer bei der Kinderlandverschickung eingesetzt. Hier ein Bericht von Willy Rahe, 16 Jahre alt:

„Meine KLV-Zeit in Ungarn. Fast täglich hören und lesen wir von den Volksdeutschen im Auslande, ja wir sprechen vielleicht selbst häufig von ihrem Leben, aber was wissen wir denn überhaupt von unseren Brüdern und ihrem Kampfe, den sie fortwährend um die Erhaltung ihres Volkstums führen müssen? Jetzt im Kriege hören wir oft von Jungen und Mädchen, die durch die Kinderlandverschickung zu Volksdeutschen gekommen sind, von den Deutschen im Auslande erzählen. Auch ich habe das Glück, in der KLV in Ungarn eingesetzt zu werden. Auf der Fahrt durch Deutschland bekommen wir viel von der Schönheit unserer deutschen Landschaft zu sehen. Während unseres

Aufenthaltes in Ungarn lernen wir das Leben der Volksdeutschen und ihren Kampf gegen die Überfremdung, die ihnen droht, kennen. Am 17.8.1942 traten wir die Reise an. Vorher haben wir in Haldem auf der Gebietsführerschule eine kurze Ausbildung erhalten. Jetzt bekommen wir in Münster unsere letzte Instruktion. Dann geht die Fahrt über Osnabrück, Hannover nach Leipzig. Die Züge sind alle überfüllt, selten bekommen wir einen Sitzplatz, aber dennoch ist die Stimmung gut, malen wir uns doch schon aus, welche Erlebnisse uns erwarten. In Leipzig haben wir einen kurzen Aufenthalt, den wir dazu benutzen, den Bahnhof und seine Umgebung zu besichtigen. Aber viel Zeit steht uns hierfür nicht zur Verfügung, denn wenig später wird schon der D-Zug gemeldet, der uns nach Wien bringen soll.“

September 1942: „Aus der Partei: Am Sonntag, 27. September wurde der Jahrgang 1924 der Hitlerjugend in die Partei überführt. Über die Feier in Herford berichtet die Presse: ‚Im ganzen Reiche wurden am Sonntag die im Hitlerjugenddienst bewährten Jungen und Mädels des Jahrgangs 1924 in die Partei aufgenommen. Für die Herforder Ortsgruppen und eine Reihe von Ortsgruppen aus dem Landkreis fand aus diesem Anlaß eine würdige Feierstunde im Lichtspielhaus 'Wittekind' statt.

Hier hatten vor der Bühne die Parteianwärter und -anwärterinnen Platz genommen. Dann folgten der Kreisstab und die Hoheitsträger der Partei sowie die Vertreter von Staat und Wehrmacht, die Parteigenossenschaft, die Eltern der Jungen und Mädels und schließlich Hitlerjugend und BDM. Die Bühne bot ein der Weihe der Stunde angemessenes Bild und war mit den Emblemen der Partei, den Fahnen der Bewegung und frischem Grün geschmückt.

Eingeleitet wurde die Feierstunde mit der Großdeutschland-Fanfare, gespielt von einem Musikkorps der Wehrmacht. Dann gedachte Kriegseinsatz-Ortsgruppenleiter Pg. Gößling aller Kämpfer und Helden, die im Kampf für Deutschlands Freiheit und Größe ihr Leben hingegeben haben und uns in ihrer Einsatzbereitschaft stets verpflichtendes Vorbild sein werden. Worte des Führers, die von der Gewißheit kündeten, daß die Jugend dereinst die Fahne der Bewegung weiter in die Zukunft tragen wird, und ein Festmarsch nach den Motiven aus dem Es-dur-Konzert von Beethoven leiteten über zu der Verabschiedung der 18jährigen Hitlerjungen durch den K-Bannführer Pg. Goldberg. In ähnlicher Weise sprach die Bannmädelführerin Pgn. Seumenicht zu den Parteianwärterinnen und verabschiedete sie aus den Reihen des BDM. Der K-Bannführer meldete dann die in die Partei zu überweisenden Jungen und Mädels dem Kreisleiter Pg. Nolting, der nunmehr zu dem jungen Nachwuchs der Partei sprach.“

Juli 1943: „Musikleben: Am Montag, 19. Juli konzertierte der Mozart-Chor der Berliner Hitlerjugend in Herford. Die Presse berichtet über das Konzert: ‚Der Mozart-Chor der Berliner Hitlerjugend konzertierte in Herford. In der sommerlichen Zwischenzeit pflegen zuweilen Gäste bei sehr beachtlichen Leistungen in bedeutsamen Veranstaltungen, die nicht im städtischen Konzertprogramm vorgesehen waren, mit ihren Besuchen aufzuwarten, die aber regelmäßig von den sonst fleißigen Konzertbesuchern fast ignoriert werden. Es wirkt allmählich peinlich, aus ihrem Fehlen Rückschlüsse auf ihre Mentalität tun zu müssen, was man in ihrem Interesse gern vermieden sehen mochte, um jedesmal nur mit einem Bedauern darüber hinwegzusehen. Seit dem Bestehen der Singakademie und dem Wirken Zelters entwickelte sich Berlin von der

preußischen zur deutschen und europäischen Kunstmetropole. Von hier aus gingen viele Anregungen zur Entstehung der sich im 19. Jahrhundert bildenden deutschen Chöre. Berlin hat seine Chortradition bis auf den heutigen Tag treu bewahrt. Wie die nationalsozialistische Bewegung in politischer Beziehung bewusst an die alte große deutsche Vergangenheit anknüpft, so forderte sie mit allen Mitteln lebendige deutsche Kulturpflege. Die Bannchöre der HJ aktivieren bereits die deutsche Jugend zu vorbildlichen Leistungen, wie das Bild der Wettkämpfe im Gebiet Westfalen Nord ergab. Im besten Sinne ist der durch den Rundfunk bereits überall bekannt gewordene Mozart-Chor der Berliner Hitler-Jugend (Leitung: Erich Steffen), der in feinen hochwertigen Leistungen an die Berliner Chortradition anknüpft, dazu berufen, als Vorbild für alles vokale und instrumentale Musizieren der Jugend zu wirken, für deren Leistungen die sich überall bildenden Musikschulen die Voraussetzungen schaffen wollen.“

Juli 1943: „Schule und Krieg: Die Bürgerschule Falkstraße beginnt mit dem Seidenbau. Darüber berichtet die Presse: ‚Es ist in letzter Zeit viel über Intensivierung des unbedingt kriegswichtigen Seidenbaues auch im Kreise Herford gesprochen worden. Welcher Wert dabei gerade auf die Schulen gelegt wird, bewiesen Schulungstagungen, die für die Erzieherchaft des Kreises Herford und Bünde angesetzt waren. Verschiedentlich haben sich die Schulen auch schon seit längerer Zeit eingeschaltet und treiben schon seit Jahren erfolgreichen Seidenbau. Nun hat auch die Bürgerschule Falkstraße als erste Herforder Schule den Seidenbau aufgegriffen. Kurz vor dem Kriege schon wurde damit begonnen, durch Anpflanzungen von Maulbeersträuchern im ehemaligen Versuchsgarten der Landwirtschaftsschule an der Lippischen Bahn die Futtergrundlage zu schaffen.

Wer nun Interesse am Seidenbau hat, wird herzlich eingeladen, die Einrichtung und die Raupen in der Bürgerschule Falkstraße zu besichtigen. Dazu ist eine vorherige Anmeldung beim Hausmeister erforderlich. Den Besuchern wird dann von sachkundiger Seite die ganze Anlage und der Seidenbau erklärt und jeder wird dann zu der Erkenntnis kommen, dass eine solche Seidenraupenzucht mit geringer Mühe und wenig Kosten durchzuführen ist, zumal man Hürden und Spinnrahmen sehr gut selbst herstellen kann. Es wird also um recht regen Besuch in der Bürgerschule Falkstraße in diesen Tagen gebeten.“

Juli 1943: „Die Herforder Mittelschule wird Hauptschule.

Vor zwei Jahren hat der Führer entschieden, dass die in der Ostmark entwickelte Form der mittleren Schule, die Hauptschule, auch im Altreich eingeführt werden soll. Nachdem inzwischen in den meisten Gauen Großdeutschlands mit dem Aufbau von Hauptschulen begonnen worden ist, hat nun der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung durch Erlass vom 5. Mai angeordnet, dass auch im Regierungsbezirk Minden die bestehenden Mittelschulen, mit der 1. Klasse beginnend, fortschreitend in Hauptschulen umgewandelt werden, um eine einheitliche Entwicklung des mittleren Schulwesens im ganzen Reichsgebiet zu gewährleisten.

Damit wird auch in Herford an die Stelle unserer bisherigen Mittelschule allmählich die Hauptschule treten und ihre Bildungsaufgaben übernehmen. In den 'Bestimmungen über Erziehung und Unterricht in der Hauptschule' findet sich in Bezug auf das Bildungsziel, die Lehrfächer und Arbeitsweise weitgehende Übereinstimmung mit den für die Mittelschule geltenden entsprechenden Bestimmungen.

'Die Hauptschule dient besonders den Bedürfnissen aller mittleren und gehobenen praktischen Berufe in Landwirtschaft, Handel, Handwerk, Industrie, Verwaltung und Erziehung, sowie aller hauswirtschaftlichen, pflegerischen, sozialen und technisch-künstlerischen Frauenberufe. Sie ist auf Grund der Auslese und der ihr eigenen Arbeitsweise im besonderen Maße geeignet, der Vorbereitung zum Berufe aller jener weiterführenden Bildungseinrichtungen zu dienen, die nicht den Besuch der höheren Schule voraussetzen.' Die Hauptschule umfasst vier aufsteigende Pflichtklassen und schafft einen bildungsmäßigen Abschluss."

Juli 1943: „Herforder Marine-HJ wurde Gebietssieger.

Am Sonnabend, 24. und Sonntag, 25. Juli wurde in Haltern der Gebietsentscheid zum 6. Reichswettkampf der Marine-Hitlerjugend 1943 durchgeführt. Auf Grund ihrer guten Leistung in den vorhergehenden Bannausscheidungskämpfen hatte sich auch die Mannschaft des Marinestammes I/183 (Herford) zur Teilnahme am Gebietsentscheid qualifiziert. Die Anreise von Herford erfolgte am Freitag. Abends traf man in Haltern ein und bezog Quartier in der Gebietsseesportschule am Stausee, wo schon mancher Junge früher seine A-Prüfung abgelegt hatte. Man traf dort viele Kameraden, die man aus verschiedenen Lehrgängen, die hier durchgeführt wurden, kannte.

Der Führer der Sondereinheiten der Hitlerjugend des Gebiets Westfalen-Nord, Hauptgefolgschaftsführer Nacken, eröffnete am Sonnabendmorgen die Wettkämpfe, die sich in Seesport, Leibesübungen und Kleinkaliberschießen gliederten."

April 1944: „Am 19.4. wurden am Vorabend des Führers Geburtstag die Pimpfe in die Hitler-Jugend aufgenommen. Die Zeitung berichtet: ‚Auf der Höhe des Stuckenberges am Bismarckturm, der zu seinen Füßen bei den Bergfesten schon so manche frische deutsche Jugend sah, hatten sich am Mittwochnachmittag im weiten Kreise um einen Holzstoß zwei Fähnlein des Deutschen Jungvolks gelagert. In ihren Reihen waren auch, zum ersten Mal mit Stolz den Dienstanzug der HJ tragend, die Zehnjährigen, die am Vorabend des Führer-Geburtstages in die Hitlerjugend aufgenommen werden sollten. Es war ein schöner Gedanke, das in diesem Jahre nicht in irgendeinem Saal, sondern unter freiem Himmel zu machen, der im leichten Blau eines Frühlingstages strahlte. Wenn man dieses Bild sah: den Kreis der Pimpfe, eingerahmt von dunklen Fichten und hellen Birken, die ihr erstes zartes Grün im Winde schwenken, und rings um das bergumsäumte Ravensberger Land – dann konnte man sich wohl vorstellen, dass sich die neuen Pimpfe an diesen ersten Tag in den Reihen der HJ immer gern erinnern werden. Die Jungmädels führten die Aufnahme feiern im Rahmen von Heimgnachtsmittagen durch und so marschiert jetzt auch in Herford wieder ein neuer Jahrgang deutscher Jugend hinter der Fahne des Führers, dem das deutsche Volk Jahr für Jahr kein schöneres Geburtstagsgeschenk überreichen kann als diese Jugend, für die Adolf Hitler und seine Soldaten heute den Kampf der Freiheit kämpfen.“

Juli 1944: „Kinderlandverschickung: Zahlreiche Herforder Kinder befinden sich in weiter Ferne. Über den Aufenthalt berichtet die Presse: ‚Wir berichteten bereits kurz über die Rückkehr der kinderlandverschickten Kinder aus der Slowakei. Gesund und fröhlich kamen die Kinder hier an und wurden von den Eltern mit großer Freude in Empfang genommen. Uns ging in diesen Tagen der

Erlebnisbericht eines Jungmädels über die Rückkehr zu, den wir nachstehend veröffentlichen: 'Acht Monate waren wir –so erzählt das Herforder Jungmädel– in dem schönen Gastlande der Slowakei. Für uns flog die Zeit nur so dahin, doch die Eltern in der Heimat warteten sehnsüchtig Tag für Tag auf die Rückkehr ihrer Kinder. Aber auch wir selbst konnten es in den letzten Wochen kaum noch abwarten, bis der Koffer fertig gepackt zur Abreise dastand und es endlich losging. So schön und ereignisreich unsere Lagerzeit auch war, so lautete doch bei uns allen die Parole: In der Heimat bei Mutti ist es doch am schönsten! Die KLV-Zeit wird uns allen wohl ein unvergessliches Erlebnis bleiben und wir sind unserem Führer von Herzen dankbar, das er uns eine so schöne und unbekümmerte Zeit erleben liess.'

Juli 1944: „Ritterkreuzträger: Ein früherer Schüler des Friedrichs-Gymnasiums, der Leutnant Fritz Neumüller aus Herford, erhielt das Ritterkreuz. Über eine kleine Feier im Rathause berichtet die Presse: ‚Wie schon so oft hatten sich am Sonntagmorgen im Sitzungszimmer des Rathauses die Vertreter von Partei und Wehrmacht, die Beigeordneten und Ratsherren der Stadt Herford eingefunden, um einen Ritterkreuzträger zu ehren. Die Ehrung galt diesmal einem Sohn der Stadt, dem Leutnant der Luftwaffe Fritz Neumüller, der erste Herforder Ritterkreuzträger aus der Luftwaffe und zugleich auch Herfords jüngster Ritterkreuzträger ist. So waren zu dem Empfang, den die Stadt ihrem tapferen Sohn bereitete, auch eine Abordnung des Lehrkörpers des Friedrichs-Gymnasiums, das Leutnant Neumüller als Schüler besuchte, erschienen. Ebenfalls hatte das NS-Fliegerkorps, dem der Ritterkreuzträger angehörte, eine Abordnung entsandt. Auf dem Rathausplatz hatte der Fanfarenzug des Deutschen Jungvolks Aufstellung genommen, ebenfalls bildete das Deutsche Jungvolk Spalier vom Rathausplatz bis zum Sitzungssaal.

Leutnant Neumüller dankte herzlich für alle ihm zuteil gewordenen Ehrungen, besonders aber für die ihm durch seine Vaterstadt zuteil gewordene und betonte, dass er draußen nichts weiter als seine Pflicht getan habe, genau so wie jeder andere Soldat an der Front und jeder anständige deutsche Mensch sie in der Heimat erfülle. Die Waffen, die die Heimat uns schmiedet –so sagte er weiter-, ermöglichen es uns erst zu kämpfen, und wir werden diese Waffen nicht eher aus den Händen legen, als bis wir den Sieg errungen haben. Er wies dann darauf hin, dass er die Auszeichnung auch für die tapferen Soldaten trage, die vor dem Feinde blieben und in deren Geiste weiterzukämpfen er stets für seine höchste Pflicht halten werde.

Zum Schluss der Feierstunde trug sich Ritterkreuzträger Leutnant Neumüller in das Goldene Buch der Stadt Herford ein, das nun schon so manchen Namen hervorragend bewährter Soldaten enthält und späteren Zeiten kündigt, wie heldenmutig sich diese Generation für des Volkes Freiheit und Größe eingesetzt hat, aber auch davon kündigt, dass die Stadt Herford den Tatenruhm ihrer Söhne gebührend gewürdigt hat.'

Juli 1944: „Neuer Bannführer: Die Presse berichtet: ‚Am 8. Juli fand im Saale der Kreisleitung eine Feierstunde statt, in der in Anwesenheit von Gebietsführer Kröcher, Kreisleiter Nolting und der Führermannschaft der HJ sowie von Vertretern der Partei, der Wehrmacht und der Behörden Bannführer Dr. Husemann von der Stätte seiner bisherigen Tätigkeit Abschied nahm und Oberstammführer Hurdelbrink in sein neues Amt als Führer des Bannes 183 Herford eingeführt wurde.

Nach den feierlichen Klängen der Schlachthymne aus 'Rienzi' ergriff Bannführer Dr. Husemann das Wort. Er hielt einen kurzen Rückblick auf das hinter ihm liegende Jahr, in dem ihm nach Jahren des Kampfes an der Front und nach seiner Entlassung aus dem Lazarett die Führung des Bannes 183 Herford anvertraut war. Seine schönste Aufgabe habe er darin gesehen, die Ideale, für die er als Frontsoldat gekämpft habe, auch an die ihm anvertraute Jugend heranzutragen und mit ihr gemeinsam die großen und harten Anforderungen der Gegenwart zu meistern. Er dankte allen Jungen und Mädeln für ihre Bereitschaft und ihren Einsatz bei der Erfüllung der mannigfachsten Aufgaben, so bei der Spielzeugaktion der HJ, den vielseitigen Überwachungsaufgaben, den Lehrgängen in Vlotho und der kulturellen Arbeit.

Nach der feierlichen Verpflichtung auf sein neues Amt als Bannführer sprach Pg. Hurdelbrink. Auch er komme –so führte er aus– aus dem Erlebnis der Front und es sei ihm heiligste Verpflichtung, im Geiste des scheidenden Bannführers weiter zu wirken zum Wohle der Jugend Grossdeutschlands. Zum Schluss übermittelte Kreisleiter Nolting dem bisherigen Bannführer seinen herzlichsten Dank für die wertvolle Aufbauarbeit im Bann Herford, der durch den häufigen kriegsbedingten Führungswechsel manche Krisen durchgemacht, unter der Führung von Pg. Dr. Husemann aber einen gewaltigen Aufschwung erlebt habe. Er hieß dann den neuen Bannführer herzlich willkommen und wünschte ihm unter Hinweis auf die großen und verantwortungsvollen Aufgaben, die der Jugendführung zufallen, denselben Erfolg, wie er seinem Vorgänger beschieden war.“

August 1944: „Kinderlandverschickung: Die größeren Schüler werden öfter eingesetzt, um als Helfer bei der Kinderlandverschickung dem leitenden Lehrer zur Seite zu stehen. Zu dem Zwecke werden die Jungen vorher ausgebildet. Einen solchen Lehrgang beschreibt einer meiner Schüler, der 15jährige Hans Rottmann. Ich lasse den Bericht wortgetreu folgen:

„Meine Fahrt nach Bad Podiebrad. An einem Augusttage des Jahres 1944 bekam ich eine Einberufung zu einem Lehrgang in der KLV-Schule für Lagermannschaftsführer in Bad Podiebrad in Böhmen. Drei Tage später fuhr ich dann ab, zunächst nach Münster, wo ich meinen Überlaufschein für meinen Grenzübertritt erhielt, von da weiter Richtung Böhmen. Auf dem ersten Teil der Reise konnte ich leider, da es dunkel war, nichts von der Landschaft sehen, auf dem zweiten dafür aber umso besser. Zuerst ging es durch flaches Land, dann stieg es langsam an, und plötzlich, fast ohne Übergang, waren wir mitten im Elbsandsteingebirge. Der Ausblick hier war wunderschön. Da stand trotzig, unmittelbar an der Elbe, an der wir entlang fuhren, eine Burg oder es leuchtete hoch oben an den Berg geklebt, ein winziges, weißes Häuschen herab, und dann reckten sich die Berge selbst mit ihren eigentümlichen, zerrissenen Formen in den stahlblauen Himmel. Von der Station Lobositz, an der die Passkontrolle war, fiel dann das Gelände ab bis Prag. In Prag musste ich sofort umsteigen und ich langte nach vier Stunden in Podiebrad an. Hier war alles auf den Kurbetrieb eingestellt. Riesige Hotels und Kurhäuser lagen an den Strassen. Sie waren auf das Modernste angelegt. Auch unsere Schule, eine ehemalige tschechische Oberschule, war in ihrem Stile erbaut. Es waren bereits viele Jungen da, als ich eintraf. Die endgültige Zahl der Lehrgangsteilnehmer betrug 300 Mann. Wir wurden in Züge zu je 50 Mann eingeteilt.

Am folgenden Morgen ging dann der Betrieb los. Wir hatten erst zwei Stunden Unterricht über die KLV und bekamen dann 15 Vortragsthemen gestellt, die wir bis Lehrgangsschluss ausarbeiten mussten. Darauf kam noch eine Stunde

Werkarbeit. Nachmittags war dann Sport. So ging es dann den ganzen Lehrgang über. Die 14 Tage gingen rasend schnell herum, und auf einmal war schon der Tag da, an dem wir geprüft wurden. Jeder musste über mehrere Themen, die ihm gestellt wurden, Vorträge halten. Drei Stunden nach der Prüfung war dann schon Abreise.“

August 1944: „Arbeitsdienst: Ich bringe einen interessanten Bericht einer Arbeitsmaid aus der Ostmark vom 29.8.1944: „Sie haben sich sicher über meinen neuen Absender gewundert. Unser ganzes Lager ist nach Liebenthal versetzt worden. Die militärische Lage im Nordabschnitt der Ostfront zwang uns, am 30. Juli unser Lager in Blockswalde zu räumen. Wir lagen ja nur einige Kilometer von der Grenze entfernt. Zunächst sollten wir nur nach Haselberg und dort immer übernachten; denn unsere Gegend wurde durch Partisanen, die mit Fallschirmen abgesetzt worden waren, unsicher gemacht. Die Nachricht von der Räumung traf uns nicht unvorbereitet. Seit einiger Zeit lagen schon die gepackten Rucksäcke auf den Schränken, und auch Fahrräder hatten wir bekommen. Nur das Wasch-, Näh- und Schuhputzzeug brauchte noch eingepackt zu werden, dann wurden die Rucksäcke auf die Gepäckträger geschnallt. Der Brotbeutel mit Feldflasche und Trinkbecher kam an die Lenkstange. Nachdem alles im Lager verschlossen worden war, konnte die Fahrt losgehen. Die Leutchen meinten, wir 'türmten' schon. Aber wir dachten ja gar nicht daran.

Wir sehnten uns den Tag herbei, an dem es weiterging. Am 11.8. war es soweit! Wir nahmen die Rucksäcke auf den Rücken und zogen zur Bahn; unsere Räder mussten wir abgeben. Mit der Kleinbahn fuhren wir erst nach Kreuzingen, wo ein Sonderzug eingesetzt wurde. Sechs andere Lager stießen dort noch zu uns. Abends waren wir in Königsberg, wo ebenfalls noch einige Lager dazu kamen. Sonnabend, den 12.8. kamen wir dann nachmittags in Berlin an. Die Berliner staunten, als 700 Arbeitsmädchen vor dem Schlesischen Bahnhof angetreten waren. Uns wurden dann die einzelnen Lager zugewiesen, und wir fuhren mit den verschiedenen Zügen los. Unser Lager sollte abends um 24 Uhr in Liebenthal sein. Doch in Pritzwalk, wo wir aussteigen mussten, fuhr uns der Zug vor der Nase weg; wir sahen nur noch die Schlusslichter. So mussten wir notgedrungen im Wartesaal übernachten. Mit dem ersten Zug fuhren wir dann weiter und landeten glücklich in Liebenthal. Nachdem wir uns gewaschen und gestärkt hatten, ging es gleich ins Bett. 14 Tage hatten wir nur auf Stroh geschlafen. Jetzt haben wir endlich wieder ein eigenes Lager.“

25. März 1945 (eine Woche vor dem Einmarsch der Alliierten in Herford): „7:30 Uhr Feierstunde zur Übernahme der 14jährigen in die HJ und den BDM. Verpflichtung auf den Führer durch Kreisleiter Nolting.“ Gauleiter Meyer fordert Lehrer und Schüler des Gaus auf „Wildgemüse und -salate zur Verbesserung der Ernährungslage zu sammeln. Wir führen heute den Kampf bis aufs Messer.“

Jüdisches Leben in der Heimat

von Renée Claudine Bredt

Der bereits seit 1933 erheblich („Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ 1933, Nürnberger „Rasse“gesetze 1935, Reichspogromnacht 9. November 1938) eingeschränkte und kontrollierte Alltag der deutschen Menschen jüdischen Glaubens wurde mit Kriegsbeginn noch weiter erschwert und reglementiert. Ein weitgehend normaler Tagesablauf war für die Betroffenen kaum noch möglich. Hunderte von Gesetzen, Verordnungen, Erlassen und Verfügungen -zum Teil mit aus heutiger Sicht irrwitzigen Inhalten- machten das Leben fast unerträglich (siehe hierzu: Walk, Joseph (Hrsg.), *Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat*, Reprint Heidelberg 2013).

Jede antijüdische Maßnahme war auf irgendeine Weise „gesetzlich“ geregelt und wurde von einem gut funktionierenden Verwaltungsapparat umgesetzt und kontrolliert. Von geheimen Aktionen unter Ausschluss der Öffentlichkeit („Davon haben wir nichts gewusst!“) kann also in den meisten Lebensbereichen nicht die Rede sein. Viele Einschränkungen waren öffentlich sichtbar, wurden von der nicht-jüdischen Bevölkerung zum Teil unterstützt oder schweigend hingenommen.

Hierzu gehörte ebenso die finanzielle Ausbeutung (Judenvermögensabgabe als „Sühneleistung“ nach dem November-Pogrom, „Auswandererabgabe“, massive Benachteiligung bei der Steuer, Einziehung des gesamten Vermögens bei „Abschiebung“ etc., etc.) wie z.B. auch die Benachteiligung in der Versorgung mit Gütern des täglichen Lebens nach Kriegsbeginn. Alle reichsweit gültigen Regelungen waren natürlich auch für die Herforder Bürger jüdischen Glaubens relevant.



**Emigration der Familie Josephy aus Herford über Bremen nach Südafrika
(Slg. Josephy, Kommunalarchiv)**

Auswanderungsverbot

23.10.1941: Geheimer Erlass des Reichssicherheitshauptamtes: „**Verbot der Auswanderung von Juden:** Die Auswanderung von Juden aus Deutschland ist ausnahmslos für die Dauer des Krieges verboten.“

Bis zu diesem Datum war eine Auswanderung/Emigration von Juden eigentlich möglich, ab Januar 1939 auch von den nationalsozialistischen Machthabern stark erwünscht und ist von vielen wahrgenommen worden. So wurden in Herford von 1937 bis 1940 95 Auswanderungsanträge gestellt. Zahlreiche Auswanderungsanträge von Herforder Juden wurden jedoch schon vor dem Auswanderungsverbot abgelehnt, so dass schließlich nur 72 jüdische Bürger ausreisen konnten. Verbunden mit der Auswanderung waren viele finanzielle Auflagen („Reichsfluchtsteuer“, Sperrkonten nach Abzug hoher Steuern, Abschläge etc.) verbunden, so dass ein Großteil des Vermögens an den NS-Staat verloren ging.

Die letzten Ausreiseanträge (nach Kriegsbeginn) vor dem Auswanderungsverbot wurden von folgenden Herfordern jüdischen Glaubens gestellt:

Name	Vorname	Geb.-Name	Geb.-Datum	Antrag vom	Zielort	genehmigt
Goldstein	Erna		05.03.1885	30.09.1939	USA Übergangsländ England	ja
Goldstein	Martha		04.11.1886	30.09.1939	USA, Übergangsländ England	ja
Rosenbaum	Martha	Steinberg	04.11.1876	27.09.1939	Argentinien	ja
Schiff	Albert		05.01.1900	25.09.1940	Nordamerika	nein
Schiff	Johanna	Levison	16.10.1900	25.09.1940	Nordamerika	nein
Ruben	Erna		21.10.1890	?	USA im Oktober 1940	ja

Hugo Ruben, geb. 02.05.1882, der Ehemann von Erna Ruben, war im Mai 1939 in die USA emigriert, der Sohn Herbert, geb. 05.12.1916, reiste bereits im August 1938 in die USA aus, seine Schwester Gisela, geb. 01.02.1921, folgte ihm erst im März 1939 über die Niederlande in die USA.

„Kennzeichnungspflicht“

Herford/Bielefeld, 16. September 1941: „Die Kennzeichnungspflicht für alle Juden über sechs Jahren durch den ‚Judenstern‘ wird in weiten Bevölkerungskreisen sehr positiv angenommen.“



Judenstern (www, gemeinfrei)

SD-Hauptaußenstelle **Bielefeld**, Bielefeld, den 16.9.1941 Skm./Si.

An III A 3

„Stimmungsmäßige günstige Aufnahme der Polizeiverordnung, wonach die Juden verpflichtet sind, ab 19. September 1941 in der Öffentlichkeit ein Kennzeichen zu tragen.

Die oben erwähnte Polizeiverordnung hat in allen Schichten der Bevölkerung eine wahre Genugtuung hervorgerufen. Sie bildete am Samstag und Sonntag das Gesprächsthema der Bevölkerung. Immer wieder kann man die Meinung hören, dass nun endlich den Juden innerhalb Deutschlands jede Möglichkeit, sich zu tarnen, genommen wird. Allgemein hebt man hervor, dass erst durch diese Polizeiverordnung alle die Juden einschränkenden Maßnahmen, wie Kino-, Gaststätten- und Wochenmarktverbot, ihre volle Wirksamkeit erhalten hätten. Vielfach wird verlangt, dass man nun auch die Juden von der Benutzung der öffentlichen Nahverkehrsmittel wie Autobusse und Straßenbahnen ausschließen müsse. Allgemein hofft man, dass nun auch der letzte Jude das deutsche Vaterland verlassen werde.“ (Dokument 31 aus: Meynert/Schäffer, *Die Juden in der Stadt Bielefeld während der Zeit des Nationalsozialismus*, Bielefeld 1983, S. 178)

1.9.1941 Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden:

„**Ab 15.9.1941** ist es für Juden, die das sechste Lebensjahr vollendet haben, verboten, sich in der Öffentlichkeit ohne Judenstern zu zeigen. Juden ist es verboten, ohne schriftliche, polizeiliche Erlaubnis ihre Wohngemeinde zu verlassen und Orden, Ehrenzeichen oder sonstige Abzeichen zu tragen. Dies gilt nicht für den in Mischehe lebenden jüdischen Ehegatten, sofern Abkömmlinge aus der Ehe vorhanden sind, die nicht als Juden gelten oder der einzige Sohn im Krieg gefallen ist, ferner nicht für die jüdische Ehefrau bei kinderloser Mischehe während der Dauer der Ehe.“

Verwaltung und Verwertung des eingezogenen Vermögens der abgeschobenen jüdischen Bürger

Den in den „Osten“ abgeschobenen jüdischen Bürgern wurde nur erlaubt, 50 kg Gepäck und 100 RM mitzunehmen. Über das zurückgelassene Inventar in ihren Häusern oder Wohnungen mussten sie genaue Listen („Bestandsaufnahmen“) erstellen. Das gesamte, zurückzulassende Vermögen fiel ans „Reich“. Der RMdF (Reichsminister der Finanzen) delegierte die „Verwaltung und Verwertung des eingezogenen Vermögens“ an die Oberfinanzpräsidenten, die mit den örtlichen Gestapostellen und den Finanzämtern zusammenarbeiteten. Unter anderem wurde verlangt, dass „Wohnungseinrichtungen und Gegenstände“ für die Reichsfinanzverwaltung einzuziehen seien, dass der nicht für die Reichsfinanzverwaltung verwertbare Rest z.B. durch Versteigerungen an öffentliche Einrichtungen und Privatpersonen zu veräußern und die Erlöse dem RMdF gutzuschreiben seien. Ebenso mussten Kunstgegenstände gemeldet werden, Wertpapiere abgeliefert, Schmuck, Edelmetalle und Briefmarkensammlungen an die Städtische Pfandleihanstalt Berlin übersandt werden. Bankguthaben wurden eingezogen. Genauso wurde mit dem nichtbeweglichen Vermögen (Grundstücken, Häusern) verfahren. (nach: Brade, Lutz, *Die Aberkennung der Menschenrechte in Deutschland zwischen 1933-1945 am Beispiel der Juden aus Herford, Bad Oeynhausen 2001*)

Herford, seine Bürger und das Reich profitieren

Herford, 28. Januar 1942: „Die Weisungen des Reichsministers der Finanzen und des Präsidenten der Oberfinanzdirektion in Münster zur Abschiebung von Juden und zu deren Vermögensverwertung haben endlich auch in Herford gegriffen. Aus den zurückgelassenen Vermögenswerten (auch Wohnungseinrichtungen u.ä.) der im Dezember 1941 in den Osten abgeschobenen Herforder Juden konnten übergeben werden: diverse Möbelstücke, Wäsche, Porzellan an das Kreis- und Stadtkrankenhaus, verschiedene Einrichtungsgegenstände an die Stadt Herford, eine Waschmaschine an Kox. Die NSV konnte der Stadtkasse nach der Übernahme und Verwertung der in den Judenwohnungen noch vorhandenen Gegenstände 9.530 RM überweisen.“

Bestandsaufnahme des Vermögens der am 13. Dezember 1941 aus Herford nach Riga deportierten Herforder Juden (Abschrift)

„Herford, den 28. Januar 1942.

Es erscheint der Kreisamtsleiter der N.S.V., Herr Kersting, zwecks Übernahme der in den unten aufgeführten Judenwohnungen noch vorhandenen Gegenstände.

Dem Obengenannten wurden folgende Verzeichnisse über die Bestandsaufnahmen der in den Wohnungen noch vorhandenen Gegenstände übergeben:

Wohnung Paul Israel Weinberg, Bäckerstr. 26

Gesamtwert der Gegenstände, welche die N.S.V. erhält: 2.394 RM

Wohnung Marie Sara Weihmann, Bäckerstr. 26

Gesamtwert der Gegenstände, welche die N.S.V. erhält: 1 RM

Wohnung David Israel Baumgarten, Bäckerstr. 26

Gesamtwert der Gegenstände, welche die N.S.V. erhält: 902 RM

Wohnung Paula Sara Baumgarten, Bäckerstr. 26

Gesamtwert der Gegenstände, welche die N.S.V. erhält: 27 RM

Wohnung Fritz Israel Levy, Credenstr. 17

Gesamtwert der Gegenstände, welche die N.S.V. erhält: 210 RM

Wohnung Henriette Sara Levy, Credenstr. 17

Gesamtwert der Gegenstände, welche die N.S.V. erhält: 20 RM

Wohnung Marianne Sara Levy, Credenstr. 17

Gesamtwert der Gegenstände, welche die N.S.V. erhält: 18 RM

Wohnung Alma Sara Schönthal, Credenstr. 35

Gesamtwert der Gegenstände, welche die N.S.V. erhält: 13 RM

Wohnung Louis Israel Schönthal, Credenstr. 35

Gesamtwert der Gegenstände, welche die N.S.V. erhält: 1.148 RM

Wohnung Paul Israel Franke, Lübbertorwall 18

Gesamtwert der Gegenstände, welche die N.S.V. erhält: 20 RM

Wohnung Helene Sara Franke, Lübbertorwall 18

Gesamtwert der Gegenstände, welche die N.S.V. erhält: 10 RM

Wohnung Ruth Sara Franke, Lübbertorwall 18

Gesamtwert der Gegenstände, welche die N.S.V. erhält: 22 RM

Wohnung Klara Sara Franke, Lübbertorwall 18

Gesamtwert der Gegenstände, welche die N.S.V. erhält: 4 RM

Wohnung Gerd Israel Franke, Lübbertorwall 18
 Gesamtwert der Gegenstände, welche die N.S.V. erhält: 3 RM
Wohnung Robert Israel Grünewald, Kirchgasse 4
 Gesamtwert der Gegenstände, welche die N.S.V. erhält: 327 RM
Wohnung Rosi Sara Grünewald, Kirchgasse 4
 Gesamtwert der Gegenstände, welche die N.S.V. erhält: 58 RM
Wohnung Else Sara Grünewald, Kirchgasse 4
 Gesamtwert der Gegenstände, welche die N.S.V. erhält: 103 RM
Wohnung Fanny Sara Hecht, Brüderstr. 3
 Gesamtwert der Gegenstände, welche die N.S.V. erhält: 119 RM
Wohnung Philipp Israel Hecht, Brüderstr. 3
 Gesamtwert der Gegenstände, welche die N.S.V. erhält: 765 RM
Wohnung Marta Sara Strasser, Brüderstr. 3
 Gesamtwert der Gegenstände, welche die N.S.V. erhält: 659 RM
Wohnung Helmut Israel Strasser, Brüderstr. 3
 Gesamtwert der Gegenstände, welche die N.S.V. erhält: 3 RM
Wohnung Abraham Israel Neumann, Gehrenberg 12
 Gesamtwert der Gegenstände, welche die N.S.V. erhält: 216,50 RM
Wohnung Margarete Sara Neumann, Gehrenberg 12
 Gesamtwert der Gegenstände, welche die N.S.V. erhält: 177 RM
Wohnung Irmgard Sara Levy, Gehrenberg 1
 Gesamtwert der Gegenstände, welche die N.S.V. erhält: 44 RM
Wohnung Adolf Israel Levy, Gehrenberg 1
 Gesamtwert der Gegenstände, welche die N.S.V. erhält: 90 RM
Wohnung Werner Israel Hoffmann, Gehrenberg 1
 Gesamtwert der Gegenstände, welche die N.S.V. erhält: 131 RM
Wohnung Elfriede Sara Franke, Lübbertorwall 18
 Gesamtwert der Gegenstände, welche die N.S.V. erhält: 41 RM
Wohnung Max Israel Franke, Lübbertorwall 18
 Gesamtwert der Gegenstände, welche die N.S.V. erhält: 484 RM
Wohnung Ella Sara Lewin, Komturstr. 21
 Gesamtwert der Gegenstände, welche die N.S.V. erhält: 70 RM
Wohnung Erich Israel Lewin, Komturstr. 21
 Gesamtwert der Gegenstände, welche die N.S.V. erhält: 1.530,50 RM
zusammen = 9.610,00 RM

Von dieser Summe gehen ab für die in dem Verzeichnis Weinberg enthaltene Waschmaschine, die vom Finanzamt an Kox verkauft ist und von diesem bezahlt wurde = 80 RM

Es bleiben somit von der N.S.V. zu zahlen = 9.530 RM. Herr Kersting nimmt davon Kenntnis, dass außerdem aus der Wohnung Weinberg ein Gasherde von dem Steuerinspektor Meyer übernommen wurde. Diese 70 RM werden durch den Empfänger der N.S.V. überwiesen.

Des ferneren wurden mir übergeben:

Die Schlüssel zu den Wohnungen:

Levy, Gehrenberg 1

Franke, Lübbertorwall 18

Neumann, Gehrenberg 12

Weinberg, Bäckerstr. 26

Baumgarten, Bäckerstr. 26

Lewin, Komturstr. 21

Der Betrag von 9.530 RM wird der Stadtkasse von der N.S.V. auf ihr Konto überwiesen.“

„Betrifft: ‚Aktion 3‘ Deutsche verwerten jüdische Nachbarn“ so betitelt Wolfgang Dreßen seine 1998 erschienene Dokumentation zur Arisierung. Darin schreibt er u.a. „Die großen Arisierungsgewinner wurden nach und nach, sehr zögerlich und noch immer nicht ausreichend bekannt. Aber wie steht es um die nette Nachbarin von nebenan, die sich die Wäsche der deportierten Juden legal ersteigerte? „Wir haben nichts gewusst.“ „Wir haben nichts Unrechtes getan“, dies stimmt und unterstreicht den Schrecken des „legalen“ Handelns. Die Nachbarn wussten, dass die Wäsche aus dem Schrank der deportierten Familie stammte. Sie wussten auch, dass diese Familie nicht zurückkehren würde, um Rechenschaft zu verlangen. Alles Weitere kann vernachlässigt werden, wenn das zuständige Finanzamt seinen Gerichtsvollzieher zum Leiter der Versteigerung ernannt hat. Hierüber berichten die gesperrten Akten. Nahezu **jede „ausgebombte“ Familie saß an einem Tisch, der aus dem Besitz ehemaliger jüdischer Nachbarn stammte oder aus Wohnungen der Juden im besetzten Europa herangeschafft worden war** (Hervorhebung durch die Verfasserin R.C. Bredt). Auch in diesen Fällen wurde offen dokumentiert, dass es sich um „das Vermögen des Juden – der Jüdin“ handelte, wie es auf den Rechnungsvordrucken hieß.“ (aus: Dreßen, *Betrifft: „Aktion 3“, Deutsche verwerten jüdische Nachbarn*, Berlin 1998)

Dezember 1944

Bevölkerung darf nicht beunruhigt werden! An der „Kriegsmaßnahmen-Anordnung für die Finanzämter vom 14.12.1944“ durch den Reichsminister der Finanzen in Berlin wird die zunehmende „Angst“ der Behörden vor einer Niederlage und den Konsequenzen daraus deutlich: **Alle Akten über die „Verwertung von Judenvermögen“ und „die Verwertung von geistlichem Vermögen“ sollten – soweit die „Verwertung abgeschlossen war und kein dienstliches Interesse mehr bestand“ sofort vernichtet werden. Ebenso sollte mit Geheimakten verfahren werden.** Das Vernichten der Akten sollte unauffällig (durch den „elektrischen Wolf“ oder durch Feuer) vor sich gehen und sollte auf keinen Fall zu einer „Beunruhigung der Bevölkerung“ führen.

Einschränkungen im Alltag (wenige Beispiele aus Hunderten von Gesetzen, Erlassen, Anordnungen, Verfügungen):

1.9.1939: Ausgehverbot: Die örtlichen Polizeidienststellen untersagen es Juden, abends nach 8 Uhr (im Sommer nach 9 Uhr) auf die Straße zu gehen (sich außerhalb ihrer Wohnungen aufzuhalten). Die jüdischen Kultusgemeinden sind zu verpflichten, Luftschutzräume aus eigenen Mitteln zu errichten.

12.9.1939: Erlass: Zuweisung von besonderen Lebensmittelgeschäften: Juden werden besondere Geschäfte für den Ankauf von Lebensmitteln zugewiesen. Sie dürfen nur bei zuverlässigen „arischen“ Kaufleuten kaufen.

20.9.1939: Erlass: Juden wird der Besitz von Rundfunkempfängern verboten. Sonderanweisungen gelten für Mischehen.

19.10.1939: Die Judenabgabe („Sühneleistung“ nach Novemberpogrom 1938) wird von 20% auf 25% des Vermögens erhöht und ist ohne besondere Aufforderung am 15.11.1939 zu zahlen.

24.10.1939: Juden können weder der **freiwilligen noch der Pflichtfeuerwehr** angehören.

31.10.1939: Änderung des **Vermögenssteuergesetzes**: Für Juden werden **keine Freibeträge** mehr gewährt.

3.1.1940: Kürzung der Lebensmittelrationen: Die Sonderrationen für Juden werden erneut gekürzt (kein Fleisch und kein Gemüse).

23.1.1940: (Nicht veröffentlicht!) **Keine Bezugsscheine für Stoffe, Schuhe und Sohlenmaterial:** An Juden sind grundsätzlich keine derartigen Bezugsscheine mehr auszugeben.

11.3.1940: RdErl. (=Runderlass) (Nicht zur Veröffentlichung!) Lebensmittelrationen für Juden: **Die Lebensmittelkarten für Juden** sollen mit dem **Buchstaben „J“** gekennzeichnet sein. Juden sind vom Erhalt nicht rationierter und meist unerhältlicher Lebensmittel ausgeschlossen (Hühner, Fische, geräucherte Lebensmittel).

19.7./29.7.1940: Ausschluss von Juden als Fernsprechteilnehmer/ Kündigung von Fernsprechanschlüssen: Die von Juden benutzten Fernsprechanschlüsse werden zum 30. September 1940 gekündigt.

7.10.1940: Erlass: **Benutzung der Luftschutzräume durch Juden:** Die Benutzung der Luftschutzräume durch Juden kann praktisch nicht verhindert werden, doch soll auf ihre Abtrennung von den übrigen Bewohnern geachtet werden, entweder durch Schaffung eines besonderen Raumes für sie oder durch Trennung in demselben Raum.

24.10.1940: Lebensmittelversorgung der Juden: Juden dürfen nicht von den Beschränkungen über Plätze und Zeiten für ihren Einkauf befreit werden. Juden sind Sonderzuteilungen nur zu gewähren, wenn sie im ersten Weltkrieg gedient haben und verwundet wurden, aber auch das nur, wenn dies nicht dem gesunden Volksempfinden widerspricht.

24.12.1940: Verordnung zur Durchführung der Verordnung über die Erhebung einer Sozialausgleichsabgabe: Die Sozialausgleichsabgabe (früher nur von Polen erhoben) ist jetzt auch von Juden zu zahlen (neben der Einkommenssteuer weitere 15% des Einkommens).

24.10.1941: Runderlass des Reichssicherheitshauptamtes: **Verhalten Deutschblütiger gegenüber Juden:** Deutschblütige Personen, die in der Öffentlichkeit freundschaftliche Beziehungen zu Juden zeigen, sind aus erzieherischen Gründen vorübergehend in Schutzhaft zu nehmen bzw. in schwerwiegenden Fällen bis zur Dauer von drei Monaten in ein Konzentrationslager, Stufe I, einzuweisen. Der jüdische Teil ist in jedem Falle bis auf weiteres unter Einweisung in ein Konzentrationslager in Schutzhaft zu nehmen.

31.10.1941: Verordnung des Reichsarbeitsministeriums: **Durchführung der VO über die Beschäftigung von Juden:** Der Jude ist als Artfremder nicht Mitglied einer deutschen Betriebsgemeinschaft. Eine Reihe von sozialen Gesetzen finden auf Juden keine Anwendung. Sie haben Anspruch auf Vergütung nur für die tatsächlich geleistete Arbeit, keinerlei soziale Rechte, keinen Anspruch auf Lohnzuschläge für Überstunden oder Feiertagsarbeit, Familien- und Kinderzulagen usw. Juden haben die ihnen von den Arbeitsämtern zugewiesenen Beschäftigungen anzunehmen; sie werden gruppenweise und getrennt von der übrigen Gefolgschaft eingesetzt. Jüdische Jugendliche (zwischen 14 und 18 Jahren) können zu allen Tageszeiten beschäftigt werden. Auch jüdische Schwerbehinderte müssen die ihnen zugewiesene Arbeit annehmen.

13.11.1941: Anordnung: **Anmeldung von elektrischen Geräten durch Juden:** Elektrische Geräte im Besitz von Juden sind anzumelden.

13.11.1941: Verfügung des Reichssicherheitshauptamtes: **Erfassung von Schreibmaschinen, Fahrrädern, Photoapparaten und Ferngläsern bei Juden:** Sämtliche in jüdischem Privatbesitz befindlichen Schreibmaschinen, Rechenmaschinen, Vervielfältigungsapparate, Fahrräder, Photoapparate und Ferngläser sind zu erfassen und abzuliefern. Ausgenommen von der Ablieferungspflicht ist die Reichsvereinigung sowie Krankenbehandler (= ‚Ärzte‘) und Personen, die diese Gegenstände im Arbeitseinsatz benötigen. Abzuschiebende Juden haben diese Gegenstände bei der Reichsvereinigung abzuliefern.

9.6.1942: Anordnung: **Ablieferung von Kleidungsstücken:** Juden haben alle entbehrlichen Kleidungsstücke abzugeben.

11.6.1942: Erlass: **Raucherkarten:** Juden erhalten keine Raucherkarte (zum Bezug von Tabakwaren); Ausnahmen nur für Schwerbeschädigte und in „privilegierter Mischehe“ lebende Juden.

22.6.1942: Anordnung: **Ausgabe von Eierkarten:** Juden erhalten keine Karten mehr, die zum Bezug von Eiern berechtigen.

26.8.1942: Anordnung des Reichsführers SS und des Chefs der Deutschen Polizei: **Deutschblütige Hausangestellte bei Juden:** Deutschblütige Hausangestellte dürfen nicht mehr bei Juden beschäftigt werden und wohnen. Diese Anordnung findet auch auf in privilegierter Mischehe lebende Juden Anwendung. Es besteht Mitteilungspflicht hinsichtlich der deutschblütigen Hausangestellten, welche nach dem 1.9.42 noch bei Juden beschäftigt sind und wohnen (unter Angabe der Gründe).

18.9.1942: Erlass des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft: **Lebensmittelversorgung der Juden:** Die Versorgung der Juden mit Fleisch, Fleischprodukten, Eiern, Milch und anderen zugeteilten Lebensmitteln wird eingestellt. Lebensmittelrationen für jüdische Kinder werden gekürzt. Die Lebensmittelkarten von Juden werden gesondert gekennzeichnet. Lebensmittelpakete werden von den Zuteilungen abgezogen.

9.10.1942: Anordnung des Reichsführers SS und des Chefs der Deutschen Polizei: **Kauf von Büchern:** Der Kauf von Büchern ist Juden nur bei der Abteilung Buchvertrieb der Reichsvereinigung nach Maßgabe der dort vorhandenen Bestände, nicht aber in Buchhandlungen gestattet.

Unmut bei den deutschen Hausfrauen über Bevorzugung der Juden bei Geschäftsverkaufszeiten

Herford/Bielefeld/Minden, 4. Februar 1942: Die im November 1941 vom Regierungspräsidenten in Minden durch eine Polizeiverordnung festgelegten Einkaufszeiten für Juden scheinen die deutsche Hausfrau bei ihren täglichen Einkäufen zu benachteiligen und zu allgemeiner Empörung zu führen.

„Meldungen aus dem Reich (Nr. 258) 9. Februar 1942“:

„Geschäftsverkaufszeiten für Juden

Nach einer Meldung aus dem Regierungsbezirk Minden war es dort den Juden bisher vorgeschrieben, ihre Einkäufe in den Ladengeschäften *von 8 bis 9 Uhr* vormittags zu erledigen. Nach einer neuerlichen Verfügung des Regierungspräsidenten in Minden ist den Juden nunmehr der Einkauf in der Zeit *von 11:00 Uhr bis 16:30 Uhr* gestattet.

Nach übereinstimmenden Äußerungen aus allen Kreisen der Bevölkerung habe diese Maßnahme scharfe Ablehnung und Entrüstung hervorgerufen. Es werde von niemand verstanden, warum der Regierungspräsident in Minden den Juden Vergünstigungen einräume. Wenn die deutschen Hausfrauen nicht mit den Juden im Geschäft zusammenstehen wollten, müssten sie entweder morgens früh oder abends einkaufen und das seien jetzt die kältesten Stunden am Tage – während die Judenweiber in den erträglichen Mittags- und Frühnachmittagsstunden einkaufen könnten. Man habe zwar auch vor der neuen Regelung gewisse Bedenken gehabt, da die Juden als erste in den Läden gewesen wären und Mangelwaren hätten einkaufen können, die für die deutschen Käufer sodann ausgefallen wären, aber das sei gegen die jetzige Regelung das kleinere Übel gewesen, welches die Haltung des Kaufmanns hätte steuern können.

Nach der Meldung habe die neue Regelung ihre Wirkung bei den Juden nicht nur verfehlt, denn deren bisherige Frechheit und Anmaßung habe sich sprunghaft gesteigert und die Klagen über das Verhalten auch seitens der Verkäufer und Verkäuferinnen steigerten sich.“ (Aus: *Meldungen aus dem Reich 1938-1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS*, herausgegeben und eingeleitet von Heinz Boberach, Band 9, Herrsching 1984, S. 3285f.)

Einrichtung von sog. „Judenhäusern“

Reichsweit wurde zunehmend eine Ghettoisierung jüdischer Bürger vorgenommen, indem sie zwangsweise aus ihren Wohnungen in sog. „Judenhäuser“ (Wohnungen aus ehemals jüdischem Besitz) umgesiedelt wurden. In Herford lässt sich eine angeordnete „Ghettobildung“ durch Behörden nicht feststellen. Auffallend ist jedoch, dass jüdische Familien konzentriert auf wenige Adressen, vor allem in der Innenstadt und rund um die Synagoge, lebten.

Aus der Namensliste „mosaisch“ 1938/39, nach Wohnsitz sortiert, sind folgende Straßen gehäuft feststellbar: Alter Markt 6,7, und 13, Bäckerstr. 12 und 26, Brüderstr. 1,3 und 5, Bügelstr. 5, Credenstr. 2, 17 und 35, Gehrenberg 1, 12 und 15, Hollandstr. 19, Kirchgasse 4, Komturstr. 16 und 21, Lübbertorwall 12 und 18, Neuer Markt 4, Otto-Weddigen-Ufer 22, Pantföderstr. 15 (= heute Schillerstr.), Pöppelmannwall 5, Wilhelmsplatz 5 und 8.

Zwangsarbeit

Nicht nur in den Arbeits- und Konzentrationslagern war schwere Zwangsarbeit der als arbeitsfähig angesehenen und nicht bereits ermordeten Deportierten Normalität. Ab Jahresende 1939 wurde in verschiedenen Ministerien und im Reichssicherheitshauptamt über die verbindliche Einführung von allgemeiner Zwangsarbeit für Juden im Reich verstärkt diskutiert. Angeheizt wurden diese Überlegungen durch großen Arbeitskräftemangel. Massiv gesteigerte Rüstungsanstrengungen und Einberufungen waren dafür verantwortlich. Ab Frühjahr 1940 waren alle jüdischen Männer zwischen 18 und 55 sowie alle Frauen zwischen 18 und 50 Jahren meldepflichtig. Von Mai 1940 an mussten jüdische Arbeiter nicht nur Gelegenheitsarbeiten verrichten, sondern auch in der industriellen Produktion arbeiten. Die Altersgrenzen waren keine Garantie dafür, dass nicht auch Jüngere oder Ältere erfasst wurden. So wurden jüdische Jugendliche, die in Umschulungsmaßnahmen auf die Auswanderung vorbereitet wurden, zu landwirtschaftlicher oder industrieller Zwangsarbeit verpflichtet.

Juden mussten zum Teil die schmutzigsten und härtesten Arbeiten erledigen, erhielten natürlich in den meisten Fällen keine tarifliche Bezahlung und waren in die ungünstigste Steuerklasse eingestuft. Ende 1940 mussten sie zusätzlich 15% „Sozialausgleichsabgabe“ leisten, manche erhielten den Lohn auf ein Sperrkonto ausgezahlt. In manchen Betrieben durften sie nicht in der Betriebskantine essen und mussten sogar separate Toiletten benutzen.

Im „Altreich“ waren im Februar 1941 etwa 60.000 Juden als arbeitsfähig registriert, davon leisteten ca. 54.000 Zwangsarbeit (nach: Heim, Herbert, Kreikamp, Möller, Pickhan, Pohl, Weber, Wirsching (Hrsg.), *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945*, Band 3, September 1939, September 1941, München 2012).

1	2	3	4	5	6
<p>1. 1. 41</p> <p>2. 1. 41</p> <p>3. 1. 41</p> <p>4. 1. 41</p> <p>5. 1. 41</p> <p>6. 1. 41</p>	<p>1. 1. 41</p> <p>2. 1. 41</p> <p>3. 1. 41</p> <p>4. 1. 41</p> <p>5. 1. 41</p> <p>6. 1. 41</p>	<p>1. 1. 41</p> <p>2. 1. 41</p> <p>3. 1. 41</p> <p>4. 1. 41</p> <p>5. 1. 41</p> <p>6. 1. 41</p>	<p>1. 1. 41</p> <p>2. 1. 41</p> <p>3. 1. 41</p> <p>4. 1. 41</p> <p>5. 1. 41</p> <p>6. 1. 41</p>	<p>1. 1. 41</p> <p>2. 1. 41</p> <p>3. 1. 41</p> <p>4. 1. 41</p> <p>5. 1. 41</p> <p>6. 1. 41</p>	<p>1. 1. 41</p> <p>2. 1. 41</p> <p>3. 1. 41</p> <p>4. 1. 41</p> <p>5. 1. 41</p> <p>6. 1. 41</p>
<p>Fahrräder Reparatur Herford i. N.</p>	<p>Fahrräder reparatur Herford</p>	<p>28.4.38</p>	<p>Klempn. Arbeit 6.11.39</p>	<p>6.11.39</p>	<p>W. H. H. H.</p>
<p>Fahrräder reparatur Herford</p>	<p>Mischelfabrik</p>	<p>8.11.39</p>	<p>Mechaniker 27.11.41</p>	<p>27.11.41</p>	<p>Schwaco Mischelfabrik</p>
<p>Fahrräder reparatur Herford</p>	<p>Mischelfabrik</p>	<p>26.11.41</p>	<p>Mechaniker 14.6.43</p>	<p>14.6.43</p>	<p>Schwaco Mischelfabrik</p>

**Auszug aus dem Arbeitsbuch von Wolfgang Heinemann
Zwangsarbeit bei Schwaco (privat)**

Als jüdische Bürger Herfords leisteten Bernhard Heinemann (Produktenhändler, Jahrgang 1887) und seine Söhne Wolfgang (Immobilienhändler, Jahrgang 1923), Walter (kaufm. Angestellter, Jahrgang 1927) und Manfred (Mechaniker, Jahrgang 1928) ab 1941 Zwangsarbeit in verschiedenen Firmen in Herford und Bielefeld. Auch Kurt Danielsohn (Angestellter, Jahrgang 1924) wurde von April 1944 bis März 1945 als Zwangsarbeiter verpflichtet.

Franziska Spiegel

Wie in anderen Städten versuchten auch in Herford und Umgebung jüdische Bürger, versteckt zu überleben. Wenigen Verfolgten ist das gelungen. Franziska Spiegel (geb. 06.05.1905 in Werl) war 1943 mit Teilen ihrer bisher überlebenden Familie nach Werfen gezogen, um der Deportation zu entgehen, der schon ihr Vater und ihr Bruder zum Opfer gefallen waren. Dort wurde sie am 04.11.1944 – sechs Monate vor Kriegsende – von SS-Leuten ermordet, die ihr einen Zettel mit dem Satz „Ich war Jüdin“ auf den Rücken hefteten. Die Gestapo verbot ihre Beisetzung, und sie wurde von ihrem Mann und anderen Helfern heimlich unter drei Eichen zwischen Werfen und Ahle begraben. (Im Jahr 1948 wurde bei ihrer Exhumierung festgestellt, dass sie durch einen Schuss ins Kinn getötet worden war. Die Täter waren bekannt, wurden aber nicht angeklagt.)

Deportation der Juden aus Deutschland ab 1939

von Renée Claudine Bredt

Nach Kriegsbeginn 1939 erhielt die seit 1933 sukzessive verschärfte Verfolgung der jüdischen Menschen eine neue Qualität. Im September 1939 -nach dem Überfall der Deutschen auf Polen- wurde beschlossen, die deutschsprachigen Gebiete in Polen „von Juden zu säubern“. Die gesamte jüdische Landbevölkerung sollte „evakuiert“ und in Ghettos zusammengefasst werden. (Die Hälfte der während des Zweiten Weltkriegs als Juden verfolgten und ermordeten bis zu sechs Millionen Menschen wurde in der Nähe ihrer Wohnorte im Osten des deutschen Herrschaftsgebiets umgebracht. Die im Deutschen Reich, in West-, Süd- oder Nordeuropa beheimateten Juden wurden mit der Eisenbahn in Ghettos und Konzentrationslager in den „Osten“ zu ihrer Vernichtung transportiert.)

Ende 1939/Anfang 1940 wurden erste Aktionen zur „Entjudung“ Deutschlands begonnen. 1.000 Juden aus Stettin -die gesamte jüdische Bevölkerung der Stadt- sowie 5.000 Juden aus Wien, Prag, Mährisch-Ostrau wurden in das „Generalgouvernement“ (Gebiete Polens, die militärisch besetzt und nicht unmittelbar in das Reichsgebiet eingegliedert wurden) verschleppt. Die Aktion wurde damit legitimiert, dass der frei werdende Wohnraum „aus kriegswirtschaftlichen Gründen dringend benötigt“ wurde.

Im Herbst 1941 -nach dem Überfall auf die Sowjetunion- wies Hermann Göring, der Beauftragte für die Umsetzung des Vierjahresplans zur „ökonomischen Umstrukturierung und Rationalisierung der besetzten Gebiete“ Reinhard Heydrich, den Leiter des Reichssicherheitshauptamtes, an, „eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflussgebiet in Europa“ vorzubereiten. Damit begann die systematisch, bis ins Detail geplante und bürokratisch geregelte Deportation der deutschen und europäischen Juden als letzte Phase nationalsozialistischer Judenpolitik.

Einsatzgruppen der SS ermordeten im Osten Tausende von polnischen, russischen und ukrainischen Juden und schon vor der „Wannsee-Konferenz“ im Januar 1942 lief im Westen die erste Deportationswelle in großem Stil an. Ab Anfang November 1941 wurden jeweils etwa 1.000 Personen von zentralen Sammelstellen mit Eisenbahnen nach Riga und Minsk verschleppt. Etwa 20.000 Juden aus dem „Altreich“ und 30.000 aus der sog. Ostmark (Sammelstelle Wien) und dem „Reichsprotectorat Böhmen und Mähren“ (Sammelstelle Prag) waren davon betroffen. Diese Deportationen liefen bis zum 25. Januar 1942.

Ab März 1942 wurden weitere 55.000 Juden aus dem „Altreich“, dem „Protectorat“ und der „Ostmark“ Richtung Osten mit unterschiedlichen Zielen (Ghettos, Durchgangs- und Arbeitslager, Konzentrationslager) transportiert. Letzte Stationen der Deportierten waren die Vernichtungslager Chelмно bei Lodz, Belzec, Sobibor und Treblinka im Distrikt Lublin, die Gaskammern der Konzentrationslager Auschwitz und Majdanek und Erschießungsgruben in Wäldern Osteuropas. Wer nicht schon auf dem Transport an Entkräftung verstarb, konnte bei der Ankunft willkürlich erschossen werden, durch „Arbeit“, „Verhungern“, Folter, Todesspritzen, medizinische Versuche sukzessive umgebracht oder durch Selektion gleich dem Tod in den Gaskammern preisgegeben werden. (nach: Benz, Wolfgang: *Der Holocaust*, München 2008)

Eine Sonderstellung unter den Vernichtungslagern nahm das Ghetto Theresienstadt ein. Zunächst als Deportationsort für das „Protektorat“ fungierendes Transitlager wurde Theresienstadt ab Juni 1942 als sog. „Altersghetto“ Ziel zahlreicher Deportationszüge aus dem Deutschen Reich (mit Österreich). In diesen Transporten befanden sich vor allem ältere Menschen (aus Altersheimen) und Angehörige bestimmter „bevorzugter“ Gruppen: Männer mit hohen militärischen Auszeichnungen, Menschen mit internationalen Verbindungen, Personen aus nicht mehr bestehenden „Mischehen“ und sog. „Geltungsjuden“. Nur wenige der nach Theresienstadt Verschleppten konnten innerhalb des Ghettos überleben. Zehntausende starben dort unter unsäglichen Umständen, viele wurden wegen Überfüllung des Ghettos durch ständig neu ankommende Züge in die Vernichtungslager Auschwitz und Treblinka weitertransportiert und dort ermordet. (siehe: Gottwaldt/Schulle: *Die „Judendeportationen“ aus dem Deutschen Reich 1941-1945*, Wiesbaden 2005)

Ab dem 1. Juli 1943 gab es für die Juden in Deutschland keine Rechtsinstanzen mehr, denn sie waren unter Polizeirecht gestellt worden. Offiziell war das Deutsche Reich „judenfrei“. In der sog. „Fabrik-Aktion“ am 27. Januar 1943 wurden die meisten der noch im Arbeitseinsatz als Zwangsarbeiter in Rüstungsbetrieben stehenden (vor allem Berliner) Juden verhaftet und deportiert. Nur wenige konnten „abtauchen“ und versuchen, in der Illegalität mit ständiger Angst vor Entdeckung zu überleben.

Deportationen der Herforder Juden

Die Herforder Bürger und Bürgerinnen jüdischen Glaubens, die sich nicht durch rechtzeitige Auswanderung vor dem generellen Auswanderungsverbot (23.10.1941) in die Sicherheit retten konnten, wurden in drei größeren und mehreren kleineren Deportationen u. a. ins Ghetto Riga, ins Ghetto Warschau, nach Theresienstadt, Auschwitz und Kassel/Elben verschleppt.



Deportation aus Bielefeld Dezember 1941 (Stadtarchiv Bielefeld)

Beginn der Deportationen Herforder Bürger Dezember 1941

Herford/Bielefeld, **13. Dezember 1941**: „Unter den Augen großer Teile der Bielefelder Bevölkerung verließ heute ein besonderer Zug den Bielefelder Hauptbahnhof mit Ziel Riga, der Hauptstadt Lettlands. Die ca. 1.000 Insassen des Zuges waren Juden, unter ihnen auch 33 Herforder Bürgerinnen und Bürger, insbesondere Familien mit Kindern, die zum Arbeitseinsatz Ost vorgesehen waren. Die Herforder mussten sich bereits am 9. Dezember auf dem Marktplatz in Herford einfinden und wurden zur Sammelstelle in Bielefeld, der Gaststätte ‚Kyffhäuser‘ am Kesselbrink, verbracht. Der Reichsbahnzug mit Personenwagen dritter Klasse soll am 15. Dezember 1941 am Rangierbahnhof Skirotava bei Riga ankommen.“

Es war genau vorgeschrieben, was mitgenommen werden durfte: maximal 50kg Großgepäck und Handgepäck: ein Koffer, Bettzeug mit Decken, Essgeschirr mit Löffel, Verpflegung für drei Tage. Verboten waren Wertsachen jeder Art z.B. Wertpapiere, Urkunden, Verträge außer Eheringen und Uhren. Ebenfalls untersagt war die Mitnahme von Messern, Gabeln und Rasierzeug. Sämtliches Gepäck ging bei der Ankunft in Riga verloren, bzw. wurde den Deportierten nicht ausgehändigt. Die Fahrtkosten mussten von den Deportierten selbst getragen werden.



**Ilse Schönthal 1941 / Erich Lewin mit jüdischen Kindern
1939 an der Synagoge (Kommunalarchiv)**

Unter den Deportierten war die erst 14jährige **Ilse Schönthal** mit ihrem Vater, dem Kaufmann Louis und ihrer Mutter Alma Schönthal. Ilse und ihre Mutter wurden während des Transportes erschossen und für vermisst erklärt.

Erich Lewin (geb. 20. Mai 1889) war seit 1935 in Herford ansässig und arbeitete unter anderem als Prediger und Kantor. Zeitweise übernahm er auch Aufgaben als Volksschullehrer, unterrichtete Hebräisch und betreute die jüdischen Gefangenen in der JVA Herford. Sein Sohn Heinz Gerd Lewin hatte bereits vor 1933 das Land verlassen. Erich Lewin bemühte sich seit Sommer 1938 vergeblich um eine Ausreise in die USA. Er wurde gemeinsam mit seiner Frau Ella Marianne am 13.12.1941 nach Riga deportiert. Seine Frau wurde im Mai

1943 in Riga erschossen. Zum Todesort seines Vaters machte der Sohn Heinz Gerd Lewin widersprüchliche Aussagen: Erich Lewin wurde entweder Anfang 1945 im KZ Stutthof bei Danzig oder im KZ Struthof im Elsass erschossen.

Nach Aussagen der wenigen Überlebenden dieses Transportes wurde ihnen bereits während der Fahrt das Trinkwasser entzogen. Bei der Ankunft am 15. Dezember 1941 an der Rampe der Frachtgutstation Skirotava mussten alle Deportierten noch bis zum 16. Dezember im verschlossenen Zug verbleiben und wurden erst dann mit Peitschenhieben von SS-Leuten aus dem Zug getrieben; während des langen Fußmarsches durch tiefen Schnee zum Rigaer Ghetto fanden Misshandlungen und Erschießungen alter und kranker Menschen statt. Im Ghetto fanden die Erschöpften zum Teil noch das gefrorene Essen der lettischen Juden, die ein paar Tage zuvor ermordet worden waren, auf den Tischen vor.

Deportationsliste der Herforder Juden - Deportation am 13.12.1941 nach Riga

Name	Vorname	Geburtsdatum	Straße	Deportationsdatum	Ziel
Baumgarten	David	12.10.1902	Bäckerstr. 26	13.12.1941	Riga
Baumgarten geb. Littmann	Paula	08.01.1907	Bäckerstr. 26	13.12.1941	Riga
Franke	Gerd	29.07.1925	Lübbertorwall 18	13.12.1941	Riga, Auschwitz, Bergen-Belsen nach Befreiung verstorben
Franke	Max	01.01.1893	Lübbertorwall 18	13.12.1941	Riga
Franke geb. Cahn	Elfriede	09.04.1897	Lübbertorwall 18	13.12.1941	Riga überlebt
Franke	Paul	14.03.1896	Lübbertorwall 18	13.12.1941	Riga
Franke	Cläre	03.12.1927	Lübbertorwall 18	13.12.1941	Riga überlebt
Franke geb. Franken	Helene	14.08.1904	Lübbertorwall 18	13.12.1941	Riga
Franke	Ruth	16.04.1922	Lübbertorwall 18	13.12.1941	Riga überlebt
Grünwald	Else	06.04.1896	Kirchgasse 4	13.12.1941	Riga
Grünwald	Robert		Kirchgasse 4	13.12.1941	Riga
Grünwald geb. Michaelis-Jena	Rose	24.06.1903	Kirchgasse 4	13.12.1941	Riga
Hecht	Philipp	28.05.1886	Brüderstr. 3	13.12.1941	Riga
Hecht geb. Marx	Fanny	08.11.1884	Brüderstr. 3	13.12.1941	Riga
Hoffmann	Werner	17.04.1899	Gehrenberg 1	13.12.1941	Riga
Levy	Adolf	20.09.1907	Gehrenberg 1	13.12.1941	Riga überlebt
Levy geb. Lorch	Irmgard	26.11.1911	Gehrenberg 1	13.12.1941	Riga
Levy	Fritz	14.06.1889	Credenstr. 17	13.12.1941	Riga
Levy geb. Lehmann	Henriette	28.03.1891	Credenstr. 17	13.12.1941	Riga

Levy	Marianne	10.08.1921	Credenstr. 17	13.12.1941	Riga
Lewin	Erich	20.05.1889	Komturstr.21	13.12.1941	Riga
Lewin geb. Zöllner	Ella	27.02.1889	Komturstr. 21	13.12.1941	Riga
Neumann	(Adolf) Abraham	06.03.1893	Gehrenberg 12	13.12.1941	Riga
Neumann geb. Goldberg	Margarete	18.09.1896	Gehrenberg 12	13.12.1941	Riga
Schönthal	Ilse	15.11.1927	Credenstr. 35	13.12.1941	Riga
Schönthal	Louis	01.04.1895	Credenstr. 35	13.12.1941	Riga
Schönthal geb. Löwenstein	Alma	25.12.1902	Gredenstr. 35	13.12.1941	Riga
Strasser geb. Hirschfeld	Martha	08.11.1881	Brüderstr. 3	13.12.1941	Riga
Strasser	Helmut	05.09.1924	Brüderstr. 3	13.12.1941	Riga
Weihmann	Maria	26.03.1892	Bäckerstr. 26	13.12.1941	Riga
Weinberg	Paul	11.07.1892	Bäckerstr. 26	13.12.1941	Riga

Transportbericht (aus: Gottwaldt/Schulle: *Die „Judendeportationen“ aus dem Deutschen Reich 1941-1945*, Wiesbaden 2005, S. 128ff.)

Laufende Nummer	Datum	Abgangsorte	Insassen	Ankunft	Zielort
4.9	13. Dezember 1941	Münster/Osnabrück/ Bielefeld	1031	16. Dezember 1941	Riga

„Die Teilnehmer dieses Transportes kamen aus mehr als einhundert Orten im Einzugsbereich der Gestapoleitstelle Münster. Neben 105 Münsteranern wurden am 10. und 11. Dezember 1941 weitere 285 Personen aus der Umgebung dem Sammellager ‚Gertrudenhof‘, einem ehemaligen Ausflugslokal, zugeführt, darunter 19 Personen aus Coesfeld.

Für den Gestapobereich Osnabrück liegen keine Deportationslisten vor, da gegen Kriegsende die entsprechenden Akten vernichtet wurden. Es ließ sich jedoch feststellen, dass sowohl ganze Familien wie auch Einzelpersonen aus wenigstens elf Orten des damaligen Regierungsbezirks Osnabrück zu den Deportierten gehörten. Sie hatten sich am 11. und 12. Dezember auf den öffentlichen Marktplätzen einzufinden und wurden von dort mit Omnibussen zum Sammellager -einer Turnhalle der Osnabrücker Pottgrabenschule- gebracht. Am Morgen des 13. Dezember 1941 hatten sie am Hauptbahnhof in die Personenwagen der 3. Klasse des aus Münster kommenden Zuges zu steigen. Aus der Anschrift der Wagen von der Reichsbahndirektion Stuttgart kann geschlossen werden, dass es sich um eine bereits am 1. Dezember benutzte Sonderzuggarnitur gehandelt hat.

Gegen 15:00 Uhr traf der Zug in Bielefeld ein. Auch in dieser Stadt ist die Quellenlage für die Riga-Deportation infolge Kriegseinwirkung und Aktenvernichtung recht dürftig. In dem Zug wurden auch 17 Juden aus Paderborn deportiert. Sammelstelle für die 420 von der Deportationsanordnung betroffenen Personen des Gestapobezirks Bielefeld (Anm.: darunter 33 Herforder Juden) war das Restaurant ‚Kyffhäuser‘ am Kesselbrink, von dem sie in Omnibussen zum Bielefelder Hauptbahnhof gebracht wurden. Das

Durchschnittsalter des gesamten Transports lag bei 39 Jahren, darunter befanden sich 74 Kinder bis zum zehnten Lebensjahr. Aus diesem Transport sind 102 Überlebende bekannt.“

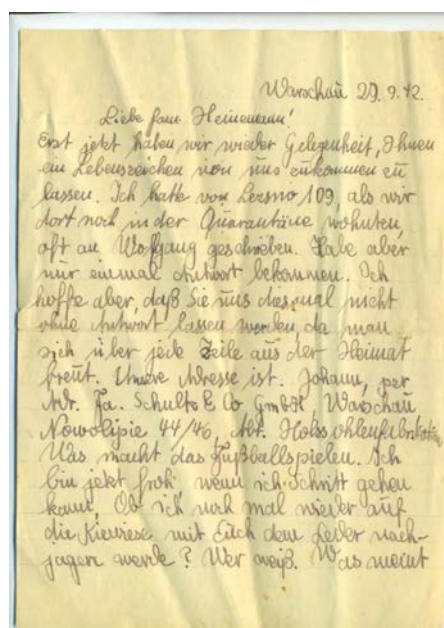
März 1942: 3. Deportationswelle: Transporte aus dem „Reich“ in das Generalgouvernement (Distrikt Lublin und Warschauer Ghetto)

Ab März 1942 wurden Tausende von Juden aus dem „Großdeutschen Reich“ –mit Wien und dem „Protektorat“- in die Durchgangsghettos im Osten des Generalgouvernements und in das zu dem Zeitpunkt schon völlig überfüllte Ghetto Warschau deportiert. Dort vegetierten die Menschen unter unzumutbaren Umständen bis zu ihrem Weitertransport zu den Gaskammern in Belzèc, Sobibor und Treblinka. Teilweise wurden die Juden der ersten vier Transporte zunächst in so genannten „Quarantänen“ außerhalb des Warschauer Ghettos untergebracht. (Quelle: Gottwald/Schulle: *Die „Judendeportationen“ aus dem Deutschen Reich 1941-1945*, Wiesbaden 2005)

Sonderzug nach Warschau

Herford/Bielefeld, **31. März 1942:** „Der Sonderzug der Reichsbahn mit der Zug-Nr. „Da6“ transportierte 994 Juden aus dem Großraum Gelsenkirchen, Münster, Hannover, Ostwestfalen in das Warschauer Ghetto. 18 Herforder Juden, die sich ab 28. März 1942 in der Sammelstelle ‚Kyffhäuser‘ in Bielefeld aufhielten, stiegen mit ca. 25 kg Reisegepäck und Verpflegung für einige Tage in Bielefeld zu. Der Zug sollte am frühen Morgen des 1. April 1942 im Ghetto Warschau ankommen.“

Rudolf Löwenstern (geb. 24. Januar 1926) befand sich mit seinen Eltern in diesem Zug. Der Ausreiseantrag, den sein Vater für ihn im Dezember 1938 gestellt hatte, war abgelehnt worden. Rudolf kam mit seiner gesamten Familie mit großer Wahrscheinlichkeit im Warschauer Ghetto um. Das letzte Lebenszeichen von Rudolf ist ein Brief, den er am 29. September an Freunde in Herford schrieb:



Brief von Rudolf Löwenstern an Familie Heinemann in Herford (privat)

„Liebe Fam(ilie) Heinemann! Erst jetzt haben wir wieder Gelegenheit, Ihnen ein Lebenszeichen von uns zukommen zu lassen. Ich hatte von Lezno 109, als wir dort noch in Quarantäne wohnten, oft an Wolfgang geschrieben. Habe aber nur einmal Antwort bekommen. Ich hoffe aber, dass Sie uns diesmal nicht ohne Antwort lassen werden, da man sich über jede Zeile aus der Heimat freut. (...) Was macht eigentlich das Fußballspielen. Ich bin jetzt froh, wenn ich Schritt gehen kann. Ob ich mal wieder auf der Kiewiese mit Euch dem Leder nachjagen werde? Wer weiß. (...) In der Hoffnung, dass ihr uns mal ausführlich und bald antworten werdet, verbleibe ich Euer oft an Euch denkender Rolf!“

Liste der Herforder Juden – Deportation am 31.03.1942 ins Ghetto Warschau

Alle Personen wurden bereits am 28.03.1942 zur Sammelstelle „Kyffhäuser“ in Bielefeld abtransportiert.

Name	Vorname	Geburtsdatum	Straße	Deportationsdatum	Ziel
Albersheim geb. Frank	Lina	11.04.1881	Credenstr. 35	31.03.1942	Warschau
Albersheim	Otto	27.02.1920	Credenstr. 35	31.03.1942	Warschau
Baumgart	Helene	03.04.1890	Bügelstr. 5	31.03.1942	Warschau
Baumgarten	David	12.10.1902	Bäckerstr. 26	31.03.1942	Warschau
Baumgarten geb. Littmann	Paula	08.01.1907	Bäckerstr. 26	31.03.1942	Warschau
Berghausen	Adolf	07.08.1878	Credenstr. 35	31.03.1942	Warschau
Berghausen	Herta	28.05.1910	Credenstr. 35	31.03.1942	Warschau
Goldmann geb. Netheim	Else	28.05.1881	Komturstr. 21	31.03.1942	Warschau
Goldmann	Ruth	21.05.1912	Komturstr. 21	31.03.1942	Warschau
Löwenstern	John	23.05.1896	Bügelstr. 5	31.03.1942	Warschau
Löwenstern geb. Cahn	Emma	04.07.1899	Bügelstr. 5	31.03.1942	Warschau
Löwenstern	Rudolf (Rolf)	24.01.1926	Bügelstr. 5	31.03.1942	Warschau
Nußbaum geb. Rosenbaum	Berta	10.03.1897	Brüderstr. 3	31.03.1942	Warschau
Plaut	Hans	18.01.1922	Gehrenberg 1	31.03.1942	Warschau
Plaut geb. Levy	Martha	04.03.1886	Gehrenberg 1	31.03.1942	Warschau
Philippsohn	Heinz	13.03.1907	Kirchgasse 4	31.03.1942	Warschau
Schiff	Albert	05.01.1900	Lübbertorwall 18	31.03.1942	Warschau
Schiff, geb. Levison	Johanna	16.10.1900	Lübbertorwall 18	31.03.1942	Warschau
Weingarten	Ludwig	23.03.1879	Komturstr. 16	31.03.1942	Warschau
Wolf, geb. Rosenbaum	Jenny	21.01.1885	Kirchgasse 4	31.03.1942	Warschau

Transportbericht (aus: Gottwaldt/Schuller: *Die „Judendeportationen“ aus dem Deutschen Reich 1941-1945*, Wiesbaden 2005, S. 188f)

Laufende Nummer	Datum	Abgangsorte	Insassen	Ankunft	Zielort
-----------------	-------	-------------	----------	---------	---------

5.7	31. März 1942	Gelsenkirchen/Münster/Hannover	994	1. April 1942	Warschau
-----	----------------------	--------------------------------	-----	---------------	----------

„Von den Zügen mit der ursprünglichen Zielangabe ‚Trawniki‘ im Distrikt Lublin sind mehrere sogar in einen anderen Distrikt des Generalgouvernements geleitet worden, nämlich in das überfüllte Ghetto von Warschau. Den ersten Transport aus dem Reich in das Warschauer Ghetto mit Menschen aus Gelsenkirchen, Bielefeld, Hannover und Braunschweig bezeichnete die Gestapo als „Koppelzug“ und die Reichsbahn als Sonderzug ‚Da 6‘. Er wurde zur Mittagszeit des 31. März 1942 von Gelsenkirchen abgelassen und dort zunächst mit ungefähr 75 von 400 Juden aus dem Bezirk der Staatspolizeileitstelle Münster beladen; darunter 48 Personen aus Gelsenkirchen, 11 Juden aus Münster und ungefähr 15 Menschen aus Dortmund. Bei einem Zwischenhalt auf dem Bahnhof Bielefeld zwang man weitere 325 Juden aus Ostwestfalen (Regierungsbezirk Minden sowie die ehemaligen Länder Lippe und Schaumburg-Lippe, die ebenfalls zum Bezirk der Gestapoleitstelle Münster gehörten) zum Einsteigen in den Zug. Darunter befanden sich 45 Juden aus Bielefeld, **36 Juden aus dem Landkreis Herford**, 15 Juden aus Minden, einige Juden aus Detmold, 14 Juden aus Paderborn sowie 25 Juden aus dem Landkreis Büren. Ihr Sammellager war wieder das Lokal ‚Kyffhäuser‘ in Bielefeld.

Der zu diesem Zeitpunkt bereits sechs Stunden verspätete Zug wurde gegen Mitternacht vom 31. März zum 1. April 1942 auf dem Bahnhof Hannover-Fischerhof ferner mit 500 Juden vorwiegend aus der Umgebung von Hannover und dem Regierungsbezirk Hildesheim gefüllt – insgesamt 250 bis 300 Juden aus dem Bezirk Hildesheim, darunter 103 Menschen aus Göttingen und 15 Menschen aus Hannoversch Münden. Die Juden aus Hildesheim waren bereits am 27. März 1942 mit Sonderwagen der Überlandstraßenbahn zum Sammellager in der ehemaligen Gartenbaufachschule Ahlem transportiert worden. Es handelte sich um den zweiten Transport von Juden aus Hannover. Schließlich stiegen in Hannover oder bei einem weiteren Halt in Braunschweig noch 47 bis 116 Personen –genauere Angaben fallen schwer– ein.

Die Ankunft eines Transportes aus Westfalen und Niedersachsen am frühen Morgen des 1. April 1942 verzeichnete Adam Czerniaków (1880-1942), der letzte Vorsitzende des Warschauer Judenrates, in seinem Tagebuch: ‚Etwa 1.000 Deportierte aus Hannover, Gelsenkirchen usw. Die Deportierten haben nur kleine Gepäckstücke mitgebracht. Den über 68 Jahre Alten hatte man erlaubt, in Deutschland zu bleiben. Alte Leute, viele Frauen, kleine Kinder.‘[^]

Über das weitere Schicksal einzelner Herforder Juden aus diesem Transport wird in dem Kapitel **„Briefe aus dem Ghetto“** berichtet.

Juli 1942

Transporte nach Theresienstadt von Sommer 1942 bis zum Kriegsende

Theresienstadt ist niemals ein „Altersghetto“ gewesen, sondern für mehr als 87.000 seiner Insassen nur eine Zwischenstation auf dem Weg in die Vernichtung. Weil Theresienstadt nicht im „Ausland“ lag, konnte das Vermögen der Deportierten nicht nach den Regeln der 11. Verordnung zum

Reichsbürgergesetz eingezogen werden. Den älteren Juden wurde ein „Heimeinkaufsvertrag“ für „Verpflegung und Unterbringung in Altersheimen“ aufgezwungen, durch den sie ihre Bankguthaben auf ein Konto der Reichsvereinigung einzahlen mussten. Das am Ende noch vorhandene Eigentum wurde nach den Vorschriften über die Einziehung „volks- und staatsfeindlichen Vermögens“ beschlagnahmt.

(Quelle: Gottwaldt/Schulle: *Die „Judendeportationen“ aus dem Deutschen Reich 1941-1945*, Wiesbaden 2005)

„Wohnsitzverlagerung“ nach Theresienstadt

Herford/Bielefeld, **31. Juli 1942**: Ca. 22 jüdische Bürger Herfords verlegten ab 28. Juli 1942 ihren „Wohnsitz“ nach Theresienstadt. Der Reisesonderzug „Da77“ brachte sie am 31. Juli 1942 von Bielefeld gemeinsam mit ca. 880 Juden aus dem weiteren Umland in das „Altersghetto“ Theresienstadt.

Obwohl nur Juden im Alter von mehr als 65 Jahren und Angehörige bestimmter „privilegierter“ Gruppen nach Theresienstadt kommen sollten, befand sich in der Herforder Gruppe auch die erst 5jährige Mirjam Rosenthal mit ihren Eltern. Das Angebot der Herforder Familie Höcker, Mirjam bei sich aufzunehmen, hatten die Eltern nicht annehmen können. Mirjam wurde mit ihrem Eltern Sally und Martha Rosenthal am 16. Oktober 1944 von Theresienstadt nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

Deportationsliste vom 31.07.1942 – Deportation nach Theresienstadt

Bereits am 28.07.1942 hatten sich die Betroffenen in Bielefeld in der Sammelstelle „Kyffhäuser“ einzufinden.

Name	Vorname	Geburtsdatum	Straße	Deportationsdatum	Ziel
Feder	Selig	16.04.1870	Komturstr. 21	31.07.1942	Theresienstadt
Feder geb. Joel	Natalie	20.06.1876	Komturstr. 21	31.07.1942	Theresienstadt
Fromm geb. Löwenstein	Julie	15.09.1859	Lübbertorwall 18	31.07.1942	Theresienstadt
Goldberg	Rosa	27.03.1860	Gehrenberg 12	31.07.1942	Theresienstadt
Goldberg	Frieda	30.09.1891	Gehrenberg 12	31.07.1942	Theresienstadt
Grundmann	Selma	27.01.1870	Neuer Markt 4	31.07.1942	Theresienstadt
Grundmann	Hermann	08.09.1864	Neuer Markt 4	31.07.1942	Theresienstadt
Grundmann geb. Plaut	Else	20.11.1876	Neuer Markt 4	31.07.1942	Theresienstadt
Hecht	Hermann	22.12.1869	Gehrenberg 1	31.07.1942	Theresienstadt
Hecht geb. Cohn	Hedwig	22.03.1879	Gehrenberg 1	31.07.1942	Theresienstadt
Hoffmann	Erich	26.02.1890	Gehrenberg 1	31.07.1942	Theresienstadt
Hoffmann geb. Josephing	Grete	06.11.1898	Gehrenberg 1	31.07.1942	Theresienstadt
Hoffmann	Max	05.02.1893	Gehrenberg 1	31.07.1942	Theresienstadt
Löwenstern	Julius	10.10.1869	Bügelstr. 5	31.07.1942	Theresienstadt
Löwenstern geb. Frank	Ida	26.03.1883	Bügelstr. 5	31.07.1942	Theresienstadt

Michaelis-Jena	Hermann	23.04.1859	Kirchgasse 4	31.07.1942	Theresienstadt
Mosberg geb. Krenenberg	Johanne	31.03.1870	Gehrenberg 12	31.07.1942	Theresienstadt
Rathert geb. Weingarten	Berta	21.11.1876	Komturstr. 16	31.07.1942	Theresienstadt überlebt
Rosenbaum	Samuel	12.04.1856	Komturstr. 4	31.07.1942	Theresienstadt
Rosenbaum geb. Rosenbaum	Elise	01.03.1857	Komturstr. 4	31.07.1942	Theresienstadt
Rosenthal	Sally	08.08.1903	Komturstr. 21	31.07.1942	Theresienstadt
Rosenthal geb. Rosenbaum	Martha	16.05.1906	Komturstr. 21	31.07.1942	Theresienstadt
Rosenthal	Mirjam	21.07.1937	Komturstr. 21	31.07.1942	Theresienstadt

Transportbericht (aus: Gottwaldt/Schulle: *Die „Judendeportationen“ aus dem Deutschen Reich 1941-1945*, Wiesbaden 2005, S. 306)

Laufende Nummer	Datum	Abgangsorte	Insassen	Ankunft	Zielort
8.75	31. Juli 1942	Münster/Bielefeld	900/901	1. August 1942	Theresienstadt

„In fünf Transporten gelangten insgesamt 1.043 Juden aus dem Gestapoleitstellenbereich Münster nach Theresienstadt. Nur 135 von ihnen erlebten die Befreiung des Lagers. Dieser Transport umfasste –neben anderen– Juden aus Bad Lippspringe, Bad Oeynhausen, Bielefeld, Borghorst, Brakel, Bocholt, Brackwede, Bückeberg, **Bünde**, Burgsteinfurt, Detmold, Dülmen, Frille, Fürstenau, Gelsenkirchen, **Herford**, Höxter, Havixbeck, Lathen, Leer, Lemgo, Lingen, Münster, Osnabrück, Paderborn (33 Menschen), Salzkotten, Schötmar, Silixen, Sögel, **Vlotho**, Warburg und Weschke. Sammellager für Bielefeld und Umgebung war das Lokal ‚Kyffhäuser‘.

Der Zug trug die Nummer ‚Da 77‘ der Reichsbahn. In Theresienstadt erhielt er die Bezeichnung ‚IX/1‘. Schon am 25. August 1942 reihte man drei Personen in einen Transport von Theresienstadt nach Maly Trostinec ein; weitere 242 Personen wurden im September und Oktober 1942 nach Treblinka bei Warschau überstellt. Zu Beginn des Jahres 1943 leitete man 62 und im Laufe des Jahres 1944 nochmals 191 Personen nach Auschwitz weiter. Nur 65 der in Theresienstadt verbliebenen Insassen dieses Transportes erlebten die Befreiung des Ghettos.

Mit der Deportation älterer Juden aus dem östlichen Westfalen war am 31. Juli 1942 eine erste, insgesamt wohl 16 Sonderzüge mit jeweils ungefähr 1.000 Insassen umfassende Gruppe von Transporten aus dem Deutschen Reich mit Wien nach Theresienstadt beendet, die Mitte Juni eingesetzt hatte. Damit war die Zahl der Insassen des Ghettos zwischen Anfang Juni und Ende Juli 1942 von 13.400 auf 43.403 Menschen angestiegen.“

10. Juli 1942: Else Obermeier als Einzelperson in einem Sammeltransport

Dieser Transport gehört zu den am wenigsten erforschten, und man kann über den Ablauf und den Zielort –mit großer Wahrscheinlichkeit Auschwitz – nur Vermutungen anstellen.

Else Obermeier, geb. Blankenberg (geb. 12.04.1886), Konzertpianistin und Organistin an der Herforder Synagoge bis zu ihrer Zerstörung 1938, lebte bis kurz vor ihrer Deportation am Lübbertorwall 18. Sie wurde wahrscheinlich als Einzelperson in einem Sammeltransport nach „Osten“ abgeschoben. Dieser bis heute am wenigsten erforschte Transport verließ am **10. Juli 1942** Bielefeld. Auf Grund von erhaltenen Postkarten anderer Deportierter lässt sich der ungefähre Weg des Zuges rekonstruieren: Bielefeld, Hamburg, Ludwigslust, Berlin, Reisdorf, Breslau, Oppeln... Dieser Transport ist mit großer Wahrscheinlichkeit der erste „Familientransport“ aus dem Kerngebiet des Deutschen Reichs in das KZ Auschwitz gewesen. Dort soll Else Obermeier mit Gas ermordet worden sein. (nach: Decker, Martin u. von Hollen, Kai-Uwe: *„Montag werden wir, wenn's gut geht, am Ziel sein“*, *Die Deportationen aus dem Gestapobezirk Bielefeld am 10. Juli 1942*, in: Ravensberger Blätter, Heft 1/2010, Erinnerungskultur, Bielefeld 2010).



Else Obermeier (Kommunalarchiv)

Hans Friedel Hirsch wurde anscheinend ebenfalls in einer Einzeldeportation im März 1943 aus Herford nach Auschwitz verschleppt. Dort war er bis Januar 1945 und hat überlebt.

Ab September 1944 – Deportation sogenannter Halbjuden und „Mischehepartner“

Zunächst waren Juden aus dem Personenkreis „Mischehen“ und „Mischlinge I. Grades“ von den großen Deportationen der Jahre 1941 bis 1943 verschont worden. Ab 1944 wurde jedoch begonnen, die arbeitsfähigen Menschen zu verhaften und in Zwangsarbeitslager zu verschleppen. Die betroffenen Personen aus dem Regierungsbezirk Minden, Lippe und Schaumburg-Lippe wurden teilweise ohne vorherige Benachrichtigung in den frühen Morgenstunden des 19. Septembers 1944 nach Bielefeld in das Sammellager „Eintracht“ (Klosterplatz) transportiert. Ziel und Zweck blieben den Verhafteten unbekannt. Die „Ausrüstung“ bestand aus höchstens 10 kg Gepäck mit Arbeitskleidung, Wäsche, Arbeitsschuhen und Verpflegung für drei Tage. Am späten Abend erfolgte der

Abtransport der Frauen nach Elben bei Kassel, für Männer nach Zeitz. (nach: Meynert/Schäffer: *Die Juden in der Stadt Bielefeld während der Zeit des Nationalsozialismus*, Bielefeld 1983)

In diesem Transport befanden sich u. a. **Martha Obermeier** (16 Jahre, evangelisch), ihre Schwester **Wilma Obermeier** (14 Jahre, evangelisch) und **Martha Butter** (16 Jahre, evangelisch). Sie wurden mit dem Sonderzug von Bielefeld aus zunächst in ein Schulgebäude in Kassel und nach drei Tagen in das Arbeitslager Elben verschleppt.

Das Frauenlager Elben war ein Zwangsarbeitslager (dort befanden sich auch französische Kriegsgefangene) der Organisation Todt für ca. 200 Mädchen und Frauen jüdischer Herkunft. Sie wurden anfangs in einfachen Wehrmachtzelten untergebracht und waren der Witterung ausgeliefert. Nach Protesten aus der Elbener Einwohnerschaft wurden die Frauen übergangsweise in den Saal einer Gastwirtschaft verlegt. Nachdem sie sich selbst vier Holzbaracken und eine Sanitärbaracke errichten mussten, konnten sie Weihnachten 1944 dorthin umziehen. Sie mussten täglich für 10 Stunden schwere Zwangsarbeit leisten, die Verpflegung war unzureichend, der Gesundheitszustand sehr schlecht.

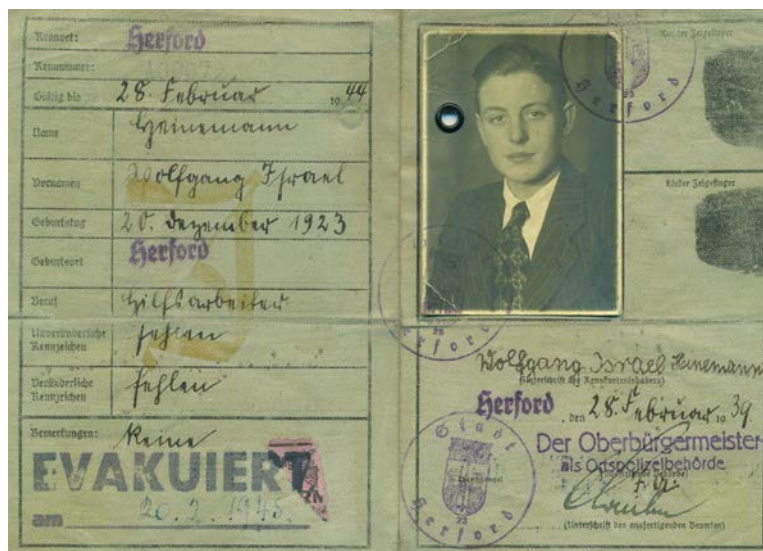
Als im Frühjahr 1945 die amerikanischen Truppen näher rückten, sollten das Lager geräumt und die Frauen nach Osten deportiert werden. Der Befehl wurde nicht mehr ausgeführt. Am 31. März 1945 marschierten die Amerikaner in Elben ein, und die Frauen waren frei. Martha und Wilma Obermeier und Martha Butter haben überlebt.

Wolfgang De Boer (geb. 27.07.1923) wurde im September 1944 in das sog. „Arbeitserziehungslager“ Lahde bei Petershagen/Minden verschleppt. In diesem auch als „Todeslager“ bezeichneten KZ mussten die Deportierten extrem schwere Zwangsarbeit leisten. Wolfgang De Boer wurde dort am 10.10.1944 ermordet.

Paul Goldstein (geb. 01.08.1883) wurde vom KZ Neuengamme im September 1943 in das KZ Dachau weitertransportiert. Von dort aus kam er im Januar 1944 zur Zwangsarbeit nach Linz. Linz war ein Standort der Reichswerke „Hermann-Göring AG Berlin“. Im Linzer Hüttenwerk mussten Tausende von Zwangsarbeitern, darunter unzählige KZ-Häftlinge, unter schlimmsten Umständen schwerste Arbeit leisten. Untergebracht waren sie im KZ Linz I, später im KZ Linz II. Da neben der Stahlerzeugung auch Panzerbau betrieben wurde, kamen viele Deportierte bei gezielten Bombenangriffen ums Leben. Paul Goldsteins Spur verliert sich in Linz.

Februar 1945: Herford „judenfrei“?

Herford/Bielefeld, den **13. Februar 1945**: Aus dem Sammellager „Hotel Stadt Bremen“, Bahnhofstraße/Ecke Zimmerstraße wurden die wahrscheinlich letzten Juden aus Herford mit dem Transport „XI/5“ zum „Arbeitseinsatz“ nach Theresienstadt deportiert. Der Transport „XI/5“ mit 58 Insassen aus den Bereichen Münster und Bielefeld erreichte Theresienstadt am 20.2.1945. Die Herforder Juden dieses Deportationszuges haben überlebt.



Pass von Wolfgang Heinemann mit „Evakuiert“-Stempel von Februar 1945 (privat)

Die Massendeportationen aus dem Reich waren mit der sog. „Fabrikaktion“ weitestgehend abgeschlossen. Ca. 200 „Kleintransporte“ danach hatten als Ziele ausschließlich Auschwitz und Theresienstadt. Im Februar und März 1945 wurden noch 2.600 Personen aus sog. „Mischehen“ in das Ghetto Theresienstadt verschleppt. Durch die kurze Verweildauer und die Befreiung des Lagers am 8. Mai 1945 durch die Rote Armee haben die meisten aus diesen Transporten nach Theresienstadt überlebt.

Deportationsliste vom 20.02.1945 – Deportation nach Theresienstadt (und Buchenwald)

Name	Vorname	Geburtsdatum	Straße	Deportationsdatum	Ziel
Butter	Jakob	13.05.1904	Hansastr. 57	20.2.1945	Theresienstadt überlebt
Frank	Alfred	15.01.1899	Lübbertorwall 18	20.2.1945	Theresienstadt überlebt
Frank	Adele	04.03.1928	Lübbertorwall 18	20.2.1945	Theresienstadt überlebt
Frank	Käthe	17.03.1927	Lübbertorwall 18	20.2.1945	Theresienstadt überlebt
Frank	Walter	07.12.1929	Lübbertorwall 18	20.2.1945	Theresienstadt überlebt
Frank	Elfriede	22.04.1922	Gehrenberg 1	20.2.1945	Theresienstadt überlebt
Grabowski	Hans	15.08.1890	Ortsieker Weg 11	20.2.1945	Theresienstadt überlebt
Heinemann	Bernhard	23.12.1887	Holland 19	20.2.1945	Theresienstadt überlebt
Heinemann	Wolfgang	20.12.1923	Holland 19	20.2.1945	Theresienstadt überlebt
Obermeier	Willi	10.04.1894	Rudolf-Virchow-Str. 9	20.2.1945	Theresienstadt überlebt
Rosenfelder	Willy	27.05.1900	Gehrenberg 1	20.2.1945	Theresienstadt überlebt

Heinemann	Walter	17.01.1927	Holland 19	???1945	Buchenwald überlebt
Heinemann	Manfred	20.01.1928	Holland 19	???1945	Buchenwald überlebt

Für einige der in den Auflistungen der aus Herford deportierten Juden aufgeführten Personen sind die genauen Deportations- und Todesdaten nicht zu ermitteln.

Ernst van Pels (geb. 02.02.1907, wohnhaft Rosenstr. 2) wurde im November 1943 nach Buchenwald deportiert, von Buchenwald aus nach Auschwitz und im Februar 1945 wieder zurück nach Buchenwald. Dort soll er im März 1945 verstorben sein.

Mirjam Rosenfelder (geb. 29.09.1929, wohnhaft vermutlich Gehrenberg 1) wurde 1944 nach Theresienstadt deportiert. Über ihren weiteren Verbleib ist bis heute nichts bekannt.

Mehrere Familienangehörige Deportierter waren aus Herford verzogen und wurden von ihren neuen Wohnorten aus ebenfalls deportiert und ermordet.

Lebenszeichen aus den Ghettos und Konzentrationslagern

von Renée Claudine Bredt

Nach Kriegsbeginn im September 1939 und auch im weiteren Verlauf des Krieges wurde die Infrastruktur der Deutschen Reichspost weitgehend aufrechterhalten.

Erst ab 23. Januar 1945 brach die -bis dahin zwar mit zunehmenden Einschränkungen aber doch mögliche- Postzustellung zusammen. Der ortsübergreifende Briefverkehr wurde eingestellt. Am Ende des Krieges gab es keinerlei Postverkehr mehr.

Über den genauen Ablauf von Deportationen und die Lebensumstände in Konzentrationslagern und Ghettos existieren zahlreiche Belege in Form von Briefen und Postkarten, die die Verschleppten auf den unterschiedlichsten Wegen an Verwandte und Freunde in der Heimat sandten. Oftmals waren es letzte Lebenszeichen vor ihrer Ermordung. Einige dieser Nachrichten in die Heimat wurden noch während der Transporte aus den Zügen geworfen oder heimlich an Fremde zum Weiterbefördern übergeben. Bei Entdeckung war mit schwersten Strafen bis zu sofortiger Erschießung zu rechnen.

In den verschiedenen Ghettos und Konzentrationslagern gab es hinsichtlich des Briefempfangens oder -schreibens sehr unterschiedliche Regelungen. Unterschiede gab es bei der Anzahl und dem Umfang der Kontaktmöglichkeiten durch Postkarten oder Briefe, aber auch bei der Form der schriftlichen Äußerungen. So durfte sämtliche Post nur in deutscher Sprache geschrieben werden, zum Teil nur an bestimmten Wochentagen (meist sonntags), auf Vordrucken oder sogar nur mit vorformulierten, verordneten Standardtexten.

Eine strenge Zensur ließ auch negative Schilderungen des persönlichen Befindens und Beschreibungen der meist unsäglichen Zustände nicht zu, so dass sich die Schreiber oft einer Art Geheimcodes bedienten, indem Begebenheiten erwähnt wurden, die nur für den Empfänger durchschaubar waren. Im KZ Ravensbrück schrieben einige weibliche Häftlinge Texte mit „Geheimtinte“ zwischen die offiziellen Zeilen.

Für das KZ Auschwitz waren angeblich folgende Regeln aufgestellt, die aber kaum so umgesetzt worden sein können:

„Folgende Anordnungen sind beim Schriftverkehr mit Gefangenen zu beachten.

1.) Jeder Schutzhaftgefangene darf im Monat zweimal von seinen Angehörigen Post empfangen und an sie absenden. Die Briefe an die Gefangenen müssen gut lesbar mit Tinte geschrieben sein und dürfen nur zwei Seiten je 15 Zeilen enthalten. Briefumschläge müssen ungefütert sein. In einem Brief dürfen nur Briefmarken von 12 Pfg. beigelegt werden. Alles Andere ist verboten. Postkarten haben 10 Zeilen. Lichtbilder dürfen als Post nicht versendet werden.

2.) Geldsendungen sind gestattet.

3.) Es ist darauf zu achten, dass bei Geld- oder Postsendungen die genaue Adresse, bestehend aus: Name, Geburtsdatum, und Gefangenen-Nummer, auf die Sendungen zu schreiben ist. Wenn die Adresse fehlerhaft ist, geht die Post an den Absender zurück oder wird vernichtet.

4.) Zeitungen sind gestattet, dürfen aber nur durch die Poststelle des K.L. Auschwitz bestellt werden.

5.) Pakete dürfen nicht geschickt werden, da die Gefangenen im Lager alles kaufen können. (...)"

(Quelle: www.profilm.de/dokumente/buchenwald01011944.htm von Horst Decker)

In der Lagerordnung des KZ's Weimar-Buchenwald waren ähnliche Regeln zum Postverkehr festgehalten: „Auszug aus der Lagerordnung: KZ Weimar-Buchenwald:

Jeder Häftling darf im Monat zwei Briefe oder zwei Postkarten empfangen und auch absenden. Die Briefzeilen müssen übersichtlich und gut lesbar sein. Postsendungen, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, werden nicht zugestellt bzw. befördert. Pakete jeglichen Inhalts dürfen nicht empfangen werden. Geldsendungen sind zulässig, sie müssen aber durch Postanweisung erfolgen; Geldeinlagen im Brief sind verboten - Annahme wird sonst verweigert. Es kann im Lager alles gekauft werden. Nationalsozialistische Zeitungen sind zugelassen, müssen aber von dem Häftling selbst über die Poststelle des Konzentrationslagers bestellt werden. Unübersichtliche und schlecht lesbare Briefe können nicht zensiert werden und werden vernichtet. Die Zusendung von Bildern und Fotos ist verboten. Der Lagerkommandant"

(Quelle: www.profilm.de/dokumente/buchenwald01011944.htm von Horst Decker)

Angeblich war es nicht gestattet, Pakete zu senden. Dennoch bedankten sich Häftlinge in ihren Briefen und Karten immer wieder für erhaltene Pakete. Nachdem die Versorgungslage in den Ghettos und Lagern im Kriegsverlauf immer dramatischer wurde, waren Lebensmittelpakete zunehmend nicht nur geduldet, sondern auch erwünscht. Leider kamen viele Pakete entweder gar nicht oder „geplündert“ bei den Empfängern an, da vor allem SS-Wachmannschaften mit entnommenen Dingen einen regen Schwarzhandel betrieben. Ebenso kamen zahlreiche Diebstähle bei Geldsendungen vor, die ihre Empfänger in der Regel nicht erreichten. Diese Praktiken wurden durch einen Erlass an die Lagerkommandanten am 30. Oktober 1942 unter Todesstrafe gestellt. Weiter sah der Erlass vor, dass nun bestimmte Häftlingsgruppen unbegrenzt Pakete empfangen durften.

Mit Ausnahme von Theresienstadt waren Juden, sowjetische Häftlinge und „Zigeuner“ in fast allen Lagern und Ghettos davon ausgenommen, durften zum Teil monatelang auch keine Postkarten oder Briefe schreiben oder empfangen.

Persönliche oder auch allgemeine „Postsperrern“ wurden häufig als Disziplinierungs- oder Strafmaßnahme benutzt. Nach außen hin jedoch sollten die in unregelmäßigen Abständen möglichen Nachrichten der Deportierten bei Verwandten oder Freunden in der Heimat beruhigend wirken. So zwang Rudolf Höss -Lagerkommandant im KZ Auschwitz- jüdische Häftlinge, die Verbindungen zu Verwandten oder Bekannten ins Ausland hatten, ihnen Lebenszeichen zu senden und die Verhältnisse im Lager positiv zu schildern.

Post (Karten und Briefe) aus den Ghettos -z.B. aus Warschau und Theresienstadt- wurde nicht mit der zivilen Post befördert, sondern über die dort

zwangsweise eingerichteten Judenräte oder über die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland. Pakete wurden durch die Deutsche Reichspost zugestellt.

Ab Ende August 1944 wurde auch im Reich der normale Postverkehr stark eingeschränkt, so dass keine Pakete und Päckchen mehr in die Lager gelangten.

Herforder senden Lebenszeichen aus dem Ghetto Theresienstadt

Im Landesarchiv NRW Detmold sind Postkarten und Empfangsbestätigungen von Paketen von jüdischen Bürgern aus Herford, die am 31.07.1942 ins Ghetto Theresienstadt deportiert wurden, erhalten.

Schreiber dieser Lebenszeichen waren **Grete Hoffmann** (geb. 06.11.1898), **Erich Hoffmann** (geb.26.02.1898) und **Max Hoffmann** (geb. 05.02.1893), alle vor der Deportation wohnhaft Gehrenberg 1. Empfänger war **Hans Grabowski** (geb.15.08.1890, wohnhaft Ortsieker Weg 11), der später am 20.02.1945 ebenfalls nach Theresienstadt deportiert wurde.

Es gibt vorgedruckte Empfangsbestätigungen für Pakete, so vom **01.09.1943** für ein Paket vom 08.08.1943 („Meine Lieben. Ich bestätige dankend den Empfang Deines Paketes vom 8. August 1943. Brief folgt. Erich Hoffmann“), **29.09.1943** für ein Paket vom 07.09.1943, **02.10.1943** für das Paket vom 06.09.1943, **25.10.1943** für ein Paket vom 03.10.1943, **06.12.1943** für ein Paket vom 12.10.1943, **18.01.1944** für ein Paket vom 04.11.1943, **24.01.1944** für ein Paket vom 04.11.1943, **26.02.1944** (Paket vom 06.02.1944, handschriftlich hinzugefügt: „5 Kilo“), **07.04.1944** (Paket vom 15.02.1944, handschriftlich hinzugefügt: „Es geht uns weiter gut. Herzl. Dank für alle Sachen“), **07.05.1944** (Paket vom April 1944, handschriftlich hinzugefügt: „Herzl. Dank & Grüsse. Wir sind gesund.“), vom **15.07.1944** (Paket vom 14.06.1944, handschriftlich hinzugefügt: „Viele herzliche Grüße und innigsten Dank!“), vom **23.08.1944** für ein Paket vom Juli 1944 und **28.08.1944** für ein Paket vom Juli 1944.



Max Hoffmann und seine Schwägerin Grete Hoffmann (Kommunalarchiv)

Am 16.08.1943 schreibt Erich Hoffmann an Hans Grabowski folgende Postkarte:

„Lieber Hans! Wenn wir inzwischen auch nichts von Dir gehört haben, so hoffen wir Euch doch bei bestem Wohlergehen. Auch wir sind gesund und haben unsere Arbeit. Grete ist als Hilfsschwester, Max als Beamter in der Holzindustrie und ich selbst als Schichtleiter in einer Bekleidungs- und Reparaturwerkstätte tätig. Freund Kamp treffen wir fast täglich. Hier kommen viele Päckchen und andere Post an. Wir würden uns sehr freuen, recht bald von Euch zu hören. Grüsse bitte Sofie, Martha und die Kleine herzlichst von uns. Euch meine Lieben lässt Tante Julie vielmals grüssen. Mit den besten Wünschen und den (herz)listen Grüssen für Euch und alle Lieb(...) in alter Liebe und Freundschaft?(...) Euer Erich Täglich sprechen wir von Euch. 16.11.43 eingegangen“

Am 12.10.1943 schreibt Grete Hoffmann an Hans Grabowski folgende Postkarte:

„Meine Lieben, habt vielen herzlichen Dank für Eure Gruesse vom 4.9. Wir freuen uns, dass es Euch weiterhin gut geht, uns geht es genau so. Wir gehen unserer gewohnten Beschäftigung nach. Besondere Freude hatten wir mit Eurem Päckchen, innigen Dank dafür, wir können alles sehr gut gebrauchen. Die Gruesse an Maass wurden bestellt. Für die gesandten Gruesse danken wir vielmals, wir würden uns freuen, von Sofie u. Klein-Martha zu hören. Allen Freunden unsere Gruesse und besten Wünsche. Hoffentlich hören wir jetzt recht bald von unserem Vetter Guenther Steck, Oeynhausen. Allen unseren Freunden hier geht es gut. Dr. Ostwak ist kürzlich gestorben. Wir gedenken Eurer und senden der I. Trude zu ihrem Geburtstag die (...) Glück- und Segenswünsche; was man einem lie(ben Men)schen an Glück u. Gesundheit nur wünschen (...) ihr an Liebe u. Güte zuteil werden. Wir ble(...)em Gedenken an Euch, vollen Dankes für Eur(...) im Namen unserer Tanten, bin ich mit all(...) Grüessen für Euch u. alle Freunde in (...)“

Max Hoffmann schreibt am 16.04.1944 an Hans Grabowski:

Postkarte: „ Meine Lieben, leider haben wir längere Zeit nichts von Euch gehört? Wir hoffen dennoch Euch bei bestem Wohlergehen. Uns geht es gut. Erich hatte seit Dezember Herzbeschwerden, jetzt geht es schon wieder einigermassen, er darf schon etwas aufstehen. Es tut uns sehr leid, dass der vornehme Vetter Kohle (Anm.: wahrscheinlich „Kohlenmangel“) entschlafen ist. Für das Febr.-Paket danken wir Euch herzlichst, besonders für die Zwiebeln und Seife, wir können alles gut gebrauchen. Von Elfriede haben wir jetzt die erste Nachricht, über die wir uns sehr gefreut haben. Für die übermittelten Grüsse danken wir vielmals und hoffen, von unsern Freunden recht bald zu hören. Kürzlich hatten wir von Freunden aus Palästina einen Roten-Kreuz-Brief, sodass Mutter sicherlich Nachricht von uns hat. Willy Gutmanns Mutter ist hier im August sanft entschlafen. Macht uns die Freude, recht oft von Euch hören zu lassen, wir denken ständig an Euch und warten auf Eure Post, die ihr jetzt direkt schicken könnt. Grüsst alle Freunde von uns und seid selbst in alter Freundschaft herzlich begrüsst von uns allen dreien. Euer Max“

Insgesamt neun inhaltlich ähnliche Postkarten sind von Grete, Erich und Max Hoffmann an Hans Grabowski gesandt worden. Grete, Erich und Max Hoffmann sind am 1.10.1944 in Auschwitz ermordet worden. Hans Grabowski ist am 8. Mai 1945 in Theresienstadt durch die Rote Armee befreit worden.

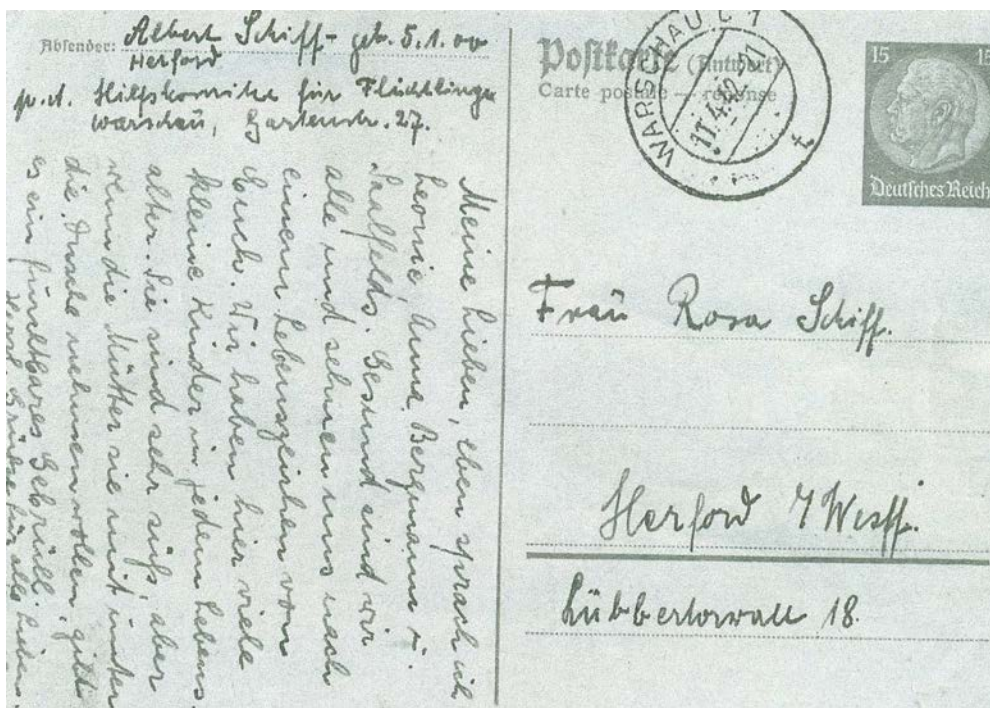
Letzte Spuren aus dem Warschauer Ghetto und aus dem Zwangsarbeitslager Poniatowa

von Helga Diestelmeier

April 1942

Warschau, im April 1942

Der erste Deportationszug mit deutschen Juden aus Westfalen und Niedersachsen umfasste 994 Menschen, unter ihnen Otto Albersheim (geb. 1920) und seine Mutter Lina, geb. Frank (geb. 1881), Herta Berghausen, ledig (geb. 1910), Johann/John Löwenstern (geb. 1896), seine Ehefrau Emma, geb. Cahn (geb. 1899), ihren Sohn Rolf (geb. 1926), Albert Schiff (geb. 1900) und seine Ehefrau Johanna, auch Aenne und Aennchen genannt, geb. Levison (geb. 1900) und den im August von Herford nach Bielefeld verzogenen Rudolf Feder (geb. 1901) und seine Ehefrau Edith, geb. Löwenberg (geb. 1909). Das Ehepaar Schiff konnte einige Postkarten aus dem Warschauer Ghetto schicken, die Lebenszeichen sein und die Empfänger beruhigen sollten. Außerdem enthielten sie erste wichtige Informationen. Die im NS-Jargon „Einsiedlung“ genannte Zwangseinweisung in das Ghetto war für alle Betroffenen eine immense psychische Belastung und ein großer Zivilisationsschock. Dies konnte aber öffentlich auf einer Postkarte nicht geschrieben werden.



Albert Schiff im April 1942 an seine Mutter (privat)

Albert Schiff am 8.4.1942 an seine Mutter Rosa Schiff in Herford:

„(...) Wir leben so ähnlich wie im Schulungslager in Bielefeld, nur durch die vielen Menschen entsprechend enger. Arbeit haben wir noch nicht, doch hoffen wir, bald welche zu bekommen. Ich habe dadurch Beschäftigung, dass ich mich dem Ordnungsdienst (=wohl intern in der Quarantäne) zur Verfügung gestellt habe. In unseren Zimmern leben noch Löwenstern, Gottschalk, Goldmann, Fritz Grünewald, Bielefeld u.a. (...)“ (Privatarchiv Thekla Kahn, geb. Schiff)

Albert Schiff am 19.4.1942 an seine Mutter Rosa Schiff, Israel. Krankenhaus in Hannover:

„(...) Wir sind gesund und vor allen Dingen, wir arbeiten seit Freitag und hoffen, uns dadurch ernähren zu können. Der Inhaber heisst Többens und stammt aus Bremen. Es ist eine Herrenkleiderfabrik, also bin ich wieder im Fach. Aennchen ist in der Näherei. (...)“ (Privatarchiv Thekla Kahn, geb. Schiff)

Die Firma Toebbens im Warschauer Ghetto produzierte für die Wehrmacht in großem Stil und mit beträchtlichem Gewinn.

Johanna Schiff am 30.4.1942 an Vater, Mutter und Bruder Alfred in Bünde, nachdem ein Mini-Päckchen eingetroffen war:

„(...) Meine Lieben, die Freude war unbeschreiblich, habt herzlichen Dank. Papierservietten für besondere Zwecke fehlen uns auch sehr, denn all das Sauerkraut tut prompt seine Wirkung. Den Pudding kochen wir erst, wenn wir die Werkswohnung (=ein Zimmer) bezogen haben und auf die Gratisbeköstigung verzichten müssen. Es wird nicht leicht, aber sehr viel angenehmer sein, voraussichtlich. (...) Inzwischen habe ich mich schon ganz gut eingearbeitet, nähe im Accord, von Record kann noch nicht die Rede sein, doch mein Essen aus der Werksküche verdiene ich mir dadurch. Da alles hier entsetzlich teuer ist, muss ich noch auf Fixigkeit umschalten. (...)“ (Privatarchiv Thekla Kahn, geb. Schiff)

Juli 1942

Warschau, im Juli 1942

Seit April 1942 mussten ungefähr 3.000 deutsche Juden und 1.000 tschechische Juden im Warschauer Ghetto leben. Junge Männer aus diesen Gruppen hatten Zwangsarbeit zu leisten, z.B. auch beim Aufbau des Vernichtungslagers Treblinka. Noch im Juni 1942 lebte die Mehrzahl der „eingesiedelten“ Menschen in den „Quarantänen“, also abgetrennt von der übrigen polnischen Ghettobevölkerung, die ungefähr zu dieser Zeit 350.000 bis 370.000 Personen umfasste.

Zu den wenigen Deportierten, die eine Bleibe im Ghetto gefunden hatten, gehörte das Ehepaar **Schiff**, denn eine am 23.6.1942 geschriebene Postkarte gibt als Adresse „Warschau, Prosta 14“ an. Hier hatte die Firma **Többens** ihren Hauptsitz im Warschauer Ghetto.

Seit dem 22. Juli 1942 wurden täglich etwa 6.000 Menschen –vom so genannten Umschlagplatz aus- aus dem Warschauer Ghetto per Bahn hauptsächlich in das Mitte Juli fertig gestellte Vernichtungslager Treblinka deportiert. Zu den ersten Opfern sollen zumeist alte deutsche und tschechische jüdische Menschen gezählt haben, die nicht durch eine Arbeit in deutschen, für die Wehrmacht arbeitenden Betrieben geschützt waren. In Treblinka wurden nur einige wenige jüngere Menschen z.B. zu Sortierungsarbeiten herangezogen, die meisten Ankommenden wurden sofort vergast.

Albert und Johanna Schiff bedanken sich auf einer Postkarte am 23.6.1942 bei dem Ehepaar Strömberg in Stigen/Schweden:

„(...) Dass Thekla (=ihre Tochter) gut bei Ihnen aufgehoben ist, wissen wir aus Erfahrung. (...) Jetzt, da uns die Hände mehr denn je gebunden sind, ist uns das

eine große Beruhigung. Nur durch Ihre große Güte war es möglich, Thekla eine sonnige Jugend erleben zu lassen, denn wir hätten sie hier weder vor seelischem noch körperlichem Schaden bewahren können. (...)“ (Privatarchiv Thekla Kahn, geb. Schiff)

September 1942

Warschau, im September 1942

Am 29.9.1942 begann **Rolf Löwenstern** einen Brief an die Familie Heinemann mit den Worten: „Erst jetzt haben wir wieder Gelegenheit, Ihnen ein Lebenszeichen von uns zukommen zu lassen.“ Er, seine Mutter Emma und sein Vater Johann hatten die erste Deportationswelle aus dem Warschauer Ghetto, auch den am 6.9.1942 und weitere Tage andauernden „Kessel“ an der Straße namens „Mila“ überstanden und damit die mit äußerster Brutalität und Gewalt vonstatten gehende Registrierung und Aussortierung der gesamten Ghettobevölkerung. 80.000 bis 100.000 Menschen waren umzingelt worden. Zu den ca. 30.000 legalen Arbeitern, die fortan im Ghetto arbeiten durften, gehörten auch die Löwensterns. Sie waren reklamiert worden von der Firma **Schultz & Co. GmbH**, Nowolipie 44/46 für die Abteilung Holzsohlenfabrikation. Die Geretteten mussten sich Zettel mit handgeschriebenen „Lebensnummern“ an die Brust heften und konnten in ihre Betriebe zurückkehren.

Emma Löwenstern schreibt am 29.9.1942 in einem Zusatz:

„(...) Uns (geht es) so leidlich. Wir arbeiten alle drei (=Eltern und Sohn Rolf) noch in einer Fabrik, wo Tante Lina (=Albersheim) (und) Otto (=Albersheim) auch sind. (...)“ (Briefauszüge: KAH, Hist.Slg. Q63)

November 1942

Warschau, im November 1942

Das immer mehr verkleinerte Warschauer Ghetto war in ein Arbeitslager unter SS- und Polizeiaufsicht umgewandelt worden. Der SS- und Polizeiführer von Warschau hatte schon Mitte September 1942 jegliche Lohnzahlungen an Juden verboten und die vollständige Ummauerung der einzelnen Betriebsstätten und Wohnblöcke im Ghetto angeordnet. Anfang September verlangte Wilhelm Keitel, der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, sofort alle jüdischen Arbeiter, die für die Wehrmacht und Rüstungsbetriebe arbeiteten, durch nicht-jüdische Polen zu ersetzen. Am 9. Oktober 1942 hatte Himmler verfügt, alle für Ausrüstungsbetriebe arbeitenden Juden an „Ort und Stelle“ in Konzentrationslagern zusammenzulegen, die SS sollte die Leitung über Auftragsannahme und Produktion haben. Abgezielt wurde darauf, alle jüdischen Arbeitskräfte so bald wie möglich zu vernichten.

Am 29.11.1942 schreibt Willy Rosenfelder, der die Kontaktperson der Schiffs in Herford war, aus Herford an die nicht ganz 13jährige Tochter Thekla Schiff in Schweden über die Lage ihrer Eltern in Warschau:

„(...) Von Deinen Eltern habe ich Nachricht vom 12.11. Es ist da schon erheblich kalt und sie haben kein Holz und keine Kohlen. Sie sind sehr froh, daß sie ihre warmen Kleidungsstücke haben. Seit 11. arbeitet die Mutti wieder in der Fabrik. Wie Du weißt, ist es eine Herrenkleiderfabrik. Ist das kein eigenartiger Zufall? Die Eltern haben es insofern auch gut getroffen, weil sie in der Fabrik ein Zimmer bewohnen. (...)“ (Privatarchiv Thekla Kahn, geb. Schiff)

April 1943

Poniatowa, im April 1943

Die Firmen **Többens** und **Schultz & Co.**, die beiden größten deutschen Firmen im Warschauer Ghetto, hatten mit der SS-Führung vertraglich vereinbart, ihre Betriebe einschließlich der Belegschaft aus dem Warschauer Ghetto in Arbeitslager im Distrikt Lublin zu verlegen. Die Firma Többens sollte nach Poniatowa ausgelagert werden. Die zumeist polnischen jüdischen Arbeiter der noch existierenden deutschen Betriebe witterten eine Falle, sie und ihre Familien umzubringen und weigerten sich großenteils, die Verlagerung mitzumachen. Um sie voranzutreiben, wurde W.C. Többens Mitte März 1943 zum „Bevollmächtigten für die Verlegung der Betriebe im jüdischen Wohnbezirk Warschau“ (=Warschauer Ghetto) ernannt. Es war schon vorher gelungen, einige kleinere Transporte mit Freiwilligen nach **Trawniki** (Firma Schultz & Co.) und nach Poniatowa zu schicken.

Otto Albersheim schreibt am 3. März 1943 aus dem Warschauer Ghetto an die Familie Heinemann in Herford:

„(...) Die Firma Täbbens (=Többens) wird auch in die Gegend von Lublin verlegt. Morgen fahren Schiffs und Feders. Ich habe Feder diese Tage gesprochen. Er arbeitet jetzt aushilfsweise in der Transportabteilung der Firma Täbbens (=Többens). (...)“ (KAH, Hist.Slg. Q63)

Direkt vor diesen Sätzen erwähnt Otto Albersheim:

„(...) Diese Tage habe ich Herta Berghausen auf dem Ghetto-Bahnhof getroffen. Sie ist jetzt auch von hier fortgekommen. (...)“ (KAH, Hist.Slg. Q63)

Wenn Herta Berghausen bis Ende Februar/Anfang März im Warschauer Ghetto überleben konnte, muss angenommen werden, dass sie Arbeiterin in einem deutschen Betrieb war. Das Wort „fortkommen“, das Otto Albersheim benutzt, lässt keine eindeutige Interpretation zu. Zum einen kann sie mit einem deutschen Betriebstransport nach Trawniki oder Poniatowa geschickt worden sein, zum anderen könnte das Wort auch beinhalten, dass sie vom so genannten „Umschlagplatz“ (=Ghetto- Bahnhof) in die Vernichtung transportiert worden ist.

Der „Umschlagplatz“ war das Areal, das an der Nordgrenze des Ghettos von der Ulica (=Straße) Stawki abging und zum Danziger Bahnhof führte. Von dort fuhren die Güterzüge zum Vernichtungslager Treblinka.

Der endgültige Verlagerungstermin für 16 deutsche Ghetto-Firmen wurde von Többens auf den 21.4.1943 gelegt. Am 19. April brach jedoch der Ghetto-Aufstand aus.

Willy Rosenfelder schreibt aus Herford am 11. April 1943 an Thekla Schiff nach Stigen/Schweden:

„(...) Albert schreibt mir unterm 18.3. von seiner neuen Arbeitsstätte (ich wiederhole die Dir bereits schon mitgeteilte neue Anschrift: bei Firma Walter C.Többens K.G., Ponjatowa Kreis Opole, Distrikt Lublin, Generalgouvernement). Es gefällt ihnen dort bis jetzt sehr gut. Sie wohnen in einer Siedlung im Walde, haben dort zwei Zimmer mit Küche, fließendes Wasser etc. und wohnen da mit sechs anderen Leuten zusammen, darunter auch Familie Feder (er war bei Vati im Geschäft hier). Von den Bündern habe ich noch nichts gehört (=aus

Theresienstadt). Du brauchst Dir darüber aber keine Sorgen zu machen. (...)“
(Privatarchiv Thekla Kahn, geb. Schiff)

Am 31.1.1943 hatte es einen Vertragsabschluss zwischen **Odilo Globocnik**, dem SS- und Polizeiführer für den Distrikt Lublin, und **Többens** bezüglich der Betriebsverlegung (Textil und Sattlerei) nach Poniatowa gegeben. Többens durfte ca. 10.000 Arbeitskräfte mitnehmen. Darüber hinaus gab es in diesem SS-Arbeitslager noch weitere größere Gruppen von Juden, z.B. aus Wien oder der Slowakei, die ebenfalls Zwangsarbeit leisten mussten. Többens zahlte an die SS für eine weibliche jüdische Arbeitskraft vier Sloty pro Tag, für eine männliche jüdische Arbeitskraft fünf Sloty pro Tag. Dass die Ehepaare Schiff und Feder in der „Siedlung“ wohnten, zeigt, dass sie einer „privilegierten“ Gruppe angehörten. Bei dem Begriff „mit Küche“ muss man wohl eher von einer Gemeinschaftsküche ausgehen. Wir wissen über die „Wohnverhältnisse“ der Ehepaare Schiff und Feder nur über die Vermittlung von Willy Rosenfelder, und es muss davon ausgegangen werden, dass Albert Schiff bei der Formulierung seiner Mitteilungen, die ja auf offenen Postkarten stattfanden, sehr vorsichtig und zurückhaltend war. Vieles muss „zwischen den Zeilen“ erschlossen werden.

„Die größte Gruppe Gefangener lebte jedoch in 30 Baracken im Umfeld der Fabrik. Jede Baracke war mit ca. 300 Menschen überfüllt. Die schlimmsten Bedingungen herrschten allerdings in der Fabrikhalle, wo nachts tausende Gefangener schliefen. Hier gab es nur vier Wasserhähne. Alles war dreckig und die Luft verpestet.“

(Quelle: Internet: www.deathcamps.org/occupation/poniatowa_de.html)

Juni 1943

Poniatowa, im Juni 1943

Am 2.6.1943 antwortet Johanna Schiff auf einen Brief ihrer Tochter Thekla aus Stigen/Schweden.

Auch wenn das Ehepaar Schiff die Trennung von seinem einzigen Kind aushalten musste, so werden es Albert und Johanna Schiff doch als große seelische Erleichterung empfunden haben, dass es noch im Juni 1939 gelungen war, Thekla nach Schweden in Sicherheit zu bringen.

„Liebe Thekla! Dein Brief mit dem hübschen Frühlingsgedicht hat uns ganz besonders erfreut; denn wir ersehen aus ihm, dass Du wirklich glücklich bist. Das ist für uns der schönste Gedanke, den es gibt. Du bist gewiss auch schon groß genug, zu wissen, dass es nur durch die große Mensch(en)liebe und Güte Deiner Pflegeeltern möglich war, Dich diese wundervolle Jugendzeit erleben zu lassen. Denke immer daran und bemühe Dich, ihnen nur Freude zu bereiten. (...) Wir sind gesund; der Weg durch den Wald, den wir zweimal täglich gehen, tut uns gut. Wirst Du bald wieder schreiben? Dann werden wir auch glücklich sein. Nun grüße alle Lieben dort u(nd) sei Du innigst umarmt von Deiner Mutter.“ Albert Schiff setzt hinzu: „Herzliche Grüße und Küsse von Deinem Vater.“ (Privatarchiv Thekla Kahn, geb. Schiff)

Die schon zitierte Internetquelle führt weiter aus: „In der Lagerküche wurde die tägliche Ration ausgeteilt: Kaffee (=Malzkaffee, kein Bohnenkaffee) ohne Zucker zum Frühstück, Wassersuppe zum Mittagessen und 250g Brot und Kaffee (=siehe

oben) am Abend. Die nicht arbeitenden Gefangenen erhielten nur 100g Brot und (Malz)-Kaffee.“

(Quelle: Internet: www.deathcamps.org/occupation/poniatowa_de.html)

So ist es nicht verwunderlich, was Johanna Schiff am 30.6.1943 über ihre und ihres Mannes Ernährungslage schrieb. Natürlich waren ihre Eltern sehr froh über die ausgezeichnete schulische Entwicklung ihrer Tochter. Doch wussten sie nicht, dass die NS-Zensur Fotografien heraus sortierte, wohl auch bei SS-Arbeitslagern.

„30/6.43 Meine liebe Thekla Marianne! Deine lieben Briefe vom 5. u.(nd) 16.6. sowie das wunderschöne Päckchen v.(om) 5/6. erreichten uns gestern. Habt alle herzlichen Dank, dass Ihr auf diese Weise versucht, uns das Leben etwas zu versüßen. Die Freude war groß, aber kurz, denn wir aßen die Kekse sofort auf, während der Kunsthonig vielleicht noch einen Tag leben wird.- Dein Zeugnis ist sehr fein; man merkt, dass Du Dir Mühe gegeben hast, damit Strömbergs, die so gut sind, Dich auf die höhere Schule zu schicken, auch wirklich stolz auf Dich sein können. Wirst Du in Udevalla wohnen oder kannst Du täglich hinfahren? Werden auch andere Kinder aus Deiner Klasse mit Dir fahren? Uns geht es gesundheitlich gut. Wir suchen und finden Pilze, aus denen wir mit Mehl und Wasser jeden Abend eine Suppe kochen. Den Rest benutzen wir dann am nächsten Tag als Brotaufstrich. Auch Blaubeeren u.(nd) Walderdbeeren haben wir gefunden. Aber davon gibt es bei Euch gewiss viel mehr. Die große Fotografie, die Du uns Weihnachten schicktest, bekamen wir leider nicht. Hier würde sie uns gewiss erreichen, wenn Du noch eine schicken würdest. Deinen lieben Pflegeeltern sage unseren innigsten Dank für all ihre Güte. Grüße sie herzlichst und sei umarmt von Deiner Mutter. Vielen Dank und herzliche Grüße von Deinem Vater.“ (Privatarchiv Thekla Kahn, geb. Schiff)

November 1943

Poniatowa, im November 1943

Albert und Johanna Schiff wurden am 4. November 1943 im SS-Zwangsarbeiterlager Poniatowa beim Massaker anlässlich der „Aktion Erntefest“ im Distrikt Lublin erschossen. Es ist anzunehmen, dass Rudolf und Edith Feder denselben Tod haben erleiden müssen.

Literatur:

Primärliteratur:

Briefmaterial aus Privatarchiv Thekla Kahn, geb. Schiff

Briefmaterial aus Kommunalarchiv Herford KAH, Stadtarchiv, Hist. Slg. Q 63

Sekundärliteratur:

Helge Grabitz, Wolfgang Scheffler, Letzte Spuren. Ghetto Warschau, SS-Arbeitslager Trawniki, Aktion Erntefest, 2. Auflage, Berlin 1993

Günther Schwarberg, Das Ghetto, 3. Auflage, Göttingen 1993

Frederick Weinstein, Aufzeichnungen aus dem Versteck. Erlebnisse eines polnischen Juden 1939 – 1946, Berlin 2006; Anmerkungen im Anhang bezüglich Warschauer Ghetto

„Zigeuner“ Sinti und Roma

von Gisela Küster

*Eine Generation wurde fast ausgelöscht – somit auch beinahe die Zeugen, die der durchdachten und organisierten Maschinerie der Vernichtungslager entkommen konnten. Sie können heute durch ihre individuellen Zeitzeugenberichte dazu beitragen, dass der Völkermord an den Sinti und Roma für die Geschichte der Sinti und Roma in Deutschland und in ganz Europa in einem angemessenen und historisch würdigen Kontext erinnert wird und das Unrecht gegenüber den Toten und den Lebenden im kollektiven Gedächtnis aufbewahrt wird.*¹ Diesen Aufruf verfasste der Vorsitzende des Zentralrats der Sinti und Roma in der Einleitung zu einer repräsentativen Sammlung von Lebenserinnerungen.

Einleitung

Darf es eine Überschrift über einen Teil der Ausstellung *Herford im Zweiten Weltkrieg 1939–1945* mit dem Titel *Zigeuner und sozial Schwache* geben?

In den Quellen seit der Frühen Neuzeit findet der Begriff *Zigeuner* Verwendung. Gemeint sind damit zumeist *Roma*², die als Angehörige einer migrierenden Bevölkerung sich gegenüber der Mehrheitsbevölkerung und anderen migrierenden Gruppen als eigenständige Minderheit abgrenzen. *Die Namen heute lebender Familiengruppen der westdeutschen Sinti sind in vielen Fällen die überlieferten Namen der frühneuzeitlichen Akteure*³. Dieses dürfte auch für die Familien in Herford gelten. Ob allerdings die mitteleuropäischen Roma sich selbst als Sinti bezeichneten, ist nicht bekannt. Im Falle des in Herford aufgewachsenen Alfred Lessing (Pseudonym)⁴ findet sich in seinem Buch die Selbstbezeichnung *Sinti* oder *Sinto*.

Der Begriff *Zigeuner* gilt als negativ behafteter Fremdbegriff: *Wir nennen sie ‚Zigeuner‘, sie selbst nennen sich ‚Rom‘, d.h. Mann.*⁵ Die Präsenz des negativ konnotierten Begriffs *Zigeuner* zeigt sich vor allem im 20. Jahrhundert und somit auch in den hier verwendeten Quellen zur Ausstellung. Es geht dabei immer um eine negative Etikettierung durch die staatliche Ordnungsmacht.

Um zu verstehen, wie sich eine Entwicklung von der Akzeptanz eines fahrenden Volkes zur Diskriminierung bis hin zum Rassenhass und zum Genozid gegen Umherziehende und sozial Schwache vollzogen hat, muss m. E. nach ein kurzer Überblick über die Geschichte der *Erschaffung des Zigeunerwesens*, wie Bogdal⁶ sinngemäß sein Werk bezeichnet, gegeben werden. Nur so kann deutlich werden,

¹ Zentralrat der Sinti und Roma in der Einleitung zu einer repräsentativen Sammlung von Lebenserinnerungen, zit. nach: Bogdal, K.M., *Europa erfindet die Zigeuner. Eine Geschichte von Faszination und Verachtung*, Bonn 2011, S. 447

² Der Begriff *Roma* wurde 1971 vom ersten Weltkongress der internationalen Bürgerrechtsbewegung als alle Teilgruppen (Kalderasch, Sinti, Lovara, Lalleri, Calé usw.) übergreifende Gesamtbezeichnung vorgeschlagen und auf EU-Ebene ausschließlich verwendet. Vgl. dazu: Opfermann, U.F., *Roma im Rheinland und in Westfalen*, S. 25, Fn.1

³ Ders. ebenda, S. 25

⁴ Lessing, Alfred, *Mein Leben im Versteck. Wie ein deutscher Sinti den Holocaust überlebte*, Düsseldorf 1993

⁵ Zitiert nach: Opfermann, U.F., a.a.O., S. 26

⁶ Bogdal, K.-M., *Europa erfindet die Zigeuner. Eine Geschichte von Faszination und Verachtung*, Bonn, 2011

dass Minderheiten, die jahrhundertlang z. T. mit Akzeptanz vor allem der bäuerlichen Bevölkerung der Mehrheitsgesellschaften und Teilen der Oberschicht in Deutschland lebten, kontinuierlich die Möglichkeiten ihres Lebenserwerbs entzogen bekamen und zwar durch staatlich initiierte Maßnahmen. Dass dieses auch gegen die demokratisch festgelegten Prinzipien der Weimarer Verfassung erfolgte, sollte besonders zu denken geben.

Die Aufarbeitung des Genozid der Sinti und Roma in der Zeit des Nationalsozialismus ist keineswegs hinreichend erforscht. Dieses gilt für die europäische und nationale Ebene und auch für die Region in und um Herford. Viele Augenzeugenberichte von Sinti und Roma sind bis heute nicht erzählt oder wegen der Gefahr des Verstoßes gegen Ehr- und Schamvorstellungen bzw. wegen der Angst vor weiteren Diskriminierungen nicht veröffentlicht worden.⁷

Mit diesem Beitrag und der Ausstellung *Herford im Weltkrieg 1939–1945* soll ein kleines Licht auf die Verfolgung von Sinti und Roma geworfen werden. Einige Quellen belegen den menschenunwürdigen Umgang mit Sintifamilien in Herford, der zeitlich deutlich über das Ende des Zweiten Weltkrieges hinausreichte.

Auf die Ausstellung konkret bezogen sind die Kapitel A3 und 4 sowie der gesamte Teil B1, 2 und 3. Auf die Zeit nach 1945 und damit über das Thema hinausgehend sind die Teile C1 und 2.

Eine Überschreitung des kurzen Zeitraums von 1938 bis 1945 schien aus folgenden Gründen sinnvoll.

1. Die Geschichte der Sinti und Roma ist nur wenig bekannt, es ist daher interessant zu sehen, wie diese Gruppe häufig als Gegenpart zu den gesellschaftlich gewünschten Eigenschaften von Menschen benutzt wurde. Dass dieses vermehrt in Zeiten von gesellschaftlichen Umbrüchen erfolgte, sollte zu denken geben und könnte auch Rückschlüsse auf aktuelle Situationen und den Umgang mit Flüchtlingen zulassen.
2. Dass der Begriff *Zigeuner* weitgehend als staatlich genutzter Begriff gegen ein Volk mit anderen Traditionen und Wertmaßstäben verwandt wurde, macht deutlich, dass dieser Begriff –negativ wie er uns heute erscheint– auch so und darüber hinaus zur Disziplinierung der Sinti und Roma gedacht war.
3. Die Disziplinierung der Sinti und Roma begann quasi schon mit der Machtergreifung. Eine Begrenzung auf die Kriegszeit würde wichtige Entwicklungen in Richtung auf den Genozid aussparen.
4. Auch nach Deportationen, Zwangssterilisierungen und Genozid von Sinti und Roma sind Vorurteile nach 1945 noch sehr verbreitet. Dies ist erkennbar an den höchst problematischen Begründungen in den Entschädigungsakten, aber auch in den modernen antiziganistischen Einstellungen, die nicht nur in Medien zu finden, sondern in weiten Teilen der Gesellschaft zu vermuten sind.
5. Es muss uns auch zu denken geben, dass es immer noch Hemmnisse von den Betroffenen gibt, ihre schlimmen Erlebnisse in der NS-Zeit öffentlich zu machen.

⁷ Bogdal, K.M., a.a.O., S. 443



„Zigeuner unerwünscht“- Schild im Kreis Herford (Kommunalarchiv)

A Sinti und Roma – eine Geschichte zwischen Akzeptanz und Verfolgung

1. Europa erfindet die Zigeuner⁸ in der Frühen Neuzeit - von der Duldung bis zum Betretungsverbot

Woher kamen aber nun die *Menschen*, von denen in diesem Beitrag die Rede sein soll?

Nach dem Wissensstand des 18. Jahrhunderts ging man von der indischen Herkunft der *Zigeuner* aus, die vor ca. 600 Jahren nach Europa einwanderten. Man vermutete eine enge Verwandtschaft der von ihnen gesprochenen Sprache Romanes mit dem Sanskrit.⁹ Die Migration erfolgte in einzelnen, unterschiedlich großen Familiengruppen, die untereinander im Kontakt standen. Ursachen dieser Wanderungsbewegungen lagen in wirtschaftlichen, kriegerischen Ereignissen und Vertreibungen durch andere Völker. In Deutschland wurden *Zigeuner* erstmals 1407 in Hildesheim belegt. Die Herkunft des Namens *Zigeuner* ist umstritten. Vermutlich stammt der Name *Tsigan* (Zigeuner) von der Bezeichnung einer kleinasiatischen Sekte namens *Athigganoi* (Die Unberührbaren). Alfred Lessing, der als Sinto in Herford aufwuchs, schreibt dazu: *„Die strengen rituellen Reinheitsgebote der Sekte ähnelten Gebräuchen unserer Vorfahren, so dass die Byzantiner den Namen übertrugen. Meist unbehelligt zogen die Zigeuner damals durch die Lande und wurden als Exoten bestaunt. Hautfarbe und Gebräuche waren den Einheimischen fremd. Trotzdem wurden die fremden Wandergesellen zunächst gastfreundlich unterstützt. Ihre Musik und ihre Geschäfte wurden gern gesehen. Sie boten ihre Dienste an als Scherenschleifer und Kesselflicker, als*

⁸ In Anlehnung an den Titel von Bogdal, K.-M., *Europa erfindet die Zigeuner*, a.a.O.

⁹ Grellmann, H.M.G., *Die Zigeuner. Ein historischer Versuch über die Lebensart und Verfassung, Sitten und Schicksale dieses Volkes in Europa nebst ihrem Ursprunge*, 1. Aufl., Dessau, Leipzig 1783, zitiert nach: Iulia-Karin Patrut, Exklusion von «Zigeunern» – Erscheinungsformen, Kontinuitäten und Brüche, in: Bernhard C. Schär, Béatrice Ziegler (Hg.), S. 31

*Korbmacher und Wahrsager.*¹⁰ Die „Roma“ (übersetzt: Menschen) bilden einerseits eine eigene Völkergruppe, sind aber auch der Oberbegriff für die anderen Gruppen, wie die Sinti in Deutschland, die Manouche in Frankreich, Gypsies im englischen Sprachraum und die Gitanos in Spanien. Diese nationalen Gruppen haben gemeinsame kulturelle und sprachliche Wurzeln, die sich jedoch durch regionale Dialekte auf Grund der verschiedenen Auswanderungen unterscheiden. Heute leben etwa 12 Millionen Roma auf der Welt, davon in (Ost-) Europa ca. neun Millionen und in Deutschland etwa 70.000. Entgegen allen Vorurteilen sind Sinti und Roma allerdings in Deutschland und in anderen Ländern seit Generationen ebenso sesshaft wie die Mehrheitsbevölkerung.

Über Inklusion in die oder Exklusion von *Zigeunern* aus der Mehrheitsgesellschaft wurde schon in der Frühen Neuzeit entschieden. Der Chronist Andreas von Regensburg begegnete selbst *Zigeunern*, denen mit einem Schutzbrief aus der Zipser Residenz (Siebenbürgen, heutiges Rumänien) des Kaisers des Heiligen Römischen Reiches Sigismund aus dem Jahr 1423 *Einlass in Städte und Befestigungen auf dem gesamten Gebiet des Römischen Reiches* zu gewähren sei, wobei die jeweiligen Herrscher zu helfen hätten.¹¹ Die von Andreas befragten *Zigeuner* sagten, sie seien auf einer *Bußfahrt als Zeichen und im Gedenken an die Flucht Mariä und Jesu nach Ägypten.*¹² Eine Verbreitung der Auffassung von der *Heiligkeit* der *Zigeuner* konnte in der Folgezeit zunächst beobachtet werden.

Als Christen wurden *Zigeuner* dennoch nicht angesehen. *Zyginer/so man nennet die Heiden / in Helvetien*¹³. Opfermann zeigt für den Bereich Rheinland und Westfalen auf, das als Synonym für Roma der Begriff *Heiden* vielfach Verwendung fand.¹⁴ Chronisten berichteten, dass den ersten *guten Zigeunern*, die trotz ärmlicher Kleidung auch *viel Silber/Gold und Edelmetalle*¹⁵ bei sich trugen, *Heimatlose, Dahergelaufene, Diebe und Betrüger* folgten. In der Folgezeit wurden *Zigeuner* der großen Gruppe umherziehender verarmter Menschen zugeordnet, zu denen auch entlassene Soldaten zählten, die wenig geachtet waren und als *Fremde* stigmatisiert wurden.

Administrative Anordnungen zur Ausweisung der *Zigeuner* folgten ab dem 17. Jahrhundert. Bereits ausgestellte Pässe wurden eingezogen, wenn der Verdacht bestand, dass es sich um *Zigeuner* handelte. Eine genaue Definition von *Zigeunern* gab es allerdings nicht. Die Beschreibungen waren aber so weit gefasst, dass eine große Gruppe von Menschen als *Zigeuner* stigmatisiert wurde.

Dabei gab es nachweislich kooperative Beziehungen zur Mehrheitsbevölkerung und zur Landesherrschaft. Opfermann weist nach, dass viele Roma eine wesentliche Einkommensquelle im Militärdienst fanden und *gesuchte*

¹⁰ Lessing, Alfred, *Mein Leben im Versteck. Wie ein deutscher Sinti den Holocaust überlebte*, Düsseldorf 1993, S. 20

¹¹ Vgl. Hohmann, J. S., *Verfolgte ohne Heimat. Geschichte der Zigeuner in Deutschland*, Frankfurt/a.M. 1990, S. 30

¹² Patrut, I.-K., a.a.O.

¹³ Johannes Stumpf, zitiert nach: Patrut, I.-K., a.a.O., S. 27

¹⁴ Opfermann, a.a.O., S. 25

¹⁵ Johansen Guler von Weineck, *RAETIA: Das ist Ausführliche und wahrhafte Beschreibung Der dreyen Loblichen Grawen Bündten und anderer Retischen Völcker*, Zürich 1616, Zitiert nach: Patrut, i.-K., a.a.O., S. 27

Kompetenzträger in Rängen bis zum Offizier¹⁶ waren. In einer Aufstellung über die Erwerbsweisen mitteleuropäischer Roma nach archivarischen Belegen vom 16. bis 18. Jahrhundert wird nachgewiesen, dass die Erwerbsquelle von Roma im militärischen und Polizeibereich im oberen Bereich rangierte vor der Tätigkeit im Handel, der Lohnarbeit und im Handwerk.¹⁷ Auch Taufpatenschaften u. a. von adeligen Familien sind in vielen Fällen nachgewiesen worden. Opfermann schreibt dazu: "Das Bemühen um Paten als schützende Referenzbeziehungen in die Mehrheitsgesellschaft hinein war ein allein dieser ‚fahrenden‘ Gruppe eigenes Verhalten. Seine generationenlange Regelmäßigkeit belegt seinen Erfolg, der Akzeptanz in der Mehrheitsbevölkerung voraussetzte".¹⁸ Die Beziehungen zwischen Mehrheitsgesellschaft und wanderndem Volk müssen daher als komplex und ambivalent angesehen werden.

Im Zuge der Nationalstaatenbildung erfolgte eine Abgrenzung durch die Zugehörigkeit zur Nation, z.B. als Deutscher, den Gegenpol bildeten die Nichtdeutschen und also Fremden. Johann Gottfried Herder schrieb in seinem Buch: *Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit*: „Ich (...) sehe aber dagegen ein zahlreiches, fremdes, heidnisches, unterirdisches Volk fast in allen Ländern Europa's, die Zigeuner. Wie kommt es hierher? Wie kommen die sieben bis achtmal hunderttausend Köpfe hierher (...) Eine verworfne Indische Kaste, die von allem, was sich göttlich, anständig und bürgerlich nennet, ihrer Geburt nach entfernt ist und dieser erniedrigenden Bestimmung noch nach Jahrhunderten treu bleibt, wozu taugte sie in Europa, als zur militärischen Zucht, die doch alles aufs schnellste discipliniret"?¹⁹ Grellmann formulierte seine Zweifel an der Integrationsfähigkeit der Zigeuner in die Mehrheitsgesellschaft: "(...) so ist (...) wohl soviel klar, dass der Zigeuner, in sofern auch er ein Abkömmling des Orients ist, vermöge einer, diesem orientalischen Ursprungs eigenen Beharrlichkeit, sich nicht leicht ändere, oder ganz aufhöre zu seyn, was er einmahl ist".²⁰ In der Folgezeit wurde das Bild von der unabänderlichen Fremdheit der Zigeuner kultiviert. Es fand sich in polizeilichen Schriften, z.B.: „Das deutsche Gaunertum“, in denen die Neigung der Zigeuner zu nicht gesellschaftskonformem Verhalten und deren Nähe zur Delinquenz zementiert wurde. Dies führte in der Folgezeit zu administrativen Aktivitäten, die in einer verdachtsunabhängigen Erfassung -auch mit Fingerabdrücken und Fotografien- durch die Polizei gipfelten.²¹

Als Zwischenfazit kann an dieser Stelle Folgendes zusammengefasst werden:

1. Bei den Zigeuner genannten Personen handelt es sich vermutlich um Einwanderer aus Indien, die seit ca. 1400 nach Europa gelangten. Die mit Privilegien und Reichtümern ausgestatteten Einwanderer wurden zunächst positiv aufgenommen und fanden in der bäuerlichen Mehrheitsgesellschaft sowie in adeligen Familien über lange Zeit Akzeptanz und Schutz.

¹⁶ Opfermann, a.a.O., S. 31

¹⁷ Opfermann, U.F., *Seyn kein Ziegeuner, sondern kayserlicher Cornet*. Sinti im 17. und 18. Jahrhundert. Eine Untersuchung anhand archivalischer Quellen, Berlin 2007, S. 286, 396-405, zit. nach: Opfermann a.a.O., S. 33

¹⁸ Opfermann, ebenda

¹⁹ Johann Gottfried Herder, *Sämtliche Werke*, 33 Bände, hrsg. von Bernhard Ludwig Suphan, Berlin 1877 – 1913, Bd. 14, S. 280 – 285, zitiert nach Patrut, I.-K., a.a.O., S. 32

²⁰ Grellmann, s. Anm. 8, zitiert nach Patrut, I.-K., a.a.O., S. 33

²¹ Vgl. Patrut, I.-K., ebenda

2. Eine Veränderung des Rufs folgte schon im 15. Jahrhundert durch Absprache ihrer Religiosität → als Gegenbild zum *guten Christen*.
3. Als weiterer Diskriminierungsaspekt trat die nicht der sesshaften Mehrheitsgesellschaft entsprechende ökonomische Betrachtung des Lebenserwerbs hinzu → das fahrende Volk als Gegenbild zum guten und fleißigen Bürger.
4. Seit dem 19. Jahrhundert erfolgte im Zuge der Nationalstaatenbildung eine weitere Ausgrenzung der *Fremden* und damit aus der Wir-Gruppe der Mehrheitsgesellschaft → *Zigeuner* als Fremde und als Gegenbild zum deutschen Volk.

Dabei konnte die abwertende Beschreibung der *Zigeuner* nicht durchgängig registriert werden. Als Gegensatz zu den beschriebenen Stigmatisierungen und Degradierungen wurden romantische Beschreibungen der *Zigeuner* zu einem eigenen Genre im Bereich der Musik, Literatur und Kunst. Dieses beschrieb Bogdal ausführlich und in vielen Facetten.²² *Was man sich als ihre besondere Lebensweise ausmalte, ihre Ursprünglichkeit und Natürlichkeit, ihre Unabhängigkeit und Freiheit, wurde so zu einem facettenreichen Gegenentwurf zur bürgerlichen Industriegesellschaft stilisiert.*²³

2. Assimilation und Registration im Kaiserreich und in der Weimarer Republik

*Oberste Maxime der Zigeunerpolitik im Deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik war die „Bekämpfung der Zigeunerplage“ und die feste Ansiedlung dieser mobilen Bevölkerungsgruppe. Da Letzteres von den lokalen Behörden hintertrieben wurde, bestand die Praxis von 1871 bis in die späten 1930er Jahre vor allem darin, dass Zigeuner registriert, schikaniert und vertrieben wurden.*²⁴ 1899 wurde in München eine Zigeunerzentrale geschaffen, die gut ein Jahrzehnt später für das gesamte Reich zuständig war. Von dieser Behörde wurden 613 ausführliche Beschreibungen gefertigt, um die als Zigeuner oder Landfahrer gemeinten Personen zu erfassen. Außerdem wurden zahlreiche Namen mit umfangreichen Detailbeschreibungen in einem Buch niedergeschrieben. 1887 verfügte man in Preußen und 1903 im Königreich Württemberg, *dass Zigeuner unter strenge Polizeiaufsicht gestellt werden sollten und diesen (...) die schulpflichtigen Kinder zwecks Einschulung weggenommen werden konnten.*²⁵ 1905 wurde in Bayern das *Herumziehen in Horden* verboten und 1906 in Preußen mit der *Anweisung zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens* eine nahezu totale Überwachung durch Registrierung und Feststellung der Identität samt Fingerabdrücken eingeführt. Damit war quasi automatisch die Kriminalisierung des gesamten fahrenden Volks erfolgt und ein unabhängiger Lebenserwerb kaum mehr möglich.

Trotz der Proklamation der Menschenrechte und Demokratie in der Weimarer Verfassung verfügten Einzelstaaten Gesetze zur *Bekämpfung von Zigeunern*,

²² Vgl. Bogdal, K.-M., a.a.O., Kapitel II, S. 177 -303

²³ Vgl. Bogdal, K.-M., a.a.O., S. 14 und ab S. 177

²⁴ Vgl. auch zum Folgenden: Meier, Th., Assimilation, Ausgrenzung, Anerkennung. Schweizerische Zigeunerpolitik im europäischen Kontext, in: Bernhard C. Schär, Béatrice Ziegler (Hg.), Antiziganismus in der Schweiz und in Europa, Zürich 2014, S. 64

²⁵ Ders., S. 65

Landfahrern und Arbeitsscheuen. Darin enthalten waren das Verbot der Mitnahme schulpflichtiger Kinder, die Beschränkung auf polizeilich angewiesene Rastplätze mit beschränktem Aufenthalt, die Notwendigkeit einer polizeilichen Reisegenehmigung etc.²⁶ In einem amtlichen Kommentar wird untergliedert in: *Zigeuner, nach Zigeunerart umherziehende Personen – Landfahrer.* Und zur Erklärung wird hinzugefügt: *Zigeuner seien von Natur aus gegen jede Arbeit.*²⁷ In Preußen wurden in Razzien zwischen dem 23. und 26. November 1927 Tausende von Roma erkenntnisdienlich erfasst. *1925 wandte sich der Bürgermeister der südsauerländischen Ortschaft Drolshagen mit einer Art Memorandum an seinen Landrat in Olpe. ‚Zigeuner‘ zu schonen, bedeute Arbeitsscheue und Verbrecher bis hin zu psychopathischen Mördern, aber auch Menschen ‚in maßloser Erbitterung gegen die bestehende Gesellschaftsordnung‘ zu ‚ernähren‘ und 1928 forderte derselbe Bürgermeister die Unerwünschten ‚in Sammeltransporten‘ in Ödlandgebiete zu schicken und sie dort in ‚Baracken‘ unterzubringen. Dann ‚zwingt‘ man ‚sie unter steter Bewachung zur Arbeit, wie man es im Kriege mit den Gefangenen macht.*²⁸

3. Verfolgung und Genozid im Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme erhielt die bislang in München befindliche Zigeunerzentrale weitere Bedeutung. Die Zahl der Personalakten verzehnfachte sich seit 1905 mit 33.524 Akten im Jahr 1938. Es wurden mehr Menschen verhaftet und es wurden schon einige bewachte sog. Zigeunerlager eingerichtet. *Ab 1936 dienten bekanntlich auch die Lager in Dachau und Buchenwald der Internierung von Zigeunern.*²⁹ Die Personalakten wanderten von München nach Berlin und boten der dort entstandenen *Rassehygienischen Forschungsstelle* einen Fundus für die Etablierung der sog. *Zigeunerrasse* als Voraussetzung für die Propagierung und Durchführung des Genozids. Das bislang von den staatlichen Stellen forcierte Ziel, *Zigeuner* sesshaft zu machen, wurde verworfen.

Robert Ritter war der Leiter der *Rassehygienischen Forschungsstelle*, der auf angeblich wissenschaftlicher Basis die *Rasse der Zigeuner* manifestierte, indem er postulierte: „*Zigeuner‘ würden durch ‚urtümlich ererbte Instinkte‘ gesteuert und von ihren Trieben beherrscht‘. Sie seien ‚unfähig, Gedankenarbeit zu leisten‘, ihnen seien ‚Unstetigkeit‘ und ‚Affenliebe‘ eigen ebenso wie ein ‚Mangel an Arbeitssinn‘.*³⁰

Mit seinem so konstruierten Rassismus machte Dr. phil. Dr. med. habil. Robert Ritter Karriere. Er publizierte umfangreich und blieb auch nach 1945 in seinem Beruf tätig. Ab 1947 wurde Ritter Leiter der Fürsorgestelle für Gemüts- und

²⁶ In Bayern in Kraft tretendes Gesetz am 16.7.1926, vgl.: Opfermann, U. F., Preußen –Kaiserreich –Weimar. Umbrüche und Kontinuitäten in: Fings K., Opfermann U.F., Zigeunerverfolgung im Rheinland und in Westfalen 1933–1945. Geschichte, Aufarbeitung und Erinnerung, Paderborn 2012, S. 49

²⁷ Zitiert nach Opfermann, ebenda

²⁸ Zitiert nach Opfermann, ebenda S. 52

²⁹ Fings, K., Der Weg in den Völkermord. Rekonstruktion und Struktur, in: Fings, K., Opfermann F. (Hrsg.) a.a.O., S. 66

³⁰ Zit. nach: Zimmermann, M., Feindschaft gegen Fremde und moderner Rassismus: Robert Ritters ‚Rassehygienische Forschungsstelle‘, in: Bade, K.J.: *Europa in Bewegung: Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Reihe: Europa Bauen, hg. v. Jacques Le Goff, dt. Ausg.: Beck, München 2000, S. 332

Nervenranke sowie der Jugendpsychiatrie in Frankfurt. Die bei der Entnazifizierung als *nicht betroffen* eingestufte Eva Justin, seine Helferin, ließ er als Kriminalpsychologin nachkommen. Sie beriet Eltern von schwer erziehbaren Kindern.

Für die Erfassung und Verfolgung der *Zigeuner* auf der Basis des Himmler-Erlasses von 1938, wonach zu unterteilen sei in *reinrassige Zigeuner*, *Zigeunermischlinge* und *nach Zigeunerart umherziehende Personen*, lieferte Ritter definitorisches Material.³¹ Ritter bestritt die Möglichkeit, *durch Erziehung Einfluss auf die von ihm beobachteten Kinder zu nehmen, und führte deren vorgebliche ‚Zucht- und Sittenlosigkeit‘ auf die ‚Schicksalsmacht der Vererbung‘ zurück.*³² Er folgte damit einem gewissen allgemeinen Verständnis von der *Macht des Biologischen*, die auch in der Debatte der Sozialpädagogik jener Zeit präsent war. Man postulierte eine sog. *Unerziehbarkeit von Fürsorgezöglingen* und führte diese auf das jeweilige Erbgut zurück. Zurückgehende finanzielle Mittel im sozialpädagogischen Bereich während der Weltwirtschaftskrise hatten diese Sichtweise gefördert.

Ritter befasste sich mit Forschungen über *Strolchengeschlechter* und *Zigeunermischlingen* und erhielt 1936 ein Angebot des Reichsgesundheitsamtes, seine Forschungen dort fortzuführen. Er erklärte *die Zigeuner* zu *typischen Primitiven*, die *geschichtslos* und *kulturarm* seien. Mit dieser Position war Ritter zu dieser Zeit nicht allein. Singulär war aber seine Position im Urteil über *Zigeuner* von *nicht mehr entwicklungsfähigen Zwergen* und von *Affen*. Seine Schlussfolgerung aus dieser *Analyse* war dann auch eine Vorwegnahme von KZ und Genozid. Er schrieb: *Von Bedeutung waren in dieser Hinsicht (i.e. für das Fortbestehen des ‚Menschenschlages‘ von Gaunern) nur zwei Maßnahmen –ohne das man natürlich sich dessen bewußt war-, und zwar waren dies die Todesstrafe und die lebenslängliche Einweisung in ein Zuchthaus, denn beide führten auf dem Weg über den Fortpflanzungsausfall zu einer Beschränkung des Gaunerschlages.*³³

Konform mit anderen Forschern richtete Ritter sich nicht gegen die *stammechten Zigeuner*. Er wandte sich mit seinen Maßnahmen gegen die *Zigeunermischlinge*, die er *form- und charakterloses Lumpenproletariat* und *nichtsnutziges asoziales Gesindel* nannte. Zu den *Zigeunermischlingen* zählte er über 90% der *als Zigeuner geltenden Personen*. Er bezog sich bei dieser Beurteilung auf ältere Autoren, die ausgeführt hatten, *nur die allerniedrigsten Schichten* seien zu einer *Symbiose mit Zigeunern* bereit.³⁴

Zigeunermischlinge wurden somit sowohl zu *Fremdrassigen* und zu unterschichtigen *Asozialen* abgestempelt. Sie wurden damit in doppelter Weise angreifbar und gleichzeitig in gewisser Weise ein Gegenpol zu dem im Antisemitismus vorherrschenden Bild vom reichen einflussreichen Juden.

³¹ S. hierzu und zum Folgenden: Zimmermann, M. a.a.O, S.334 ff.

³² Ebenda, S. 335

³³ Ebenda, S. 337

³⁴ Ebenda, S. 337

Folge dieser Postulierung der Sinti und Roma als minderwertige Rasse war ein grundlegender Wandel in der staatlichen *Zigeunerpolitik*. Wurden bis dahin *Zigeuner* und andere Landfahrer gleichermaßen von polizeilichen Sanktionsmaßnahmen betroffen, wurde nun nach rassistischen Kriterien differenziert:

- Stammechte *Zigeuner* sollten sich nicht mit nicht zigeunerischen Deutschen vermischen,
- *Zigeunermischlinge* sollten daran gehindert werden, sich fortzupflanzen.

Ritter schlug eine *vorbeugende Unterbringung in Arbeitslagern oder überwachten geschlossenen Siedlungen, Geschlechtertrennung* und als *einschneidende Maßnahme* ihre *Unfruchtbarmachung* vor,³⁵ um so diese Rasse zum Aussterben zu bringen.

Bereits 1937 nahm die *Rassehygienische Forschungsstelle* Untersuchungen an Sinti und Roma vor. Geschultes Personal reiste durch das Land, um die *Zigeuner in den Zigeunersammelpätzen sowie in den Wohnwagen, in Anstalten, Gefängnissen und Lagern ‚aufzusuchen‘ und zu ‚verhören. Sinti und Roma, die sich misstrauisch zeigten, wurden geschlagen oder mit KZ-Haft bedroht.*³⁶ Genealogisches Material aus Pfarr- und Bürgermeisterämtern, Privat- und Staatsarchiven, Polizeiakten aus dem *Zigeunersippenarchiv* wurde mit den Ergebnissen der Verhöre kombiniert und führte zu höchst fragwürdigen Erbtafeln, die z.T. mehr als 800 Personennamen umfassten. Auf der Basis dieser Erbtafeln wurden entsprechende rassehygienische Gutachten erstellt. Damit erfolgte dann die Einordnung der Betroffenen als *Zigeuner, Zigeunermischling mit vorwiegend zigeunerischem oder vorwiegend deutschem Blutsanteil*. Das *Rassenhygienische Institut* beeinflusste ebenfalls die Diskussionen im politischen Raum und gab Empfehlungen an die Gesundheitsämter zu Zwangssterilisationen und Schwangerschaftsunterbrechungen bei Sinti und Roma.

Am 16. Dezember 1942 befahl Heinrich Himmler die Internierung aller *Zigeuner* in allen Deutschland unterstellten Gebieten. Die Ausführungsbestimmungen vom 29. Januar 1943 brachten einen Radikalisierungsschub, der mit der Zuspitzung der Kriegslage zusammenfiel. Danach sollten *Zigeunermischlinge, Rom-Zigeuner, nicht deutschblütige Angehörige zigeunerischer Sippen balkanischer Herkunft nach bestimmten Richtlinien* ausgewählt und *in einer Aktion von wenigen Wochen Dauer in ein Konzentrationslager* eingewiesen werden³⁷. Es wurden etwa 22.600 *Zigeuner* aus Deutschland, Böhmen, Mähren, Österreich, Belgien, den Niederlanden und Nordfrankreich nach Auschwitz-Birkenau verschleppt³⁸. *Die internierten Sinti und Roma kamen dort auf unterschiedliche Weise um; die letzten wurden im Sommer 1944 in den Gaskammern ermordet, um Platz für die dorthin deportierten Juden zu schaffen.*³⁹ Zwischen 1938 und 1945 kamen rund

³⁵ Ebenda, S. 339

³⁶ Ebenda, S. 339

³⁷ a.a.O., S. 341

³⁸ Patrick Wagner, Kriminalprävention qua Massenmord. Die gesellschaftsbiologische Konzeption der NS-Kriminalpolizei und ihre Bedeutung für die Zigeunerverfolgung, S. 329, 415, zitiert nach: Thomas Meier: Assimilation, Ausgrenzung, Anerkennung: Schweizerische Zigeunerpolitik im europäischen Kontext in: Bernhard C. Schär, Béatrice Ziegler (Hg.), a.a.O., S. 66 ff.

³⁹ Zitiert nach: Meier, T., a.a.O., S. 66

15.000 als Zigeuner oder Zigeunermischlinge bezeichnete Deutsche zu Tode.⁴⁰ Von den in Österreich geschätzten 11.000 Zigeunern kamen 86% um, von den ca. 6.500 tschechischen Zigeunern kehrten weniger als 600 zurück, aus Ungarn wurden 1944 ca. 30.000 Roma deportiert, von denen ca. 4.000 überlebten. Ermordet wurden rund 25.000 Roma durch die Ustascha in Kroatien und von den deportierten rumänischen Roma kamen mindestens 11.000 um. Schätzungen gehen von einer ermordeten Anzahl an Roma von weniger als 220.000 und bis zu 500.000 aus⁴¹.

4. **Erinnern – eine schwierige Problematik nach 1945**

Bogdal zeigte mit seinem Kapitel *'Mit eigener Stimme. Erinnerungsliteratur der Sinti und Roma'*⁴² die Schwierigkeiten auf, die sich bei der Wiedergabe von Erinnerungen von Deportationen und Misshandlungen der Sinti und Roma unter dem NS-Regime ergaben. Einerseits war und ist es ohnehin schwierig über miterlebten Genozid zu sprechen, andererseits achtete der Zentralrat der Sinti und Roma darauf, dass durch Erzählungen die geltenden Ehr- und Schamvorstellungen der Roma nicht verletzt würden. *Ausgespart und ungesagt bleibt auch manche persönliche Beschädigung, die hautnah erlebt und erlitten wurde.*⁴³ Bogdal stellt analog zur jüdischen Holocaustliteratur mehrere Phasen des Erinnerns fest:

- Früheste Dokumente stammen von nicht der Gruppe der Roma angehörenden Personen, die aber mit Sinti und Roma zusammen die Verfolgung erlebt haben.
- Vier Jahrzehnte später werden Erinnerungen von Interessenverbänden der Sinti und Roma gesammelt und dokumentiert.
- In den späten 1990er Jahren veröffentlichte Autobiographien entstehen aus dem Gefühl heraus, zu den letzten zu gehören, die die Erlebnisse erzählen können.

Aus Interviews mit Verfolgten zitierte Bogdal⁴⁴:

„(D)as kann ich nicht vergessen, in meinem ganzen Leben kann ich das nicht mehr vergessen. Nie in meinem Leben kann ich das vergessen“.

Eine andere der Interviewten erzählte über ihren Vater: *"Er war schon froh, wenn er einen Teil erzählen konnte. Er sagte mir immer wieder, ich soll unseren Kindern nichts davon sagen, er wolle keinen Hass.*

Aber die Angst haben wir einfach nicht weggekriegt. Überhaupt, wenn ich zu einer Behörde musste, man hat sich halt immer umgeschaut, ob niemand hinter einem steht. Dieses Gefühl bin ich nie losgeworden. Bis heute nicht.

Sie haben einen nach dem anderen abgeholt, einer nach dem anderen, einer nach dem anderen.

Nicht mehr verfolgt zu werden, nicht bei jedem Geräusch zu erschrecken, das dauerte eine Zeit“.

Eine Schautellerin erinnert sich: *"Jetzt war auch unsere Vergangenheit mit einem Schlage endgültig ausgelöscht: Alle Fotos, alle Bilder, alle Papiere, alle Briefe, alle Notizen, mein Tagebuch, alles vernichtet“.*

⁴⁰ Zitiert nach: Meier, T., a.a.O., S. 66

⁴¹ Zitiert nach: Meier, T., a.a.O. S. 66f.

⁴² Vgl. auch zum Folgenden: Bogdal, K.-M., a.a.O., S. 442 ff.

⁴³ Zitiert nach: Bogdal, K.-M., a.a.O., S. 445

⁴⁴ Zitiert nach: Bogdal, K.-M., a.a.O., S. 452 ff.

Über die Zeit nach 1945 wird berichtet: *"Aber das war ja wieder ein Ghetto für arme Leute, für Obdachlose. Also krass gesagt - ein Verbrecherviertel. Da waren Alkoholiker, Messerstecher, Schläger, alleinstehende Mütter mit ihren Kindern, Arbeitsscheue. Ein schlimmes Milieu. Aber gut genug für Zigeuner – dachten die bei der Stadt."*

Das folgende Zitat stammt aus einer der frühesten Autobiographien von Philomena Franz, *'Zwischen Liebe und Haß. Ein Zigeunerleben'* (1985): *„Wir denken anders. Wir fühlen anders. (...) Unsere Seelen fanden wir in der Musik wieder. (...) Mein Großvater starb 1937. Er wurde in Tübingen auf dem gleichen Friedhof wie Hölderlin und andere Dichter und Philosophen beigesetzt. (...) Über die Hölle von Ravensbrück, Oranienburg und Auschwitz schreibt sie: „Und die Aufseher sagten oft: ‚Nehmt euch doch ein Beispiel an den Zigeunern. Nehmt euch ein Beispiel an diesen!‘ Sie wussten, dass wir uns gegenseitig nie verraten würden. Das war das Schöne. Wir haben in diesen schweren Zeiten gelernt, wer wessen Freund war. Wir haben unser Blut gehört.“*

Lily Franz (geb. 1924) schreibt ihre Autobiographie: *'Polizeilich zwangsentführt. Das Leben der Sinteza Lily van Angeren-Franz'* (1997): *„Natürlich verstand ich die Angst der Sinti-Frauen, über die Experimente, die mit ihnen gemacht worden waren, zu sprechen. Eine Sinteza darf nun einmal nicht offen über diese Dinge reden. Unter normalen Umständen hatte ich auch kein Problem mit diesem Gesetz... Durfte das Zigeunergesetz uns auch verbieten über Dinge zu sprechen, die uns unter Zwang angetan worden waren? Juden durften unter lebensbedrohlichen Bedingungen bestimmte Gesetze außer acht lassen. Wir nicht? Mir wurde allmählich klar, dass ich dieses Zigeunergesetz gar nicht mehr so selbstverständlich fand...*

Irgendwann gelangt man an einen Punkt, an dem man den Dämonen, die sich als Herrenvolk zu bezeichnen trauten, zeigen möchte, dass ihre Macht nicht ausgereicht hat, um uns ganz auszumerzen. Das ist ihnen mit den Juden nicht gelungen und mit uns auch nicht.“

Die Problematik der Aufarbeitung der Erfahrungen aus dem NS-Terror war und ist auch insofern höchst schwierig, weil den Romvölkern auch nach dem Ende der NS-Herrschaft immer noch kriminelles und asoziales Verhalten vorgeworfen wurde bzw. wird.

So wurde die Hausiererin Roma Ceija Stojka zitiert, der man zurief: *„Du dreckige Zigeunerin, du lebst noch? Dich hat Hitler vergessen!“*⁴⁵

B Sinti und Roma in Herford – Verfolgung und Genozid in der Region

In der allgemeinen Abhandlung über das Volk der Roma wurde bereits deutlich, dass die Verfolgung von *Zigeuner* genannten Menschen deutlich vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zu datieren ist. Für Herford liegen entsprechende Quellen und Informationen vor.

⁴⁵ Zitiert nach: Bogdal, K.-M., a.a.O., S. 444



Alfred Lessing (Buch: Mein Leben im Versteck)

Die Autobiographie eines in Herford aufgewachsenen Sinti

Zunächst soll hier auf die Lebensgeschichte eines in Herford aufgewachsenen Sinti eingegangen werden, der allerdings schon in der Zeit des Krieges außerhalb von Herford im Reich unterwegs war. Unter dem Synonym *Alfred Lessing* beschrieb er in seiner Autobiographie, wie er den Holocaust überlebte. Der Buchtitel lautet: '*Mein Leben im Versteck*'⁴⁶.

Im Alter von vier Jahren kam Lessing mit seiner Mutter im November 1925 nach Herford und lebte dort bei Verwandten am Heller Weg und später in der Rosenstraße in einem ärmlichen Umfeld. Im Alter von acht Jahren wurde er an der Katholischen Volksschule angemeldet. Die Sinti-Sprache, die in seiner Familie gesprochen wurde, spielte dort keine Rolle. Der dunkle Teint und die langen schwarzen Haare führten schon damals dazu, dass *Lessing* sich oftmals als Fremder fühlte und auch die Lehrer waren nach seiner Einschätzung nicht immer gnädig mit ihm.

Von seinem Onkel wurden ihm schon in frühen Jahren Griffen auf der Gitarre beigebracht und es war auch sein Onkel, der ihm von den Umständen des Todes seines Vaters und damit den Grund für seinen Aufenthalt in Herford erzählte. Danach sei sein Vater mit ihm und seiner Mutter im Planwagen über Land gefahren, die Familie lebte vom Verkauf verschiedener Dinge und bot ihre Dienste an. Kurz nach der Geburt des Autors seien die Eltern im Spätsommer in Bayern unterwegs gewesen. Sie rasteten in der Nähe eines Fichtenwaldes, der sich nicht in der Nähe einer Ortschaft befand, machten ein Feuer und der Vater hatte zwei wilde Kaninchen als Nahrung gefangen. Wenige Zeit später raste ein Auto mit Waldarbeitern und dem Förster herbei. Sie überfielen das Lager, ermordeten den Vater, warfen den Säugling als Bündel auf den Boden und vergriffen sich an der Mutter. Der Grund, den der Förster seinem Vater vorgeworfen hatte, war Wildern von 2 Kaninchen gewesen.

An dieser Schilderung wird deutlich, dass die oben beschriebene Zielsetzung der Administration, dass nämlich *die Zigeunerplage zu bekämpfen sei*, hier in der Zivilbevölkerung ein aggressives Ventil fand und die fahrenden Sinti als quasi *Vogelfreie* überfallen werden konnten. Der Planwagen war verschwunden, als Mutter und Säugling an den Ort des Schreckens zurückkehrten. Sie lief die ganze

⁴⁶ Lessing, A., *Mein Leben im Versteck. Wie ein deutscher Sinti den Holocaust überlebte.*, Düsseldorf 1993

Nacht, bis sie am nächsten Morgen ein Dorf erreichte und dort von einem Mitbewohner erfuhr, dass man die Leiche ihres Mannes hier verscharrt hatte. Aus Bayern gelangten Mutter und Säugling nach Herford, um bei Verwandten Schutz zu finden.

Nach der Machtergreifung veränderte sich das politische Klima spürbar auch für Sinti und Roma. Bereits am 8. September 1936 war im Herforder Kreisblatt ein Hetzartikel gegen Sinti und Roma abgedruckt worden mit der Überschrift: *'Kampf den Zigeunern und ihren Betrügereien'*⁴⁷; in dem detailliert alle Facetten des Handels, den Sinti und Roma betrieben, als betrügerisch dargestellt wurden.

Alfred Lessing war ein talentierter Gitarrist und spielte schon als Kind in den Straßen Herfords und auch in der Bahnhofshalle, um ein wenig Geld für sich und seine Mutter zu erbetteln. Auf diese Weise kam es zu einer Begegnung mit dem Musiker Jimmy Dorsten, der ihn in der Folgezeit unter seine Fittiche nahm und in seine Band aufnahm. Lessing beurteilt das so: *„Während der Zeit, in der ich mit der Band unterwegs war, hatte ich in jeder Hinsicht viel gelernt. Jimmy war mir nicht nur ein Freund, sondern auch ein guter Lehrer. Jetzt war ich fast perfekt und wirklich ein Meister der Gitarre. Die dunklen Wolken, die sich über Europa zusammenbrauten, warfen aber auf die Zukunft unserer Band ihre Schatten. Jazz und Tanzrhythmen mit englischen Texten waren im Deutschen Reich offiziell schon seit einiger Zeit verpönt. Der Druck auf ausländische ‚Swing- und Niggermusik‘ wurde massiver. Wer nicht die nationalsozialistische Auffassung von Humor und Unterhaltung vertrat, erhielt Berufsverbot. (...) Die Musiker der Dorsten-Band standen kurz vor ihrer Rückkehr ins Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Für mich gab es keine Chance, das Land auf legalem Wege und problemlos verlassen zu können. Ich konnte auf keinen Fall mit der Band mitreisen, da ich nicht im Besitz eines Reisepasses war. Mit meinem Ausweis durfte ich das Deutsche Reich nicht verlassen...“*⁴⁸ Lessing wollte auch nicht nach Herford zurückkehren, weil seine Mutter bereits verstorben war.

Wie im allgemeinen Teil bereits beschrieben worden ist, hatte man seit Ende des 19. Jahrhunderts bis in die späten 1930er Jahre hinein eine umfassende Registrierung von Sinti und Roma vorgenommen. Diese Registrierung war nun für Lessing das unüberwindbar Handicap für die Auswanderung in die Vereinigten Staaten, wo er mit der Band seinen Lebensunterhalt hätte erwerben und ohne Verfolgung hätte leben können.

Lessing reflektierte seine Situation im August 1939, er war gerade 18 Jahre alt: *„...Ich hatte keine Chance, als Sinto ein Engagement zu bekommen. Die Ausgrenzung war in Deutschland bereits so weit fortgeschritten, dass jede Unachtsamkeit sofort mit der Verhaftung und der Inhaftierung in ein Konzentrationslager bestraft werden konnte...“*⁴⁹

Über die Zeit Ende 1939 schreibt er: *„...Es war Krieg. Juden, Sinti, Roma und andere wurden verfolgt. Nur wenigen gelang jetzt noch die Flucht. (...) In einer Zeitungsnotiz entdeckte ich auf einmal einen Bericht über die Jahrgänge, die sich*

⁴⁷ Zitiert nach: Lessing, a.a.O., S. 29

⁴⁸ Ders., S. 52

⁴⁹ Ders., S. 54

*jetzt zum Militär melden sollten. Auch mein Jahrgang war dabei. (...) In meiner Heimatstadt (Herford) konnte ich mich zwar nicht mehr bei den Behörden melden, denn da hatte ich ja ein Dokument unterschrieben, die Stadt nicht zu verlassen. Falls ich erwischt wurde, bestand die Gefahr, von der Polizei geschnappt und in ein Konzentrationslager gebracht zu werden....*⁵⁰

Lessing meldete sich beim Wehrbezirkskommando in Hannover. In seinem Pass war noch kein Vermerk, dass er *Zigeuner* sei. Er war den Behörden durch die Reisen mit der Band von Jimmy Dorsten diesbezüglich entgangen. Der Plan gelang. Alfred fuhr nach seiner Grundausbildung mit seiner Einheit nach Krakau, wurde dort aber als *Zigeuner* enttarnt. Er konnte auf abenteuerliche Weise fliehen und begab sich zur russischen Armee, die ihn als Deserteur aufnahm, bis sich die deutsche Grenze nach Osten verlagerte und er abermals von Deutschen enttarnt wurde. Dann folgte die Internierung.⁵¹ Auf nicht erklärbarer Weise kam Alfred Lessing frei, reiste nach Berlin und erhielt über eine damalige Freundin von Jimmy Dorsten, die im Ministerium arbeitete, einen Zugehörigkeitsausweis der Reichskulturkammer. Er schrieb: *„Die Reichskulturkammer war eine berufsständische Organisation der Kulturschaffenden... . Präsident der nationalsozialistischen Einrichtung war Joseph Goebbels, Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda. (...) Das offizielle Dokument öffnete mir tatsächlich jede Tür, die mir sonst sicherlich verschlossen geblieben wäre. Es war eben nur ‚arischen‘ Künstlern erlaubt, öffentlich Theater zu spielen oder zu musizieren. (...) (Ich) bekam (...) den ersten Vertrag mit der NS-Gemeinschaft ‚Kraft durch Freude‘. (...) Mit Konzerten und Auftritten an der Front sollte letztlich die Einsatzkraft der Soldaten gestärkt werden. (...) Ich war jetzt viel auf Reisen. Im besetzten Frankreich und Russland musste ich fortan mit meinen Kollegen und der Musik gute Laune unter den Soldaten verbreiten.“*⁵²

Dies geschah in einer Zeit, in der am 16. Dezember 1942 durch den Befehl Himmlers aufgrund der zugespitzten Kriegslage die systematische Deportation und Ermordung auch aller Sinti und Roma eingeleitet worden war, die innerhalb weniger Wochen erfolgen sollte (s. allg. Teil). In dieser Zeit, als Rudolf Höß im Juli 1944 die Sinti und Roma in Auschwitz-Birkenau ermorden ließ, um Platz für die *Endlösung der Judenfrage* zu schaffen, reiste Lessing mit seiner 'KdF'-Truppe nach Buchenwald. Seine Gefühle und seine Zerrissenheit sowie seine Ängste beschrieb er in seinem Buch:

„Eines Tages im Jahr 1944 hieß es auf unserer Tour schlicht und einfach: ‚Die nächste Station ist Buchenwald‘(...) Halb wahnsinnig vor Angst saß ich zusammengesunken in meinem Sitz und wartete ab. Wir näherten uns dem Lager, und ich konnte bereits die ersten Baracken erkennen. Seit 1938 waren hier auch Sinti und Roma interniert. Unser Bus fuhr auf das Lagertor mit der Aufschrift ‚Jedem das Seine‘ zu. (...) Die Stimmung war gedrückter als sonst. Ich stellte mir vor, dass draußen womöglich Angehörige meiner Sippe mit geschorenen Köpfen über den Hof zur Erschießung oder in die Baracken geführt wurden. Die Bilder in meinem Kopf machten mich schier verrückt. Ich hatte panikartige Angst.... Routiniert spulten wir unser Programm emotionslos ab.

⁵⁰ Ders., S. 67

⁵¹ Ders., S. 67ff.

⁵² Ders., S. 119ff.

Anschließend bekamen wir etwas zu essen. Ein üppiges Abendbrot mit Kaffee, Tee, Cognac, einfach alles stand auf den Holztischen. All die Nahrungsmittel, die im Alltag schon längst nicht mehr zu bekommen waren, wurden hier, in einem Konzentrationslager, vor uns hingestellt. (...) Ich sah, wie die Wachleute mit den Tänzerinnen redeten, die mit uns zur Aufführung gekommen waren. (...) Ich hoffte inständig, daß alles bald vorüber war. (...) Mir war immer noch mulmig zumute, als wir die Baracken bereits lange hinter uns gelassen hatten und den Berg hinunterfuhren. (...) Auf der Fahrt gingen mir die Gedanken an den schauerlichen Ort Buchenwald nicht aus dem Kopf. Ungeheuerlich, daß wir vor den Schergen spielen mußten....⁵³

Lessing wurde noch mehrmals festgenommen, bis er im Tumult der Luftangriffe auf Dresden sich endgültig befreien und nach Beendigung des Krieges nach Bayern gelangen konnte. Dort traf er auf die amerikanische Besatzung und er konnte durch sein musikalisches Talent Fuß fassen. Unglaublich erscheint diese Autobiographie, in der vielfach durch Glück, Mut, das Unmögliche zu versuchen und durch Einfallsreichtum ein Überleben erreicht wurde. Dass dabei eine permanente Selbstverleugnung und eine Leugnung der Werte und Normen der Roma notwendig waren, wurde schon aus der grundsätzlich ausgeweglosen Situation der betroffenen Sinti in der Zeit des Krieges und davor gezeigt.

1. Amtliche Dokumente geben Auskunft über Sintifamilien in Herford

Im Kommunalarchiv Herford liegen Akten über Sintifamilien und deren Bedrängungen durch die Administration des Naziregimes vor, die seit Ende des 19. Jahrhunderts in und um Herford sesshaft waren. Anders als im vorhergehenden Fall wird hier also *über* die Sintis geschrieben und verfügt. Sie kommen *nicht selbst* zu Wort.⁵⁴

Auch in Herford galten Sinti als Minderheit. Sie waren hier als nicht sesshafte Familien aus den Orten Osnabrück, Bad Salzuflen oder Lemgo registriert. Mindestens sieben, meist miteinander verwandte Familien, waren regelmäßig in Herford gemeldet. Aus den Kommunalakten lassen sich sieben Aufenthaltsorte⁵⁵ als Niederlassungsorte von Sintifamilien ermitteln: die Elverdisser Straße, die Elisabethstraße, der Heller Weg, an dem auch Alfred Lessing gewohnt hat,⁵⁶ die Kurfürstenstraße, die Werrestraße und die Fidenenstraße. Die siebte Siedlung unter der damaligen Bezeichnung „Bombrede“ ist nicht mehr vorhanden. Die Baracken oder Wohnwagen standen früher in der Bombrede, wo sich heute die Nordstadt in Herford befindet. Ein Blick auf den Stadtplan zeigt, dass die Siedlungen nahe beieinander im Zentrum von Herford lagen. In der Werrestraße, Nähe des Ravensberger Gymnasiums, ist die Nummer 88 nicht mehr zu sehen. In der Bombrede wurden Hochhäuser gebaut. Die Kinder besuchten die Schulen in Herford und lernten in der Familie die Sprache Romani, die Sitten und die Überlieferung ihrer eigenen zumeist unschriftlichen Kultur.

⁵³ Ders., S. 122 ff.

⁵⁴ Soweit nicht anders angegeben, wurden folgende Aufsätze herangezogen: Ariane Berg, Friederike Güse, Alena Hoof u.a., Eine verdrängte Minderheit. „Zigeuner“. Sinti und Roma in Herford. In: Historisches Jahrbuch für den Kreis Herford. Bd. 2005, Bielefeld 2004, S. 205-215 und Laue, C., „Zigeuner“ – Sinti und Roma in Herford in: Fings, K., Opfermann, U.F. a.a.O.

⁵⁵ vgl. die Markierungen im abgedruckten Stadtplan von Herford

⁵⁶ A. Lessing, a.a.O., S. 23

Die Wegnahme von Kindern aus den Familien und die Übergabe in die Fürsorgeerziehung sind im Herforder Kommunalarchiv umfangreich dokumentiert. Sie sind ein Teil des Systems menschenverachtender Bedrängung und Verfolgung, unter denen die Minderheiten im Nationalsozialismus zu leiden hatten.

Die *Zigeuner* unterlagen auch in Herford seit 1933 den Bedrückungsmaßnahmen, die von der Reichsebene angeordnet und in den hiesigen Ämtern durchgeführt wurden. Sie wurden zu recht- und staatenlosen Einwohnern. Einwohnermeldeamt und Standesamt erfassten die *Zigeunerdaten* und leiteten sie an die *Rassenhygienische und bevölkerungsbiologische Forschungsstelle* in Berlin weiter, wo die Einordnung als *Zigeuner* oder *Zigeunermischling* vorgenommen wurde.

Eine besondere *Dienststelle für Zigeunerfragen* in jeder Polizeibehörde führte eine Kartei, in die Name, Adresse, Staatsangehörigkeit, rassische Einordnung, amtliche Einträge und Aufenthaltsorte eingetragen werden mussten. Auch Fingerabdrücke von allen zehn Fingern und drei Lichtbilder (soweit die Dienststelle ein Fotogerät hatte) waren notwendig, damit man bei einer Kontrolle durch die Behörden identifiziert werden konnte. Jeder *Zigeuner* musste dieses Dokument stets bei sich führen. *Alle über sechs Jahre alten Personen waren erkennungsdienstlich zu behandeln, sofern nicht aus den berechtigt geführten Ausweispapieren (...) einwandfrei ersichtlich war, dass die erkennungsdienstliche Behandlung schon erfolgt war.*⁵⁷

Umherziehen wurde untersagt, Rastplätze angewiesen, Reisewege kontrolliert, Besitz von Kraftfahrzeugen wurde größtenteils verboten, Auslandsaufenthalte waren nicht erlaubt, ausländische *Zigeuner* durften nicht einreisen. Damit war die Lebensgrundlage auch der in Herford ansässigen Sinti in Gefahr bzw. vernichtet worden.

Die Folge waren weitere Bedrückungen. Über den Verbleib der in Herford verhafteten Personen geben wieder die Erfassungsdaten⁵⁸ Auskunft: Karl...⁵⁹ wurde am 5.3.1940 vom Konzentrationslager Sachsenhausen nach Dachau überführt, wo er nach insgesamt 22 Monaten im Konzentrationslager am 15.6.1940 starb.

Der Oberbürgermeister notiert am 27.3.1940: „*Der Zigeuner Anton ... befindet sich ... in Untersuchungshaft*“.⁶⁰

Am 8. August 1941 schreibt das Standesamt Herford Stadt an die Staatliche Kriminalpolizeileitstelle Hannover: „...*übersende ich Ihnen die Sterbeurkunde der*

⁵⁷ Staatsarchiv Detmold, M1IP a.a.O.

⁵⁸ a.a.O. Blatt 18, Geschäftsvermerk v. 24.12.1942, Meldekarteien

⁵⁹ Es wird im Folgenden darauf verzichtet, den Nachnamen einer bestimmten Familie zu verwenden, da von den Überlebenden Repressionen auch heute noch nicht ausgeschlossen werden.

⁶⁰ KAH III 864, Bl. 24

am 5. August 1941 verstorbenen Zigeunerin Viktoria W., Wohnhaft gewesen in Herford, Heller Weg 5 ...⁶¹

Die Kriminalpolizei Herford vermerkt am 24.12.1942: " ... dass der Zigeuner und K.Z.-Häftling Anton ... am 23.12.1942 um 12:30 Uhr im Häftlingskrankenbau des KZ-Lagers Neuengamme an Versagen von Herz- und Kreislauf bei Magen- und Darmkatarrh verstorben sei".⁶²

Am 1.3.1943 werden sechs Mitglieder der Familie Strauß und zwei Mitglieder der Familie Steinbach in das KZ-Lager Auschwitz eingeliefert.⁶³

Am 23.8.1943 wird durch die Oberfinanzdirektion in Münster über den Regierungspräsidenten Minden das etwaige Vermögen des Alexander Strauß, der im März in das KZ-Lager Auschwitz eingeliefert wurde, eingezogen.⁶⁴

Am 20. Juli 1944 beauftragte das Reichsministerium des Innern nach Genehmigung des Reichspolizeiamt *durch Schreiben vom 26.4.1944* mit der *Unfruchtbarmachung der Zigeunermischlinge Hans Strauß und Margarete Steinbach aus Minden*.⁶⁵

In der Nacht vom 2. bis 3. August 1944 wurden die 2.897 noch im sog. Zigeunerlager in Auschwitz-Birkenau Lebenden in den Gaskammern von Auschwitz-Birkenau ermordet.

1945: An den Frauen im KZ-Lager Ravensbrück werden Sterilisationsexperimente ohne Betäubung durchgeführt.⁶⁶

Ein Mitglied der Familie ..., Anton (geb. 01.09.1928) überlebte Wehrmacht und Gefangenschaft und kehrte am 25.08.1945 nach Herford zurück.⁶⁷

2. Der Katholische Fürsorgeverein und andere Institutionen 'kümmern' sich um die Kinder einer Sintifamilie in Herford

Otto ... (geb. 1875) und Viktoria ... (geb. 1883, gest. 1941) gründeten eine Familie mit sieben Kindern, von denen fünf in Herford geboren sind, eins in Unna, eins in Lemgo. Von den insgesamt ca. 20 Mitgliedern der Familie gleichen Namens mit drei Generationen, die in Herford gemeldet waren, galten alle als *staatenlos*.⁶⁸ Sie wohnten zuerst am Heller Weg in einem Wohnwagen, danach in der Stadt und zuletzt in der Rosenstraße in einer Baracke für Obdachlose.

Wegen nicht regelmäßigen Schulbesuchs der Kinder, da die Familien in den Sommermonaten als Händler, Artisten oder Musiker unterwegs waren, wurden

⁶¹ KAH I 728

⁶² KAH I 728

⁶³ KAH D1, Dez. 24, Nr. 217

⁶⁴ ebenda

⁶⁵ KAH D1, Dez. 24, Nr. 217

⁶⁶ Zitiert nach: Die Zeit, 5.3.1993

⁶⁷ KAH, Meldekarteien I 728, Standesamt Herford-Stadt: Erfassung der Zigeuner

⁶⁸ KAH I 728

die Familien beobachtet. Das Evangelische Jugend- und Wohlfahrtsamt dokumentierte, die Familien lebten *zigeunerisch*, primitiv und dürftig in einem Wohnwagen. Die Gutachterin des Katholischen Fürsorgevereins schrieb: „Die Kinder sind ausgesprochene Zigeunernaturen und es ist vom rassistischen Standpunkt betrachtet, sehr fraglich, ob die Fürsorgeerziehung irgend einen Dauererfolg haben würde. Es sind eben Zigeunerleute, die man mit einem bürgerlichen Maßstab nicht messen darf.“⁶⁹

Wir erinnern uns an die Auffassung von Ritter, den Leiter der *Rassehygienischen Forschungsstelle* in Berlin, der ebenfalls die Auffassung vertrat, dass *zigeunerisches* Verhalten nicht durch Erziehung gebessert werden könne.

Noch im November 1935 urteilte das Städt. Jugendamt ganz anders: „Die Kinder machen allerdings einen ärmlichen Eindruck (...) (Sie) besuchen (...) regelmäßig und pünktlich den Schulunterricht und sind auch sauber und leidlich gekleidet (...) Der Vater ist den Ratschlägen der Lehrpersonen gegenüber ganz zugänglich gewesen.“⁷⁰

Der Katholische Fürsorgeverein Herford schrieb am 14.6.1939: „Bei den Kindern (...) war es schon immer so, dass es mit ihnen in der Schule allerlei Schwierigkeiten gibt. – Das liegt ja schon in den häuslichen Verhältnissen begründet, an die man keinen bürgerlichen Maßstab anlegen darf. – (...) Bei den Kindern des Anton ... kommt noch hinzu, dass die Mutter lange krank war und inzwischen auch an Tuberkulose gestorben ist, wodurch sich der an und für sich schlechte Zustand der Dinge wohl noch weiter verschlechtert hat. – Andererseits habe ich nicht gehört, dass die Kinder etwas gestohlen hätten oder sonst sich was zu schulden kommen liessen. – Es ist eben nur eine Sorte für sich, die man, ich gebe es zu, nicht gern unter anderen Schülern hat. – Es lässt sich an den häuslichen Verhältnissen auch kaum etwas ändern oder bessern. – Selbst bei fürsorglichen Maßnahmen werden die Kinder, das ist meine Ansicht, später wieder in ihr altes Niveau zurück kommen. – (...) Ich möchte aber gleich erwähnen, dass das Kath. Waisenhaus nicht in der Lage ist, die Kinder aufzunehmen, das geht schon nicht aus gesundheitlichen Rücksichten, die man den anderen Kindern gegenüber zu nehmen hat.“

Ein konkreter Vorwurf hinsichtlich entsprechenden Fehlverhaltens der Kinder findet sich nicht! Wurde *zigeunerisch* als Krankheit definiert? Die Tatsache, dass die Mutter bei der Geburt ihres letzten Kindes gestorben war, reichte für Maßnahmen des Jugendamtes aus. Das Amtsgericht Herford bestimmte im Dezember 1939 die Unterbringung der Kinder in einer Anstalt. Das Jugendamt wurde Vormund. Das Urteil wurde mit der *Zigeunerwirtschaft* im Wohnwagen begründet und den Schulberichten, die von den Kindern als *eine untragbare Belastung für die ganze Schulgemeinschaft* sprachen. Im Januar 1940 wurde das jüngste Kind in das Erziehungsheim St. Vinzenzheim Dortmund, die anderen vier Kinder in das Landesaufnahmeheim Dorsten gebracht. Die Heime leiteten dann die arbeitsfähigen Kinder an Bauern weiter.

⁶⁹ KAH IV 864

⁷⁰ KAH IV 864

Der Vater Anton..., Musiker, beschwerte sich gegen die Fürsorgeerziehung. Das Jugendamt hatte ihm noch 1935 bescheinigt, dass er mit der Schule kooperiere und dass er die Kinder bei der Gewerbepolizei in den Wandergewerbeschein habe eintragen lassen. Wenn er aber seine Kinder nicht mehr mitnehmen dürfe, so wolle er lieber ganz in Herford bleiben.⁷¹ Dennoch wurde seine Beschwerde am 18.1.1940 abgewiesen. Es wurde ihm auch nicht gestattet, die Kinder im Katholischen Waisenhaus Herford unterbringen zu lassen mit der Begründung: *„Ihre Verwahrlosung ist schon so weit fortgeschritten, dass sie nur in einer geschlossenen Anstalt weiterer sittlicher Verwahrlosung entzogen sind...“*⁷² Statt dessen fragte der Oberpräsident der Provinz Westfalen beim Jugendamt in Herford am 22.1.1940 an, *mit welchem monatlichen Betrage der Vater, Musiker und Arbeiter Anton ... die Kosten der Fürsorgeerziehung seiner Kinder freiwillig erstatten will.*⁷³

Während ihres Heimaufenthaltes wurden mit allen Kindern *rassehygienische Forschungen* gemacht. Dieses geschah ebenfalls mit dem Vater, der weiter in Herford lebte. Sie wurden alle als *Zigeunermischlinge mit vorwiegend zigeunerischem Blutsanteil etikettiert*.

1942 wurde der Vater Anton ... ins KZ Neuengamme deportiert. Dort starb er. Die Kripostelle Hannover meldete am 14.12.42, *dass der Zigeuner und KZ-Häftling (...) am 23.12.1942 um 12:30 Uhr im Häftlingskrankenhaus an Versagen von Herz und Kreislauf bei Magen- und Darmkatarrh verstorben sei*. Die Urne könne angefordert werden. Wie er wirklich starb, ist nicht bekannt.

Während dieser Zeit wechselten die Kinder immer wieder die Heime und Arbeitsstätten.

Der Sohn A. floh im Juli 1944 als 16jähriger, um seine kleine Schwester in einem anderen Heim zu besuchen. Er schloss sich danach einer Artistengruppe in Kiel an. Anschließend besuchte er eine Tante in Herford. Nach drei Wochen in Freiheit griff ihn die Herforder Polizei auf und überführte ihn in ein Heim bei Wettringen.

Im August 1944 bewilligte das Jugendamt von Herford die Zwangssterilisation der fünf Kinder. Dem Amt war zu diesem Zeitpunkt der Aufenthaltsort der Kinder jedoch nicht bekannt. Ob diese Sterilisierung durchgeführt wurde, kann aus den Herforder Akten nicht ermittelt werden.

C Die Zeit nach 1945

1. Die Schicksale der Kinder der Sintifamilie ...

Nach dem Krieg sind die Schicksale der Kinder wieder aus den Akten bekannt. Das älteste Kind schied kurz nach Kriegsende aus der Fürsorgeerziehung aus. Die zweitälteste Tochter arbeitete bis 1949 noch in der Landwirtschaft, da sie bei Kriegsende noch *nicht genug gefestigt* gewesen sei. Erst dann wurde sie aus der Fürsorge entlassen. Der Sohn A. floh 1945 aus dem Heim. Man vermutete, dass er mit Schaustellern unterwegs war. Im Jahr 1947 wurde er als nicht auffindbar aus der Fürsorge entlassen. Der jüngste Sohn floh 1949 aus dem Heim. Ein

⁷¹ KAH IV 864

⁷² KAH III 864, Bl. 17

⁷³ KAH III 864, Bl. 19

Onkel wollte ihn aufnehmen. Die Behörden genehmigten dieses aber nicht, da der Jugendliche als *ausgesprochener Zigeunertyp* beurteilt wurde, der sofort wieder verwahrlosen würde. Erst 1951 wurde er als Volljähriger aus der Fürsorge entlassen. Besonders schwer war die Zeit nach dem Krieg für die jüngste Tochter. 1948 wurde das Mädchen als *ausgesprochener Zigeunertyp* eingeordnet. Zwei Jahre später wurde ihr ein *zigeunerhaftes Wesen* bescheinigt, das *vor allem in sexueller Beziehung* gute Überwachung benötige. Sie wurde als *geistig unterbegabt, frech, arbeitsscheu und psychopathisch* beurteilt. 1956 wurde sie aus der Vormundschaft entlassen, da sie im Heim *nicht mehr tragbar* war.

Völlig unverständlich ist die Tatsache, dass bei keinem der fünf Kinder nach 1945 berücksichtigt wurde, was ihnen während der Nazizeit an Leid zugefügt wurde, dass man ihnen den Vater und ihre Kindheit genommen hatte. Viele Behörden wiederholten alte Beurteilungen aus dem Nationalsozialismus - so als wäre nichts geschehen!!!!

2. Entschädigungszahlungen für Sinti und Roma, die im Nationalsozialismus in Herford zu Schaden kamen

Für das im Nationalsozialismus erlittene Unrecht konnten Betroffene bzw. Hinterbliebene in den 1950er Jahren Ansprüche geltend machen. Dieses galt auch für Angehörige der Sinti- und Romafamilien. Im Kommunalarchiv Herford liegen diverse Anträge und Bescheide vor.

Für eine Entschädigung musste ein Antrag gestellt werden. Bei einem Antrag auf Entschädigung kamen drei Begründungen in Betracht:

1. Schaden am Leben
2. Schaden an Freiheit
3. Schaden im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen

Anträge konnten nur von nahen Angehörigen unter Angabe von Namen, Geburtsdatum und derzeitigem Wohnsitz gestellt werden. Ein Antrag wurde nur dann angenommen und hatte Aussicht auf Erfolg, wenn die Gründe der Antragstellung und damit die mögliche Schuld des NS-Staates durch offizielle Dokumente (Akten der Verwaltung, der Rechtsprechung usw.) belegt werden konnten.

Antragsprüfung und Ausfertigung eines Bescheids waren Aufgaben des jeweiligen Regierungspräsidenten. Ein Großteil der Anträge wurde allerdings nicht bewilligt. Die Begründungen weisen sprachlich allerdings Parallelen zu den Formulierungen in den Akten der 1930er und 1940er Jahre auf!!!

Es konnte ein abschlägiger oder zustimmender Bescheid ergehen. Der Bescheid zum Antrag auf Entschädigung hatte folgenden Inhalt: Nach Nennung der Personalien von Geschädigtem und Antragsteller wurde der Sachverhalt aus dem Antrag zusammenfassend dargestellt. Anschließend erfolgte eine Stellungnahme zu jedem einzelnen Punkt (z.B. Nennung zutreffender Paragraphen) und eine sich daraus ergebende Begründung über Bewilligung oder Ablehnung der Entschädigung. Am Ende des Bescheids wurden alle Gründe noch einmal zusammengefasst. Auf dieser Grundlage wurde der Antrag bewilligt oder abgelehnt.

In einer Akte ist zu lesen: „Johanna..., verw. (...) aus Herford stellte einen Antrag auf Entschädigung. Geschädigter: Ihr Mann Karl ... Im Antrag vom 28.11.1955 liest man: ihr Mann habe:

„1. Schaden am Leben (in KZ-Haft verstorben)

2. Schaden an Freiheit (22 Monate in Haft)

3. Schaden an beruflichem und wirtschaftlichem Fortkommen (Verdrängung aus einer selbstständigen Erwerbstätigkeit) erlitten.“

Sie forderte eine Entschädigungszahlung für die Inhaftierung sowie eine Hinterbliebenenrente für den Tod ihres Mannes. Im Antrag heißt es, dass ihrem Mann *das Gewerbe als Hausierhändler entzogen* worden sei und er der Aufforderung, *eine werktätige Arbeit anzunehmen* nicht nachgekommen sei. Daher erfolgte die Überführung am 16.8.1938 ohne Urteil in das Konzentrationslager Dachau (...) weil er Zigeuner war.ⁱ⁷⁷⁴

Der Regierungspräsident akzeptierte diese Begründung aber nicht. In der Akte heißt es: „Die Antragstellerin hat nicht den Beweis erbringen können, dass die gegen ihren verstorbenen ersten Ehemann getroffenen Massnahmen auf seine Abstammung zurückzuführen sind. (...) Es kann somit nicht bestritten werden, dass die vorher verfügten Einweisungen von Zigeunern in KZ's, Arbeits- oder Schutzlager in der Regel sicherheitspolizeiliche Massnahmen gewesen sind. Es musste somit unterstellt werden, dass die Inhaftierung des verstorbenen ersten Ehemannes der Antragstellerin am 16.8.1938 nicht aus rassistischen Gründen erfolgt ist. Da Karl ... im Rahmen des Programms zur Sesshaftmachung von Zigeunern aufgefordert worden sei, sein Wandergewerbe aufzugeben und einer sesshaften Arbeit nachzugehen, dieses aber ablehnte, sei er inhaftiert worden. Des Weiteren sei bewiesen, dass vor dem 30.01.1933 kein Zigeuner wegen seiner Rassenzugehörigkeit inhaftiert worden sei. Frau ... konnte nicht die Dauer der Haft beweisen, sondern lediglich, dass ihr Mann vom KZ Sachsenhausen in das KZ Dachau verlegt worden war und wann er gestorben war.



KZ Dachau (www, gemeinfrei)

Sie erhielt keine Entschädigung. In einer weiteren Akte wird dokumentiert: „Albert ... aus Trier stellte einen Antrag auf Entschädigung. Geschädigter: sein

⁷⁴ vgl. auch zum Folgenden: KAH, Entschädigungsakten

Vater Anton ... Im Antrag vom 25.10.1957 konnte man lesen, sein Vater habe:
1. Schaden an Freiheit 2. Schaden an Eigentum und Vermögen (Zwangsarbeit bei der Reichsautobahn) 3. Schaden im beruflichen Fortkommen erlitten.

Er forderte eine Entschädigungszahlung für die Inhaftierung im KZ Neuengamme und die damit verbundene Unterbringung seiner Kinder zuerst im Waisenhaus und später in verschiedenen Pflegeheimen. In den Akten lesen wir: *„Der A. hat vorgetragen, sein Vater habe als Musiker seinen Lebensunterhalt und den seiner Familie, die in einem Wohnwagen in Herford gelebt habe, bestritten. Diesen Beruf habe er bis zum Jahre 1937 bzw. 1938 ausgeübt. (...) Sein Vater sei dann gezwungen worden, an der Reichsautobahn zu arbeiten.... Seinen Vater habe man zu einem ihm unbekanntem Zeitpunkt in das KZ Neuengamme eingeliefert, wo er am 23.12.1942 verstorben sei.“*

Auch dieser Antrag wurde vom Regierungspräsidenten in Detmold negativ beschieden. Dort heißt es: *„Die gegen den verst. Vater des A. vor dem 1.1.1943 (Auschwitz-Erlass!) durchgeführten Maßnahmen sind nicht aus rassistischen oder politischen Gründen ergriffen worden, sondern offensichtlich wegen dessen überaus asozialen Verhaltens und vor allem aus kriminellen Gründen.“*

Johanna ... aus Herford stellte einen Antrag auf Entschädigung. Geschädigte: Juliane ... Im Beschluss des Kreisenerkennungs-Ausschusses für die Stadt vom 19.2.1953 wurde die minderjährige Juliane ... *als Verfolgte und Geschädigte der NS-Gewaltherrschaft anerkannt. Der Vater Julianes ... ist durch Beschluss des Ausschusses anerkannt. Er wurde 1938 in das KZ Dachau gebracht und starb dort 1940. Da er seiner Tochter Unterhalt zu gewähren hatte, dies aber aufgrund seiner Inhaftierung bzw. seines Todes nicht mehr leisten konnte, galt auch seine Tochter als Verfolgte. Aufgrund dieser Entscheidung des Ausschusses wurde Juliane ... 1954 eine 50%ige Zulage zu den Fürsorgesätzen für rassistisch Verfolgte vom Amt für Wiedergutmachung zuerkannt.*

In der Begründung heißt es: *„Der Vater ... ist im Jahre 1938 als Zigeuner aus rassistischen Gründen in das KZ-Lager Dachau überführt worden und dort am 15.6.1940 an (...) ? Kreislaufschwäche gestorben.“*

3. Kontinuität der Diskriminierung – Antiziganismus heute

Gewisse Kontinuitäten von Diskriminierungen der Volksgruppen der Sinti und Roma folgten dem Genozid im Nationalsozialismus mit einer verweigerter Wiedergutmachung bis in die 1980er Jahre hinein. Dazu finden sich Hinweise in diesem Kapitel. Negativzeichnungen und Vorurteile über derzeit einwandernde Sinti und Roma zeigen sich in einem modernen sog. Antiziganismus der heutigen Zeit.

'Wir sind jung, wir sind stark' so lautet der Titel des Films von Burhan Qurbani. Im Zentrum des Films steht zunächst das Asylbewerberheim in Rostock-Lichtenhagen. Filmisch in Szene gesetzt werden Asylbewerber, hier Sinti und Roma, die zunächst durch ihren Aufenthalt im Freien vor dem Asylbewerberheim die Ablehnung und den Zorn der rechten Szene und wohl auch von Teilen der Bevölkerung hervorrufen. Später ergießt sich dieser in gewalttätige Übergriffe, „das Zündeln“, das Abbrennen des Heimes, in dem auch Vietnamesen wohnen und in große Gefahr geraten.

Eine Aussage des Films, der viele positive Kritiken bekam und sehr sehenswert viele dokumentarische Elemente enthält, könnte sein, hätten Sinti und Roma vor den Türen des Asylbewerberheims nicht ihren Tag verbracht, dann wäre der „Volkszorn“ der rechten Szene vielleicht nicht in dieser Schärfe ausgebrochen. Es stellt sich die Frage, warum dem friedlichen Aufenthalt von Sinti- und Romafamilien vor den Türen des Asylbewerberheims Pogrome in Rostock-Lichtenhagen folgten, deren Ausmaß und Begleitumstände den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Ignatz Bubis, an die Ausschreitungen am 9. November 1938 erinnerten.⁷⁵

Klaus-Michael Bogdal zitiert im Prolog zu seinem Buch '*Europa erfindet die Zigeuner*' die Aussage einer 16jährigen Schülerin, die sich an den Gewalttaten in Rostock-Lichtenhagen aktiv beteiligt hatte: „Wären Zigeuner verbrannt, hätte es mich nicht gestört. – Vietnamesen schon, aber Sinti und Roma egal.“⁷⁶

*Warum wurden und werden Angehörige der Romvölker geradezu reflexartig als Gefahr wahrgenommen, sobald sie irgendwo auftauchen?*⁷⁷ Markus End weist in seiner Studie *Antiziganismus in der deutschen Öffentlichkeit*⁷⁸ nach, dass seit 2011 in deutschsprachigen Medien eine bis heute anhaltende intensiviertere Berichterstattung unter den Schlagworten *Roma* und *Sinti* zu verzeichnen ist. Dabei geht es um von ihm nachgewiesene negative Konnotationen wie *Invasion von Sinti und Romafamilien, Hilferufe der Städte, Armutsmigration, Probleme und Konflikte durch Kriminalität, Betteln, Schmutz, Prostitution, Missbrauch von Sozialleistungen* und *Armut* und somit um eine verallgemeinernde vorurteilsgeprägte mediale Verunglimpfung von Völkergruppen, die im Laufe von Jahrhunderten und vor allem in der Zeit des Nationalsozialismus schlimmster Verfolgung ausgesetzt waren. Altbekannte Mechanismen der Abgrenzung von bestimmten Eigenschaften, die den sog. Zigeunern zugeschrieben wurden und werden, führen heute zu deren Aktivierung, auch wenn der Begriff *Zigeuner* nicht explizit genannt wird.⁷⁹ Die Außenwahrnehmung von sozialen Gruppen unter dem Stigma *Zigeuner* beinhaltet die *Zuschreibung spezifischer devianter Eigenschaften (...)* und Diskriminierungen⁸⁰. Ersatzbegriffe wie *Klaukids* oder *Armutszuwanderer* sind eng mit vorurteilsverhafteten Bildern zum Wort *Zigeuner* verknüpft und transportieren wie ehemals negative Eigenschaften, die allen – ohne Unterscheidung der jeweiligen Persönlichkeiten der Sinti und Roma – übergestülpt werden.⁸¹

Für viele gilt, dass sie unabhängig davon, ob sie sich selbst als Roma verstehen oder nicht, als *Roma* oder *Zigeuner* stigmatisiert werden. Entsprechend äußert sich dieses in schlechteren Bildungschancen, geringeren Chancen auf dem

⁷⁵ Ders., S. 9

⁷⁶ Bogdal, K.-M., a.a.O., S. 9

⁷⁷ Bogdal, K.-M., a.a.O., S. 10

⁷⁸ End, Markus, *Antiziganismus in der deutschen Öffentlichkeit. Strategien und Mechanismen medialer Kommunikation. Kurzfassung, Ansatz, Beispiele und Untersuchungsergebnisse*, Heidelberg 2014

⁷⁹ Ders., S. 16f., S. 20; vgl. auch Schär, B. C., Ziegler, B. (Hrsg.) *Antiziganismus in der Schweiz und in Europa. Geschichte, Kontinuitäten und Reflexionen*, Zürich, 2014, S. 8

⁸⁰ Ders., S. 23f.

⁸¹ Ders. S. 25

Arbeitsmarkt und dem begrenzteren Zugang zum Gesundheitswesen, höherer Kindersterblichkeit und geringerer Lebenserwartung im Vergleich zur Restbevölkerung.⁸²

Antiziganismus wird somit durch historisch gewachsene und sich selbst stabilisierende Faktoren zu einer Form von Rassismus, die dem Antisemitismus nicht unähnlich ist.

Literatur:

- Bade, Klaus Jürgen, *Europa in Bewegung: Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Reihe: Europa Bauen, hg. v. Jacques Le Goff, dt. Ausg.: Beck, München 2000
- Ariane Berg, Friederike Güse, Alena Hoof u.a., Eine verdrängte Minderheit. „Zigeuner“. Sinti und Roma in Herford. In: Historisches Jahrbuch für den Kreis Herford. Bd. 2005, Bielefeld 2004, S. 205-215
- Bogdal, K.-M., *Europa erfindet die Zigeuner. Eine Geschichte von Faszination und Verachtung*, Bonn 2011
- End, Markus, *Antiziganismus in der deutschen Öffentlichkeit. Strategien und Mechanismen medialer Kommunikation. Kurzfassung, Ansatz, Beispiele und Untersuchungsergebnisse*, Heidelberg 2014
- Fings, K., Der Weg in den Völkermord. Rekonstruktion und Struktur, in: Fings, K., Opfermann, F. U.(Hrsg.) *Zigeunerverfolgung im Rheinland und in Westfalen 1933–1945. Geschichte, Aufarbeitung und Erinnerung*, Paderborn 2012, S. 53–71
- Laue, C., „Zigeuner“ – Sinti und Roma in Herford in: Fings, K., Opfermann, U.F. a.a.O.
- Lessing, Alfred, *Mein Leben im Versteck. Wie ein deutscher Sinti den Holocaust überlebte*, Düsseldorf, 1993
- Meier, Th., *Assimilation, Ausgrenzung, Anerkennung. Schweizerische Zigeunerpolitik im europäischen Kontext*, in: Bernhard C. Schär, Béatrice Ziegler (Hg.) a.a.O.
- Opfermann, U.F., *Roma im Rheinland und in Westfalen. Von den ersten Belegen bis ans 19. Jahrhundert* in: Fings, K., Opfermann, F. U.(Hrsg.) *Zigeunerverfolgung im Rheinland und in Westfalen 1933– 1945. a.a.O., S. 23–36*
- Opfermann, U.F., *Preußen – Kaiserreich – Weimar. Umbrüche und Kontinuitäten*: Fings, K., Opfermann, F. U.(Hrsg.) *Zigeunerverfolgung im Rheinland und in Westfalen 1933–1945. a.a.O., S. 37–52*
- Iulia-Karin Patrut, *Exklusion von «Zigeunern» – Erscheinungsformen, Kontinuitäten und Brüche*, in: Bernhard C. Schär, Béatrice Ziegler (Hg.), a.a.O.
- Bernhard C. Schär, Béatrice Ziegler (Hg.), *Antiziganismus in der Schweiz und in Europa*, Zürich 2014
- Zimmermann, M., *Feindschaft gegen Fremde und moderner Rassismus: Robert Ritters ‚Rassehygienische Forschungsstelle‘*, in: Bade, K.J., a.a.O.
- *Quellen aus dem Staatsarchiv Detmold und dem Kommunalarchiv Herford, wie in den Fußnoten angegeben*

⁸² Schär, B.,C. u.a. a.a.O. S. 8

Euthanasie in Deutschland

von Manfred Schulte

Zum Begriff der Euthanasie

Der Begriff Euthanasie kommt aus dem Altgriechischen und bedeutet harmonisches, also möglichst schönes, leichtes Sterben. Er drückt damit ein menschliches Grundbedürfnis aus, das Ende unseres Lebens ohne Ängste und körperliches Leiden in Würde erleben zu können. In dieser ursprünglichen Bedeutung ist ihm nicht zu entnehmen, wie, wann und mit welchen Mitteln dieses Ziel zu erreichen ist, wohl aber, dass es sich um das Verlangen des Betroffenen handeln muss und nicht primär die Interessen Dritter zu befriedigen hat.

Seit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ist der Begriff in Verruf geraten und für viele Menschen tabu. Dies liegt an seinem Missbrauch durch das Regime, welches mit der Bezeichnung Euthanasie den Anteil der Massenmorde an unliebsamen Bürgern auf Grund angeblich vererbbarer geistiger oder körperlicher Behinderungen zu bemänteln versuchte. Doch stellt schon die damals gängige, propagandistisch formulierte Zielsetzung "**Vernichtung lebensunwerten Lebens zur Reinerhaltung der Rasse**" unverblümt klar, dass es hier nicht um einen vorzeitigen, schönen Tod auf Verlangen eines Behinderten ging. Mit zumeist pseudowissenschaftlich begründeten Gutachten wurden dem gelenkten Volksempfinden verdächtige und keineswegs nur behinderte Mitbürger zwecks "Verhütung erbkranken Nachwuchses" in den ersten Jahren zwangssterilisiert und später systematisch in Massenvernichtungszentren umgebracht.

In den letzten Jahren gewinnt der Begriff Euthanasie erneut an Aktualität, aber nunmehr in seinem ursprünglichen Sinn. Zum einen bietet der medizinische Fortschritt inzwischen die Möglichkeit, finale Lebensphasen rein biologisch zu verlängern, Schmerzen und Ängste zumindest weitgehend zu unterdrücken. Damit ergeben sich zugleich Fragen nach dem Anspruch auf Selbstbestimmung in dieser letzten Phase und nach dem Einsatz lebensverlängernder oder verkürzender Maßnahmen bis hin zur Tötung auf Verlangen. Für den Sterbenden und die ihn Begleitenden besteht neben der Klärung des medizinisch Machbaren insbesondere auch Bedarf an ethischen und rechtlichen Orientierungshilfen, die einen Missbrauch verhindern sollen. In Anbetracht unserer jüngeren Geschichte erscheint es dabei sinnvoll, auf die Benutzung des so verzerrten und emotional belasteten Begriffes Euthanasie zu verzichten und -wie ja auch heute weitgehend üblich- sich mit deutschen Begriffen wie "aktive und passive Sterbehilfe", "Sterbebegleitung", "Tötung auf Verlangen" u. a. auszudrücken. Das Wort Euthanasie wird wohl noch über Generationen mit seiner nationalsozialistischen Interpretation behaftet bleiben.

Die Ideologie der Rassenhygiene

Nach Naturstudien über mehr als 25 Jahre kommt der britische Biologe **Charles Darwin 1859** zu dem Ergebnis, dass das Überleben in der Natur sowohl bei Lebewesen, wie auch Pflanzen einer **natürlichen Auslese (Selektion) durch Anpassung an die vorhandenen Lebensbedingungen** unterliegt: Das

Individuum mit der besseren Anpassungsfähigkeit erweist sich als das Überlegene. Es kann sich besser vermehren und Konkurrenten im Überlebenskampf besser unterdrücken. Darwin erläutert seine Untersuchungsergebnisse sachlich, ohne ethische Wertung. Doch fokussiert auf die Spezies Mensch eröffnet seine Lehre von der "**Erhaltung der begünstigten Rassen im Kampf ums Dasein**" (Untertitel seines 1859 in London erscheinenden Buches) verlockende Perspektiven.

Sehen wir uns als Menschen schon den übrigen Lebewesen gegenüber, abgrenzend von uns in die Kategorie "Tiere" verwiesen, als überlegen an, so fühlen sich nun viele herausgefordert, ihr Bedürfnis, auch innerhalb der menschlichen Gesellschaft Mitglied einer begünstigten Rasse zu sein, mit kämpferischen Mitteln im Überlebenskampf zu untermauern. Durch den entstehenden **Sozialdarwinismus** fühlen sich die damaligen Kolonialstaaten in ihrer Unterdrückung der beherrschten Ethnien bis hin zu deren Vernichtung bestätigt.

In Deutschland führt er direkt zum Nationalsozialismus. 1883, kaum 25 Jahre nach Darwins Veröffentlichungen, begründet sein Vetter, der Arzt und Anthropologe **Francis Galton**, die Erbgesundheitslehre (**Eugenik** = Lehre von der guten Erbveranlagung). Seine Thesen werden in Deutschland begierig abgehandelt und ergänzt. Sie bilden die Grundlage des späteren, verschleiern als "Euthanasie" bezeichneten NS-Vernichtungsprogrammes. Galtons Vision: Der Starke, Tüchtige solle sich intensiv vermehren (positive Eugenik), den Minderangepassten beherrschen, von der Fortpflanzung ausschließen (negative Eugenik). Worin die Stärke des angeblich Tüchtigen liegt, und wer diese Wertung trifft, ist nicht zu erfahren. Im Sinne der Reinhaltung der Rasse warnt Galton vor einer Degeneration der weißen Rasse im Daseinskampf durch Beschützung der Schwachen. Selbstkritische Betrachtungen wie der nahe liegende psychologische Aspekt menschlicher Neigung zur Selbstwertüberschätzung finden keinen Eingang.

Der Arzt **Alfred Ploetz**, 1905 Mitbegründer der - ab 1910 "Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene", regt bereits 1895 eine staatlich reglementierte Menschengzüchtung an, u. a. mittels Kinder-Euthanasie. In seinem im selben Jahr erscheinenden Hauptwerk "Die Tüchtigkeit unserer Rasse und der Schutz der Schwachen" taucht im Untertitel "Grundlinien einer Rassenhygiene" erstmalig der Begriff **Rassenhygiene** auf. Für Deutschsprachige besser eingängig wird er den von Galton eingeführten Begriff Eugenik ablösen und in Zukunft eine zentrale Rolle spielen.

1909 veröffentlicht **Emil Kraepelin** (1856-1926), einer der damals angesehensten deutschen Psychiater sein auch nach Jahrzehnten noch anerkanntes psychiatrisches Standardwerk "Psychiatrie - Ein Lehrbuch für Studierende und Ärzte". Er erklärt darin, dass Geisteskrankheiten auf Vererbung beruhen (Entartung) und führt die Fachbegriffe "Jugendirrese" mit daraus resultierender "Dementia praecox" und später folgender "Schizophrenie" ein. Diese führten gesetzmäßig zu Verblödung und geistigem Tod.

Auch während und nach dem Ersten Weltkrieg nehmen derartige tendenziöse Publikationen einflussreicher Persönlichkeiten (Ärzte, Juristen) mit Richtungweisender Wirkung auf die Bevölkerung zu. Dabei wird auch immer unverblümter

die Forderung oder zumindest die Akzeptanz der Vernichtung von so genannten Volksschädlingen wie psychisch Auffälligen, auf Hilfen angewiesenen Behinderten, sozial Ausgegrenzten und anderen laut. Der Begriff "**lebensunwert**" greift um sich. Es werden Statistiken erstellt über den Lebensmittelverbrauch von Insassen psychiatrischer Anstalten, die ohnehin schon oft auf Hungerrationen gesetzt sind, und über die Einsparmöglichkeiten bei deren Liquidierung.

1931, also noch vor Hitlers Machtergreifung, äußert der Direktor der Provinzialheilanstalt Gütersloh, Hermann Simon, bei einem Kostenvergleich Behinderter zynisch: "Es wird wieder mehr gestorben werden müssen". In psychiatrischen Anstalten werden unter oft sehr zweifelhaften Diagnosen eingewiesene Patienten weggesperrt, verwahrt, nicht gepflegt. An ihnen wird weniger behandelt, als experimentiert. Reichsgerichtspräsident Karl Binding gibt sich im Ersten Weltkrieg tief erschüttert bei der Vorstellung, dass auf dem Schlachtfeld der Ehre tausende wertvolle junge Menschen ihr Leben verlieren, "während für lebensunwert befundene Behinderte in unseren Idioteninstituten mit unnützer Sorgfalt gegen die Natur am Leben gehalten werden".

Der Direktor der Freiburger Universitätsnervenklinik, **Alfred. E. Hoche** veröffentlicht zusammen mit Binding 1920 die Schrift "**Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens. Ihr Maß und ihre Form**". In dieser wird das menschenverachtende Vokabular von den "geistig Toten" um Begriffe wie "Defektmenschen", "Menschenhülsen", "Ballonexistenzen" erweitert, die Eliminierung dieser Kreaturen als Ziel erörtert und vor Mitleid mit den Opfern gewarnt. Die Schrift wird zu einer der Grundlagen des Euthanasieprogramms der Nationalsozialisten, zusammen mit dem ein Jahr später erscheinenden, zweibändigen Standardwerk der Nazi-Euthanasie, dem "**Grundriss der menschlichen Erblchkeitslehre und Rassenhygiene**", nach ihren Autoren als "Der Baur-Fischer-Lenz" bekannt und von Hitler 1923 während seiner Landsberger Haftzeit verinnerlicht. Unter anderem wird darin gewarnt, dass der Schutz so genannter Minderwertiger zur Entartung eines ganzen Volkes führen kann, wenn deren Fortpflanzung nicht verhindert wird.

Damit tritt, neben der bisherigen Zielsetzung der Tötung, die auf wohl breitere Akzeptanz bei der Bevölkerung spekulierende Alternative der Sterilisierung angeblich Erbkranker als Mittel rassenhygienischer Steuerung in den Fokus. All das spielt sich schon lange vor der Machtergreifung ab und bietet der rassenhygienischen Vernichtungsideologie des Nazi-Regimes eine zunehmend breite Basis und Anerkennung. Die Ärzteschaft mit ihren Publikationsorganen wird zunehmend von dieser Ideologie dominiert. Viele ihrer Mitglieder sind, mehr noch als bei den Juristen, schon in den 1920er Jahren erklärte Nazis. So wird das menschenverachtende NSDAP-Programm der Rassenhygiene bei der Reichstagswahl im Januar 1933 nicht zu einer letzten Hürde vor der angestrebten Machtergreifung, sondern kann im Gegenteil stimmbringend eingesetzt werden, zumal es von maßgeblichen Institutionen beider christlicher Kirchen unterstützt wird. Über umfangreiche Stichproben nach der Wahl ermittelte Eintritte in die NSDAP ergeben für Mediziner die höchste Quote: fast 45% der in der Reichsärztekammer registrierten Ärzte (bei nur 25% aus der Lehrerschaft), im katholischen Westfalen ca. 64% - mit Sympathisanten über 70%. In diakonischen Einrichtungen ist die Zahl der Beitritte besonders hoch (!).

Von der Machtergreifung zur Umsetzung des Euthanasieprogrammes

Nach der Machtergreifung am 30. Januar 1933 kann ohne Verzug umgesetzt werden, was von einer vor Jahrzehnten schon propagierten Ideologie der Rassenhygiene auf fruchtbaren Boden gefallen war und von der NSDAP in den letzten zehn Jahren konsequent organisiert werden konnte. Durch tief eingreifende Gesetzesänderungen und -neuschöpfungen wird schon innerhalb der ersten sechs Monate der Weg frei gemacht für die Vernichtung Behinderter wie auch rassistisch Unerwünschter:

- 28. Februar 1933: so genannte Reichstagsbrandverordnung ("Verordnung zum Schutz von Volk und Staat") mit Außer-Kraft-Setzung des Rechtes auf persönliche Freiheit, Meinungs-, Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses.
- 24. März 1933: so genanntes Ermächtigungsgesetz ("Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich"): Übertragung der legislativen und exekutiven Gewalt, auch gegen die Verfassung, an Hitler.
- 01. April 1933: von der NSDAP organisierter reichsweiter Boykott jüdischer Einrichtungen.
- 07. April 1933: "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" - Versetzung nicht arischer Beamter in den Ruhestand. Gänzlicher Ausschluss beamteter jüdischer Ärzte und Lehrer.
- 22. April 1933: Aufhebung der Kassenzulassung für jüdische Ärzte.
- 14. Juli 1933: "Gesetz gegen die Neubildung von Parteien", (damit Alleinherrschaft der NSDAP) und Erlass des Erbgesundheitsgesetzes ("**Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses**") -(siehe Anlage!)- In ihm werden acht angeblich vererbare Krankheiten aufgelistet, bei denen mit großer Wahrscheinlichkeit schwere körperliche oder geistige Schäden bei den Nachkommen zu erwarten seien. Deren Träger können unfruchtbar gemacht werden (Sterilisation). Hinzu kommt schwerer Alkoholismus. Es tritt zum 01. Januar 1934 in Kraft.

Dank eines sich schnell einspielenden Systems von indoktrinierten, eifertig anzeigenden Kontaktpersonen und Denunzianten betroffener Mitbürger, Regime ergebenen Amtsärzten, gewissenlosen Gutachtern und Richtern an den Erbgesundheitsgerichten bis hin zu den sterilisierenden Ärzten lassen sich die Forderungen des Gesetzgebers umsetzen. Der so funktionierende Apparat kann dann 1939 reibungslos von Sterilisation auf Tötung umgestellt werden.

1934 wird die "Kanzlei des Führers" (KdF) der NSDAP gegründet. Sie behandelt die Privatangelegenheiten des Führers und Gesuche an ihn. Innerhalb der KdF unterliegen Planung und Durchführung des Euthanasieprogramms dem Hauptamt II. Um dessen Verantwortlichkeit als höchste Instanz zu verschleiern, erhält es den Namen "Reichsausschuss zur wissenschaftlichen Erfassung von erb- und anlagenbedingten schweren Leiden". Außerhalb dieser Hierarchie unterstehen als Mitverantwortliche lediglich die Irrenanstalten dem Reichsministerium des Innern. Dieses ist mit seiner Abteilung IV an den Tötungen der Kranken beteiligt.

Die etwa 1935-36 begonnene Planung der Kindertötung ist bis 1939 abgeschlossen. Ab Mitte 1939 folgt dann forciert die Planung der Erwachsenen-Euthanasie mit der Begründung des Bereitstellungsbedarfes an Lazarettraum und

Personal für den bevorstehenden Krieg (!), sowie Abwerfen unnützen Ballastes. Aus außenpolitischen Erwägungen erfolgt keine gesetzliche Regelung, doch wird den an den Tötungsaktionen Beteiligten Schutz vor Strafverfolgung zugesichert. Es besteht kein Zwang zum Mitmachen. Neben Befreiung vom Fronteinsatz werden Vergünstigungen finanzieller Art gewährt. Der expandierende Organisations- und Verwaltungsapparat des Euthanasieprogramms wird Anfang 1940 in die Tiergartenstr. 4 verlegt und läuft, da geheim, seither für Eingeweihte unter der Bezeichnung "**Organisation T4**", offiziell unter dem Decknamen "**Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten**" (**RAG**). Verantwortlich bleibt bis Kriegsende die Kanzlei des Führers.

Der offizielle Sterilisationsstopp erfolgte 1939. Jedoch wird verschiedenen Orten zumindest bis 1944 weiter sterilisiert. Von 1934 bis 1944 fallen der Sterilisation etwa 400.000 Bürger aller Altersklassen zum Opfer. Ihnen und ihren Angehörigen wird eine Entschädigung bis heute versagt. Getötet werden Kranke mit wohlwollender Billigung von oben bereits vor 1939 im Auftrag verschiedener Anstaltsleiter durch Nahrungsentzug, also qualvolles Verhungern lassen, durch Überdosierung von Schlaf- und Beruhigungsmitteln, so genannte "Dämmereschlafkuren" und nicht zuletzt durch Misshandlungen und pflegerische Verwahrlosung der Hilflosen.

Die organisatorische Durchführung der Vernichtung Behinderter und anderer so genannter Volksschädlinge

Bereits am 5. September 1939 -gerade vier Tage nach Kriegsbeginn- läuft die erste Vergasungsaktion an geistig Behinderten in der Württembergischen Staats-Irrenanstalt Zwiefalten an. Die Opfer sind hierher überstellte Insassen der Anstalt Rastatt, die als Kaserne benötigt wird. Getötet wird mit eingeleiteten Kohlenmonoxyd-Abgasen aus Kfz-Motoren.

Als erste reine **Vergasungsanstalt** wird das Krüppelheim im ehemaligen Barockschloss **Grafeneck** im Kreis Münsingen auf der Schwäbischen Alb umgerüstet. Der Betrieb wird Ende Januar 1940 aufgenommen. Die Opfer werden mit Bussen herangeschafft. Eine kurze ärztliche Inspektion soll nicht etwa der Überprüfung des Todesurteils dienen, sondern Hinweise für die Angabe unverfänglicher Todesursachen bieten und die Träger von Goldzähnen kennzeichnen. Danach werden die Menschen in angebliche Duschräume getrieben und mit Kohlenmonoxyd vergast. Anschließend werden die Goldzähne der entsprechend markierten Leichen herausgebrochen und die Körperöffnungen auf versteckte Wertgegenstände untersucht. Danach erfolgt die Verbrennung in Öfen. Verbleibende Knochenreste werden in Knochenmühlen zermahlen, das Mehl in kleine Behälter verteilt, und diese den Angehörigen mit vorbereiteten Begleitschreiben unter Angabe einer angeblichen Todesursache zugesandt. Laufende Vergasungs- und Verbrennungsaktionen sind schon von Weitem an den aus dem Schornstein aufsteigenden, schwarzen Rauchschwaden zu erkennen, die einen spezifischen, penetranten Gestank verbreiten. Wegen zunehmender Unruhe in der Bevölkerung und aus Sorge um Aufruhr wird der Betrieb in Grafeneck Mitte Dezember 1940 eingestellt. Bei der abschließenden Weihnachtsfeier für die T4-Mitarbeiter wird deren Leistung, innerhalb knapp eines Jahres 10.000 Leichen "geschafft" zu haben, mit Blasmusik gewürdigt.

In den weiteren Vergasungsanstalten im Reichsgebiet wird ähnlich verfahren. Zwischen den Mitarbeitern besteht ein reger Erfahrungsaustausch - man kennt sich bei der T4. Die sechs Anstalten sind über das Reichsgebiet verteilt. Grafeneck auf der Alb, Bernburg an der Saale, Sonnenstein in Pirna bei Dresden, die Landespflegeanstalt Brandenburg mitten in der Stadt, Hadamar an der unteren Lahn und Hartheim bei Linz an der Donau. Daneben werden vierunddreißig Heil- und Pflegeanstalten für die Vergasung von Kindern ausgerüstet. Sie werden mit der Zusatzbezeichnung **Kinderfachabteilung (KFA)** ausgezeichnet. Neben der weiter laufenden Betreuung ihrer Stammpatienten werden nun die zu ihnen "verlegten", das heißt, die zur Tötung bestimmten Kinder aus anderen Anstalten, "behandelt" (damals die gebräuchliche Bezeichnung für die Tötung und Entsorgung).

Für alle Vergasungsanstalten im Reich werden Zuständigkeitsbereiche regional festgelegt. Innerhalb dieser werden in der Regel die für lebensunwürdig befundenen Kranken zunächst in nahe so genannte **Zwischenanstalten** verlegt, nachdem diese ihren eigenen Patientenstamm zur Vernichtung abgegeben haben, um Platz zu schaffen. Damit soll in der Region das eigentliche Ziel der Abtransporte, nämlich die schnell berüchtigt werdenden Vergasungsanstalten, verschleiert werden. Zugleich lässt sich so ein geregelter Nachschub in die Vernichtungszentren besser organisieren. Bei nicht sogleich zu bewältigendem Lieferstau wird an gegebenenfalls auch weit entfernte Vergasungsanstalten weitergeleitet. Dadurch wird der Leidensweg vieler Opfer vor ihrem Tod noch zusätzlich verlängert. Jedoch wird situativ auch bereits in Zwischenanstalten getötet. Die für Westfalen zuständigen Tötungseinrichtungen sind die **Vergasungsanstalt Hadamar/Lahn** und für Kinder die **Kinderfachabteilungen Dortmund-Aplerbeck** und **Niedermarsberg**. Für die Region Ostwestfalen fungiert vorrangig die Provinzialheilanstalt Gütersloh als Zwischenanstalt. Aus ihr werden 1941 bis 1943 1.017 Patienten in Tötungsanstalten verlegt.

Nach erfolgreichem Überfall auf Polen wird umgehend die Ausrottung Behinderter auch in den besetzten Gebieten veranlasst. Dabei vermischen sich zunehmend „T4-Aktionen“ des Euthanasieprogramms mit den jetzt in gewaltigem Umfang anlaufenden Vernichtungsaktionen gegen Juden, Sinti und Roma, die polnische Intelligenz, russische Kriegsgefangene seit dem Überfall auf Russland und sonstige, für lebensunwert befundene, dem Regime lästige Existenzen. Das nach Soldau (Dzialdowo) im zuvor polnischen Südwesten Ostpreußens abgestellte **Sonderkommando Lange** bringt im Mai-Juni 1940 innerhalb von zweieinhalb Wochen 1.558 Kranke aus ganz Ostpreußen mittels Kohlenmonoxyd in mobilen Gaswagen um, mit denen Lange sich zuvor schon bei der Liquidierung von "Staatsfeinden" im Warthegau einen Namen gemacht hat. Im August 1941 und Februar 1942 werden weitere 2.460 in Soldau gesammelte ostpreußische Patienten ins Reich "verlegt" - in die Vergasungsanstalt Sonnenstein in Pirna u. a.

Am 24. August 1941 wird der Vergasungsstopp verkündet: die Vergasungsanstalten im Reichsgebiet sollen angeblich ihre Vergasungen einstellen. Dabei scheint es sich jedoch eher um einen propagandistischen Schachzug zu handeln, mit dem die organisatorische Umstellung auf das gewaltige Vernichtungsprogramm des Holocausts an den Juden und an

politischen Gegnern verschleiert werden soll. Nur sechs Wochen später laufen die Einsätze im Osten, also außerhalb des Reichsgebietes, an. Sie beziehen nunmehr auch die Vergasungen des Euthanasieprogramms innerhalb des Reiches mit ein. Bis die Vernichtungslager -vorab Kulmhof (Chelmno) mit 300.000 Toten, dann Belzec, Sobibor und Treblinka- ihre volle Effizienz entfaltet haben, wird aber auch in den alten Anstalten im Reich in geringerem Maße weiter getötet, sofern sie nicht ganz stillgelegt wurden, wie zum Beispiel Grafeneck.

Es wird auch wieder vermehrt auf von früher bewährte, nach außen unauffälligere Verfahren wie Luminal-Injektionen und Verhungern zurückgegriffen. Besonders aktiv ist man in Hartheim bei Linz an der Donau, wo bis 1945 weiter "behandelt" wird. Bei Phasen unzureichender Auslastung werden dort auch andere, nicht kranke oder behinderte, Delinquenten liquidiert. Hier finden auch die ersten Juden-Vergasungen statt. Allein bis zum offiziellen Stopp (24.7.1941) werden in den sechs „T4-Anstalten“ 70.273 Vergasungen registriert. Eine weitere Dokumentation bis Kriegsende ist nicht mehr hinreichend zuverlässig möglich in Anbetracht der zunehmenden Deportation und Massenvernichtung von Menschen im Osten.

Nicht unerwähnt bleiben sollten die mehr als 10.000 Opfer der **Aktion 14f13**. Hierbei handelt es sich um angeblich kriminelle "Ballastexistenzen", von denen Himmler 1941 bis 1943 die Konzentrationslager befreien wollte und dafür ebenfalls die „T4-Anstalten“ nutzte.

Opfer der Euthanasie aus dem Herforder Raum - Beispiele

von Christoph Laue

Schon vor etlichen Jahren gab es eine Arbeitsgruppe bei „Arbeit und Leben DGB/VHS“ in Herford, die sich mit dem Thema „Euthanasie im Raum Herford“ beschäftigte. 2007 zeigte das Kuratorium Erinnern Forschen Gedenken in der Gedenkstätte Zellentrakt die Ausstellung „Johanne E., lebensunwert? - Euthanasie und Zwangssterilisierung im Raum Herford“. Die Ausstellung war Ausgangspunkt neuerer intensiver Forschungen, u. a. wurden schon damals Daten und Unterlagen zu Herforder Fällen aus der Vernichtungsanstalt Hadamar ausgewertet.

2007 war über das Ausmaß von Euthanasiefällen aus dem Raum Herford noch nichts Genaues bekannt. Die Forschung steht in dieser Frage noch am Anfang. Es können aber mehrere Einzelfälle von Einweisungen von Geisteskranke aus dem Raum Herford vor allem in die Landesheil- und Pflegeanstalt Hadamar bei Limburg in Hessen und dortige Todesfälle nachgewiesen werden. Der Weg dorthin führte in der Regel über die Provinzial-Heilanstalt in Gütersloh. Zahlreiche Einweisungen in die Anstalt Gütersloh, seltener auch nach Bethel, Marsberg und in andere Anstalten, finden sich im Archiv in Herford. Das weitere Schicksal der dort nachgewiesenen Personen ist bis auf gemeldete Todesfälle teilweise bis heute ungeklärt.

Einige Menschen aus dem Raum Herford wurden auch im Rahmen der Aktion T4, die in Hadamar von Januar bis August 1941 mit etwa 10.000 Opfern durchgeführt wurde, in einer Gaskammer mit Kohlenmonoxyd ermordet. Opfer der Euthanasie erhielten im Rahmen des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG) in der Nachkriegszeit keine Wiedergutmachung.

So wurde den Angehörigen von Friedrich S. aus Löhne-Beck im August 1941 aus Hadamar mitgeteilt: „... müssen wir zu unserem Bedauern mitteilen, dass Ihr Bruder, Herr Friedrich S., der im Rahmen von Maßnahmen des Reichsverteidigungskommissars in unsere Anstalt verlegt werden musste, am 11. August 1941 infolge Furunkulose mit anschließender Sepsis unerwartet verstorben ist.“ Der Leichnam wurde gemäß der „Verordnung zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten“ sofort eingeäschert. Im Schreiben war vermerkt, dass die Anstalt für Besuch gesperrt sei.

Auch Frieda S. aus Südlengern wurde 1943 aus Gütersloh in die Gauheilanstalt Tiegendorf bei Gnesen verlegt und starb dort 1944 mit hoher Wahrscheinlichkeit in einer Euthanasieaktion, wie aus der Wiedergutmachungsakte Ihres Mannes August S. hervorgeht: „Auch die Vermutung des Antragstellers, seine Ehefrau sei getötet worden, wird vom Direktor der Landesheil- und Krankenanstalt Gütersloh widerlegt, der in einem Schreiben vom 8.11.1954 ausführt, dass die Ehefrau nach einer ihm zugegangenen Mitteilung der Gauheilanstalt infolge „vollständiger Ausschöpfung des Körpers“ am 25.8.1944 verstorben ist und eine gewaltsame Todesart demnach unwahrscheinlich sei. Unabhängig von dieser Sachlage könnte auch für den Fall, dass die Vermutung des Antragstellers hinsichtlich der gewaltsamen Tötung seiner Ehefrau zutreffen sollte, nach der derzeitigen Rechtslage eine Entschädigung nach dem BEG nicht gewährt werden.“ (Quelle: Landeskirchliches Archiv Bielefeld und Kommunalarchiv Herford)

Aus Hadamar und den Bundesarchivbeständen konnten bisher 25 Akten zu Euthanasieopfern aus Stadt und Kreis Herford ermittelt werden. Dr. Wolf Müller hat im Archiv des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe zusätzlich weitere ca. 80 Fälle aktenmäßig belegen können. Teilweise gibt es für einzelne Menschen an drei Orten verschiedene Aktenunterlagen. Um die Fälle für Stadt und Kreis Herford recherchieren zu können, werden sehr hohe Hürden durch die Archivgesetze der Länder und des Bundes angelegt. Es herrscht hier besonders großer Personen- und Datenschutz. Notwendig für eine nicht anonymisierte Veröffentlichung sind die Einwilligungen der letzten noch unmittelbaren Nachkommen und Verwandten zu ermitteln.

Zu einigen dieser dokumentierten Fälle konnte im Bundesarchiv Berlin geforscht und umfangreiche Daten ermittelt werden. Weiterer Daten zu den Personen konnten im hiesigen Stadt- und Kreisarchiv, sowie durch Kontakte zu zahlreichen anderen Archiven ermittelt werden, wobei auch dabei die Einhaltung von Personen- und Datenschutz große Probleme bringt.

In Herford konnten bei der Stolpersteinverlegung im März 2011 Steine für Heinrich Schlüter und Anna Christine Richter verlegt werden.

Heinrich Schlüter, geb. am 4.12.1891 in Hollinde, Gemeinde Diebrock, ledig, war Arbeiter in einer Bürstenfabrik und wohnte Jöllenbecker Weg 23 in Herford. Bei seiner Aufnahme in Gütersloh war er 1,70 m groß und 52 kg schwer. Seine Diagnose aufgrund eines Fragebogens war zunächst „zunehmender Verblöndungszustand, Schizophrenie auf angeborener Grundlage.“ Der ärztliche Bericht spricht schon von einem ersten Aufenthalt in der Nervenheilanstalt Andernach 1918 während des Militärdienstes. „Schon nach der Schulentlassung (nach acht Jahren) erregtes Wesen, Wutanfälle, zunehmende Demenz..., läuft fort, wird von Polizei wieder heimgebracht. 1928 Krankenhausaufenthalt wg. Geistesschwäche, eingeliefert von den Eltern.“

Sein Zustand bei der Aufnahme wird wie folgt beschrieben: „Ziemlich elender Mann in herabgesetztem Kräfte- und Ernährungszustand. Allgemein sehr ruhig, apathisch und teilnahmslos, keine akuten Erregungszustände, Nahrungsaufnahme sehr gut - „er isst für zwei!““. Trotzdem wird ihm eine teilweise Gemeingefährlichkeit zugeschrieben. „Heinrich Schlüter ist infolge der Verworrenheit seiner Gedankengänge, die durch wahnhaft-unwirkliche Vorstellungen ausgelöst werden, nicht fähig, sich in richtige Beziehung zur Umwelt zu setzen. Auch sein äußeres Verhalten wird hierdurch zu läppisch-albernem oder stumpf-teilnahmslosem Wesen. Er bedarf weiterhin der Anstaltsbehandlung“.

Ähnliche Berichte werden an die Eltern in den weiteren Jahren des Anstaltsaufenthaltes verschickt. Im Nov. 1933 beantragte Schlüter seine Entlassung, wogegen die Anstaltsleitung bei der Polizeiverwaltung Herford Einspruch erhebt: „Er würde draußen alsbald für seine Angehörigen und die Umgebung untragbar werden. Trotzdem müssen wir ihn entlassen, wenn nicht die rechtliche Grundlage für seine Internierung geschaffen wird, entweder in Form einer Entmündigung oder der Einweisung als gemeingefährlicher Geisteskranker! [...] Erfolgt diese Einweisung nicht sofort, so müssen wir

Schlüter entlassen, um uns nicht einer rechtswidrigen Freiheitsberaubung schuldig zu machen.“

Die Herforder Polizei erfüllt dieses Verlangen und beurteilt, ohne ein ausführliches Gutachten in den Händen zu haben und es auch danach – trotz Anforderung bei der Anstalt– nicht zu bekommen, Schlüter als gemeingefährlichen Geisteskranken! In den nächsten Jahren wird immer wieder bestätigt, dass mit Schlüter keine Verständigung möglich ist, 1934 erfolgt eine Entmündigung, die Anzeige für eine Sterilisierung wird von der Anstalt Gütersloh gestellt. Ob sie auch durchgeführt wurde, geht aus der Akte in Berlin nicht hervor.

1934 folgt ein fachärztliches Gutachten eines Assistenzarztes in Gütersloh diesen Aussagen. Erblichkeit wird angenommen, da ein Großvater geisteskrank gewesen sein soll. Er habe plötzliche Wechsel der Stimmungslagen, sei aber arbeitsam. Er dränge auf Entlassung und zeige sich uneinsichtig. Er sei „von Geburt an minderwertig“. Neben dem angeborenen Schwachsinn „traten im Laufe der letzten Jahre immer auffallendere Gemütsverstimnungen auf...“. 1935 will der Vater einen ausführlichen Bericht, wird aber mit kurzen Bemerkungen abgespeist.

Die Akte weist für die nächsten Jahre keine Besonderheiten auf, die Leistung in der Außenkolonne ist sehr gering. Im Dez. 1939 flieht Schlüter aus der Anstalt, kommt aber schon am Abend zurück. Dem Vater sollte mitgeteilt werden, dass, falls der Sohn bei ihm auftauche, er dort bleiben könne, da er „in letzter Zeit keine Erregungszustände mehr gehabt habe und sich etwas leichter lenken ließ“. Der Vater könne ihn aber auch – wenn er Schwierigkeiten machen würde – innerhalb der nächsten drei Monate ohne Formalitäten wieder zurückbringen. Dieses Schreiben wurde wegen seiner Rückkehr in die Anstalt aber nicht abgeschickt

Dies wäre evtl. seine Rettung gewesen. Denn am 9.7.1941 wird Schlüter verlegt „auf Veranlassung des Oberpräsidenten nach Heilerziehungsanstalt Calmenhof bei Idstein.“ Laut Meldekarte aus Herford ist er „laut Mitteilung des Bruders im Feb. 1942 in Österreich, Heilanstalt verstorben“. Laut dem standesamtlichen Eintrag auf der Geburtsurkunde ist er in Idstein gestorben. In Wahrheit wurde er im Rahmen der T4-Aktion in Hadamar ermordet.

Anna Christine Richter, geb. am 3.5.1903 in Herford, wohnte in Herford bis 1917 in der Notholdstr. 2., ab 1922 in der Luttenbergstr. 7 (bei ihrer Mutter) und verzog 1925 nach Düsseldorf. Von dort gelangte sie nach Stuttgart, wo sie am 17.11.1931 eine (uneheliche) Tochter bekam. Ihre beiden Brüder lebten in Mannheim.

Anna Richter wird am 30.1.1932 (dortige Akten-Nr. 5317) in die Heilanstalt Winnenthal eingeliefert. Als persönliche Daten werden erhoben: 165 cm groß, 1932: 67,5 kg schwer (an anderer Stelle steht 70,5 kg), Augenfarbe blau, Haare blond. Vom 29.9.-12.12.1934 wird sie auf Diät gesetzt. In der Akte finden sich Angaben zu ihrer Gewichtsentwicklung (1935-1938 immer zwischen ca. 50 und ca. 48 kg (Juli 1938: 43,5 kg!) 1939 um die 50 kg., Anfang 1940 48 kg., 30. Mai 1940 nur noch 45,5 kg!). Detailliert wird über ihre Periode, die Verpflegung und

die Arzneimittelgaben berichtet. Ihre Krankheitsgeschichte geht von der Diagnose Schizophrenie aus. Als Ursachen werden psychische Einflüsse, Sorgen um die Zukunft und möglicherweise ihre Schwangerschaft genannt. Bei der Aufnahme in Winnenthal wird vermerkt „ängstlicher Eindruck, lief fort, gemeinsame Unterhaltung nicht möglich, gibt keine Auskünfte.“

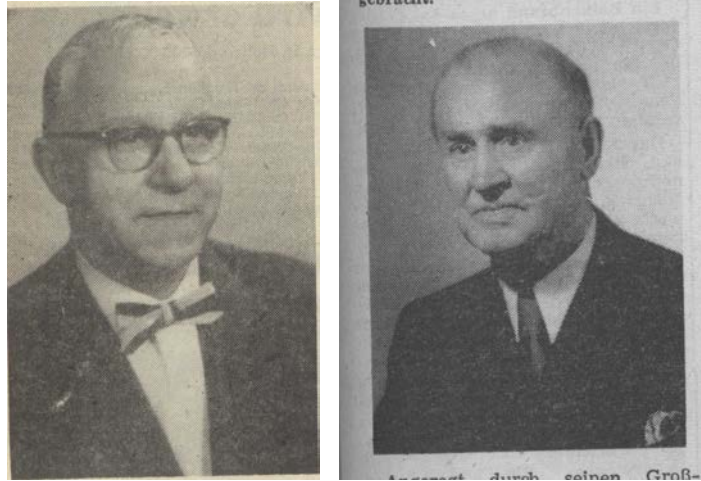
Über sie werden Ermittlungen im Kinderheim angestellt, in dem sie mit ihrer Tochter vorher lebte. Danach kam sie am 28.11.1931 aus Kolberg nach Stuttgart. Von ihrer geheimen Schwangerschaft wusste auch ihre Mutter nichts. Sie sei bereits am ersten Abend in Tränen ausgebrochen. Der Vater des Kindes soll Herbert Weiss aus Gmünd, Olgastr. 82 sein. Sie sei mit ihm seit zwei Jahren heimlich verlobt. Er habe in Stuttgart auch die Vaterschaft anerkannt und sie im Kinderheim besucht. Nachdem sie ihm erzählt hatte, dass sie auch mit anderen Verkehr hatte, zweifelte er an seiner Vaterschaft.

Das ärztliche Zeugnis vom 30.1.1932 vermerkte „akute Geistesstörung, Verwirrtheit, Selbstmordversuch, Selbstmord zu erwarten, deshalb wird geschlossene Anstalt empfohlen.“ Bei einem Besuch in Winnenthal am 6.2.1932 berichtete die Mutter, sie wusste vom Verhältnis, aber nicht von der Schwangerschaft. Die Tochter hätte den Vater des Kindes in Köln kennen gelernt. Die Mutter vermutete, dass die Tochter krank geworden sei, weil er sie nicht heiraten wollte. Eine zweite Tochter sei in der Anstalt Gütersloh, sie wisse aber nichts über eine Erbkrankheit in der Familie.

Das neue ärztliche Zeugnis vom 4.3.1932 spricht von "plötzlich ausgebrochener Geisteskrankheit"; deshalb sei die Patientin vom Kinderheim in die Irrenzelle des Krankenhauses Waiblingen verlegt worden. Vom Bruder Wilhelm kamen mehrere Briefe nach Winnenthal. Auf die Frage nach dem Befinden der Schwester erhielt er die stereotype Antwort „keine Veränderung, nimmt genügend Nahrung zu sich, gibt keine Auskünfte.“ Am 7.4.1932 erklärt die Mutter in Herford die Zustimmung zur Aufnahme in die Heilanstalt und bestätigt dies am 7.2.1934 in Winnenthal nochmals.

Geklärt werden sollte nun die Ursache der Krankheit. Eine Anfrage der Anstalt an die Städtische Fürsorge in Stuttgart vom 20.7.1932 ergab: „Keine sicheren Anhaltspunkte für Rückführung der Krankheit auf die Geburt.“ Die Anfrage an die Landesfürsorge Württemberg vom 10.11.1932: „Ist die Krankheit durch Niederkunft hervorgerufen?“ bekam als Antwort: „Die Patientin ist am 17.11.1931 entbunden worden und am 26.11.1931 in das Säuglingsheim in Waiblingen aufgenommen worden. Wenn vorher keine psychische Krankheit beobachtet worden sei, ist die Auslösung durch die Geburt möglich. Der Oberin des Heims fiel der psychische Zustand gleich auf!“

Am 16.5.1936 fragte die Anstalt beim Gesundheitsamt Herford (Dr. Siebert) an, ob die Krankheit als Erbkrankheit anzusehen sei. Sie erhielt die Antwort: „Ja, es handelt sich um eine ausgesprochene Schizophrenie“.



**Täter: Dr. Siebert, Städtisches Gesundheitsamt Herford,
Dr. Angenete Kreisgesundheitsamt (Kommunalarchiv)**

Bei einer Anfrage des Bruders nach dem Zustand seiner Schwester von September 1938 erhielt er die Antwort: „keine Änderung seit Jahren“. In den folgenden Jahren gab es zahlreiche weitere Berichte über die Krankheitsgeschichte. Frau Richter wurde beschrieben: „Verwirrt, laut, schlägt um sich, Halluzinationen, schimpft, triebhaft, Unterhaltung nicht möglich, greift Personen an...“

Vom 25.6.-17.8.1938 wurde sie einer Cardiazol-Behandlung ausgesetzt. Durch diese Medikamente wurden bei ihr 30 Anfälle ausgelöst, nach Einschätzung der Anstalt „ohne Erfolg“. Am 24.6.1940 wird sie „aus Gründen der Reichsverteidigung verlegt“, gleichbedeutend mit einem Todesurteil.

2010 konnte das Stadtarchiv die Tochter ermitteln. Sie lebte in Winnenden, also ganz in der Nähe der Anstalt, in der ihre Mutter eingeliefert worden war. Es entwickelte sich ein reger Brief- und Telefonkontakt. Sie wusste bisher nur, dass ihre Mutter im Rahmen der Euthanasie ermordet worden war, aber kaum Details und hatte auch keinen Kontakt zu den noch wenigen Verwandten im Raum Mannheim. Sie erlaubte aber die Stolpersteinverlegung in Herford.

Laut ihrer Geburtsurkunde in Herford starb Frau Richter am 7.7.1940, was im Standesamtsregister unter der Nr. 1352/1940 in Hartheim-Alkoven vermerkt wurde. Der wirkliche Todesort war aber die „Heilanstalt“ Grafeneck, von der folgende Antwort kam: „Der Name Anna Christine Richter ist in unserem Namens- und Gedenkbuch, das bis heute ca. 9.000 Namen der über 10.600 Opfer der NS-Euthanasie“ nennt, enthalten.

Nach unseren Unterlagen wurde Sie am 24.6.1940 aus der Heil- und Pflegeanstalt Winnenthal (Winnenden) nach Grafeneck deportiert und hier am selben Tag ermordet.

Bei der Beurkundung Hartheim handelt es sich um eine Falschbeurkundung zu Täuschungszwecken. Mit den verschiedenen Tötungsanstalten der T4 gab es ein System des Aktentausches. Des Weiteren wurden die Sterbedaten gefälscht und in der Regel ca. zwei Wochen nach hinten datiert.

Nachzulesen ist dies u. a. bei Ernst Klee, aber auch bei Thomas Stöckle "Grafeneck 1940".

Aus südwestdeutschen Einrichtungen und Kliniken deportiert, ist im Jahr 1940 immer vom Tötungsort Grafeneck auszugehen. Eine Liste der 48 Kliniken und Heime finden Sie u. a. auch auf unserer website.

Über evtl. versandte Urnen haben wir hier keine Informationen. Es ist sowieso nicht anzunehmen, dass in der Urne tatsächlich die sterblichen Überreste der Anna Christine Richter waren bei der Dimension des Verbrechens und der Zahl der gleichzeitig verbrannten Leichen."

Zwei weitere Herforder Fälle konnten mit Quellen aus der Gedenkstätte Mönchberg im Zentrum für soziale Psychiatrie (ZSP) (Psychiatrische Klinik) Hadamar dokumentiert werden. Zu beiden konnten- wie auch zu weiteren Fällen- bisher keine direkten Verwandten oder Nachkommen ermittelt werden.



Albert Meier und Johanne Pecher, Opfer der Euthanasie aus Herford (Archiv Gedenkstätte Hadamar)

Albert Meier, geb. am 30.6.1907 in Herford, war Gärtner. Er war mit der Diagnose Schizophrenie von 1935–1936 sowie 1938–1939 und 1939–1941 in der Provinzialheilanstalt Gütersloh. Meier wurde am 4.3.1939 in der Anstalt Gütersloh als "völlig wehruntauglich" gemustert und 1941 als ungeheilt in die Heilerziehungs- und Pflegeanstalt Scheuern bei Nassau eingewiesen.

In seiner Krankenakte wurde er 1942 so beschrieben: „Stumpf, ablehnend, gibt nur widerwillig Antwort. Hält sich ständig den Rock über der Brust zusammen, mit der anderen Hand ‚das Herz fest‘“. „Der Sonnenschein bricht das Herz durch die Rippen, ist dann sichtbar.“ „Ich habe einen doppelten Herzbruch“. „Lehnt jede Beschäftigung ab, wird ab und zu etwas erregt. Schimpft öfters erregt, offenbar unter dem Einfluss von Sinnestäuschungen.“

Am 7.1.1943 wurde Meier in die Landesheilanstalt Hadamar verlegt. Die letzten Eintragungen in der Akte lauteten „...längere Zeit zu Bett. (...) In der letzten Zeit Darmkatarrh. Heute Exitus an Entero-Kolitis.“ Am 11.2.1943 verstarb er offiziell in Hadamar, die offizielle Todesursache lautete: Darmkatarrh, in Wahrheit wurde er ermordet.

Johanne Pecher, geb. am 19.4.1892 in Herford, wohnte an der Mindener Str. 88. Mit der Diagnose Schizophrenie war sie 1931–1932 und 1932–1941 in der Provinzialheilanstalt Gütersloh und wurde 1941 als ungeheilt in die

Heilerziehungs- und Pflegeanstalt Scheuern bei Nassau eingewiesen. Von dort gelangte sie am 8.1.1943 in die Landesheilanstalt Hadamar. Hier lauteten die letzten Eintragungen in der Akte „ musste vor etwa vier Wochen zu Bett genommen werden wegen Schwäche. Verwandte wurden benachrichtigt. Erholte sich nicht mehr. Erkrankte in den letzten Tagen an Grippe. Heute Exitus an Grippe.“ Offiziell ist sie am 13.1.1943 in Hadamar verstorben, als offizielle Todesursache wurde die Grippe angegeben. Auch sie wurde ermordet.

Auch für diese beiden Opfer der Euthanasie aus Herford sind Stolpersteine verlegt worden. Weitere Forschungen zu Euthanasieopfern aus dem Raum Herford sind im Gange.

Widerstand und Verfolgung: Bibelforscher im Raum Herford 1933-1945

von Helga Kohne

1933, am 24. Juni, wurde die Bibelforschervereinigung von den Nazis verboten. 1935, am 1. April, erfolgte die Auflösungsverfügung der Wachturm-Bibel und der Traktatgesellschaft.

Die Nazis sahen in der Existenz der Zeugen Jehovas eine Gefahr, die beseitigt werden musste. Die Zeugen Jehovas lehnten jeglichen Kult, der nicht Jehova galt, ab. Sie verweigerten den Hitler- und Fahnenruß, beteiligten sich nicht an politischen Wahlen und Veranstaltungen und verweigerten den Wehrdienst und jede Tätigkeit für militärische Zwecke. Sie lehnten jeden Rassebegriff und die Verfolgung und Ermordung der Juden ab.

Die Zeugen Jehovas hätten Gefängnis, Konzentrationslager, Folter und Tod entgehen können, wenn sie sich mittels einer Verpflichtungserklärung von ihrem Glauben losgesagt und den Zielen der Nazis gefolgt wären. Im NS-Ziel hieß es: „Das internationale System der Bibelforscher-Vereinigung ist vollkommen auszurotten, da sie in hohem Maße staatsgefährdend und staatsfeindlich“ seien.

Eine Besonderheit stellte der Herforder Bibelforscherprozess 1937 dar. Am 20. Mai 1937 war im Herforder Kreisblatt zu lesen: „Zeugen Jehovas vor dem Richter“. Die Öffentlichkeit erfuhr, dass gegen 22 Zeugen Jehovas vor dem Amtsgericht Herford ein Gerichtsverfahren begonnen hatte, welches vom 19. bis 22. Mai stattfand. Die Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen zwischen sechs und achtzehn Monaten. Nur Wenige wurden frei gesprochen. In diesen Prozessen konnte man bei den Strafzumessungen noch von einer 'Beweislage' ausgehen. Das war etwa ab 1939 anders. Fast alle wurden wiederholt verhaftet.

Sie erhielten totales Berufsverbot, kamen in Zuchthäuser, Lagerhaft, mussten sich einer Zwangserziehung beugen, weil man sie für die Volksgemeinschaft für unbrauchbar hielt. Einige durchlitten Konzentrationslager und überlebten. Einige wurden ermordet. Insgesamt standen von 100 Zeugen Jehovas im Raum Herford 44 vor verschiedenen Gerichten. Die Haftzeiten betragen von wenigen Wochen bis zu sieben Jahren und vier Monaten. Zwei Kinder wurden den Eltern weggenommen, sieben Personen verloren ihr Leben, fünf durch Hinrichtung.

1933 gab es rund 25.000 Zeugen Jehovas. Bis 1945 wurden ca. 10.000 Zeugen Jehovas Opfer des NS-Systems: 8.000 waren in Gefängnissen und Konzentrationslagern, 1.400 verloren das Leben, davon 360 durch Hinrichtung. In 500 Fällen wurde Eltern das Sorgerecht für ihre Kinder entzogen.

Pastor Martin Niemöller sagt nach 1945: „Wir Christen von heute stehen beschämt da vor einer so genannten Sekte wie der ernstesten Bibelforscher (Jehovas Zeugen), die zu Hunderten und Tausenden ins Konzentrationslager und in den Tod gegangen sind, weil sie den Kriegsdienst ablehnten und sich weigerten, auf Menschen zu schießen“.

Beispiele aus dem Raum Herford:

Willi Joecks war ein selbständiger Gärtner aus Löhne und wollte mit seiner Frau Marie eine Familie gründen. Er war 32 Jahre alt, als er im Juli 1940 einen Einberufungsbefehl erhalten hatte. Willi Joecks erklärte schriftlich, dass er aus religiösen Gründen den Wehrdienst nicht antreten werde. Er berief sich auf das Gebot: „Du sollst nicht töten...“ Daraufhin wurde er wie ein Schwerverbrecher von Polizisten mit Schäferhunden abgeführt. Im September brachte man ihn in das Wehrmachtsuntersuchungsgefängnis Berlin-Tegel. Willi Joecks wurde am 2. Oktober 1940 zum Tode verurteilt. In der Sterbeurkunde steht: Willi Joecks, gottgläubig..., ist am 02.11.1940 um 5 Uhr 45 Minuten in..., verstorben.



**Willi Joecks (Zeichnung) und Hermann Abke (mit Familie)
(Kommunalarchiv)**

Hermann Abke erhielt am 27. April 1944, als 40jähriger Familienvater den Einberufungsbefehl. Beim Wehrbezirkskommando in Herford gab er eine schriftliche Erklärung zur Wehrdienstverweigerung ab, die aber nicht angenommen wurde. Abke erklärte: „Seit meinem 16. Lebensjahr bin ich, beeinflusst durch die Eindrücke des vorherigen Krieges, der Auffassung, dass es unchristlich ist, einen Menschen zu töten...“. Hermann Abke wurde zwangsweise als Soldat eingekleidet und in ein Wehrmachtsgefängnis überführt. Am 27.6.1944 wurde er vom Reichsgericht zum Tode verurteilt.

Am 20. Juli erhielt die Ehefrau in Herford die Nachricht: „Es wird Ihnen mitgeteilt, dass Ihr Ehemann am 27.6. wegen Verweigerung des Wehrdienstes zum Tode verurteilt wurde und dass dieses Urteil am 17.7.1944 vollstreckt wurde“.

Heinrich Ostermöller und **Walter Möller** aus dem Raum Bünde und **Wilhelm Rahde** aus Löhne wurden noch am 1. Mai 1945, als der Krieg schon beendet war, standrechtlich erschossen.

Damit wurden im Raum Herford fünf von insgesamt 360 Ermordungen im Reich wegen Wehrdienstverweigerung verhängt und vollzogen.

Friedrich Meyer war Justizangestellter beim Amtsgericht Herford. Am 18. Mai 1936 wurde ihm mitgeteilt, dass er sich durch illegale Tätigkeit -durch

Vertreibung von Schriften- schuldig gemacht habe und deshalb aus dem Angestelltenverhältnis entlassen werde.

Meyer blieb ein Jahr und sechs Monate ohne jegliche Unterstützung arbeitslos. 10 Monate kam er in Haft, doch das war noch nicht das Ende. Am 27. Februar 1945 wurde er erneut inhaftiert, weil er wiederholt Stellungsbefehlen zum Volkssturm nicht gefolgt war. Bis zum 15. März blieb er im Herforder Polizeigefängnis im Keller des Rathauses in Schutzhaft. In weiteren Vernehmungen lehnte er die „Vereidigung auf den Führer“ ab. Meyer sollte vor ein Standgericht gestellt werden, was mangels Transportmöglichkeit jedoch ausblieb. Er blieb weiterhin im Polizeigefängnis. Seine Tochter, damals 17 Jahre alt, glaubt nicht an die fehlenden Transportmöglichkeiten. Sie ist der Meinung, dass die Bekanntschaft des Vaters mit Polizei- und Justizbeamten eine Rolle gespielt habe. Ein Indiz dafür ist auch, dass die Tochter ihrem Vater regelmäßig Essen in das Gefängnis bringen durfte. Meyer selbst schrieb in einem Brief im Juli 1945: „Sein zweiter Arbeitgeber, Walter Angenete“ (= Fa. Angenete und Scholle) habe ihn, „wo er nur konnte, dem Zugriff der Partei entzogen“.

(Quelle: **Jochen Schluer**: *Die Verfolgung der Zeugen Jehovas im Raum Herford 1933-1945*,
<http://www.european-migration.de/euromig/hf/jehotm/bifoh111.htm>)

Widerstand und Verfolgung: Das Beispiel Heiko Ploeger

von Helga Kohne

Heiko Ploeger wurde am 15. Sept. 1944 im Alter von 46 Jahren hingerichtet. Er wurde ermordet auf der Grundlage eines Gerichtsurteils, das im Namen des Deutschen Volkes gesprochen wurde. Die NS-Justiz befand ihn für schuldig, ein gefährlicher Hetzer und Kriegsverbrecher gewesen zu sein und erklärte ihn für ehrlos. Seine Menschenwürde hatte man ihm dennoch nicht nehmen können. Schließlich bestand sein Verbrechen einzig und allein darin, für ein freies Deutschland gestrebt und gelitten zu haben.

Heiko Ploeger glaubte fest daran, dass ihm die Geschichte einmal Recht geben werde. Der letzte Satz in seinem Abschiedsbrief aus der Todeszelle an seine Frau Henny lautet: "Deutschland wird es anerkennen."

Doch wer war Heiko Ploeger? Ein Widerstandskämpfer? Er selbst hätte sich wohl nicht als solcher bezeichnet. Zumindest gehörte er keinem organisierten Widerstand an. Er war ein einfacher, liebenswürdiger Mensch. Und wäre er nicht in die Hände der Nazi-Henker gelangt, wäre sein Leben nach dem Ende des NS-Staates nicht viel anders verlaufen. Er hätte gelebt wie zuvor: liebenswürdig, bescheiden, hilfsbereit, unauffällig.



Heiko Ploeger (Kommunalarchiv)

Allerdings gehörte Heiko Ploeger vier Organisationen der Arbeiterbewegung an, die ab 2. Mai 1933 verboten waren: Gewerkschaft, SPD, Reichsbanner und Arbeiter-Schachclub. Er ging zu regelmäßigen Treffen in das Volkshaus am Alten Markt, vorrangig, um Schach zu spielen.

Bis April 1933 wurden mehr als 50 Kommunisten, Gewerkschafter, Sozialdemokraten in sog. Schutzhaft genommen, die sie monatelang im Gefängnis an der Eimterstraße oder im Polizeigefängnis im Rathaus verbrachten. Heiko Ploeger blieb zu diesem Zeitpunkt verschont, weil er bis dahin auf keiner der schwarzen Listen stand. Verwandte erinnern sich, dass Heiko mit seiner Frau Flugblätter gegen das Naziregime verteilt hatte, dabei aber nicht auffällig geworden war.

Doch was ist weiter passiert? Heiko Ploeger war Schlosser und ausgebildeter Funker und arbeitete ab 1937 bei Dürkopp in Bielefeld, einem wichtigen Rüstungsbetrieb, in dem auch Waffen hergestellt wurden. Als größter metallverarbeitender Betrieb der Region, war Dürkopp auch Zentrum des Arbeiterwiderstandes. Sowohl KPD-Mitglieder als auch Sozialdemokraten verteilten Informationsmaterial, das meistens im Ausland hergestellt worden war. Ob Heiko Ploeger hier ab 1937 involviert war, ist nicht dokumentiert. Das verschärfte Überwachungssystem der Nazis sorgte dafür, dass kaum noch Unterstützung von Exilgruppen aus dem Ausland in die Hände von Widerständlern gelangte.

Die gleichgeschalteten Zeitungen und der Rundfunk ließen keine kritische Stimme zu. Es gab nur noch Sendungen im Interesse des NS-Staates. Um so bedeutender wurde die Beschaffung von Informationen über ausländische Rundfunksender.

Für den Funker Ploeger muss das eine Herausforderung gewesen sein. Die Nazis selbst hatten durch den Ausbau des Rundfunkwesens ungewollt dafür gesorgt, dass das Radio auch im Kampf gegen das Regime genutzt wurde. Mit dem Überfall auf Polen am 1. Sept. 1939, dem Kriegsbeginn, wurde das Abhören von ausländischen Sendern (sog. Feindsender) verboten und unter Strafe gestellt. Es galt als Verbrechen gegen die nationale Sicherheit des Volkes und konnte mit Zuchthaus geahndet werden. Für die Verbreitung feindlicher Nachrichten drohte die Todesstrafe. Von 1939 bis 1945 stiegen die sog. Rundfunkverbrechen enorm an. Sie gingen in die Tausende. In Flüsterpropaganda verbreitete sich ein Zweizeiler: „Lieber Gott, mach mich taub, dass ich nicht am Radio schraub.“

Der Funker Ploeger hatte am Radio geschraubt und das, was er gehört hatte, weitergegeben an Kollegen auf der Bahnfahrt von Herford nach Bielefeld und im Betrieb bei Dürkopp. Er muss dort denunziert worden sein. Am 18. Jan. 1944 wurde Heiko Ploeger in Herford verhaftet und in das Bielefelder Polizeigefängnis gebracht. Nach sieben Wochen Haft hatte er 40 Pfund abgenommen. Am 14. und 15. August 1944 wurde ihm in Hamm der Prozess gemacht. Am 15. August erging das Todesurteil.

Am 15. September 1944 wurde Heiko Ploeger im Hinrichtungsraum des Dortmunder Gerichtsgefängnisses mit dem Fallbeil getötet. Am selben Tag wurden noch acht Bielefelder Arbeiter hingerichtet. Die Getöteten hatte man dann auf dem Dortmunder Hauptfriedhof verscharrt. Heiko Ploeger wurde am 12. Jan. 1946 nach Herford überführt und hier beigesetzt. Seine Frau Henny starb sechs Monate nach seiner Ermordung.

Abschiedsbrief: „Wir haben die Verantwortung, die Erinnerung an das Leid, die Ursachen und Folgen wach zu halten. Es gibt keinen Schlussstrich.“

(Text: verantwortlich Helga Kohne nach Dieter Begemann: *„Ich hoffe, dass ein freies Deutschland für Euch entsteht“*, Bielefeld 1988)

Hintergrund: Sozialdemokratischer Arbeiterwiderstand gegen den Nationalsozialismus in Ostwestfalen-Lippe

von Volker Beckmann

Aus Anlass des Gedenkens an Heiko Ploeger, der vor 70 Jahren vom OLG Hamm mit seinem Freund Gustav Höcker „wegen Abhörens feindlicher Sender, Verbreitung volksschädlicher feindlicher Sendernachrichten und Wehrkraftzersetzung“ zum Tode verurteilt und am 15. September in Dortmund hingerichtet wurde, soll im Folgenden von seinem persönlichen Mut zum Widerstand, aber auch allgemein von den Formen der Resistenz, des Protestes, des passiven und aktiven Widerstandes im sozialdemokratischen Lager gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft die Rede sein.

Schon in der Weimarer Republik bekämpfte die SPD als verfassungstreue Klassen- und Staatspartei die NSDAP und ihre Organisationen mit parlamentarischen, staatlichen und wahlkämpferischen Mitteln. Die Tolerierungspolitik gegenüber dem Präsidialkabinett Brüning, die Disziplinierung von Beamten mit nationalsozialistischen Neigungen, SA- und Uniformverbote, der Stimmzettelantifaschismus sowie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und proletarische Wehrhaftigkeit waren im eigenen Lager keinesfalls unumstrittene sozialdemokratische Antworten auf die nationalsozialistische Bedrohung und die Weltwirtschaftskrise. (1)

Auf welche Weise versuchte die SPD, Neu- und Nichtwähler vor den falschen Versprechungen der NSDAP zu warnen und sie an sich zu binden? Einen Tag vor der Reichstagswahl am 31.7.1932, zehn Tage nach dem Papen-Staatsstreich gegen die kommissarische Regierung Braun-Severing in Preußen, übergab ein Beauftragter der NSDAP-Ortsgruppe Werther dem Bürgermeister Ostrop eine Wahlflugschrift der SPD mit der Aufforderung, sie verbieten zu lassen, „da sie ihrer Meinung nach die jetzige Regierung verleumde und unwahre Behauptungen gegen die NSDAP aufstelle.“ (2)

In dieser SPD-Wahlflugschrift mit dem Titel „Gegen das System Hitler!“ wurde auf intelligente Weise auf folgende Widersprüche in der nationalsozialistischen Politik hingewiesen:

„Hitler prophezeite und verspricht seinen Freunden im Großgrundbesitz, auf deren Schlössern er wohnt, höhere Zölle und höhere Landpreise, den Städtern aber verspricht er billigere Lebensmittel. Er verspricht den Schwerindustriellen, die begeistert ‚Heil Hitler!‘ rufen, Abbau der Soziallasten und den Arbeitern und Angestellten höhere Sozialrenten. Er verspricht den Handwerkern, Bauern und kleinen Geschäftsleuten Verringerung der Soziallasten, den Beamten aber sagt er Wahrung aller Rechte und erhöhte Gehälter zu. Er redet gegen ‚Bonzen‘ und ist selber Riesenbonze mit Privatautos von je 40.000 RM Wert und einem Einkommen, viel höher als das des Reichskanzlers. Hitler und die tausend Parteiangestellten mit einem Einkommen von vielfach 1.000 RM im Monat sind die einzigen, die nicht von Versprechungen, sondern vom Geld des ‚Dritten Reiches‘ leben. [...] Es gilt, aus geistiger Schmach, das Vaterland und das Volk vom Elend zu befreien! Deutsches Volk, nütze das Wahlrecht! Die Stimme des deutschen Volkes gehört am 31. Juli nur der Liste 1. Gewählt wird von 8 bis 5 Uhr.“ (3)

Mit Hilfe dieser Auflistung von Ungereimtheiten in der Politik der NSDAP versuchte die SPD als Klassen- und Staatspartei, Wähler für sich einzunehmen. Die ostwestfälische SPD steuerte mit Severing als preußischem Innenminister einen besonders legalistischen, staatstragenden, parlamentarischen Kurs. Die SPD- und die Gewerkschaftsführung waren sich einig in ihrer Politik, Gewalttätigkeiten auf der Straße und einen Bürgerkrieg zu vermeiden. (4)

Dies war wohl der Hauptgrund, warum die Vorstände der SPD und des ADGB auf das Einheitsfrontangebot der KPD am Tag des Papen-Putsches zum Aufruf eines Generalstreiks nicht eingingen. Was zur Abwehr des Kapp-Putsches im März 1920 noch möglich war, wurde am 20.7.1932 nicht mehr in Erwägung gezogen. Deshalb war es kaum verwunderlich, dass die Enttäuschung bei der SPD-Basis, dem Reichsbanner und der Eisernen Front tief war. (5)

In seinen Memoiren versuchte Severing sein Verhalten am 20.7.1932 zu rechtfertigen. Erstens sei die Zeit zu knapp gewesen, um der preußischen Polizei Weisungen zu erteilen. Zweitens sei es unmöglich gewesen, das Reichsbanner so auszurüsten, dass es im Kampf gegen die Reichswehr Erfolg hätte haben können. Drittens sei das Ziel, eine geschäftsführende SPD-Regierung wieder einzusetzen, „kein zündendes Kampfobjekt“ gewesen. Viertens hätten sich von den anderen republikanischen Parteien nur die im Reichsbanner organisierten Mitglieder des Zentrums dem Widerstand angeschlossen. Fünftens wäre ein Generalstreik bei der Massenarbeitslosigkeit wirkungslos geblieben, da streikende Arbeiter durch Arbeitslose ersetzt worden wären. (6)

Auf der anderen Seite wäre die Eiserne Front, insbesondere das Reichsbanner, zum Widerstand bereit gewesen. Die Arbeiterbewegung in Ostwestfalen war am Ende der Weimarer Republik tief gespalten und zerstritten, obwohl doch eine Zusammenarbeit zwischen SPD und KPD von Nöten gewesen wäre. Einheitsfrontaktivitäten waren allenfalls auf der unteren Ebene möglich, so im Arbeiterviertel Kamphof und im 2. Stadtbezirk in Bielefeld, wo ein Einheitsfrontkomitee und ein Massenselbstschutz mit Erfolg gegründet wurden.

Auch in Herford kam es im Juni 1932 zur Gründung eines Einheitsfrontkomitees, das aus je zwei Mitgliedern der SPD, der SAP, der KPD und zwei Parteilosen bestanden haben soll. In der Erwerbslosenbewegung wurden im Landkreis Bielefeld Erwerbslosenausschüsse eingerichtet, die auf die Kommunen Druck ausübten, um Hilfsbedürftige wenigstens mit Nahrungsmitteln und Kohlen zu versorgen. (7)

Doch was SPD und KPD auf der Parteiebene von einer gemeinsamen Bekämpfung des Faschismus abhielt, waren ihre grundsätzlich unterschiedlichen politischen Zielvorstellungen. Während die SPD in Zusammenarbeit mit anderen republikanischen Parteien an der Erhaltung des parlamentarischen Systems interessiert war, steuerte die KPD eine Diktatur des Proletariats an. Während die KPD die SPD als „Sozialfaschisten“ verunglimpfte, weil sie bereit war, die Politik des Präsidialkabinetts Brüning zu tolerieren, verübelte die SPD, dass sich die preußischen Kommunisten am Volksbegehren, das am 5.2.1931 durch den Stahlhelm beantragt worden war, und am Volksentscheid gegen die Braun-Severing-Regierung beteiligten (9.8.1931), obwohl Sozialdemokraten und

Kommunisten in Lippe im Januar 1931 im Kontext des von den Nationalsozialisten initiierten Volksbegehrens zur Auflösung des Lippischen Landtags durchaus einige Male erfolgreich bei der Bekämpfung nationalsozialistischer Versammlungen zusammengearbeitet hatten. (8)

Felix Fechenbach berichtete im sozialdemokratischen „Volksblatt Lippische Zeitung“ über das wahre Gesicht des Nationalsozialismus, über seine Gewalttätigkeiten und seine Gewaltbereitschaft und entlarvte die pseudosozialistischen und antikapitalistischen Phrasen der NSDAP als „Etikettenschwindel“, die das alleinige Ziel verfolgten, naive Anhänger zu mobilisieren. (9)

Bei dieser Charakterisierung der Nationalsozialisten befand er sich in Übereinstimmung mit dem „Anti-Nazi“, dem vom Centralverein (Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens) herausgegebenen Handbuch im Kampf gegen die NSDAP (Berlin 1930), das den Nationalsozialismus als undemokratisch, seine Rassenlehre als unhaltbar und seinen Sozialismus als lediglich vorgespielt charakterisierte. Das Handbuch, das als Materialsammlung für den sozialdemokratischen Redakteur und Redner gedacht war, präsentierte u. a. 30 nationalsozialistische Politiker, die als Scharlatane, Korrupte, Pervertierte, Sadisten und Fememörder vorgestellt wurden. Die SPD arbeitete mit geistigen Mitteln.

„Dem skrupellosen Gewaltcharakter des Nationalsozialismus stand die Sozialdemokratie dennoch recht hilflos gegenüber, da der sozialdemokratische Antifaschismus bereits in der Theorie defensiv strukturiert und auf völlige Gewaltlosigkeit angelegt war. Der Mangel an offensiven Ansätzen wirkte sich folgeschwer auf die antifaschistische Praxis aus. Die Entwicklung der Tolerierungspolitik und der ‚Stimmzettelantifaschismus‘ waren Ausdruck dieses Mangels.“ (10)

Ein anderes schwerwiegendes Problem der Weimarer Republik war die Rechtslastigkeit der Justiz. Bei der Darstellung der Rechtskultur der Weimarer Republik wird verschiedentlich darauf hingewiesen, dass deutsche Gerichte rechtsextreme Straftäter häufig milder beurteilten als Angeklagte des linken politischen Spektrums. Mit Hilfe der Rechtsschutzabteilung des C.V. (Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens) gelang es tatsächlich, dass berüchtigte Antisemiten wie Theodor Fritsch und führende Nationalsozialisten wie Joseph Goebbels, Gregor Strasser, Robert Ley, Karl Holz und Julius Streicher mehrfach zu ein paar Wochen oder Monaten Gefängnis oder zu geringen Geldstrafen verurteilt wurden. Doch diese milden Urteile konnten keinen Gesinnungswandel, ein Gefühl der Reue oder eine Einsicht in den Unrechtscharakter ihrer Taten bewirken. Zudem erhielten die Angeklagten vom Gericht des Öfteren die Möglichkeit, den Gerichtssaal zu einem Forum für nationalsozialistische Propaganda umzufunktionieren und sich von ihren Anhängern feiern zu lassen. (11)

In Wahlkampfzeiten hatte die SPD in Kooperation mit dem Reichsbanner keine Berührungängste, mit anderen republikanischen Parteien und Organisationen bei der medialen Aufklärung über die Gefahren des Nationalsozialismus zusammenzuarbeiten. Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (RjF) wurde im

Jahre 1919 „als Abwehrinstrument gegen den Antisemitismus" gegründet und arbeitete diskret mit dem Centralverein (C.V.) deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens und dem Reichsbanner zusammen bei der Aufklärung über die und Bekämpfung der NSDAP. (12)

Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens hatte im Sommer 1929 in der Wilhelmstraße in Berlin in der Nähe der Hauptgeschäftsstellen des C.V., der SPD und des SPD-Parteiorgans „Vorwärts" ein neues Büro eröffnet, das die Funktion hatte, die NSDAP zu erforschen und die republikanischen Parteien und Organisationen in Wahlkampfzeiten mit Anti-Nazi-Propagandamaterial zu versorgen. (13)

Schon in der Reichstagswahl von 1928 ließ der C.V. Millionen von Flugblättern, Plakaten, Klebezetteln und Tausende von Broschüren drucken, die von den republikanischen Parteien (SPD, DDP, Zentrum) verteilt wurden und gegen die völkischen Verbände und die NSDAP gerichtet waren. Unter den Broschüren, die zur Verteilung kamen, waren 10.000 Exemplare des von dem evangelischen Pfarrer Emil Felden verfassten „Anti-Anti", „einer fünfzigblättrigen Anleitung im Taschenformat zur Entgegnung der antisemitischen Topoi", die an alle republikanischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten und Parteimitglieder abgegeben wurden. (14)

Eine Methode, der sich sowohl die Anhänger der organisierten Arbeiterbewegung als auch die Nationalsozialisten bedienten, bestand darin, die Wahlplakate des politischen Gegners abzureißen oder zu überkleben. Wenn Plakate zu NS-Veranstaltungen mit dem Zusatz einluden „Juden haben keinen Zutritt", erhielten republikanische Wahlhelfer die Möglichkeit, diesen Zusatz mit dem Zettel „Denn beim Lügen möchten wir ungestört bleiben" zu überkleben. (15)

Dieser Klebezettel, wie auch ein runder Klebezettel, der Hitler in der Mitte und den Text „Die Nazis sind unser Unglück" zeigte, gehörte zu dem Anti-Nazimaterial, das vom C.V. gedruckt wurde und seit dem Wahlkampf vor den Reichstagswahlen 1924 und am 20.5.1928 massenhaft den republikanischen Parteien SPD, DDP und dem Zentrum zur Verfügung gestellt wurde und durch das Reichsbanner, die Eiserne Front oder durch den C.V. selbst zur Verteilung gelangte. (16)

Brandstiftung, die Aufhebung der wesentlichen Grundrechte der Weimarer Verfassung und vorbereitete polizeiliche Verfolgung der kommunistischen und demokratischen Arbeiterbewegung gehörten von Beginn an zu den terroristischen Methoden der NS-Regierung.

So wurden allein 361 Personen aus dem Stadt- und Landkreis Bielefeld von 1933-35 wegen politischer Strafsachen in so genannte „Schutzhaft" genommen, manche mehrmals. Bezeichnenderweise gehörte die Mehrheit der Verhafteten der KPD (60,9%) und der SPD (17,2%) vor 1933 an. Der Widerstand gegen das NS-Regime wurde zu 84,8% von Arbeitern getragen. (17)

Der SPD-Reichstagsabgeordnete und SPD-Bezirksvorsitzende Carl Schreck wurde vom 2.4.-15.5.1933 aufgrund einer Denunziation in „Schutzhaft" genommen, weil er auf einer SPD-Versammlung seine Zweifel darüber ausgedrückt hatte,

dass ein Mann allein das Reichstagsgebäude in Brand stecken könne (...) 'Nero hätte s. Zt. Rom in Brand gesteckt, um einen Grund zu haben, die Christen zu verfolgen.' (18)

Nach Entlassung aus der Haft sah sich Schreck gezwungen, sein Mandat und seine Ämter niederzulegen. Im Kreis Lübbecke wurden im Zeitraum 1933-37 mindestens 89 Personen wegen politischer Straftaten in „Schutzhaft“ genommen. Von diesen waren wenigstens 37% Arbeiter. Die Begründungen für ihre Inhaftierung reichten von der Beleidigung von NSDAP-Funktionären bis zu der Mitgliedschaft in verbotenen Parteien, Organisationen und Sekten (KPD, RGO, ADGB, Reichsbanner, Bibelforscher, „Jesus siegt“, so genannte „Ausschreitungen“, „Agitation unter Arbeitern“, Resistenz, „Arbeitsscheue“, Begünstigung, „Hochverrat“, Zerreißen von NSDAP-Plakaten etc.). (19)

Steinbach charakterisierte die besondere Situation des sozialdemokratischen Widerstands in der ersten Phase des NS-Regimes mit den folgenden Worten: „Sozialdemokratischer Widerstand wurde nicht durch den Willen zur demonstrativen Auflehnung, sondern durch den Willen zur Selbstbehauptung legitimiert: Widerstand war konspirative Pflege der Gesinnung und Schulung des Bewusstseins. Sozialdemokraten wussten, dass sie unter der nationalsozialistischen Herrschaft nicht mehr als politisch Andersdenkende empfunden wurden, sondern zu Feinden geworden waren. Aller Machtmittel und Agitationsmittel ledig, konnte es nur darum gehen, zu überleben und sich bereitzuhalten, still zu helfen, im kleinen Kreis des Betriebes und der Nachbarschaft ein Netz der Solidarität zu knüpfen und die Organisation, so gut es ging, zu stärken, selbst dort, wo sie nicht mehr sichtbar werden durften.“

So verweist sozialdemokratischer Widerstand zum einen auf die Notwendigkeit, sich im Alltag zu behaupten, zum anderen auf die Diskussion. Sozialdemokraten erkannten sich an Bemerkungen, an gesprächsweise angedeuteten Vergleichen von Gegenwart und Vergangenheit, an einem raschen Handzeichen. Ihre Gruppenaktivitäten brachen hingegen bis 1936 weitgehend zusammen.“ (20)

Auch Heiko Ploeger und seine Frau Henny sollen mit ihren Nachbarn Wilhelm und Willi Osterhagen in der Anfangszeit des NS, ausgestattet mit antifaschistischen Plakaten oder Flugschriften, Leimpinsel und Dose, Flächen im vertrauten Bereich des Alten Marktes und des Volkshauses, Litfaßsäulen und Hauswände beklebt haben. Das war extrem mutig und geschah vermutlich nachts. Willi Osterhagen wurde schon 1934 vom OLG Hamm „wegen der Verteilung eines Flugblattes verurteilt, in dem es unter anderem hieß: ‚Arbeiter, Werktätige! Gleich, in welcher Front ihr heute steht, ob KPD, SPD, NSBO, Christliche, SA, SS oder Stahlhelm, wir gehören alle zur unterdrückten Klasse! Erkennt den gemeinen Betrug der Faschisten. Heraus aus dieser Volksgemeinschaft der schwerreichen Ausbeuter und Lakaien. Die Bildung der Arbeitsfront aller Werktätigen ist heute und in Zukunft nötiger denn je. Schafft unabhängige Gewerkschaften zum Kampfe gegen Lohnabbau, gegen jede Verschlechterung unserer Lebenslage.‘ (21)

Ich zitiere im Folgenden aus einem Presseartikel von Dieter Begemann: „Neue Westfälische 09 - Herford, 18./19.01.2014: Erinnerung an einen mutigen Mann / Vor 70 Jahren wurde Heiko Ploeger verhaftet (von Stadtarchivar Dieter

Begemann, Herford): „In den Abendstunden des 18. Januar 1944, es war ein Dienstag, heute vor 70 Jahren, wurde der Herforder Heiko Ploeger in seiner Wohnung in der Johannisstraße 36 verhaftet.“

Ein Blick zurück: Zwei junge Frauen, die an diesem Abend dort gegen 20:00 Uhr entlang kamen, sahen auf der gegenüber liegenden Straßenseite einen dunklen Mercedes mit brennenden Scheinwerfern stehen. Weil damals Verdunkelungspflicht wegen der ständigen Bombenangriffe bestand, flachste eine der Frauen die zwei Männer an, die mit Hut und Ledermänteln bekleidet, am Wagen standen. Diese knurrten laut Überlieferung im Kommandoton zurück: "Verschwindet!"

Heiko Ploeger arbeitete in 12-Stunden-Schichten in der so genannten Kanonenfabrik des Bielefelder Maschinenbau-Unternehmens Dürkopp in Künsebeck. Er war vermutlich gerade erst nach Hause gekommen, als die „Geheime Staatspolizei“ (Gestapo) ihn in Herford abholte. Vor ihm lagen sieben Wochen Folter und Verhöre im Polizeigefängnis in der Bielefelder Turnerstraße. Es folgte ein weiteres halbes Jahr Gefängnishaft in Hamm und Dortmund, bis Ploeger am 15. September 1944 wegen "Wehrkraftzersetzung und Rundfunkverbrechen" hingerichtet wurde.

Einen Monat zuvor hatten ihn die Richter des Oberlandesgerichtes Hamm als einen "gefährlichen Hetzer und Kriegsverbrecher" bezeichnet, weil er sich in ausländischen Rundfunksendungen über die militärische Lage informiert und diese Nachrichten mit seinen Arbeitskollegen diskutiert hatte.

"Für Wahrheit, Freiheit und Gerechtigkeit" steht auf seinem Grabstein auf dem Friedhof „Ewiger Frieden“. Ploeger wurde ermordet auf der Grundlage eines Gerichtsurteils, das "im Namen des Volkes" gesprochen wurde. Es war die Absicht der NS-Machthaber, die Menschen, die Widerstand gegen das Regime leisteten, nicht nur physisch zu vernichten.

Auch ihre Namen, so hatte es Propagandaminister Joseph Goebbels verlangt, sollten für immer aus der Geschichte gestrichen werden. Laut Anklageschrift des OLG Hamm brachte Heiko Ploeger während seiner Gespräche mit seinen Kollegen in der Kanonenfabrik Dürkopp im Werk Künsebeck u. a. folgende politischen Ziel- und Wertvorstellungen zum Ausdruck, die für unser heutiges Geschichts- und Politikverständnis als selbstverständlich im kollektiven Gedächtnis verankert, erachtet werden können: Niederlage des NS aufgrund materieller -aber auch strategischer und geistiger- Überlegenheit der Alliierten, freie Wahlen, Mehrparteiensystem, Anklage und Verurteilung der NS-Führer als Hauptkriegsverbrecher durch ein spezielles Gericht, Todesstrafe für eine unbestimmte Zahl unter ihnen, Anklage einiger Kapitalisten (i.e. Unternehmer, Manager, Anteilseigner) wegen massiver Beförderung der Aufrüstung zum Zwecke der Angriffskriege, Ausbeutung und Ermordung von Sklaven- und Zwangsarbeitern, Missachtung von Menschenrechten in größtem Ausmaße. Die NS-Justiz soll 16.000 Todesurteile vollstreckt, die Militärgerichtsbarkeit weitere 40.000 Todesurteile ausgesprochen haben. (22)

Am 1.2.1950 folgten 30.000 Menschen einem Aufruf des DGB und protestierten auf dem Bielefelder Schillerplatz gegen den milden Urteilsspruch, den das

Bielefelder Schwurgericht gegen den ehemaligen Gestapobeamten Karl Kaufmann ausgesprochen hatte, 1½ Jahre Zuchthaus unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Kaufmann hatte auch Heiko Ploeger verhört und gefoltert. Auf Transparenten war zu lesen: 'Wir protestieren gegen das Schandurteil' und 'Hinweg mit den Nazirichtern'. (23)

Der vorsitzende Richter im Prozess gegen die Dürkopp-Arbeiter wurde - wie seine beiden Beisitzer- erfolgreich entnazifiziert und schied 1948 „mit vollen Ruhestandsbezügen aus dem Dienst aus“. (24)

Die beiden anderen Richter nahmen ihre Tätigkeit beim OLG Hamm im Jahre 1946 wieder auf. Der ehemalige NS-Justizminister Otto Thierack, u. a. verantwortlich für die formelle Bestätigung von tausenden Todesurteilen von Nazi-Gegnern, für die Ermordung von Justizhäftlingen in den Konzentrationslagern, wurde verhaftet, im Lager Eselsheide bei Stukenbrock (ehemaliges STALAG 326) interniert und entzog sich seiner Anklage vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg durch Selbstmord. (25)

An der Beisetzungsfeier für Heiko Ploeger am 12.1.1946 nahmen Vertreter der SPD und KPD aus Herford teil. Die Ortsgruppe des VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes: Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen, Bibelforscher) ließ einen Gedenkstein auf dem Grab von Heiko Ploeger errichten mit der Inschrift: „Er starb als Opfer der Diktatur für Wahrheit, Freiheit, Recht“. (26)

Erst 1962 wurde auf einem Platz neben dem Städtischen Museum Herford ein offizielles Denkmal für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft errichtet - nach zahlreichen Anfragen in dieser Sache des VVN und der Jüdischen Gemeinde. (27)

Jedes Jahr wird an diesem Ort des Gedenkens sowohl der jüdischen Verfolgten des Reichspogroms von 1938 als auch der Betroffenen der NS-Rassenpolitik gedacht. Politischen Widerstand, Rettungswiderstand in einer Diktatur zu leisten, ist zweifellos lebensgefährlich und extrem mutig. Zivilcourage in einer freiheitlichen Demokratie zu zeigen oder über den Widerstand gegen die NS-Gewaltherrschaft zu forschen und die Forschungsergebnisse zu vermitteln, ist schlicht eine Bildungsaufgabe. (28)

Exkursionen zu Gedenkstätten im In- und Ausland, aber auch lokal- und regionalgeschichtliche Forschungen über das Thema Widerstand werden auch in Zukunft z.B. von Arbeit & Leben, Vereinen und verschiedenen Bildungsinstitutionen gefördert werden.

(1) siehe: Wolfram Pyta: Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik. Düsseldorf 1989.

(2) Vgl. StdtA Werther, B 77

(3) Vgl. StdtA Werther, B 77

(4) Vgl. Hemkemeier, Reinhard: Bereit sein ist alles. Die ostwestfälisch-lippische Sozialdemokratie im Kampf gegen den Faschismus 1929-1933. Hamburg 1987, S. 171. Zur Bewertung der NSDAP aus sozialdemokratischer Sicht und zu den parlamentarischen, staatlichen und wahlkämpferischen Strategien der SPD im Kampf gegen die NSDAP siehe

Pyta, Wolfram: Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik. Düsseldorf 1989.

(5) Vgl. Hemkemeier, S. 176.

(6) Vgl. ebd., S. 179.

(7) Vgl. Zoremba, Dieter: „Der Weg der SPD führt die Arbeiterklasse ins Verderben“ – Bielefelder KPD in Auseinandersetzung mit der SPD, in: Emer, Wolfgang; Horst, Uwe; Schuler-Jung, Helga (Hg.): Provinz unterm Hakenkreuz. Diktatur und Widerstand in Ostwestfalen-Lippe. Bielefeld 1984, S. 39-45.

(8) Vgl. Hemkemeier, S. 108, 125, 128; Pätzold, Kurt; Weißbecker, Manfred: Geschichte der NSDAP 1920-1945. Köln 1998, 157f.

(9) Vgl. Hemkemeier, S. 87.

(10) Vgl. Hemkemeier, S. 80f.

(11) Vgl. Paucker, Arnold: Der jüdische Abwehrkampf, in: Mosse, Werner E. (Hg.) unter Mitwirkung von Arnold Paucker: Das Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage am Ende der Weimarer Republik. Tübingen 1966, 2. Aufl., S. 446; Paucker, Arnold: Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Hamburg 1969, 2. Aufl., S. 77.

(12) Zitiert nach Schoeps, Julius H. (Hg.): Neues Lexikon des Judentums. Gütersloh 1992, S. 385, Artikel: Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (RjF); Paucker (1969), S. 34f. Zu einer vorsichtigeren Einschätzung kommt Jacob Toury in seinem Aufsatz „Die Judenfrage in der Entstehungsphase des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“, in: Heid, Ludger;

Paucker, Arnold (Hg.): Juden und deutsche Arbeiterbewegung bis 1933. Soziale Utopien und religiös-kulturelle Traditionen. Tübingen 1992, S. 227: „Kurz – es ergibt sich als Fazit aller bisherigen Betrachtungen, dass die Zusammenarbeit zwischen Reichsbanner und RjF und/oder C.V. [bis 1930] eher die große Ausnahme, als die Regel war.“

(13) Vgl. Paucker (1966), S. 463f.

(14) Vgl. Klein, Brigitte: Die C.V.-Zeitung der Jahrgänge 1925-1935. Zum Problem des Selbstverständnisses deutscher Juden. Diplomarbeit. Frankfurt/a.M. 1969, S. 32f; Paucker (1966), S. 454; derselbe (1969), S. 48.

(15) Vgl. Paucker (1966), S. 454, Fußnote 182.

(16) Vgl. ebd., S. 465. Ein solcher Klebezettel wurde abgedruckt in: Suchy, Barbara: The Verein zur Abwehr des Antisemitismus (II). From The First World War to it's Dissolution in 1933, in: LBIYB, Bd. XXX (1985).

(17) Vgl. Diewald-Kerkmann, Gisela: Verfolgung, Widerstand und Resistenz in Bielefeld 1933-1945, in: Diewald-Kerkmann, Gisela; Kunz, Kerstin; Knobelsdorf, Andreas: Vor braunen Richtern. Die Verfolgung von Widerstandshandlungen, Resistenz und so genannter Heimtücke durch die Justiz in Bielefeld 1933-45. Bielefeld 1992, S. 56-59.

(18) Zitiert nach derselben, S. 31; vgl. Homburg, George: Sozialdemokratie unterm Hakenkreuz. Ostwestfalen-Lippe 1933-1945. Hamburg 1988, S. 67; vgl. Bracher, Karl Dietrich: Stufen totalitärer Gleichschaltung: Die Befestigung der nationalsozialistischen Herrschaft 1933/34, in: Michalka, Wolfgang (Hg.): Die nationalsozialistische Machtergreifung.

Paderborn 1984, (1984), S. 20ff.

(19) Vgl. Schacht, Detlef-Joachim; Witteborg, Jörg: NS-Machtergreifung und Herrschaftsstabilisierung in Stadt und Kreis Lübbecke in den Jahren 1930-1939. PH Bielefeld 1976, S. 81-94.

(20) Peter Steinbach: Widerstand aus der Arbeiterbewegung, in: ders., Widerstand im Widerstreit. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerung der Deutschen. Ausgewählte Studien. Paderborn 1994, S. 159f.

(21) Zitiert nach: Dieter Begemann: Station 9: Ecke Johannesstraße/Rennstraße. Frühere Wohnung Heiko Ploegers, in: Spurensuche – Das andere Herford. Stadtführung durch die Herforder Geschichte 1900 bis 1950. Hrsg. v. Arbeit und Leben DGB/VHS im Kreis Herford. Herford 1989, S. 37. KAH, Stadtarchiv, 10/723 Anträge zur Tagesordnung im Rat

Herford, Rat V (31.1.1986-26.9.1986), SPD-Fraktionsantrag vom 18.6.1986, Beilagen von Bert Beitmann.

(22) Bedürftig, Friedemann: Taschenlexikon Drittes Reich, Hamburg 1998, 3. Aufl., Artikel „Justiz“, S. 182f.

(23) Dieter Begemann: „Ich hoffe, dass ein freieres Deutschland für Euch entsteht“. Das Schicksal des 1944 hingerichteten Arbeiters Heiko Ploeger. Hrsg. von „Arbeit und Leben DGB/VHS“ im Verlag für Regionalgeschichte. Bielefeld 1988, S. 72, 78, 116-118.

(24) Ebd., S. 119.

(25) Ebd., S. 119f.

(26) Ebd., S. 114ff; 122.

(27) Ebd., S. 123.

(28) Siehe modellhaft z.B. das Bildungsprogramm unter dem Motto „Forschen. Erinnern. Vermitteln“ des 1967 in Frankfurt/am Main gegründeten „Studienkreis[es] Deutscher Widerstand 1933-1945“ (<http://www.widerstand-1933-1945.de>).

Literatur:

- Beckmann, Volker: Die jüdische Bevölkerung der Landkreise Lübbecke und Halle i.W. Vom Vormärz bis zur Befreiung vom Faschismus (1815-1945). Lage 2001
- Begemann, Dieter: „Ich hoffe, dass ein freieres Deutschland für Euch entsteht“. Das Schicksal des 1944 hingerichteten Arbeiters Heiko Ploeger. Hrsg. von „Arbeit und Leben DGB/VHS“ im Verlag für Regionalgeschichte. Bielefeld 1988
- Bedürftig, Friedemann: Taschenlexikon Drittes Reich. Hamburg 1998, 3. Aufl.
- Bracher, Karl Dietrich: Stufen totalitärer Gleichschaltung: Die Befestigung der nationalsozialistischen Herrschaft 1933/34, in: Michalka, Wolfgang (Hg.): Die nationalsozialistische Machtergreifung. Paderborn 1984, (1984), S. 20ff.
- Hemkemeier, Reinhard: Bereit sein ist alles. Die ostwestfälisch-lippische Sozialdemokratie im Kampf gegen den Faschismus 1929-1933. Hamburg 1987
- Homburg, George: Sozialdemokratie unterm Hakenkreuz. Ostwestfalen-Lippe 1933-1945. Hamburg 1988.
- Paucker, Arnold: Der jüdische Abwehrkampf, in: Mosse, Werner E. (Hg.) unter Mitwirkung von Arnold Paucker: Das Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage am Ende der Weimarer Republik. Tübingen 1966, 2. Aufl.
- Paucker, Arnold: Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Hamburg 1969, 2. Aufl.
- Schacht, Detlef-Joachim; Witteborg, Jörg: NS-Machtergreifung und Herrschaftsstabilisierung in Stadt und Kreis Lübbecke in den Jahren 1930-1939. PH Bielefeld 1976.
- Steinbach, Peter: Widerstand aus der Arbeiterbewegung, in: ders., Widerstand im Widerstreit. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerung der Deutschen. Ausgewählte Studien. Paderborn 1994, S. 147-174.
- Pyta, Wolfram: Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik. Düsseldorf 1989.
- Zoremba, Dieter: „Der Weg der SPD führt die Arbeiterklasse ins Verderben“ – Bielefelder KPD in Auseinandersetzung mit der SPD, in: Emer, Wolfgang; Horst, Uwe; Schuler-Jung, Helga (Hg.): Provinz unterm Hakenkreuz. Diktatur und Widerstand in Ostwestfalen-Lippe. Bielefeld 1984, S. 39-45.

Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit

von Helga Kohne

10 Millionen Menschen mussten während des Zweiten Weltkriegs in Deutschland Zwangsarbeit leisten: in der Landwirtschaft, für große Industriekonzerne, in mittelständischen und kommunalen Unternehmen sowie bei der Reichsbahn. Sie kamen aus ganz Europa, aus Frankreich, den Niederlanden, Belgien, den Balkanländern, vor allem aber aus Polen und der Sowjetunion. Weitere 10 Millionen arbeiteten in den besetzten Ländern für die Deutschen, vorwiegend in der Rüstungsindustrie.

Bedeutung. Spätestens seit dem Beginn des „Unternehmens Barbarossa“ (Angriff auf die Sowjetunion) war die deutsche Wirtschaft alternativlos auf die Beschäftigung von Zwangsarbeitern angewiesen. Die ständig steigende Zahl der Einberufungen führte zu einer dramatischen Verknappung der Arbeitskräfte, die man aus ideologischen Gründen nicht durch eine verstärkte Mobilisierung weiblicher Arbeitskräfte ausgleichen wollte. Ohne das Millionenheer der Zwangsarbeiter hätte deshalb weder der Krieg fortgeführt noch die deutsche Bevölkerung –zumindest bis 1944– auf einem relativ hohen Niveau ernährt werden können. Die Geschichte der Zwangsarbeit innerhalb der deutschen Kriegswirtschaft ist deshalb kein Randphänomen, sondern bildet einen zentralen Aspekt für das Verständnis der deutschen Kriegsführung insgesamt.

Mitgefühl. Das Verhältnis zwischen der deutschen Bevölkerung und den Zwangsarbeitern ist durch eine Vielzahl von Verhaltensmustern gekennzeichnet. Mitgefühl und Hilfsbereitschaft lassen sich ebenso dokumentieren wie die Überheblichkeit des „Herrenmenschen“ und eine ausgesprochene Denunzierfreudigkeit, sowohl gegen Deutsche wegen des Umgangs mit Ausländern, als auch gegen Ausländer selbst. Vor allem auf menschlicher Ebene sollen regionale Beispiele zu einer historischen Auseinandersetzung anregen.

Radikalität. Das System der Zwangsarbeit enthüllt auch die Praxis der nationalsozialistischen Ideologie mit einer nach rassistischen Kriterien aufgebauten Gesellschaftsordnung. Die Deutschen standen in dieser Ordnung an der Spitze, ganz unten rangierten -neben den Juden– die Angehörigen der slawischen Völker Osteuropas. Diese Hierarchie war im Kriegsalltag deutlich spürbar: von der äußeren Kennzeichnung über Abstufungen bei der Entlohnung und der Zuteilung von Nahrungsmittelrationen bis hin zur willkürlichen Anwendung physischer Gewalt. Bei der notwendigen Betonung dieser ideologischen Rahmenbedingungen muss man sich stets vor Augen halten, dass die Behandlung der Zwangsarbeiter unter dem Einfluss der sich verschlechternden militärischen Lage zumindest teilweise auch von rein ökonomischen Überlegungen diktiert wurde. Die diversen Maßnahmen, so unglaublich sie dem heutigen Betrachter in ihrer Radikalität auch erscheinen mögen, spiegeln also letztlich die Intentionen und Möglichkeiten eines am Ende besiegten Systems. Sie waren nur das Vorspiel zu dem, was noch kommen sollte.

Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene: Das Beispiel Efim Gorgol

von Helga Kohne

Efim Gorgol - Eine Reise nach Deutschland und kein Zurück...

Efim Gorgol, geb. 1921, kam am 18. Mai 1942 mit einem Sammeltransport, bestehend aus 30 Personen, aus Kordemo/Ukraine nach Deutschland. Am 29. Mai 1942 traf er abends in Herford ein und wurde bereits am nächsten Tag vom Arbeitsamt dem Bauern Wefelmeier in Lippinghausen zugewiesen.

Bereits neun Tage später, am 8. Juni, wurde er auf der Bismarckstrasse in Herford aufgegriffen und in das Polizeigefängnis im Rathaus gebracht.

The image shows two pages of a German 'Einlieferungs-Anzeige' (delivery notice) form. The left page is a standard form with fields for date, name, address, and details of the person being delivered. The right page contains a handwritten note explaining the reasons for the delivery, signed by a police officer.

Einlieferungs-Anzeige (Kommunalarchiv)

Efim Gorgol wurde Herumtreiberei und Betteln vorgeworfen. Bei weiteren Vernehmungen versuchte er unter anderem Namen eine andere Arbeitsstelle zu erlangen. Dieses Vorhaben misslang, denn die Beamten des Arbeitsamtes erkannten den kleinwüchsigen, rothaarigen Mann sofort. Nach Rücksprache mit dem Bauern erfuhren sie, dass er am 7. Juni geflohen war und dass er Würste gestohlen hatte. Der Polizei nochmals vorgeführt, sagt er, dass er dies tat, weil er immer hungrig war. Nun war Efim ein Fall für die Gestapo. Am 27. Juni 1942 wird Efim Gorgol zur Umerziehung in das Arbeitserziehungslager (AEL) Hunswinkel bei Lüdenscheid eingewiesen.

Nach etwa sieben Wochen sollte er der Ortspolizeibehörde in Herford wieder zur Verfügung stehen. In Hunswinkel arbeitete Efim Gorgol für „Hoch-Tief“ beim Bau der Versetalsperre.



Bauarbeiten an der Versetalsperre / Grabstein Efim Gorgol, Waldfriedhof am Loh, Lüdenscheid (Stadtarchiv Lüdenscheid)

Efim Gorgol wurde am 6. August, kurz vor seiner geplanten Entlassung aus dem AEL erschossen. In einem Brief an den Oberbürgermeister der Stadt Herford steht, dass Efim Gorgol auf der Flucht erschossen worden sei. Im Sterbebuch des Kreises Lüdenscheid-Land steht, dass allein 26 Sowjetrussen mit dem Vermerk „Auf der Flucht erschossen“ registriert sind.

Auf der Flucht? Floh Efim so kurz vor der Entlassung aus einer Hölle, die schlimmer nicht sein konnte? Oder wollte ein Wachmann wieder einmal 20 Reichsmark und drei Tage Sonderurlaub? Das erhielten die Wachmänner für eine Erschießung. Wer war Efim Gorgols Mörder? Das AEL Hunswinkel liegt unter dem Wasserspiegel der Versetalsperre.

Efim Gorgol - in ein fremdes Land verschleppt - zur Arbeit gezwungen - bei einem Bauern - und nie satt zu essen - und, weil er sich nimmt, was reichlich vorhanden - und wegläuft aus Angst - wird er gestoßen in eine Hölle aus Terror und Mord. Eine Reise nach Deutschland acht Wochen und kein zurück...

SULO - Streuber und Lohmann - ein kriegswichtiger Betrieb

von Helga Kohne

Kleine Vorgeschichte:

Hunderte von Zwangsarbeitern arbeiteten für SULO. Ohne sie wäre weder die Kriegsproduktion noch der Erfolg nach dem Krieg möglich gewesen. 1910 gründete Friedrich Streuber an der Waltgeristraße eine Blechfabrik. Anfänglich mit einer Belegschaft von 30 Personen. Nach seinem Tod übernahm sein Sohn Fritz Streuber den Betrieb. Ab 1919 war Dr. Walter Lohmann in der Geschäftsführung. 1938 wurde die Firma in OHG Eisenwerk Streuber & Lohmann umbenannt. 1930 waren 300 Personen und kurz vor dem Krieg schon 600 Personen beschäftigt.

Mit Beginn des Krieges wurde der Betrieb nur einem Ziel untergeordnet: Dem Sieg. Am 21. Mai 1941 wurde der Betrieb als Gausieger des Sommersporttages der Betriebe geehrt. Der Reichsorganisationsleiter Dr. Ley schickte einen Glückwunsch. 1941 war dann die Produktion vollkommen auf neue Ziele umgestellt. Es wurden Bombenhülsen und Kartuschen, 50 bis 70 kg schwer,

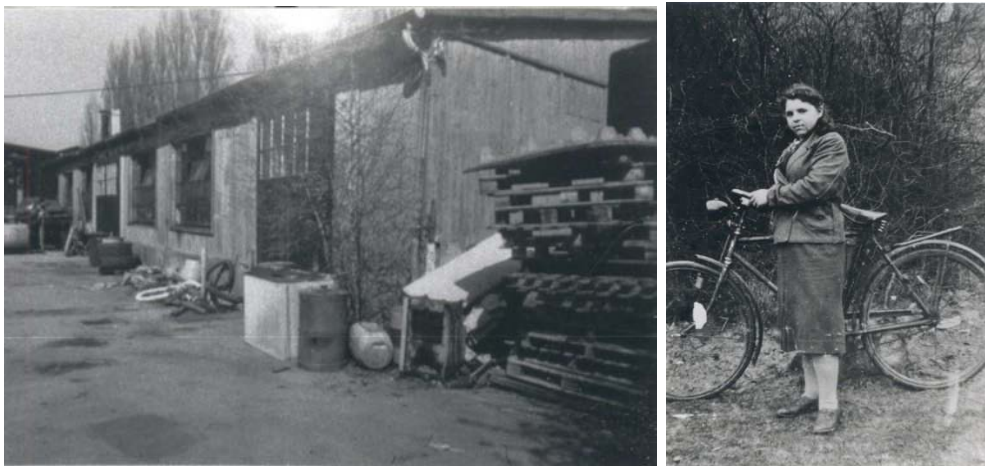
hergestellt. Ohne Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter ging bald nichts mehr.

Registrierte Zwangsarbeiter:

19. Oktober 1940	50 franz. Kriegsgefangene
3. April 1942	80 russ. Frauen
18. November 1942	89 russ. Frauen
21. November 1942	14 russ. Männer
29. Mai 1943	2 franz. Kriegsgefangene
9. Juni 1943	6 franz. Kriegsgefangene
17. September 1944	29 franz. Kriegsgefangene.

Zuständige Lager: 2 Baracken Waltgeristr.40, Baracken Otternbuschweg, Gaststätte Tiemeyer, Jahnstr./Visionstr.

Laut Registrierung vom 21. September 1944 waren bei SULO 172 sowjetrussische Frauen und Männer und 29 französische Kriegsgefangene im Arbeitseinsatz.



Eine der Lagerbaracken Waltgeristr.40 / Olga, sowjetische Zwangsarbeiterin bei SULO (Slg. Arbeit und Leben, Kommunalarchiv)

Betriebsleiter Behring sagte: „Die Wohnverhältnisse waren schon etwas eng, die Betten dreistöckig. Im Winter wurde geheizt, mit kleinen runden Öfen. Die Verpflegung kam aus der Gemeinschaftsküche.“

Zur Unterbringung der SULO-Arbeiterinnen in der Baracke am Otternbuschweg schreibt der Nazi-Bürgermeister an den Regierungspräsidenten in Minden: „Am 3. April 1942 sind 80 sowjetrussische Frauen zum Arbeitseinsatz gebracht worden. Diese Frauen sind in einer alten Baracke am Otternbusch untergebracht. Die Unterbringung ist vollständig unzulänglich; mit mehr als 50 Frauen darf die Baracke nicht belegt werden.“

Olga Wierszenia arbeitete von 1942-1945 bei SULO. Ab 1943/44 durften die Frauen sonntags in kleinen Gruppen spazieren gehen. Die damals 22jährige Olga und zwei Freundinnen gingen von der Waltgeristraße über die Mindener Straße zum Alten Postweg ins Grüne. Am Ende des Weges stand das kleine Haus der Familie Büniger. Olga erzählte von ihrem Heimweh und die Geschichte ihres Transports nach Herford. Deutsche Soldaten hatten sie unter dem Vorwand eines

Kinobesuchs auf einen LKW geladen. Es ging aber nicht ins Kino, sondern zum nächsten Menschentransport nach Deutschland.

Im April 1945 ging Olga zum letzten Mal zur Familie Büniger, um sich zu verabschieden. Als Geschenk hatte sie einen riesigen Klumpen Rohschokolade dabei, wahrscheinlich aus der Schokoladenfabrik Karina.

Die Lohmann-Werke AG in Pabianice (Polen) und Sundern bei Herford

von Helga Kohne

Die Lohmann AG produzierte in Bielefeld seit 1896 und bis vor dem Krieg Fahrradzubehör, aber ab 1940 nur noch Rüstungsgüter in Pabianice in Polen. Bis 1944 wurden dort Elemente für Panzerketten, Kanonen, Drehvorrichtungen für Panzertürme und Zieleinrichtungen für Panzer sowie Bestandteile für Abhörgeräte in Panzern, Flugzeugen und U-Booten, aber auch Übungsmunition und Munitionskisten hergestellt. Alles extrem wichtig für die Vorbereitung auf den Russlandfeldzug. Ein schneller Nachschub war notwendig, von Bielefeld aus aber nicht zu garantieren. Die Verlagerung des Betriebes wurde notwendig.

Pabianice in Polen

Eine Industrie- und Handwerksschule mit Ausbildungswerkstätten (im besetzten Polen in Pabianice) wurde beschlagnahmt. Die Maschinen waren bestens geeignet für die Zwecke der Lohmann-Werke. Obendrein gab es genügend Arbeitskräfte. Die gesamte Belegschaft, 484 Personen, Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Ingenieure, wurden zwangsverpflichtet. 15 Deutsche stellten die Führungsriege. Die Arbeitsbedingungen: schlechte bis gar keine Entlohnung, gearbeitet wurde 12 Stunden täglich sieben Tage in der Woche. Gewalt und Folter (Arrestzelle) waren alltäglich. Wer trotz allem nicht spurte, kam in ein KZ. Zeitzeugen berichteten auch von Morden im Betrieb.

Im Mai 1944 gefährdeten die Niederlagen an der Ostfront den Nachschub. Die Wehrmachtsbehörden befahlen eine sofortige Rückverlagerung des Betriebes ins Altreich. Zurück nach Herford und Bielefeld. Alles, alle Maschinen, Elektroteile, Kabel, sogar Steckdosen wurden demontiert, mit Brettern von Zäunen und Fußböden verpackt, auf Güterwaggons verladen und nach Herford gebracht.

Im Juni/Juli 1944 kamen 90 Güterwaggons in Herford an. Zur gleichen Zeit erreichten auch die Menschen, zusammengepfercht in Viehwaggons, die Stadt Herford. Ca. 350 Personen wurden in Herford ausgeladen, rund 100 brachte man nach Bielefeld. Alle mussten zuvor eine Verpflichtungserklärung unterschreiben. Das ehemalige „Beka-Möbelwerk“ in Sundern schien als Produktionsstandort bestens geeignet.

Ab Ende Juli konnte in Herford produziert werden. Die Werkräume mit Maschinen und die Baracken für die Arbeiter waren von den Zwangsarbeitern selbst aufgebaut worden. Drei qm Wohnraum stand ihnen zur Verfügung. Wie in Pabianice wurde in 12-Stunden-Schichten, sieben Tage in der Woche gearbeitet. Die Bezahlung war so gering, dass man von einer symbolischen Entlohnung sprechen muss. Zudem sagte man den Polen immer wieder, dass sie am

Ausbruch des Krieges Schuld seien und nun auch die Konsequenzen zu tragen hätten. Außerdem müsse für den Lebensunterhalt, Unterkunft und Verpflegung ein Betrag abgezogen werden. Und Steuern müsse man ebenfalls abführen.

Qualvolle Schikanen waren an der Tagesordnung. Die Gewalttaten gingen wie in Pabiabice weiter, weshalb viele zu fliehen versuchten. Sie wurden immer aufgegriffen und mit Gefängnis oder Arbeitserziehungslager bestraft. Bronislaw Grambor war 25 Jahre und wog nach sieben Wochen AEL Lahde nur noch 23 kg als er zurück in den Betrieb kam und arbeiten musste. Die Kollegen haben ihn gestützt, extra Essen besorgt und seine Arbeit mit erledigt.

Am 3. April 1945 fuhren amerikanische Panzer in Richtung Herford-Sundern. Als sie sich näherten, wurden sie von der nahe gelegenen Schule aus beschossen. Genau dazwischen lagen die Baracken der Arbeiter. Initiator dieser Aktion war der Wirtschaftsleiter. Zeitzeugen sagten aus, dass der Betrieb geschützt und der Beschuss der Baracken bewusst provoziert worden sei. Es funktionierte. Die Amerikaner eröffneten das Feuer gegen die Baracken mit den Arbeitern. Erst als ein mutiger 15jähriger Arbeiter mit einem weißen Hemd zu verstehen gab, dass sich Menschen in den Baracken befanden, stellten die Amerikaner das Feuer ein. Eine der Baracken ging in Flammen auf, viele Menschen wurden verwundet und drei junge Polen kamen am Tag der Befreiung ums Leben.



**Baracken in Sundern / Beerdigung der Toten 1945
(Slg. Arbeit und Leben, Kommunalarchiv)**

Einige der Polen wollten auf der Stelle Lynchjustiz an den Mitgliedern der Geschäftsleitung üben. Doch drei polnische Ingenieure konnten die Männer davon abhalten. Sie schlugen stattdessen vor, dass jeder Pole den Deutschen ein Zeugnis ausstellen sollte, worin er seine Vorwürfe gegen jede einzelne Person zum Ausdruck bringen konnte. Die Lynchjustiz konnte so verhindert werden. 70 Zeugnisse kamen zusammen, die später in den Prozessen verwendet wurden.

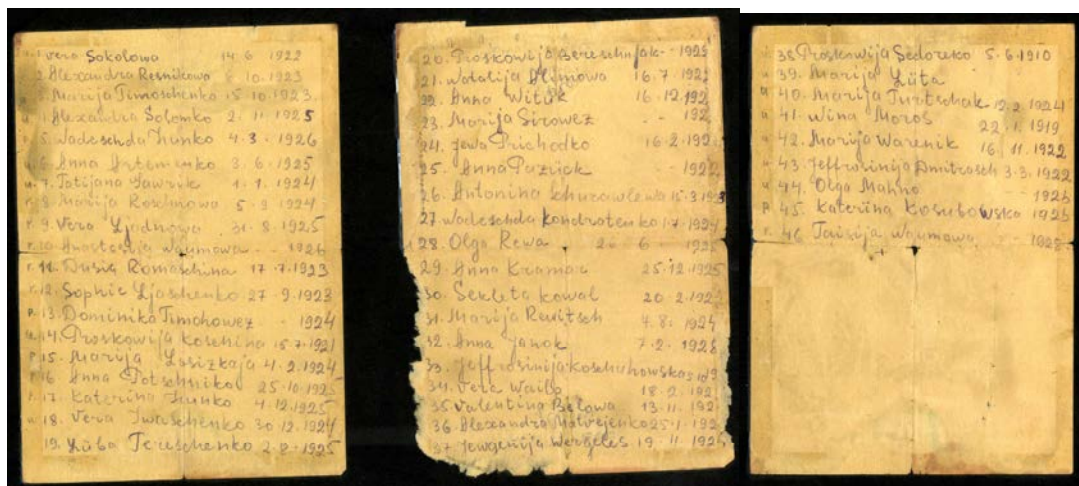
Die Führungskräfte wurden festgenommen und später nach Polen ausgeliefert, wo ihnen zwischen 1947-1949 der Prozess gemacht wurde. Es ergingen zwei Todesurteile und Gefängnisstrafen zwischen 3 und 15 Jahren. Eine Person wurde freigesprochen.

„Barfuss in Metallspänen...“: Die Küchenmöbelfabrik Paul Nolting

von Helga Kohne

1927 wurde die Küchenmöbelfabrik gegründet. Die Belegschaft wuchs von 10 Arbeitskräften 1927 auf 40 Beschäftigte 1937 an. Mit Ausbruch des Krieges kam die Küchenmöbelherstellung völlig zum Erliegen. Weil es für die Küchenmöbelherstellung keine Rohstoffe mehr gab, wohl aber für Kriegsproduktion, wurde auf die geforderte Kriegsproduktion umgestellt. Es wurden überwiegend Waffen- und Munitionskisten hergestellt. Die Wehrmachtsaufträge waren aber mit hiesigen Arbeitskräften nicht zu erfüllen.

1940 wurde das Problem -fürs Erste- mit dem Einsatz von 20 französischen Kriegsgefangenen gelöst. Die Franzosen waren in der Gaststätte Tiemeyer an der Jahnstraße/Ecke Visionstraße (heute großes Wohnhaus der Finanzbau) untergebracht. Die Gefangenen wurden täglich von bewaffneten Wachmännern begleitet zur Arbeit gebracht und wieder abgeholt. Die Wehrmachtsaufträge stiegen rapide an und der Einsatz weiterer Arbeitskräfte wurde notwendig. 1942 waren zusätzlich 46 russische Frauen, sechs russische Männer, drei Polen, neun Holländer und ein Flame im Arbeitseinsatz. Die Frauen waren in einer Baracke auf dem Firmengelände, die Männer im Lager Ahmsen untergebracht.



The image shows three pages of a handwritten list of names and dates, likely a roster of Russian women. The text is written in cursive and includes names and dates in German and Russian. The list is organized into three columns. The first column contains names and dates from 1922 to 1925. The second column contains names and dates from 1925 to 1926. The third column contains names and dates from 1926 to 1927.

1. Vera Sokolowa 14. 6. 1922	20. Proskowija Kereschtschik - 1925	38. Proskowija Sedurko 5. 6. 1910
2. Aleksandra Resnikowa 8. 10. 1923	21. Wladimira Dymowa 16. 7. 1921	39. Marija Lita
3. Marija Timoschenko 15. 10. 1923	22. Anna Witke 16. 12. 1921	40. Marija Tjurtchak 12. 2. 1924
4. Alexander Solenko 2. 11. 1925	23. Marija Sirtowez - 1925	41. Wlana Moros 22. 1. 1919
5. Wladeslawa Tjunko 4. 3. 1926	24. Jewa Tjuchotko 16. 2. 1925	42. Marija Warzenik 16. 11. 1922
6. Anna Jankowka 3. 6. 1925	25. Anna Puzick - 1925	43. Jekaterina Dmitrosch 3. 5. 1922
7. Tatjana Sawwile 4. 7. 1924	26. Antonina Kharawlowa 15. 3. 1925	44. Olga Mukho - 1926
8. Marija Roschowa 5. 3. 1924	27. Wladeslawa Kondratenko 14. 1924	45. Katerina Koschowsko 1925
9. Vera Lindnowa 21. 8. 1925	28. Olga Rewa 20. 6. 1925	46. Tawrija Wolnowa - 1925
10. Wladeslawa Wjurnowa - 1924	29. Anna Karmay 25. 12. 1925	
11. Daria Romaschowa 17. 7. 1923	30. Serketa Kowal 20. 2. 1925	
12. Sophie Ljastenko 27. 9. 1923	31. Marija Reutich 4. 8. 1924	
13. Dominika Timchowez - 1924	32. Anna Jauk 7. 2. 1926	
14. Proskowija Kereschno 15. 7. 1921	33. Jekaterina Koleschowsko 10. 9. 1925	
15. Marija Ljuzikowa 4. 3. 1924	34. Tete Waibo 18. 2. 1921	
16. Anna Potelchikow 25. 10. 1925	35. Wladimira Belowa 13. 11. 1921	
17. Katerina Tjunko 4. 12. 1925	36. Aleksandra Motrejtschko 25. 11. 1925	
18. Vera Swaschchenko 30. 12. 1924	37. Jewgenija Wergel 19. 11. 1921	
19. Yuba Tjuschchenko 2. 8. 1925		

**Namensliste russischer Frauen,
erfasst von der Lagerleiterin Elsbeth Babilon
(Slg. Arbeit und Leben, Kommunalarchiv)**

1943 kamen noch 61 italienische Militärinternierte hinzu, die ebenfalls im Lager Ahmsen untergebracht waren.

1944 wurde ein Teil der „Kochs-Adler-Werke“ aus Bielefeld in die Fabrik an der Brunnenstraße verlegt. Es wurden nur noch Waffenteile hergestellt. Rund 400 Arbeitskräfte sollen bis zum Schluss dort gearbeitet haben. Der Arbeiter Kurt Held erinnert sich an die „Kochs-Adler“-Zeit bei Nolting: „Barfuß standen die russischen Mädels in den Metallspänen, und das mitten im Winter.“

Luftschutz

von Christoph Laue

Die Planungen für den Luftschutz in Herford setzten bereits lange vor Kriegsbeginn ein. Mit den ersten Kampfhandlungen in Polen beginnt eine Intensivierung, die schließlich die ganze Stadt luftschutzbereit machte. Überall gab es Luftschutzräume (LS-Räume), die Stadt war mit Luftschutzgräben (LS-Deckungsgräben) geradezu durchzogen.

Am 28. September 1939 erließ die Stadt eine „Dienstanweisung für die Bedienung und Beaufsichtigung der öffentlichen Luftschutzräume sowie über die Aufgaben und Pflichten des bestellten Ordners und seines Stellvertreters bei Fliegeralarm“ mit der wesentlichen Maßgabe, „Ordner und Stellvertreter sollen sich den Schutzsuchenden gegenüber nicht kleinlich verhalten“. Ebenso gab es nun eine Gasschleusen-Ordnung, die im Gasschleusenraum aufzuhängen ist. Eine der Anweisungen: „Innerlich Gasgeschädigte möglichst bald zur Rettungsstelle bringen, nicht gehen lassen! (Personen mit Kampfstoffspritzern können selbst gehen).“ Dazu gehörte natürlich auch die Luftschutzraum-Ordnung mit dem Hinweis „...nach der Entwarnung: Notabort leeren!“



Angebot für ein Notabort-Closet (Kommunalarchiv)

Nach einer ersten Liste der öffentlichen LS-Räume sind 1.254 Personen im inneren Stadtgebiet der Wälle geschützt, an die Schulen wurden 288 Volksgasmasken ausgeliefert und am 5. Februar 1942 wurden 100 Doppelbetten auf die öffentlichen Luftschutzräume verteilt.

Ab Kriegsbeginn wurden zahlreiche Herforderinnen und Herforder durch eine „polizeiliche Verfügung“ aufgrund der §§ 2 und 5 des Luftschutzgesetzes vom 26. Mai 1935 zur „Dienstleistung im Selbstschutz“ herangezogen. Zahlreiche Gestellungsbefehle sind erhalten. Zur „Entgegennahme näherer Anweisungen“ haben sich diese Herangezogenen zu bestimmten Terminen, in der Regel in den Schulen, zu melden. Im Falle der Zuwiderhandlung wird ein Zwangsgeld von 20 Reichsmark, bzw. 14 Tage Haft angedroht. Die Herangezogenen mussten ein Versicherungsformular unterzeichnen, in dem sie ihre vollen bürgerlichen Rechte und „Mir sind nach sorgfältiger Prüfung keine Umstände bekannt, die Annahmen rechtfertigen könnten, dass ich Jude bin“ bestätigten.

Alle geeigneten Gebäude mussten nun mit Luftschutzräumen ausgestattet werden, dazu gab es genaue Bauvorschriften und Merkblätter. Diese Maßnahmen

konnten durch Zwangsmittel erzwungen werden. Im „Merkblatt über behelfsmäßige Luftschutzmaßnahmen in bestehenden Gebäuden lt. 9. Verordnung zum Luftschutzgesetz“ hieß es: „Am geeignetsten sind schmale Räume zwischen starken Tragmauern und mit solchen Massivdecken, bei denen sich eine Absteifung der Decke erübrigt. Luftschutzräume sollen möglichst wenig Fenster und Türen haben.... Die Splittersicherheit wird behelfsmäßig durch Splitterschutzvorrichtungen gewährleistet, „z.B. ein Meter dicke gestampfte Erdschichten, Kisten mit festgestampfter Erde in 0,75 cm Dicke, Holzbalken von 0,30 cm Dicke.“ Dazu soll durch Verstopfen aller Löcher, Ritzen, Schlüssellocher usw. „z.B. mit einem aus Zeitungspapierschnitzeln und Wasser hergestellten Papierbrei“ die Gassicherheit hergestellt werden. „Eine Sitzgelegenheit ist für jeden Insassen vorzusehen. Auch Liegegelegenheiten und ein Tisch sind erwünscht.“

Luftschutz war ein lohnendes Geschäft. Schon bald nach den ersten Vorschriften waren Stadt und Privatleute dabei, ihre öffentlichen und privaten Luftschutzanlagen zu bauen und auszustatten. Eine Zeitschrift „Nur für den Dienstgebrauch“ und zahlreiche Prospekte von Firmen erleichterten die Auswahl und Ausstattung. Für die städtische Bauverwaltung und Firmen gab es umfangreiche Anregungen mit Standardmaßen und viel mehr. Bunker in einen Berg, Bunker unter einem Kinderhort, Bunker in einem Betrieb, Luftbeobachtungsstände etc. etc. bis hin zur genauen Beschreibung eines einfachen Sehschlitzes.

Aber auch die menschlichen Bedürfnisse kamen nicht zu kurz, zahlreiche Toilettentypen finden sich in den Zeitschriften. Der vorhandenen Angst – eingeschlossen zu werden – begegneten manche Firmen mit beruhigenden Anzeigen zu nicht verstellbaren Ausgängen: „Frei“. Eine Kennzeichnung der Luftschutzbunker war Pflicht, die ging von beleuchteten Hinweisschildern bis zum einfachen Pfeil auf der Hauswand. Nur wenige dieser Spuren sind noch heute in Herford sichtbar.



Die Bunkerbesetzung in der Hermannstraße (Kommunalarchiv)

Beispielhaft für eine „private“ Luftschutzeinrichtung ist ein Bunker an der Hermannstraße in Herford: Kurz nach der Fertigstellung des Erdbunkers an der Hermannstr. 26 posiert 1942 die künftige Bunkerbesetzung vor dem Eingang.

Der Blick geht die Hermannstraße hinauf in Richtung Wiesestraße. Heute steht dort das Haus Hermannstr. 26b, das auf dem früheren Bunker erbaut wurde.

Auf dem Bild –wohl von der Ehefrau des Fotografen Georg Heese gemacht, denn diese fehlt auf dem Bild– sind in der hinteren Reihe Helga Heese (geb. 1938), Renate Wittland (1937), Rolf Schrupp (1937), Georg Heese (1933), Doris Schrupp (1933), mit Hut Georg Heese sen. (1901), Hermann Wittland (1903) und Anni Wittland (1911) zu sehen. Vorne stehen Wilhelm Schrupp (1905), Besuch der Wittlands aus Neunkirchen, Grete Klemming (1909) mit Sohn Horst (1939) und Käthe Schrupp (1903).

Die Familie Wittland war Besitzer von Haus und Bunkergrundstück Hermannstr. 26, die Familien Heese und Schrupp wohnten auf der Straßenseite gegenüber in den Hausnummern 29 und 31 und waren froh, bei den immer häufiger werdenden Luftangriffen Schutz finden zu können. Frau Klemming aus Hausnummer 24, deren Mann Fritz bei der Wehrmacht war, ging nicht in den Bunker, was fatale Folgen haben sollte: sie kam mit Ihrem Sohn beim Angriff am 6. November 1944 um.

Der Bunker hatte und hat noch heute Innenmaße von vier Metern Länge, 1,40 m Breite und eine Höhe von 1,90 m. Dazu gehört ein Vorraum von 1,50 m im Quadrat, von dem man einige Stufen weiter herabsteigen musste. Bei den Bombenangriffen im November 1944 wurden die Straßenzüge rund um die Hermannstraße stark getroffen. Familie Heese konnte ihr Haus nicht mehr bewohnen. Aber sie hatte überlebt, auch Dank des Bunkers gegenüber.

1942 bestanden folgende öffentliche LS-Räume in der Stadt Herford: Auf der Freiheit 5 (Stadttheater) mit 210 Personen, Auf der Freiheit 3 (Weinclub) 136 Personen, Kurfürstenstr. 24 (Fa. Pecher) 52 Personen, Steinstr. 2 (Stedefeder) 33 Personen, Steinstr. 20 (Mönkemöller) 37 Personen, Gänsemarkt 8 (Stakelbeck) 64 Personen, Gänsemarkt 3 (Böbersen) 43 Personen, Gänsemarkt 7 (Grünewälder) 24 Personen, Gänsemarkt 7 (Dürkopp) 55 Personen, Mönchstr. 3 (Ev. Jugendheim) 80 Personen, Komturstr. 24 (Stüssel, Eingang Höckerstr.) 31 Personen, Komturstr. 24 (Stüssel, Eingang Komturstr.) 30 Personen, Jahnstr. 8 (Christl. Gemeinschaft) 208 Personen und Stiftbergstr. 2 (Schützenhof) 251 Personen.

Nach Feststellungen vom 15. März 1943 haben von 743 Häusern in der inneren Stadt innerhalb der Wälle 213 fertige LS-Räume (= 29%). Bleiben 387 Häuser ohne geeignete Keller außer Betracht, dann entfallen auf 346 Häuser 213 mit fertigen LS-Räumen (= 61,5%). Die Zahl für sonstigen Splitterschutz wurde mit 93 ermittelt (= 27%) von 347 Häusern. Im Mai 1943 zeigte sich „bei der Verschärfung der Luftkriegslage, dass in größerem Maße als bisher behelfsmäßige öff. LS-Räume bei Luftangriffen beschädigt worden sind. (...) Der Befehlshaber der Ordnungspolizei hat daher angeordnet, dass für die öffentl. LS-Räume Lageskizzen in den Befehlsstellen bereitliegen, damit die Bergungs- und Aufräumtruppe sich ein Bild davon machen können, wo und wie sie am besten mit ihren Arbeiten zur Rettung der Verschütteten ansetzen müssen.“

Zusätzlich zu den öffentlichen LS-Räumen wurden im gesamten Stadtgebiet ab 1943 so genannte Luftschutz-Deckungsgräben errichtet. Diese haben eine

ähnliche Ausstattung wie die LS-Räume, werden aber im Freien angelegt. So erhält die Witwe Schwagmeier im Mai 1943 folgenden Brief: „Hiermit nehme ich den Garten Ihres Grundstückes Credenstr. 33, die neben dem Hause gelegene Einfahrt und das Gelände des durch Sturm eingestürzten Schuppens in der Verlängerung der Einfahrt für die Anlage von L.S.-Deckungsgräben aufgrund der §§ 5 und 10 des Reichsleistungsgesetzes in Anspruch. (...) Ich kann auf Ihr Grundstück nicht verzichten, da gerade für die Bewohner der nicht unterkellerten Häuser in der Rosenstraße die Anlage von Deckungsgräben erforderlich ist. Ich bedaure es lebhaft, dass sie ihren Garten nunmehr nicht mehr zu Ihrer Verfügung haben, insbesondere in ihm nicht mehr Garten-Erzeugnisse für Ihren Haushalt ernten können. (...) Alle sonstigen Bedenken müssen zurücktreten, sie dürfen für mich keine Rolle spielen.“

Für den Schaden wird eine Entschädigung abgeschätzt, insgesamt erhalten die Nutzer des Gartens u. a. für Buschbohnen, Stangenbohnen, Zwiebeln, Himbeeren, Blautannen und einen Fliederbusch ca. 130 RM, dazu kommen 335 RM für zu fallende Bäume. Die Baustelle wird zum beliebten Spielplatz: „Die Baustelle L.S. Deckungsgraben Credenstr ist nach Feierabend und Weggang der Soldaten ein Tummelplatz für Kinder, so dass wiederholt Beschädigungen der Baustelle und Einstürze der Baugruben zu verzeichnen sind“. Deshalb wird eine Bewachung installiert.

Zum Bau werden (auf Erlass des Führers) Soldaten eingesetzt, so hier je 16 Soldaten der Grenadier-Ersatzbataillone 184 und 216, die zusammen 1.487 Arbeitsstunden leisten. Im März 1944 beschwert sich der Oberbürgermeister beim Standortältesten, danach „... bleibt die Arbeitsleistung der von der Wehrmacht gestellten Arbeitskommandos bei weitem hinter der Leistung auf anderen Baustellen der Stadt, auf denen nur zivile Arbeitskräfte beschäftigt werden, zurück. (...) Als einzigsten Fall will ich nur erwähnen, dass die Soldaten ohne Rücksicht auf die Arbeitszeit die Baustelle für längere Zeit verließen. Hierfür kann aber nicht der von der Stadt gestellte Polier verantwortlich gemacht werden, sondern nur der Kommandoführer der Arbeitskommandos!“ Er bittet um Abschaltung der Missstände und wünscht, dass „ein möglichst geringer Wechsel stattfinden würde, denn jetzt werden von den einzelnen Einheiten alle paar Tage andere Soldaten geschickt.“

Ende Dezember 1943 wird deutlich: „Die sich immer mehr häufenden Tagesangriffe machen es erforderlich, (...) dass ab sofort sämtliche LS- Bunker und öffentlichen LS-Räume Tag und Nacht ununterbrochen geöffnet sein müssen.“ Polizeistreifen sollen überwachen. „Außerdem ist durch Plakate in den LS-Bunkern und öffentlichen LS-Räumen darauf hinzuweisen, dass die Beschädigung und der Diebstahl von Einrichtungsgegenständen streng, in schweren Fällen mit dem Tode, bestraft werden.“

Immer noch reichen die Anlagen nicht aus. Weitere vier Bauten folgen im Laufe des Herbsts 1943 an der Bergertorstraße, dem Bergertorwall und der Renntormauerstraße. „Gegenüber den Normalplänen, die als Fußboden lediglich eine Schlackenfüllung vorsehen, ist jedoch bei der hiesigen Ausführung eine Eisenbeton-Fußplatte vorgesehen, die eine höhere Sicherheit bietet.“ Sie werden auch schon genutzt: „wenn auch die drei, in der Ausführung begriffenen, Gräben noch nicht in vollem Umfange fertig gestellt sind, so werden sie doch bei Alarm

schon teilweise benutzt, und der allgemeine Eindruck ist der, dass sich die Benutzer in diesen LS-Deckungsgräben geborgen fühlen.“ Bauunternehmer waren die Firmen 'Gresselmeyer und Essmann' sowie 'Gottlieb Meyer Eisenbetonbau' in Herford. Die Gräben erhielten je 16 Brennstellen mit insgesamt 0,48 kw Leistung, angemeldet beim EMR.

Immer wieder gab es Probleme, so am 9. November 1943: „Es wird immer wieder festgestellt, dass an den LS-Deckungsgräben Unfug angerichtet wird. So ist jetzt wieder, und zwar zum zweiten Male, ein Schloss am Deckungsgraben Bergertor mit Gewalt aufgebrochen worden. (...) Der Unterzeichnete selbst hat beobachtet, dass trotz der eingefriedigten Grundstücke auf dem Gelände der Deckungsgräben und auf den Gräben selber herumgelaufen und gespielt wird... . Die Lüftungsrohre sind zertrümmert oder mit Steinen beworfen worden, Lüftungshauben wurden entfernt, Schlösser an den Eingangstüren aufgebrochen und schwere Steine die Treppen herunter gerollt ...“. Daher wurde ein Schreiben an alle Schulen gerichtet, dass die Kinder darauf hingewiesen werden sollen oder exemplarische, schwere Strafen erhalten.

Nach einer Meldung vom 1. Dezember 1943 sind drei LS-Gräben mit einem Fassungsvermögen von 150 Personen fertig, vier weitere im Bau, vier Feuerlöschteiche fertig, ein neuer auf dem Lübberbruch mit 1.200 cbm Fassungsvermögen im Bau. Im Februar 1944 werden die Baukosten für fünf LS-Deckungsgräben im östlichen Stadtbezirk in Höhe von 24.059,42 Reichsmark ohne Soldatenleistung und Bauleitung durch das Luftgaukommando VI in Münster erstattet. Der Aufwand ist enorm: Im Juli 1944 wird für LS-Gräben weiteres Material beantragt, u.a. 2 t Baueisen, 5 cbm Schnittholz, 36 t Zement, 16.000 Ziegelsteine, 336 t Kies, Sand, Splitt und Schotter, 560 l Dieselkraftstoff, 200 l Vergasertreibstoff.

Immer wieder kommt es zu Konflikten mit den Anwohnern. Am 5. Mai 1944 beschwert sich eine Besitzerin: „Durch diese Maßnahme ist den Kindern Gelegenheit gegeben, über die Umzäunungen der Splittergräben, die nicht hoch genug sind, dauernd in meinem Garten herumzulaufen und meine Einsaat vertrampeln!“

Im Mai 1944 werden auch am Adolf-Hitler-Wall (Gesundheitsamt) und Deichtorwall (Heimatmuseum) LS-Gräben errichtet. Nach deren Fertigstellung sind im Stadtgebiet 11 Deckungsgräben gebrauchsfertig. Der Museumsleiter Schierholz berichtet am 23. August 1944: „Während der Bauzeit zeigte es sich, (...) wie das Grundstück der Gefahr ausgesetzt ist, zum Tummelplatz aller unsauberen Elemente zu werden. Die tollsten „Schweinereien“ - anders kann man es nicht mehr nennen, passieren Nacht für Nacht, ein Zustand, den man unter keinen Umständen dulden kann. (...) Im Museumsgarten befinden sich Steinskulpturen, die zum Teil von unberufenen Händen umgeworfen sind. Ein meteorologisches wertvolles Instrument ist von fremder Hand geöffnet, so dass meine Beobachtungen erschwert sind...“. Daraufhin wurde ein Zaun angebaut! Probleme gab es auch am Bergertorwall im Garten der Familie Angenete. „...das Gitter ist durchbrochen und, weil keine festen Tore angebracht sind, läuft jeder, der sich den Weg abkürzen will, über das Grundstück. Auch treiben Kinder dort ihren Unfug!“



Plan zur Verteilung auf Bunker und Deckungsgräben (Kommunalarchiv)

Ende August 1943 wird eine Verteilung der Anwohner auf die Schutzräume vorgenommen. Im Schutzraum Nolting, Brüderstr. 7-9 sollen 167 Anwohner aus der Johannisstraße, im Schutzraum Wefelmeyer, Johannisstr. 50, 55 Personen aus Johannis- und Gertrudstraße, der LS- Deckungsgraben I (Credenstraße) nimmt 159 Menschen aus Rosen-, Fidelen- und Credenstraße auf, LS-Deckungsgraben II Bergertor 165 aus Bergertormauer- und Credenstraße, der LS-Deckungsgraben III Wiesestr. 166 Personen aus Johannis-, Bergertormauer- und Renntormauerstraße und Zur Bleiche, der LS-Raum Komturstr. 75 Menschen aus der Komturstraße, der LS-Deckungsgraben Renntormauerstr I (nördlich) 140 Personen aus Triben-, Johannis- und Renntormauerstraße, der LS-Deckungsgraben Renntormauerstr. II (südlich) 127 aus Triben-, Johannis-, Renntormauer- und Gertrudstraße, der LS-Deckungsgraben Bergertorwall I (südlich) 115 aus der Bergertormauerstraße, der LS-Deckungsgraben Bergertor II (nördlich) 117 aus der Bergertormauer- und Credenstraße, der LS-Deckungsgraben Wiesestr. 155 aus Johannis- und Renntormauerstraße und Zur Bleiche und der LS-Raum Gymnasium 211 Menschen aus Brüderstraße, Martinsgang und Johannisstraße.

Nachdem im Januar 1944 weitere LS-Deckungsgräben fertig gestellt sind, wird die Verteilung der Bewohner des östlichen und südöstlichen inneren Stadtgebietes, soweit sie in ihren Häusern über LS-Räume nicht verfügen, auf die vorhandenen LS-Deckungsgräben und LS-Räume erneut neu geregelt.



„Erst siegen, dann reisen“: Tafel am Herforder Bahnhof bei der Verabschiedung von Grete Niemann als Rotkreuzschwester im Krieg (Slg. Niemann, Kommunalarchiv)

Ein besonderes Problem war der Bahnhof mit den zahlreichen Durchreisenden. Bei Gesprächen zwischen Bahnhofsvorsteher und Stadt wurde deutlich, dass es einen LS-Deckungsgraben auf Bahnsteig 1 für 150 Personen gab und ein weiterer LS-Raum und -Graben gebaut werden sollen. Somit könnten zusammen mit dem Gepäcktunnel 600 Personen Reisepublikum untergebracht werden, weitere Gräben existierten für die Bahnbediensteten auf dem Ladebahnhof und dem Rangierbahnhof.

Im Zentrum der Stadt lag die Luftschutzzentrale. Ihr Chef war der Oberbürgermeister. Im November 1942 schreibt die Schutzpolizeidienstabteilung an das Stadtbauamt: „Auf Anordnung des Herrn Oberbürgermeisters soll sofort als Ersatz für die bei Brandbombenabwurf besonders stark gefährdete LS-Turmbeobachtung Rathaus eine neue Turmbeobachtung im Turm der hiesigen Münsterkirche eingerichtet werden. Die Beobachtung soll in dem unteren Teil des Turmhelmes, unmittelbar über der Turmuhr, eingebaut werden.“

So sollte auch das ehrwürdige Herforder Münster in den Luftkrieg einbezogen werden. Es folgen zahlreiche bauliche Anweisungen, die in den alten Bau massiv eingreifen sollten: „In den Turmhelm sind nach den vier Haupthimmelsrichtungen Glasfenster einzubauen, die eine bequeme Beobachtung ermöglichen. Dabei ist darauf Bedacht zu nehmen, dass jedes Beobachtungsfeld sich mit dem benachbarten Sichtsektor überschneidet, da die Beobachtung des Stadtgebietes lückenlos sein muss. Bei den großen Fenstern muss ein Teilstück zum Öffnen eingerichtet sein, damit man nötigenfalls auch vom geöffneten Fenster aus beobachten kann.“ Die „Beobachtungsstube“ sollte mit Tisch und vor jedem Fenster mit vier Stühlen ausgestattet werden, die Leitern im Turmaufgang „sind durch gut begehbare Treppen“ zu ersetzen, ein Besteigen der Turmbeobachtung soll auch bei Nacht nur mit Taschenlampen möglich sein.

„Von der Turmbeobachtung aus ist ein besonderer Fernsprechanschluss zur Befehlsstelle der örtl. Luftschutzleitung zu legen. Die Leitung ist von oben her durch den Turm bis unten in die Münsterkirche zu legen - von dort aus kann die Weiterführung als Freileitung bis zur Befehlsstelle erfolgen. Durch eine geeignete

Schaltvorrichtung unten in der Münsterkirche muss die Möglichkeit geschaffen werden, bei Zerstörung der Freileitung einen Apparat unten in der Münsterkirche einzustöpseln, damit dann von dieser Sprechstelle aus die Nachrichtenübermittlung zur Befehlsstelle der örtl. Luftschutzleitung durch Melder erfolgen kann.“

Mündlich hatte der Oberbürgermeister angeordnet, dass die Arbeiten beschleunigt werden. Sie beginnen im Januar 1943: Dachdeckermeister Beckmann bekommt 96 kg Eisen aus dem bewirtschafteten Eisenkontingent, Malermeister Stüker erhält Anfang März den Auftrag über einen zweimaligen Flammenschutzanstrich von 2.293 lfdm. Balken, 1.068 qm Fußböden, Verschalungen und Verschlägen, fünf Leitern und 115 Treppenstufen im Münsterkirchturm, „einschl. Abstauben“! Damit war das Münster einsatzbereit.

Bei den Luftangriffen im November 1944 wurde das Denkmal Münster beschädigt, das Dach über dem Langhaus teilweise abgedeckt und nahezu alle Fenster zerstört. Luftschutz und Luftkrieg leisteten ihren Beitrag zur Zerstörung von altem Kulturgut.

Das Rathaus war in den Kriegsnächten mit einer Wache besetzt. Darüber wurde ein Wachbuch geführt, das die Namen der Posten, die Ausgabe und Rückgabe der Schlüssel, sowie besondere Ereignisse vermerkt. Jeder Alarm in der Stadt ist darin akribisch notiert. Die Wache, bestehend aus Bediensteten des Rathauses, war in der Regel von 19 Uhr abends bis 7 Uhr in der Früh im Haus, dazu kam bei Alarm ein so genannter Einsatztrupp.

In den letzten Kriegsmonaten finden sich fast täglich Alarmmeldungen, die unterstreichen, wie sich die Lage entwickelt hatte. Die Meldung „keine“ (besonderen Ereignisse) war eher die Ausnahme.

In der Weihnachtsnacht am 24. Dezember 1944 findet sich vor den Namen der Wachen (Ratsdiener und Aufseher im Polizeigefängnis) Simon Grüttemeier, (Feuerwehrmann) Ewald Grupe und (Gartenarbeiter) Fred Klausning der launige Vermerk: „Stille Nacht, heilige Nacht, einsam wacht“. Die drei Kollegen mussten von 12:30 Uhr bis 14:10 Uhr und von 18:15 Uhr bis 7:30 Uhr am 25. Dezember Wache schieben. Es gab „nur“ zwei Alarme: um 12:30 Uhr und 18:15 Uhr.

An Silvester 1944 hatten August Hartmann, August Horst und Wilhelm Gottlieb Busch Dienst, den Einsatztrupp leitete Grüttemeier Hier gab es Alarme und Entwarnungen im Stundentakt, was sich an den meisten Tagen im Jahre 1945 wiederholte. Am 21. März 1945 vermerkt der Gartenamtsleiter Wilhelm Petznik: „Bordwaffenbeschuß auf Zimmer 43, Gardinenbrand wurde gelöscht.“ Das Rathaus blieb nach den Meldungen im Buch relativ unbeeinträchtigt.

Der letzte Dienst war vom 2. auf den 3. April 1945, Ludwig Gockel und Leberecht Nolte hatten Dienst. Nolte vermerkt dienstbeflissen „Artillerie Feindbeschuß.“ Dann war der Krieg zumindest für Herford vorbei!

Mit all diesen Maßnahmen konnten trotzdem nicht die zahlreichen Opfer in Herford verhindert werden. Was wäre aber passiert ohne diese Anstrengungen?

Der Bombenkrieg 1944/1945

Von Helga Diestelmeier

August 1944

Herforder Kleinrentnerinnen unterstützen ihnen persönlich unbekannte Soldaten an der Front durch fleißiges Strümpfe stricken. Vier Soldaten bedanken sich bei einer bereits 82jährigen unverheirateten Strickerin:

„Liebes Fräulein! Mit großer Freude und Dankbarkeit bestätige ich Ihnen den Empfang ihres Briefes vom 16.4., der uns vieren gesund im Norden mit dem Blick auf das große Wasser und Gewehr bei Fuß antraf. (...) Mit dem größten Erstaunen stellten wir am Schlusse fest, dass unsere liebe Mithelferin am Gelingen des Sieges mit einem ergrauten Haar ihren lieben Soldaten schon manche Freude bereitet hat. Mit großer Anerkennung beugen wir uns vor Ihrem hohen Alter, weil Sie uns in dem schweren Ringen um den Sieg und eine gute Zukunft Deutschlands unterstützen. (...) Möchte ihnen mitteilen, dass das erste große Loch nach einem Tagesmarsch erschienen ist, dem ich aber gleich zu Leibe ging, denn wir haben ja manches in fast fünf Jahren gelernt. (...)“ (1)

In der Nacht vom 25. auf den 26. August fallen an der Bielefelder Straße zwei Bomben auf die Grundstücke Nr. 40 und 42: „Die eine Bombe war unmittelbar vor dem Wohnhaus Borns und Fischer niedergegangen und hatte die Hauptwasserleitung getroffen, so dass die städtischen Wasserwagen die Bewohner der weiteren Häuser der Bielefelder Straße mit Wasser versorgen mussten. Die Treppe vor dem Wohnhaus war fortgerissen, fast sämtliche Fensterscheiben zertrümmert. Weitere Schäden konnte man äußerlich nicht feststellen. Wie ich hörte, soll das Haus geräumt sein, da Einsturzgefahr bestehe. Die 'Technische Nothilfe' war damit beschäftigt, die Rohrschäden zu beseitigen. In dem Stallgebäude des nebenstehenden Hauses Breder waren drei Pferde und einige Schweine getötet, das Gebäude z. T. zerstört ... ".(2)

September 1944

„Die Stadtverwaltung Herford verschickt von Zeit zu Zeit an alle ihre im Kriegseinsatz stehenden Mitarbeiter ‚Heimatbriefe‘, (...). Im Septemberbrief schreibt Oberbürgermeister Kleim u. a.: ‚Endlich wird nun der totale Krieg, wie man ihn sich schon immer vorgestellt und gewünscht hatte, durchgeführt.‘ (3)

„Wenn im vorigen Monat in der Hauptsache um Mitternacht die Sirenen heulten, so im Monat September zur Mittagszeit. Es sind in erster Linie amerikanische Bomber, die am Tage ins Reichsgebiet einfliegen. Herford wurde auch in diesem Monat gnädig verschont. Nur am 30. September, als Bielefeld heimgesucht wurde, soll dem Vernehmen nach an der Waltgeristraße eine Bombe gefallen sein, die keinen Schaden angerichtet habe.“ (4)

Oktober 1944

Herford, Donnerstag, 5.10.1944

Starker Ostwind, diesige Luft. Um 11:14 Uhr Vollalarm, doch nach neuester Anordnung geht der allgemeine Geschäftsbetrieb weiter, bis „akute Luftgefahr“ angezeigt wird. Gustav Schierholz, Oberstudienrat am Friedrichs-Gymnasium, Museumsleiter und Chronist Herfords während des Krieges, schafft es noch nach

Hause. Herford erlebt den ersten großen Bombenangriff, hauptsächlich auf die Gegend um den Bahnhof.

Schierholz in der „Chronik“: „Allmählich schienen aber am Himmel, nach dem Geräusch zu urteilen, viele Feindmaschinen zu fliegen! Da plötzlich -12:09 Uhr- starke Detonationen. Da wir im Keller waren, konnten wir die Richtung nicht ausmachen. Unser Haus zitterte und bebte in allen Fugen, Scheiben klirrten, Türen rasselten. Es mussten Bomben gefallen sein, wie viele, war schwer zu entscheiden. Einmal hatte ich den Eindruck, als ob die Dachziegel der benachbarten Häuser getroffen würden. Ich dachte an Brandbomben und stieg auf den Boden meines Hauses, konnte aber nichts entdecken.“ (5)

Schierholz machte sich noch am selben Tag zu Erkundungen auf, die er in den folgenden Tagen fortführt. Dabei geht ihm das ganze Ausmaß der Zerstörungen auf. Am 5.10. sieht er: „Die Feuerwehr pumpte mit drei Spritzen aus dem Stadtgraben am Steintor zum Löschen der Bürstenfabrik 'König & Böschke'.“ (6)

Am 6.10. gibt es um 10:14 Uhr wieder Vollalarm. Schierholz berichtet: „Die Menschenmenge stob nur so auseinander, von panischem Schrecken ergriffen...“ (7) Häuser wurden beschädigt oder zerstört, viele Fabriken wurden getroffen, die Mittelschule an der Umlandstraße zu dem Zeitpunkt, als sich ca. 140 Kinder im schuleigenen Luftschutzkeller befanden. Auch vom Lutherhaus am Oetinghauser Weg gab es nur noch Trümmer. Militär sperrte die Bahnunterführung und die Schlosserstraße; die Goltzstraße, wo vor zwei Häusern zudem ein großer Bombentrichter entstanden war, wurde wegen eines Blindgängers gesperrt.

Schierholz beschreibt, was er am 5.10., nur 100 m entfernt von den Eisenbahnschienen, gleich hinter der Bahnunterführung sah: „Beide (Bomben-) Trichter haben einen Durchmesser von etwa 10 m und eine Tiefe von drei bis vier m. Die Pflastersteine waren aus der Straße gerissen und zum Teil über den Bahnkörper bis in die Bahnhofstraße gefallen.“ (8)

Die traurige Bilanz: 25 Tote in Herford durch den Luftangriff. Nicht nur trauernde Hinterbliebene, sondern auch andere Herforder, besonders solche aus dem betroffenen Stadtteil, müssen sich psychisch mit dem Geschehen auseinandersetzen. Viele finden am Sonntag (8.10.) in der Münsterkirche Trost in der Predigt über das Bibelwort „*Einer trage des anderen Last, so werdet ihr das Gesetz Gottes erfüllen.*“

Die NSDAP Herford reagiert mit einer Feierstunde im Sinne der NS-Ideologie, „unter stärkster Beteiligung der Bevölkerung“. Angehörige der Toten und Vertreter von „Partei, Staat und Wehrmacht“ sind anwesend. Die Toten des Bombenangriffs werden –wie damals im NS-Jargon üblich- in Anlehnung an die an der Front gefallenen Soldaten, als in der Heimat Gefallene bezeichnet und dadurch in den Bereich der kriegerischen Heldenverehrung gerückt.

Vor der Feierstunde: Niederlegung der Kränze des Gauleiters Dr. Meyer und der Stadt Herford auf dem Ehrenfriedhof durch Kreisleiter Nolting und Oberbürgermeister Kleim.

Verlauf der Feierstunde:

- „schweigender Einmarsch der Fahnen“,
- Kreispropagandaleiter Schulze stellt die Gedenkstunde unter das „Führerwort“: „In der Hingabe des eigenen Lebens für die Gemeinschaft liegt die Krönung allen Opfersinns.“,
- Oberbürgermeister Kleim schwört die Teilnehmer auf noch größere Bereitschaft ein „für die Erfüllung unserer Pflicht im Lebenskampf unseres Volkes“,
- Kreisleiter Nolting verpflichtet sie auf ein „Trotzdem und Dennoch“, das sich dem Feind niemals beugt, sondern weiterkämpft bis zum Sieg, „mögen sie uns auch die Häuser zerstören und liebe Menschen töten.“,
- Ausklang mit den beiden Nationalhymnen: Deutschlandlied und Horst-Wessel-Lied. (9)

November 1944

Herford, 6.11., 8./9.11. und 26.11.1944

In diesem Monat wird Herford von drei schweren Luftangriffen getroffen.

6.11.:

In der Nacht vom 6. auf den 7.11. tobt in Herford „ein Unwetter. Regenschauer mit stürmischem Wind“. (10) Trotz Vorentwarnung bleibt Gustav Schierholz noch im Keller. Er schreibt: „Da, 20:45 Uhr fliegt ein feindliches Flugzeug über unser Haus. Ich dachte an Beschießung durch Bordwaffen, so eigentümlich war das Geräusch. Das wiederholte sich einige Male, im ganzen fünfmal, unheimlich. Gegen 21:05 Uhr vernahm man dann nichts mehr...“ (11)

Besonders betroffen ist das Gebiet Rennstraße, Johannisstraße, Lessingstraße, Gertrudstraße, Tribenstraße, Martinsgang, Ecke Ahmser- und Hermannstraße, aber auch Radewiger- und Bäckerstraße, Arndt- und Kurfürstenstraße. Schäden entstehen am Katholischen Krankenhaus, am Städtischen Krankenhaus, am Friedrichs-Gymnasium, an der Münsterkirche und dem Museum. Der gesamte Krankenhausbetrieb wird nach auswärts, besonders nach Enger verlegt. Ein Blindgänger von 1.800 kg muss Ecke Hansa-/Werrestraße entschärft werden. „Überall bargen die geschädigten Einwohner ihre wenige Habe auf Handwagen und brachten sie in die Feldmark in Sicherheit. Ein Jammerbild! Zudem war das Wetter recht unbeständig. Regenschauer bei stürmischem Wind. Um die Mittagsstunde tobte noch ein Gewitter mit Graupeln.“ (12) Durch den Luftangriff vom 6.11. sind 30 Tote zu beklagen.





**Folgen der Bombenangriffe auf Herford:
Renn-, Arndt-, Johannisstr., Gehrenberg, Goebenstr. (Kommunalarchiv)**

8./9.11.:

Schierholz berichtet: „Die Luftlagemeldung (Radio!) um 23:00 Uhr lautet günstig (...). Wir begaben uns zur Ruhe, horchten aber doch auf verdächtige Geräusche. Plötzlich vernahmen wir fernes Summen. Heraus aus den Federn und in die Kleider! Da, auch schon Alarm, 23:48 Uhr, und akuter, d.h. verschärfter Alarm um 23:54 Uhr, ein Zeichen, dass das Stadtgebiet gefährdet ist. Wir waren kaum im Keller, da hörten wir auch schon mehrere feindliche Tiefflieger. Ein Krach! 23:57 Uhr, die erste Bombe fiel. Das elektrische Licht ging aus. Wir zündeten sofort eine Kerze an. Später brannte das Licht wieder, aber mit halber Spannung. Die weiteren Minen folgten dann bald, die zweite um 0:01 Uhr, die dritte um 0:04 Uhr, die vierte um 0:09 Uhr, die fünfte um 0:18 Uhr, die sechste um 0:24 Uhr, die siebte um 0:25 Uhr und endlich die achte um 0:43 Uhr, anscheinend weiter entfernt. Dann war Schluss, die Flieger entfernten sich, 1:13 Uhr erfolgte die Entwarnung.... Jedes Mal, wenn eine Mine aufschlug, flammte ein Blitz auf.... Mein Haus zitterte und bebte von dem gewaltigen Luftdruck....“ (13)

Wieder sind Straßenzüge und Gebäude betroffen, die schon am 6.11. zu Schaden gekommen sind, und andere dazu: Ecke Johannis-/Wiesestraße, Friedrichs-Gymnasium, Münsterkirche und Häuser in direkter Nähe, Rathaus, Post, die gegenüberliegende Gewerbebank, Arndtstraße, Schillerstraße, die Häuser jenseits der Schillerbrücke, das Gasthaus 'Zur Post' neben der Hämelingerbrücke an der Ecke Holland, die Neustädter Kirche, die Hämelingerstraße, das Museum u.a..

Es fallen auch acht Bomben auf das Gebiet Schwarzenmoor nahe der Autobahn. Viele Herforder fühlen sich nicht mehr sicher. „Allabendlich kann man aus Herford Scharen von Flüchtenden sehen, die in den umliegenden Gemeinden Nachtquartier suchen“. (14) Auch diejenigen, die bleiben haben Angst: „Kein Mensch geht jetzt in der Nacht zu Bett. Alle bleiben angezogen in ihren Räumen oder schlafen im Keller.... Einer hält Wache und horcht auf Flugzeuge und Alarm, während die anderen schlummern.“ (15)

Durch den Luftangriff vom 8./9.11. sterben 10 Menschen. Die Schulen werden geschlossen; die Lehrer müssen im Auftrag der NSDAP die beschädigten Häuser aufnehmen.

26.11., Totensonntag:

Auch diesen dritten schweren Luftangriff in einem Monat protokolliert Schierholz: „Da, 12:12 Uhr fielen Bomben in Richtung Bielefeld, 12:42 Uhr auf Herford. Es war ein unheimliches Gerassel. Der Küster der Münsterkirche, der gerade bei mir etwas abholen wollte und vom Alarm überrascht wurde, beobachtete aus meinem Garten die Anflüge der Feinde. Er sah, wie der feindliche Anführer das Bombenzeichen gab. Unmittelbar darauf fielen die Bomben und folgten die Detonationen. Wir sahen dann dicke Rauchwolken in nördlicher Richtung. Es musste der Bahnhof sein.... Um 13:42 Uhr kam die Vorentwarnung, 13:52 Uhr Endentwarnung. Nachher fuhr Nachbar Hermann mit dem Rade zur Bombenstelle und erzählte, der Güterbahnhof brenne, Goeben- und Bündlerstraße seien getroffen. Auch der Kleinbahnhof sei schwer mitgenommen.“ (16)

Die Mittelschule an der Uhlandstraße erhält einen Volltreffer. Am 28.11. beobachtete Schierholz: „In der Rennstraße und den angrenzenden Straßen sind heute hunderte von kriegsgefangenen Russen und Mädchen aus den Ostgebieten zu Aufräumarbeiten eingesetzt.“ (17) Dieser Luftangriff fordert 19 Tote.

März 1945

Herford, Samstag, 3.3.1945

Nach den großen Zerstörungen, die Herford im Herbst 1944 durch Luftangriffe erfahren musste, erfolgt an diesem Tag ein Luftangriff, bei dem über Herford erstmals Brandbomben fallen, so dass viele Häuser in Brand gesetzt werden. Schierholz ist überzeugt: „Das war der schwerste Angriff, den Herford erlebt hat.“ (18) Wieder trifft es die Innenstadt, z.B. Weggabelung Ahmser-/Elverdisserstraße, Renntor, Gehrenberg, Friedrichs-Gymnasium, einen Teil des Verwaltungsgebäudes des EMR und anliegende Häuser, das Museum. 24 Tote sind zu beklagen.

Schierholz notiert in der Chronik, was er erlebte: „Um 8:45 Uhr hatten wir Vollalarm, 10:08 Uhr kleiner Alarm, 10:45 Uhr Vollalarm, 12:14 Uhr Entwarnung, 12:20 Uhr Vollalarm, 12:35 Uhr Vorentwarnung, 14:05 Uhr Vollentwarnung. Der Himmel war klar, es herrschte Nordwind bei hohem Barometerstande. Plötzlich kamen einige feindliche Geschwader in Sicht, die von Süden her die Stadt überflogen. Um 11:15 Uhr fielen die Bomben. Das gesamte Haus erzitterte und erbebte. Es war eine große Anzahl von Bomben auf Herford niedergegangen, vorzugsweise auf die Innenstadt, wie sich später ergab. Zum ersten Mal wandten die feindlichen Flieger eine neue Methode (in Herford) an, sie warfen tausende von Brandbomben. Im Luftschutzkeller konnte man das Prasseln hören. Als die

Flugzeuge die Stadt überflogen hatte, verließ ich den Luftschuttkeller, um Ausschau zu halten. Die ganze Stadt lag unter einem dichten Qualm. Im Nebengarten und im Nebenhaus waren mehrere Brandbomben gefallen, in meinem Haus (war) anscheinend nichts passiert. Zur Vorsicht ging ich aber doch auf den Boden und bemerkte eine Brandbombe, die mehrere Dachpfannen durchschlagen und durch Aufprallen auf eine Dachleiste die Richtung verloren hatte. Sie lag auf dem Fußboden und hatte sich etwas eingebohrert. Da ich auf dem Boden genügend Sand, Wasser und eine Handfeuerspritze zur Verfügung hatte, gelang es mir schnell, die Bombe zu löschen.“ (19)

Die NSV gibt in den Schulen Wilhelmsplatz und Falkstraße Essen an alle bombengeschädigten Volksgenossen aus. Da Plünderungen vorkommen, warnt die WNN in einem Artikel: „Wer sich als Lump zeigt, muss auch so behandelt werden.... Es wird der Kopf verwirkt!“ (20) Am Heldengedenktag (11.3.) werden lediglich am Ehrenmal auf dem Alten Markt Kränze von Partei und Wehrmacht niedergelegt, auf eine öffentliche Feierstunde wird verzichtet.

Langanhaltende Fliegeralarme gehen in Herford weiter. Der letzte von insgesamt 914 Luftalarmen während des 2. Weltkrieges ereignete sich am 31.3.1945.

Anmerkungen:

- (1) Gustav Schierholz und Rainer Pape, Chronik der Stadt Herford 1939 – 1956 (Archiv des Vereins für Herforder Geschuchte e.V. im Kommunalarchiv Herford), zitiert bei Rainer Pape, „bis 5 nach 12“, Herford 1984, S. 102.
- (2) Ebda, S. 100.
- (3) Ebda, S. 107.
- (4) Ebda, S. 108.
- (5) Ebda, S. 109.
- (6) Ebda, S. 110.
- (7) Ebda, S. 111.
- (8) Ebda, S. 110.
- (9) Vgl. ebda, S. 113, Schierholz benutzt auch Informationen aus der Zeitung Westfälische Neueste Nachrichten (WNN).
- (10) Gustav Schierholz und Rainer Pape, Chronik der Stadt Herford 1939 – 1956 (Archiv des Vereins für Herforder Geschuchte e.V. im Kommunalarchiv Herford), zitiert bei Rainer Pape, „bis 5 nach 12“, Herford 1984, S. 118.
- (11) Ebda, S. 118.
- (12) Ebda, S. 120.
- (13) Ebda, S. 123 und 127.
- (14) Wilhelm Graeper und Emil Krüger, Chronik der Gemeinde Schwarzenmoor (Orig. im Kommunalarchiv Herford), zit. ebda, S. 128.
- (15) Gustav Schierholz und Rainer Pape, Chronik der Stadt Herford 1939 – 1956 (Archiv des Vereins für Herforder Geschuchte e.V. im Kommunalarchiv Herford), zitiert bei Rainer Pape, „bis 5 nach 12“, Herford 1984, S. 129.
- (16) Ebda, S. 131f.
- (17) Ebda, S. 134.
- (18) Ebda, S. 167.
- (19) Ebda, S. 165f.
- (20) Ebda, S. 169, nach WNN.

Die Opfer der Luftangriffe auf Herford

von Christoph Laue

Bei den größeren Luftangriffen auf Herford gab es am 5. Oktober 1944 25 Tote, am 6. November 30, am 9. November 10, am 26. November 19 sowie beim letzten großen Angriff am 3. März 1945 24 Tote. Akribisch wurde dazu beim Oberbürgermeister Fritz Kleim eine Liste geführt. Die Angehörigen bekamen einen städtischen Standard-Beileidsbrief, der bei den ersten Opfern –die auch einen Kranz auf ihr Grab erhielten- noch immer leicht abgewandelt wurde, aber schließlich nur noch rein formal ausfiel.

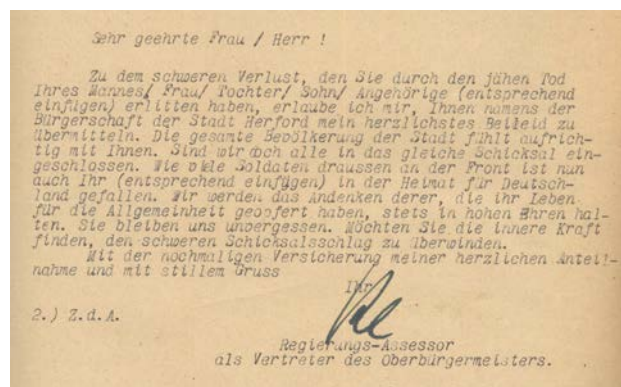
So erhielten am 2. Dezember 1944 12 Angehörige folgenden –„Namen und Verwandtschaftsgrad wurden ‚entsprechend‘ eingefügt“– Brief:

„Herford, den 2. Dezember 1944

Sehr geehrte Frau/Herr !

Zu dem schweren Verlust, den Sie durch den jähen Tod Ihres Mannes/ Frau/ Tochter/ Sohn/ Angehörige (entsprechend einfügen) erlitten haben, erlaube ich mir, Ihnen namens der Bürgerschaft der Stadt Herford mein herzlichstes Beileid zu übermitteln. Die gesamte Bevölkerung der Stadt fühlt aufrichtig mit Ihnen. Sind wir doch alle in das gleiche Schicksal eingeschlossen. Wie viele Soldaten draußen an der Front, ist nun auch Ihr (entsprechend einfügen) in der Heimat für Deutschland gefallen. Wir werden das Andenken derer, die ihr Leben für die Allgemeinheit geopfert haben, stets in hohen Ehren halten. Sie bleiben uns unvergessen. Möchten Sie die innere Kraft finden, den schweren Schicksalsschlag zu überwinden. Mit der nochmaligen Versicherung meiner herzlichen Anteilnahme und mit stillem Gruß.“

Unterschrieben wurden diese Briefe von einem Regierungs-Assessor als Vertreter des Oberbürgermeisters.



Standard-Beileidsbrief

Das wahre Leid der Betroffenen ist sicher kaum zu ermessen, wird aber in einem der wenigen Dankesbriefe deutlich. So schrieb der bekannte Herforder Architekt Paul Münter –dessen Haus an der Arndtstraße von Bomben getroffen worden war- am 13. Dezember 1944 aus seinem Ausweichquartier in Enger: „Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ihre, auch namens der Bürgerschaft, uns bezeugte so liebenswürdige, warme Anteilnahme an dem harten Schicksalsschlage, der uns durch den Verlust unserer beiden lieben Töchter betroffen (hat), möchten wir

Ihnen hierdurch unseren herzlichsten Dank aussprechen! – Gott nahm uns den Sonnenschein unseres Alters, aber wir suchen doch sein Walten zu verstehen und uns mit unserem irdischen Schicksal abzufinden. Ihr Paul Münter und Familie“

Nach dem letzten schweren Angriff am 3. März 1945 ging am 12. März der Brief an vier Witwen und am 14. März an weitere 18 Angehörige heraus. Das letzte Standardbeileid stammt vom 29. März 1945. Es wurde an Herrn Terbeck in Riesenberg, Kreis Tecklenburg, gesandt, der zuvor von Amts wegen als nächster Verwandter seiner in Herford verheirateten Tochter Josefa ermittelt worden war. Die Verwaltung arbeitete bis zuletzt „entsprechend ordnungsgemäß.“

„Im Heimatgebiet kamen in der gleichen Zeit 124 Herforder durch Feindeinwirkung zu Tode!“ so berichtet der städtische Verwaltungsbericht von 1945/46. Im Kommunalarchiv befindet sich in zwei Bänden alphabetisch und nach Daten sortiert die „Gefallenenliste“, die die 1.497 militärischen und die 124 zivilen Opfer aus Herford auflistet.

Erster Herforder Kriegstoter war der Hilfsarbeiter Willi Beermann aus der Goebenstr. 62. Er starb am 15. September 1939. 12 weitere Herforder sollten ihm noch 1939 folgen. In der Mitte des Buches wurden auch Angaben zu den Kriegsschauplätzen gemacht: So wurde von den Brüdern Haddenhorst aus dem Altensenner Weg 66 Gustav seit 13.4.1944 im Osten, Rudolf seit 25.6.1944 im Westen vermisst, Wilhelm Schmiedeskamp aus der Ahmserstr. 187 starb am 25.6.1944 wie sein Nachbar Rudolf Schürfeld aus Hausnummer 148 am 26.6.1944 in Italien.

Auf der Seite 64 werden die Toten und Vermissten zusammengezählt: Zum Zeitpunkt 5. Dezember 1946 waren 1.597 Herforder Bürger gefallen, dazu kamen 136 aus dem Standort Herford, 124 bei Luftangriffen umgekommene Zivilisten, sieben Selbstmörder, ein zum Tode Verurteilter und 222 Vermisste. Die Zahlen wurden später um weitere Namen und Daten ergänzt. Eine komplette Liste wird wohl nie zu erstellen sein. Welches Leid sich dahinter für die Angehörigen verbirgt, ist nicht zu ermessen.

Das letzte Aufgebot: Jugendliche und Alte im Kriegseinsatz – Flakhelfer und Volkssturm

von Christoph Laue

Der Deutsche Volkssturm in der Endphase des Zweiten Weltkrieges wurde nach einem Aufruf der NSDAP aus allen „waffenfähigen Männern im Alter von 16 bis 60 Jahren“ gebildet. Am 18. Oktober 1944, dem 131. Jahrestag der Völkerschlacht von Leipzig, wurde die Bildung des Volkssturms öffentlich gemacht und zwei Tage später offiziell verkündet. Durch Erlass Adolf Hitlers waren schon ab 25. September 1944 erste Einheiten aufgestellt worden.

Aufgaben waren meist Bau- und Schanzarbeiten, Sicherungsaufgaben und die Verteidigung von Ortschaften, zumeist in unmittelbarer Heimatgegend. Die militärische Organisation, Ausbildung, Bewaffnung und Ausrüstung sollte vom Ersatzheer geleistet werden, das Heinrich Himmler unterstand. Für die Aufstellung und Führung der Bataillone des Volkssturms waren die NSDAP-Gauleiter verantwortlich, die dabei mit den lokalen Organisationen der NSDAP, der SA, der SS, des NSKK (= NS-Kraftfahrkorps) und der HJ zusammenarbeiten sollten. Der Volkssturm war nicht Teil der Wehrmacht. Er wurde nach NSDAP-Ortsgruppen und Kreisgruppen gegliedert in Kompanien und Bataillonen aufgestellt. Die Aufstellung wurde von umfangreichen Propagandaaktivitäten begleitet.

Etwa sechs Millionen Männer in Deutschland wären volkssturmpflichtig gewesen. Um die Kriegswirtschaft nicht zu gefährden und die Unterschiede in Alter und Tauglichkeit zu berücksichtigen, wurde der Volkssturm in vier Aufgebote gegliedert: Das Aufgebot I umfasste alle tauglichen und waffenfähigen Männer der Jahrgänge 1884 bis 1924. Das Aufgebot II bildeten Männer von 25 bis 50 Jahren, die bisher als kriegswichtig und als unabkömmlich (uk) galten. Das Aufgebot III umfasste die jungen Jahrgänge 1925 bis 1928, die bisher nicht in Wehrmacht oder Waffen-SS waren. Die 16jährigen (Jahrgang 1928) sollten bis zum 31. März 1945 in der Hitlerjugend (HJ) und dem Reichsarbeitsdienst (RAD) militärisch ausgebildet werden. Das Aufgebot IV umfasste alle nicht Kriegsdienstverwendungsfähigen, das heißt eigentlich wehruntauglichen Männer.

70% des Jahrgangs 1928, der vollständig während der nationalsozialistischen Herrschaft sozialisiert worden war, meldete sich freiwillig zum Waffendienst. Im März 1945 wurden Angehörige des Jahrgangs 1929 verpflichtet.

Der Volkssturm war nur schlecht ausgerüstet und ausgebildet und hatte so kaum militärische Wirkung. Waffen- und Schießausbildung waren mangelhaft. Viele Gemusterte blieben trotz drohender Aburteilung durch Militärgerichte der Ausbildung fern. Gerade im Westen des Reiches gaben viele Volkssturmbataillone schnell den Kampf auf.

Luftwaffenhelfer war die offizielle Bezeichnung für 15- bis 17jährige Oberschüler und Gymnasiasten der Jahrgänge 1926 bis 1928, die seit Februar 1943 als Flakhelfer im Rahmen des Kriegshilfsdienstes eingesetzt waren. Ab 1944 wurden auch Lehrlinge aus dem Jahrgang 1928 aus dem gewerblichen und kaufmännischen Bereich eingesetzt. Luftwaffenhelfer hatten nicht den Status von Soldaten, erfüllten aber wie Soldaten Aufgaben an Geschützen und Geräten und

lebten in den Flakstellungen. Sie waren aber gleichzeitig auch Schüler, die von ihren Lehrern unterrichtet wurden. Luftwaffe, Hitlerjugend und Schule regelten den Einsatz von Luftwaffenhelfern. Die Schüler wurden klassenweise und innerhalb der Schulklassen jahrgangswise zum Einsatz abgeordnet.

Die Luftwaffenhelfer galten als Ersatz für Soldaten, die aus den Flakstellungen an die Front geschickt wurden, um dort die Verluste zu ersetzen. Jeweils 100 Luftwaffenhelfer ersetzten 70 Soldaten. In den Jahren 1943 bis 1945 waren etwa 200.000 Luftwaffenhelfer und Marinehelfer im Einsatz, genaue Daten über Verluste existieren nicht, aber zahlreiche Volltreffer in Flakstellungen lassen höhere Opferzahlen vermuten.

Luftwaffenhelfer und Volkssturm in Herford

In Herford wurden ab Januar 1944 Luftwaffenhelfer eingezogen, wie in der Kriegschronik von Gustav Schierholz berichtet wird: „Anfang Januar wurden viele Schüler der hiesigen höheren Schulen als Luftwaffenhelfer nach Bielefeld eingezogen. Von der Klasse 5 des Gymnasiums wurden 17 von 31 Schülern abkommandiert, von Klasse 6 noch zwei, so dass die ganze Klasse 6 aufflog. Die Jungen folgten dem Rufe mit großer Begeisterung, kehrten jedoch als überzählig nach einigen Wochen zur Schule zurück.“

Schierholz ließ sich über die Tätigkeit der Luftwaffenhelfer kurze Berichte erstatten; ein Beispiel:

„Friedel Kortemeyer: ‚Fliegeralarm! Fliegeralarm!!! Aus allen Baracken schallt der Ruf, den wir Luftwaffenhelfer uns täglich wünschen. Alles rennt zu den Bedienungsposten. In kurzer Zeit ist die Batterie feuerbereit. Drohend richten sich die Rohre in der Richtung, aus der der Feind gemeldet ist. Alles ist auf dem Posten. Nun mag der Tommy ruhig kommen. Hoffentlich kommen wir heute zum Schuss. Das ist der Gedanke, der uns alle beseelt. Plötzlich ruft der Flugmelde-Führer: ‚Ziel aufgefasst. Ein ganzer Verband! 50 km Entfernung! Gehendes Ziel!‘ Enttäuscht gucken wir uns an. Na, beim nächsten Mal. Nach einigen Minuten, die uns fast zu Ewigkeiten werden, hebt der Flugmelde-Führer wieder die Hand. Das Zeichen, dass ein Flugzeug aufgefasst ist. Ein Blick zu den Kanonen zeigt uns, dass auch sie feuerbereit sind. Plötzlich die Stimme eines Flugmelders. ‚Eine Maschine in Richtung 12‘. Sofort wird sie optisch aufgefasst und als ein Feindbomber erkannt. ‚Feuer frei!!‘ schreit der Chef. Donnernd bricht die erste Gruppe aus den Rohren. Dann die zweite, dritte, vierte und in schneller Folge die anderen Gruppen. Nach kurzer Zeit geht der Bomber tiefer und immer tiefer, eine Rauchfahne hinter sich herziehend. Zuletzt ist er so tief, dass die Granaten flach über die Dächer fliegen. Als er dann unsern Augen entschwand, da war es für uns sicher: das war ein Abschuss. Also hatte sich der Fliegeralarm doch noch gelohnt, obwohl wir unsere schöne Mittagspause dafür hergeben mussten. Denn am gleichen Tage hatten wir auch noch an einem anderen Abschuss Anteil. Doch solch ein Schießen hat auch seine schlechten Seiten. Denn jetzt mussten die Muni-Bunker nachgefüllt werden. Und es ist wahrhaftig keine Freude, drei Stunden lang die schweren Granaten zu schleppen. Aber auch das ging vorüber. Als es dann gemeinsam zum Abendessen ging, war alles wieder fröhlich und guter Laune. Die Hälfte seines Lebens steht der Soldat vergebens.“

Ab März 1944 wurden –dem Volkssturm vorgehend– schon die älteren Jahrgänge der Herforder Männer gemustert. Schierholz berichtet über seine Musterung: „Der Krieg verlangt die totale Erfassung aller noch wehrfähigen Männer. Endete bisher die Wehrpflicht mit dem 45. Lebensjahr, so ist sie jetzt auf 60 Jahre festgesetzt. Im März wurden die Jahrgänge 1884 und folgende gemustert. Zu diesem Jahrgang gehört auch der Verfasser der Chronik. Ich will von meinen Erlebnissen berichten. Wir waren auf Dienstag, 7. März zur Musterung in das ‚Haus der Deutschen Arbeit‘ beordert. Es war keine Elitemannschaft, die sich dort versammelte. Humpelnd am Stock der eine, ein anderer forsch wie ein 20jähriger, ein dritter vom Schlag gelahmt mit einer Begleitperson usw.. Wir mussten auf Befehl eines Feldwebels in Reihen zu fünf auf bereitgestellten Stühlen Platz nehmen und warteten der Dinge, die da kommen sollten. Zunächst kam gar nichts, beim Militär muss man, wie früher, warten. Dann erschien ein Sanitätsfeldwebel und fordert in klassischem Deutsch –er war offenbar Württemberger– zum Urinlassen mit folgenden Worten auf: ‚Die erschte fünf Mann raustrete zum Pinkeln!‘ Man verschwand hinter einem Vorhang und füllte ein Sektglas mit der goldenen Flüssigkeit, die dann von einem Sanitäter geprüft wurde.“

Am 24. Juli 1944 besuchte NSDAP-Gauleiter Meyer den Heimatschutz. Schierholz zitiert einen Zeitungsbericht: „Am Montagabend besichtigte Gauleiter Dr. Meyer auf dem Schulhof der Volksschule Wilhelmsplatz alle Formationen, in denen Männer außerberuflich im Einsatz für den Schutz der Heimat stehen. Außer der Stadt Herford war dabei z.T. auch der Landkreis erfasst. An dem Aufmarsch nahm auch die Wehrmacht teil. So brachte der Appell die Geschlossenheit der Heimat zum Ausdruck und zeigte, wie es der Gauleiter in seiner Ansprache hervorhob, dass diese Heimat nicht schutzlos ist. Auch viele Herforder Volksgenossen waren gekommen, um in entscheidungsschwerer Stunde den Gauleiter sprechen zu hören und mit den Männern der Formationen zusammen das Gelöbnis unwandelbarer Treue zum Führer abzulegen.

Nachdem Dr. Meyer auf seine Gäste hingewiesen hatte –Vertreter jener kaukasischen Völker, von denen viele tausende tapferer Männer Schulter an Schulter mit den deutschen Soldaten mit Auszeichnung kämpfen– ging er auf das augenblickliche, entscheidende Stadium des Krieges ein, das durch den Einsatz des Übergewichtes an Zahl und Material und den Versuch des Feindes gekennzeichnet ist, uns durch einen Generalansturm zu erdrücken. Wir aber halten durch und werden ihm die Überzeugung beibringen, dass das deutsche Volk nicht zu besiegen ist und dass wir von unseren Gegnern Ströme von Blut für jeden Quadratmeter Boden fordern werden. Die Parole lautet jetzt: noch mehr Soldaten an die Front und trotzdem Steigerung der Rüstung.

Der Gauleiter geißelte dann den feigen Mordanschlag auf den Führer und die erbärmliche Gesinnung jener Verräterclique, die heimtückisch unser Volk um den Lohn einer von Front und Heimat nun schon fünf Jahre lang bewiesenen heroischen Haltung bringen wollte.“

Im September 1944 berichtet Schierholz über den Kriegseinsatz der Jugend: „Nun ist auch die Jugend zum Kriegseinsatz aufgerufen. Der Feind steht an der Reichsgrenze. Da mussten die Jungen der Klassen 5 und 6 einspringen. Sie fuhren am 7. September zur Westfront, um dort Gräben aufzuwerfen. Am 22. September kehrten sie zurück. Ich bringe einige Erlebnisberichte meiner Schüler aus Klasse 6:

B. Giebeler: ‚Da sich der Feind den Grenzen unseres Vaterlandes näherte, galt es, im Westen des Reiches einen Wall zu errichten, der unseren Soldaten, falls es einmal soweit kommen sollte, zum Schutze dienen sollte. Am Morgen des 7. September brachen die Herforder Jungen der Jahrgänge 1927-30 zur Schanzarbeit auf. Mit Gesang ging's zum Bahnhof, wo der Sonderzug schon auf uns wartete. In einer herrlichen Fahrt ging's dem Rhein zu, den wir bei Duisburg überquerten. Nach einiger Zeit hielt der Zug im kleinen, aber bekannten Städtchen Kevelaer. Hier wurden wir bald in unsere Quartiere gewiesen. Am übernächsten Tage marschierten wir in strömendem Regen zum Schanzen. Das Wetter wurde in den nächsten Tagen besser, und ich kann wohl sagen, dass wir immer mit Freuden an die Arbeit gegangen sind. Aber bereits drei Tage nach unserer Ankunft erlebten wir unseren ersten Tiefangriff. Englische Tiefflieger stürzten sich mehrmals auf uns herab, aber ohne jemanden zu treffen. Im Allgemeinen verlief ein Tag wie der andere. Morgens um 6 Uhr Wecken, 6:30 Uhr Abmarsch zur Baustelle, 1 Uhr Mittagessen und bis 6 Uhr H.J. Dienst. Später wurde die Arbeitszeit auf 10 Stunden verlängert. Die Verpflegung war gut.‘

K.H. Muther: ‚Als Dr. Goebbels das deutsche Volk zum totalen Krieg aufrief, da sollten auch wir Jungen unseren Beitrag zum Endsieg geben. Wir warteten und warteten auf unseren Einsatz, aber niemand holte uns. Endlich hieß es, morgen geht es los nach dem Westen zum Schütten. Unsere Freude war riesengroß. In aller Eile wurden die Affen (= Rucksack) oder Koffer gepackt und überall Abschied genommen. Zu uns Abmarschierenden sprach noch der Kreisleiter, und dann ging es in die Sonderzüge, durch das Ruhrgebiet, über den Rhein, bis wir in Kevelaer ankamen. Auf der ganzen Fahrt sahen wir Sonderzüge über Sonderzüge, alle fuhren nach dem Westen. In Kevelaer wurden wir in Gemeinschaftslagern untergebracht. Am anderen Nachmittag marschierten wir zum ersten Mal an unsere Baustelle. In zwei Schichten arbeiteten wir, die erste Schicht von 7:00–13:00 Uhr, die andere von 13:00–19:00 Uhr. Eine leichte Flakbatterie hatte unseren Feuerschutz übernommen. An unserer Arbeitsstelle wurden wir in Kolonnen eingeteilt und durften nun mit frischen Kräften schütten. Aber das wilde Drauflosarbeiten hörte bald auf, denn sobald die erste Schicht zur Seite geworfen war, kam Kies. Nun fingen die Hacker an, denn jede Schütte voll musste erst los gehackt werden. Da hörten wir in der Ferne die Sirenen, Fliegeralarm, wir verkrochen uns schnell und schon waren die Tiefflieger da. Sie hatten einen Jungen über das Feld laufen sehen, und schossen nun. Der Dreck flog uns um die Ohren, denn ganz kurz vor uns ging eine Garbe in die Erde. Aber wir hatten wieder einmal Glück gehabt. So ging es Tag für Tag weiter. Als der Panzergraben eine Tiefe von drei Metern hatte, hörten wir auf. Wir mussten jetzt an allen Straßen Deckungslöcher und Zick-zack-gräben ausheben.“

Die Mädels wurden ebenfalls zum Kriegseinsatz aufgerufen. Die Presse berichtet darüber: „Auf Grund der Verfügung des Reichsbevollmächtigten für den totalen Kriegseinsatz sind auch die Schülerinnen der 8. Klasse der Oberschule für Mädchen für den Einsatz in der Rüstung und für andere kriegswichtige Arbeiten freigestellt. Auch im Kreise Herford wurden diese Mädels jetzt eingesetzt. Aus diesem Anlass fand am Donnerstagmorgen um 7 Uhr in der Lehrwerkstatt eines Herforder Betriebes ein Appell statt, zu dem sich die Schülerinnen der 8. Klasse, zusammen mit den in der Lehrwerkstatt ihre Berufsausbildung erfahrenden Mädeln, eingefunden hatten. Zum ersten Male standen sie, die am Tage vorher noch auf der Schulbank gesessen hatten, in einer Betriebsgemeinschaft, von dem Willen beseelt, in dieser ernsten Stunde des Vaterlandes auf alle persönlichen

Wünsche und Belange zu verzichten und mitzuhelfen, die Rüstung zu schmieden, die den Endsieg und damit auch die Zukunft des Volkes und jedes einzelnen garantiert.“

Anfang 1945 eskaliert die Entwicklung. Am 3. Januar 1945 kommt Gauleiter Meyer zu den Herforder Volkssturmmännern, am 6. Januar 1945 ergeht in Herford ein Aufruf der NSDAP zu einem „Volksopfer“: Kleidungsstücke und Ausrüstungen sollen für Wehrmacht und Volkssturm gesammelt werden - „Von der Zeltbahn bis zum Kanonenofen.“

Am 1. Februar 1945 teilt der HJ-Bann Herford 183 mit: „Der Jahrgang 1929 wird zur Wehertüchtigung der Hitlerjugend zu vierwöchigen Lehrgängen eingezogen.“



Volkssturmmänner und Flakhelfer (Kommunalarchiv)

Am 5. Februar 1945 berichtet die Zeitung über die Mädchen aus Herford beim Schanzeinsatz: „Seit längerer Zeit schon stehen neben den Fronthelfern der Hitler-Jugend und den Mädeln, die zur Betreuung der Jungen eingesetzt sind, auch die Mädels des Bannes Herford (183) und helfen mit, den Westwall zu bauen.“ Wenn sich die Mädels nicht melden, werden sie alle vier Wochen abgelöst. Reichsleiter Ley hat ihnen einen Besuch abgestattet. Die Freude der Mädchen war groß. Ley: „Ist es aber nicht schön, in einer Zeit zu leben, die große und wichtige Aufgaben an die Menschen stellt?“

Am 24. Februar 1945 gab es einen Kreisdienstappell der NSDAP in Herford. Teilnehmer waren erstmals auch die Bataillons- und Kompanieführer des Volkssturms des Stadt- und Landkreises Herford. Kreisleiter Nolting gab bekannt, dass beim Volksopfer etwa das Sechsfache der letzten Spinnstoffsammlung abgegeben worden ist.

Das Volksopfer wurde noch im März 1945 wiederholt. Der Bericht von Schierholz darüber zeigt indirekt die schlechte Ausstattung: „Da der Volkssturm aufgerufen wurde, musste an die Ausrüstung gedacht werden. Die Bevölkerung wurde aufgefordert, alle irgend entbehrlichen Uniformen und Ausrüstungsgegenstände wie Waffen, Tornister, Trinkgeschirre, Kochgeschirre usw. abzuliefern. Es war erfreulich zu sehen, mit welcher Opferwilligkeit die Bevölkerung diesem Rufe nachkam. Ich habe mich persönlich davon überzeugt, welche Mengen an Material im Gasthof Brinkmann aufgestapelt waren. Parteibeamte wurden aufgefordert,

ihre Uniformen zur Verfügung zu stellen. Wie weit diese Aktion Erfolg hatte, entzieht sich meiner Kenntnis.“

Ab 25. März 1945 begann schon der Rückzug der im Westen eingesetzten Herforder Volkssturmeinheiten über Greven nach Herford, entgegen den Befehlen des Kreisleiters Nolting.

Am 31. März 1945, wenige Tage vor der Einnahme Herfords, kehrte ein großer Teil der von Hauptlehrer Krüger aus Schwarzenmoor geführten Volkssturmkompanie vom Niederrhein zurück. Sie war am 19. März 1945 nach Millingen am Niederrhein entsandt worden und war der Fallschirmjäger-Division 6 unterstellt worden. Krüger berichtete: „Trotz der neuen Infanterie-Uniformen, die der Kompanieführer in Herford für den Ablösezug erzwungen hatte, ließ sich nicht verhehlen, dass der größte Teil der Männer nur bedingt einsatzfähig war. Die Kompanie war ausgerüstet mit italienischen, polnischen, dänischen und deutschen Gewehren, dazu kamen zwei Panzerfäuste, ein leichtes Maschinengewehr 42, ein Illing- und zwei Zwillingsgewehre. Einsatzbereit war nur das LMG, ein Illinggewehr und die Panzerfäuste, deren Handhabung nur wenige verstanden. Das Durchschnittsalter der Männer lag bei fünfzig Jahren! Der Gesundheitszustand war wenig zufrieden stellend.“

Noch am 1. April 1945 sollten Volkssturmeinheiten eingesetzt werden. Schierholz berichtet: „40 Männer zwischen 60 und 70 Jahren werden als Angehörige des Volkssturm-VI.-Aufgebots zum Schanzen abkommandiert. Sie versammeln sich an der Ahmser Straße bei der Möbelfabrik 'Bähr und Priester', um Weisungen entgegenzunehmen. Die Gruppe wird zunächst aufgefordert, zu warten, dann ohne weiteren Befehl wieder entlassen.“

Laut einem Bericht des Redakteurs Albers wurde am 2. April 1945, als die US-Armee gegen 16:30 in Herford-Eickum und dann bei Diebrock einmarschierte, ein amerikanischer Panzer durch eine Panzerfaust vernichtet. Am Roonstein in Laar kam es zu kleineren Kämpfen, bei denen noch zwei Volkssturmmänner starben. Der Bataillonskommandant des Herforder Volkssturms, Dr. Schiebel, riet dem Kommandanten der Restgarnison Herford, die Stadt nicht zu verteidigen angesichts der Übermacht. Am 3. April 1945, dem letzten Kriegstag im Raum Herford, erhielt der Volkssturm Enger nachts den Befehl, alle Volkssturmeinheiten des Kreises Herford sollten sich nach Minden zurückziehen. Der Befehl wurde nicht vollzogen und Enger an die Amerikaner übergeben.

Die Geschichtswerkstatt Exter verfasste folgenden Bericht über das letzte Gefecht im Raum Herford:

„Die Amerikaner hatten es eilig. Die Weser und vor allem die Straßenbrücken darüber waren ihr Ziel. Sie wollten sie möglichst unversehrt in die Hände bekommen, und dazu mussten sie den flüchtenden deutschen Truppen hart auf den Fersen sein. Nach ihrem Durchbruch durch den Teutoburger Wald am 2. April 1945 hatten sie nahezu ungehindert das Ravensberger Land ohne größere Kampfhandlungen durchquert und die Stadt Herford rechts und links liegen gelassen. Die Spitzen der 5. US-Panzerdivision näherten sich ihrem Ziel mit größtmöglichem Tempo auf der Autobahn und fast parallel dazu auf der Mindener Straße, der B61. Die ersten Panzer hatten gerade den Stuckenberg passiert und

gegen halb elf Uhr morgens die große Talbrücke über den Finnebach erreicht, als sie unter Granatenbeschuß gerieten. Das Feuer kam von der Steinegge in Exter.

Dort war mit eifriger Hilfe des örtlichen Volkssturms erst im Herbst 1944 eine große Flakstellung aufgebaut worden, die aus immerhin 10 Geschützen mit dem Kaliber 8,8 cm bestand – eine gefürchtete Waffe mit gewaltiger Feuerkraft auch im Erdkampf etwa gegen Panzer. Als die Anlage damals fertig war, soll es einen großen Begegnungsabend mit der Bedienungsmannschaft im Gemeindehaus Lohe gegeben haben.

Der Standort war strategisch günstig: Mit weiter Sicht in nord- und nordöstlicher Richtung sollten von dort aus die Oeynhausener 'Weserhütte', der wichtige Löhner Bahnhof und die 'Porta Westfalica' mit ihrem Rüstungsbetrieb tief im Jakobsberg geschützt werden. Die Straße, an der die Stellung lag, heißt seit 1972 „Portablick“.

Aber die Feuerkraft der Flak verhinderte nicht, dass am Karfreitag 1945 etwa 60 britische Flugzeuge den großen Rüstungsbetrieb 'Weserhütte' angreifen und erheblich zerstören konnten, in dem schon vor Beginn des Krieges Panzerspähwagen für die Wehrmacht gebaut wurden.

Die Stellung befand sich auf den Grundstücken der Landwirte August Böger, Solterwisch Nr. 38 (vier Geschütze), und Emil Bollmann, Solterwisch Nr. 39 (eins), sowie des Schmiedemeisters Hermann Flachmeier, Solterwisch Nr. 49 (fünf). Die einzelnen Stände waren durch Erdwälle geschützt und durch Gänge verbunden; die Munition lagerte in Bollmann's Scheune in der Nähe. Noch am Ostersonntag, dem 1. April, gab es Munitionstransporte mit Pferdewagen. An den 10 Geschützen dienten deutsche Soldaten, Angehörige der Landdienst-HJ und Kroaten, die als Verbündete galten. Sie lebten im alten Gemeindehaus Exter in Sundern an der heutigen Detmolder Straße, später in Baracken. In Ellermann's Wirtshaus im Dorf Exter wurden sie oft gesehen, von den Einheimischen aber nur geduldet.

Nachzulesen ist die genaue Lage der Stellung in einer Mitteilung des Meisters der Gendarmerie Gödecker an die Polizeibehörde in Vlotho vom 24. August 1945. Er schreibt darin auch von drei Schachtlöchern für Horchgeräte auf dem Grundstück des Bauern Fritz Jostmeier, Solterwisch Nr. 26: ‚Alle Schachtlöcher sind 15x15 m groß. An Flakgeschützen befinden sich in der Stellung noch acht Stück‘.

Die damals recht junge, kaum erprobte Erfindung Radarortung war unvollkommen und störanfällig; die hier benutzten, nach Westen ausgerichteten Horchgeräte boten vornehmlich nachts die einzige Möglichkeit, alliierte Flieger rechtzeitig wahrzunehmen. Für die Flugzeugabwehr gab es uhrwerkgesteuerte Zeitzündler, auf Panzer wurde mit Aufschlagzündler-Granaten geschossen.

Am 3. April kamen morgens die Amerikaner durch den Stuckenberg. Die Flakgeschütze auf der Steinegge begannen auf sie zu schießen, ihr Personal konnte aber von dort oben die Autobahn nicht selber einsehen. Offensichtlich versuchten vorgeschobene Beobachter mit direkter Sicht, über Feldtelefonleitungen das Feuer zu lenken, so dass die Mannschaften praktisch blind nach Karte ihre Granaten losschickten. Dabei wurden wohl auch einige Höfe

in der Umgebung der Straße getroffen – bis hin zu ihrer Zerstörung. Die amerikanischen Panzer wurden immer wieder auch von deutschen Soldaten, die auf der Flucht sich in den Wäldern und auf den Bauernhöfen versteckten, mit leichten Waffen beschossen. Dazu kamen jetzt die Granaten von der Steinegge.

Die fast logische Folge: Die Panzerbesatzungen schossen etliche Höfe in der Nähe in Brand, u. a. mit Leuchtspurmunitioin, wie Augenzeugen berichteten. So wurde zum Beispiel das große Fachwerk-Haupthaus des Hofes Reckefuß in Exter zerstört.

Der schnelle amerikanische Vorstoß verzögerte sich, Verstärkungen mussten ran. Von vier Seiten versuchten sie, die Geschütze niederzukämpfen. Von der Kronenburg, von der Loher Straße, vom Bonneberg und von Sundern in Exter kamen die Panzer immer näher. Die Bewohner der dazwischen liegenden Häuser flüchteten in Todesangst in die Keller. Bei dem intensiven Schusswechsel wurde die Flakstellung schließlich zerstört; auf deutscher Seite gab es vier Tote. Die überlebende Besatzung ergab sich. Die Häuser in der Umgebung wurden erheblich in Mitleidenschaft gezogen, viele waren demoliert.

Doch Fanatiker gab es weiterhin. Berichtet wird von einem „besonders linientreuen“ Leutnant der Flakstellung, der mit einer Panzerfaust bei Niedermeier, Auf der Burg in Lohe, stehende amerikanische Panzer angreifen wollte. Er sah wohl schnell die Sinnlosigkeit ein, versteckte sich und vertauschte die Uniform mit Zivilkleidung. Als er abends zu seiner in der Nähe wohnenden Frau wollte, nahmen ihn die Amerikaner fest. Noch während des Verhörs wurde er hinausgeführt und erschossen, berichten Zeitzeugen.

Ein Grabstein auf dem Friedhof in Exter trägt die Namen und Geburtsdaten der am 3. April 1945 auf der Steinegge Getöteten: Oberleutnant H. Müller *20.10.1902 – Stabsgefreiter Emil Ehard *5.4.1902 – Gefreiter G. Hinterstein *28.1.1895 – Soldat Wilhelm Daude *13.6.1904. Müller war nach einer schweren Verwundung an der Ostfront Kommandant der Flakstellung.

In den Wochen danach spielten die Kinder der Umgebung mit der noch herumliegenden Munition. Viele Jahre später schrieb Hugo Hüsing, lange Jahre Lehrer im Ort, 1975 in der Ortschronik von Exter, dass der Kampfmittel-Räumdienst die „Entsorgungsarbeiten“ an der ehemaligen Flakstellung eingestellt habe. „Man fand Teile der 8,8 Flak-Kanone (zur Abwehr feindlicher Flugzeuge) und leere Granatenhülsen. Die ‚gefüllten‘ Granaten wurden anderenorts entschärft. Jetzt liegt keine Munition mehr in der Erde auf der Steinegge“. Landwirt Flachmeier sagte noch zwei Jahrzehnte später: „Wo die Stellungen waren, gibt es beim Ackern immer noch schlechte Stellen“.

Auch heute sind in Exter noch Reste der Flak zu finden: Ein ehemaliges Geschützrohr dient –gut erhalten– als Torpfosten an der Einfahrt der Tankstelle Kuhlmann. Nach Kriegsende war der Schmiedemeister Kuhlmann bei der Demontage der Stellung eingesetzt. Er bekam als Entgelt zwei der Rohre. Auf einem Bauernhof über dem Dorf dienen ein Metallteil als Amboss und eine Stange als Wäschepfahl.

Das Gefecht auf der Steinegge, die Zerstörung der großen Flakstellung durch amerikanische Soldaten war nach kleineren Schusswechseln westlich von Herford die einzige größere Kampfhandlung im Kreisgebiet. Es wäre den folgenden Generationen zu wünschen, dass es auch für immer die letzte gewesen ist.“

Kriegsende und Befreiung im Mai 1945

von Helga Diestelmeier

Die Radiomitteilung am Abend des 1. Mai präsentiert auch den Herfordern eine propagandistische Lüge über die Todesumstände Adolf Hitlers. Schierholz schreibt in der „Chronik“: „Abends kurz vor 22:00 Uhr kommt die Meldung durch den Rundfunk, dass in Kürze eine ernste und wichtige Mitteilung für das deutsche Volk kommt. Die Meldung kam um 22:27 Uhr. Trommelwirbel. Aus dem Führerhauptquartier wird gemeldet, dass der ‚Führer‘ am 1. Mai nachmittags in der Reichskanzlei (Berlin) für Deutschland gefallen sei. Am 30. April hat der ‚Führer‘ den Großadmiral Dönitz zu seinem Nachfolger ernannt. Darauf spricht der Großadmiral Dönitz zum deutschen Volk.“ (1)

Die Kontrolle in Herford übten bewaffnete US-Soldaten an Straßenecken und patrouillierende Feldgendarmen aus. Damit die Amerikaner ihren internen Kraftwagenverkehr aufrecht erhalten konnten, hatte die Räumung der Hauptstraßen Herfords vom Bombenschutt und die Zuschüttung der Bombentrichter schon im April Priorität.

Schierholz schreibt: „Der Straßenverkehr (der Alliierten) ist ungeheuer, besonders in der Radewiger Straße, Bäckerstraße, Janup, Auf der Freiheit, Hämelingerstraße und am stärksten auf der Lübberstraße. Bei Sperrung des Gehrenbergs wird der Verkehr auf der Fernstraße B61 über die Elisabeth- und Hämelingerstraße geleitet. Die Zahl der passierenden Kraftfahrzeuge ist derartig groß, dass man oft kaum durch das Gewühl kommen kann. Englische und noch mehr amerikanische Kraftwagen fahren oftmals anscheinend planlos durch die Stadt, gefüllt mit Soldaten oder Kisten.“ (2)

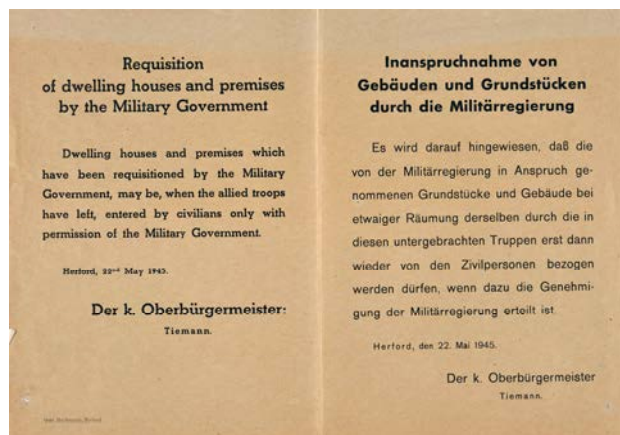
Die Umgehungsstraße wurde von den Amerikanern als Lagerplatz für riesige Lebensmittelvorräte genutzt. „So weit mein Auge reichte“, berichtet Schierholz, „von der Mindener- bis zur Engerstraße Kiste an Kiste mit Lebensmitteln, hoch aufgetürmt, schätzungsweise hunderttausende von Kisten mit Konserven. Nur die Durchgangsstraße war frei, die ganze Umgehungsstraße war mit Stacheldraht abgesperrt, die Durchlässe von bewaffneten Posten bewacht. Die Vorräte waren für die amerikanischen Truppen bestimmt, offenbar auch für das Oberkommando der britischen Besatzungsbehörde, das sich in unserer Nachbarschaft befindet.“ (3)

Am 8.5. gelingt es im zweiten Anlauf einen arbeitsfähigen „beratenden Ausschuss“ der Bürgerschaft zu installieren. Es gibt große Probleme zu bewältigen. Themenbereiche sind:

- Verpflegung für die ca. 10.000 bis 11.000 polnischen und russischen Zwangsarbeiter, die in 10 Lägern kaserniert sind
- Lasten für die Besatzung
- Holzdiebstahl in erheblichem Maße, auch aus dem Stadtwald
- Kohlenbeschaffung für die Versorgungsbetriebe (EMR und Stadtwerke) und die Privathaushalte
- Instandsetzung der beschädigten Häuser, besonders derjenigen, die nur geringe Baustoffmengen benötigen, und Weiterführung des Behelfsheimbaus

- Ungeklärte Weiterzahlung des Familienunterhalts, Wehrmachtsbesoldungsempfänger erhalten keine Zahlungen mehr
- Ungeklärte Weiterzahlung von Nutzungsentschädigungen
- Ungeklärte Weiterzahlung der Alters-, Invaliden- und Angestelltenrenten
- Kein Postverkehr
- Kein Eisenbahnverkehr für deutsche Zivilisten
- Fernsprechverkehr nur teilweise aufgenommen
- Mangelhafter Bankverkehr
- Notwendigkeit einer Wiedereröffnungsgenehmigung für Industriebetriebe
- Bevorstehende Meldepflicht zur Arbeitserfassung
- Ernährungslage der Herforder Bevölkerung: Brotrationen lassen sich wohl halten, schlechter ist die Lage bei Fleischrationen, Fett- und Zuckerversorgung
- Schnelle Räumung der Kriegsgefangenenlager im Jahn-Stadion wegen Verseuchungsgefahr für das Trinkwasser durch Fäkalien
- Nur einmaliges Erscheinen des „Herforder Tageblatts“ wegen Widerrufs der Herausgabegenehmigung durch die Militärregierung
- Schnellstmögliche Anbringung der alten Straßenbezeichnungen anstelle der NS-Straßenschilder
- Forderung nach Entfernung einer Reihe von Nationalsozialisten aus führenden Stellungen der Stadtverwaltung
- Forderung nach schärferer Handhabung des Arbeitseinsatzes für Nationalsozialisten, z.B. Beteiligung am Wegräumen des Schuttes
- Positiv wird gesehen: Zusammenschluss Herforder Arbeiter in einer Gewerkschaft (4)

Aber viel wichtiger als die Herforder Ereignisse am 8. Mai 1945 ist, dass an diesem Tag der 2. Weltkrieg beendet wurde.



Deutsche Kriegsgefangene im April an der Herforder Jahnstraße / Räumungsbefehl für den Stiftberg (Kommunalarchiv)

Am 15. Mai lösen britische Einheiten die amerikanischen Soldaten ab, die sich in ihre Besatzungszone zurückziehen, denn Herford gehört zur britischen Zone. Schon einen Tag später, am 16. Mai, übermittelt der kommissarische Oberbürgermeister Tiemann den Bewohnern des Stadtteils Stiftberg schriftlich den Räumungsbefehl, begründet mit der „Einrichtung eines alliierten Hauptquartiers in der Stadt Herford“. Bis zum ersten Pfingsttag, dem 20.5., 8 Uhr abends müssen die Häuser und Wohnungen zur Belegung mit englischen

Besatzungssoldaten geräumt und die Schlüssel im Schützenhof abgegeben sein. Die Menschen werden bei ihrer Suche nach einer neuen Bleibe sich selbst überlassen, denn der bisherige Eigentümer oder Mieter muss bis zum 22.5., mittags 12 Uhr, im Rathaus mitteilen, „wo sie Ihre Wohnung gefunden haben.“ Viele kommen provisorisch bei Verwandten oder Bekannten unter, Besatzungsverdrängte müssen aber auch ihre Unterbringung im Barackenlager am Ortsieker Weg/Ecke Bismarckstraße akzeptieren, wenn sie nichts anderes finden konnten. Viele Einrichtungsgegenstände müssen in der Wohnung zurückgelassen werden. Das gesamte geräumte Gebiet wird eingezäunt, es gibt nur sechs Ausgänge. Dort kontrollieren bewaffnete Soldaten die nur in Ausnahmefällen von der Besatzungsmacht ausgestellten Passierscheine.(5)

Der Räumungsbefehl bezieht sich auch auf alle auf dem Stiftberg gelegenen kirchlichen Gebäude der Ev.-Lutherischen Mariengemeinde einschließlich der Marienkirche, die britische Garnisonskirche wird. Zudem werden über 200 weitere Wohnhäuser im übrigen Stadtgebiet beschlagnahmt.

Auch ein Beförderungsmittel aufzutreiben war schwierig. „Autos gab es keine, die waren alle zum Kriegsdienst eingezogen. Wer ein Pferdefuhrwerk auftreiben konnte, pries sich glücklich. Und so rollten schließlich die Schiebkarren, die Bollerwagen und Kinderwagen mit den Habseligkeiten zur Stadt, ins Tal hinunter. Aber auch auf dem Buckel wurde vieles abtransportiert und es war schließlich ein großer Treck, der sich tagsüber innerhalb der Zeit, in welcher man sich frei bewegen durfte, in die Stadt und in Ortschaften des Landkreises ergoss. Irgendwie hatte jeder einen primitiven Unterschlupf, aber keine Wohnung gefunden.“ (6)

Büter berichtet 1970 im „Herforder Jahrbuch“ weiter: „Als die Bewohner eines Morgens vor Pfingsten erwachten, fanden die, die an der Demarkationslinie des beschlagnahmten Stadtteils wohnten einen Stacheldrahtzaun vor. Man hörte bald, dass das ganze Gebiet des Stiftbergs auf diese Weise gegen die Außenwelt abgesperrt war. Die englischen Pioniere hatten ganze Arbeit gemacht. An den Zugängen zum Stiftberg wie Lübbertor und Bergertor, Schumannstraße/Ecke Bismarckstraße und auf der Vlothoer Straße waren Absperrungsbalken errichtet, die man nach Bedarf hoch ziehen konnte. Hier hielten schwer bewaffnete Soldaten Wache. An diesen Übergangsstellen wurde das mitgeführte Gepäck scharf untersucht. Gegenstände, die unter das Mitnahmeverbot fielen, und die eigentlich ‚zu Hause‘ bleiben müssen, wurden unnachsichtig beschlagnahmt; im besten Falle konnte man sie in sein verlassenes Haus zurückbringen. Viele Radiogeräte, bequeme Sessel und Sofas, Kochherde und andere nützliche Dinge standen an den Übergängen, z.B. an der Schützenstraße auf dem Gehsteig oder auf dem heute noch vorhandenen Mäuerchen. Draußen im Stuckenberg aber züngelten tagelang die Flammen aus den Tischen und Stühlen und schmorte das Feuer in den Matratzen und Sofas, die von den englischen Soldaten aus den geräumten Häusern hier auf dem ‚Klottenkamp‘ abgeladen und verbrannt wurden unter unwürdigen Szenen mit Herforder Frauen, die gern einiges haben, aber nicht erhalten konnten. Und etwas weiter in der Mergelkuhle hausten einige Stiftberger Verdrängte in notdürftigen Zelten, weil sie keine Bleibe gefunden hatten.“

Aber es gab durchlässige Stellen, die nur alten Stiftbergern bekannt waren. Hier muss das hohe Lied vom guten Nachbarn gesungen werden, die halfen, diese Schleichwege zu benutzen, um wirklich lebensnotwendige Gegenstände aus dem Sperrgebiet herauszuschaffen." (7)

Anmerkungen:

- (1) Gustav Schierholz und Rainer Pape, Chronik der Stadt Herford 1939 – 1956 (Archiv des Vereins für Herforder Geschuchte e.V. im Kommunalarchiv Herford), zitiert bei Rainer Pape, „bis 5 nach 12“, Herford 1984, S. 223.
- (2) Gustav Schierholz und Rainer Pape, Chronik der Stadt Herford 1939 – 1956 (Archiv des Vereins für Herforder Geschuchte e.V. im Kommunalarchiv Herford), zitiert bei Rainer Pape, , Nozzeit, Leopoldshöhe 1996, S. 22.
- (3) Ebda, S. 22.
- (4) „Als die Amerikaner kamen...“, Archivpädagogische Materialien, Nr. 2, Kommunalarchiv Herford, Eigendruck, Herford 1995, Quelle M 27.
- (5) Ebda, Quelle M 16.
- (6) Otto Büter: *Wir wollen nach Hause*, in Herforder Jahrbuch 1979, XI Band S. 53.
- (7) Ebda, S. 54

März/April 1945: Hedwig Klüter erzählt

aufgezeichnet von Helga Kohne

Ende März, Anfang April musste sich mein Mann jeden Sonntag auf dem Schützenhof beim Volkssturm melden; er musste schippen, Panzerlöcher graben. Und da wollten sie meinen Mann noch wegschicken, an die Front, nicht richtig an die Front, nur ins Ruhrgebiet, um den Feind zurückzuschlagen. Und das ohne Waffen, die hatten keine mehr. Da hat sich mein Mann gewehrt, hat sich versteckt, bis die Amerikaner da waren.

Am 4. April hörten wir die amerikanischen Panzer schon von Weitem. Ich habe in letzter Minute das Hitlerbild von der Wand genommen, das Glas mit dem Schuhabsatz zerschlagen und dann rein in den Ofen, so schnell es ging. Das war schon schade, denn auf der Rückseite hatte ein Maler meinen Mann gemalt - in Uniform. Und nun war das Bild weg. Wir waren doch bange, dass sie sagen könnten, wir seien Nazis. Wir hatten Angst, dass sie alles kaputt schlagen könnten. Und dann sind sie gekommen, „Schwarze Neger“ haben alles aufgerissen, alle Schubladen und Schränke. Die suchten nur Munition und Waffen. Es war ja Ostern gewesen und wir hatten gebacken, aber das packten sie nicht an.

Hedwig Klüter arbeitete bei der Kleinbahn: „Im April 1945, da sagte der Russe zu mir, der hatte schon richtig schönes Zeug an, Hemd und so, dass sie Plündererlaubnis gekriegt hätten und in alle Lager durften, auch in ein Schuhhaus auf dem Alten Markt, ein ganz schwerer Nazi war das.

Und an Polen erinnere ich mich. Die holten sich beim Bauern ein Schwein, haben es auf der Wiese abgestochen und gebraten. Und den Deutschen haben sie Uhren abgenommen. Das war wohl Rache. Kann man doch verstehen, oder? Wir haben uns ja auch nicht richtig verhalten gegenüber den Polen, haben doch genug verbrochen.“

April 1945: Befreiung in Herford und Schwarzenmoor

von Helga Kohne

Am 4. April 1945 fuhren amerikanische Offiziere in die Herforder Innenstadt zum Rathaus, wo ihnen vom Stadtkämmerer Heinrich Tiemann die Stadt übergeben wurde. Danach wurden auf dem Rathaus die amerikanische, englische und sowjetische Fahne aufgezogen. Der offizielle Repräsentant der Stadt, Bürgermeister Kleim, war geflohen. (nach Sahrhage)

Am 4. April 1945 fuhren Amerikaner auch mit Panzern und Lastwagen in Schwarzenmoor ein und bezogen auf einigen Höfen Quartier. Die Bauern wurden in Schulen ausquartiert und durften die Höfe nur zum Versorgen des Viehs betreten. Die ausländischen Arbeiter/Zwangsarbeiter wurden befreit und konnten gehen, wohin sie wollten, und tun und lassen, was sie wollten. Die Probleme waren absehbar.

Der Chronist Krüger macht deutlich, was die Mehrheit der Bevölkerung damals dachte. Die Amerikaner wurden nicht als Befreier, sondern als Feinde betrachtet. Er schreibt: „...wir wissen nun, dass wir vom Feind nichts zu erwarten haben als Demütigung, Hohn und Unterdrückung.“ Not, Chaos und Gewalt regierten in der ersten Zeit. Neben Überfällen durch herumziehende Banden gab es auch Racheakte. Die Bäuerin und der Bauer Quest und die Brüder Heinrich und Theodor Meyer Kerkhoff und ein englischer Offizier wurden ermordet. Der Anführer einer Bande wurde gefasst und erhängt.

Literaturauswahl

1) Artikel zum Thema im Geschichtsmagazin HF, Beilage in der 'Neuen Westfälischen' (bestellbar über das Kommunalarchiv Herford, teilweise online auf <http://www.kreisheimatverein.de/37.0.html>)

Autor(in)	Titel	Untertitel	Stichworte	Datum	Nr.
Kohne, Helga	Protokoll einer Vernehmung	Halit Ünal hat Archivmaterial aus Herford literarisch bearbeitet	Zwangsarbeit, Klawdia, B., Nationalsozialismus, Zweiter Weltkrieg	16.9.1992	2
Laue, Christoph	Ein Foto im Vorübergehen	Die ausgebrannte Herforder Synagoge, aufgenommen im Juni 1939	Reichspogromnacht, Nationalsozialismus, Judenverfolgung, Kommunalarchiv	16.3.1993	4
Laue, Christoph	Das Fliegerkreuz in der Werre-Aue	Politische Propaganda um einen Flugzeugabsturz	Kommunalarchiv Herford, Nationalsozialismus, Fritz Ruwe	14.12.1993	7
Silger, Wolfgang	Der Nazi-Landrat flieht aus der Stadt	Aus Herforder Gestapo-Akten: Als die Kreisverwaltung "ausgelagert" wurde	Nationalsozialismus, Erich Hartmann	14.12.1993	7
Lütkenhöner, Bruno u. Marianne	"Widerstand zu leisten, wäre ja Wahnsinn gewesen"	Panzer auf der Ringstraße	Herford, Kriegsende	14.3.1994	8
o. A.	Eine Ergänzung	(Vgl. HF Nr.9: Der "Skandal" um fünf Tafeln Freesia)	Nationalsozialismus, Fabrikant Freese	13.9.1994	10
Brade, Christine	Es gibt eine dritte Gruppe	Besetzung oder Befreiung?	Kriegsende, Nationalsozialismus, Judenverfolgung, Herford	14.3.1995	12
Ellermann, Elfriede u. König, August-Wilhelm	Die Organisation Todt braucht eine Backstube	Ortsgruppenleiter S. glaubte noch an die Wunderwaffe - doch andere verbrannten schon Akten	Kriegsende, Exter	14.3.1995	12
Klüter, Hedwig u. Kohne, Helga	"...wir hatten ja Angst, daß sie alles kaputtgeschlagen würden"	Volkssturm an der Engerstraße, Hitlerbild noch an der Wand - und von weitem donnerten schon die Amerikaner	Kriegsende, Herford	14.3.1995	12
Kuschke, Joachim	Der Bombenhagel auf Löhne-Bahnhof	14. März 1945, 15:37 bis 15:32 Uhr: 15 Minuten, in denen ein kleiner Ort im Kreis Herford in Schutt und Asche sank	Zweiter Weltkrieg	14.3.1995	12
Laue, Christoph	Geplündert haben viele	Auswirkungen des Krieges	Kriegsende	14.3.1995	12

Laue, Christoph	Nach kurzer Schießerei sind die Panzer in Diebrock	Die militärische Lage Anfang April rund um Herford: Am 3. April übergibt der Kämmerer die Stadt	Zweiter Weltkrieg, Kriegsende, Heinrich Tiemann	14.3.1995	12
Mailänder, Friedhelm u. Botzet, Rolf	Kurz vor Dienstschluß kamen die Alliierten	Volkssturm sägte Bäume an der Hansastraße an	Kriegsende, Rödinghausen	14.3.1995	12
Meier, Gerhard	Die Schüsse trafen polnische Arbeiter	Als die Amerikaner nach Sundern kamen, setzten sie die Baracken am Sportplatz in Brand - zu spät schwenkten sie weiße Fahnen	Kriegsende	14.3.1995	12
Mörstedt, Christoph	Das Kriegsende im Spiegel der Schulchroniken	Die Lehrer berichten über die Amerikaner noch unmißverständlich als Feinde	Krieg	14.3.1995	12
o. A.	Zwei Ober-Nazis verlassen heimlich die Stadt	Oberbürgermeister Kleim ordnet Dienstbereitschaft über Ostern an - und beurlaubt sich selbst	Kriegsende, Fritz Kleim, Ernst Nolting	14.3.1995	12
Tiemann, Manfred u. Bartetzko, Sabine	Panzer rollten über die Wasserbreite auf den 15jährigen zu	Bevor die Amerikaner Bünde erreichten, war vieles verbrannt worden - an der Mühle Wostbrock stoppte der Tross	Kriegsende	14.3.1995	12
o. A.	Als die Amerikaner kamen	Buchvorstellung Pingel-Rollmann, Heinrich u. Laue, Christoph	Kriegsende, Quellen	16.5.1995	13
o. A.	Franziska Spiegel - die Stadt Spenge gedenkt eines jüdischen Schicksals	Buchvorstellung Meyer, Dieter	Nationalsozialismus, Judenverfolgung	12.12.1995	15
Laue, Christoph	Die Viertelstundenglocke von St. Johannis	1496 für das Fraterhaus gegossen, 1802 im Zuchthaus verwendet, 1942 nach Hamburg gebracht ...	St. Johannis-Kirche, Pfarrer Gaffron, Nationalsozialismus	11.6.1996	17
o. A.	Fahne flattert stolz im Wind, wo wir Kameraden sind - die HJ-Bannführerschule "Herzog Widukind" in Vlotho 1938 bis 1945	Buchvorstellung Kahre, Angela (Jugendhof Vlotho (Hg.))	Nationalsozialismus	11.6.1996	17
Silger, Wolfgang	Die Bildersammlung des Nazi-Landrats	Eine deutsche Karriere im 20. Jahrhundert: Erich Hartmanns Lebensweg im Spiegel seiner Foto-Alben und Dokumente	Nationalsozialismus, Kommunalarchiv Herford, Quellen	11.3.1997	20
o. A.	Kinder, die nicht zählten. Ostarbeiterinnen und ihre Kinder im Zweiten Weltkrieg	Buchvorstellung Schwarze, Gisela	Nationalsozialismus, Zwangsarbeiter	16.9.1997	22
Huss, Annette	Zwei Jünglinge, den Blick nach vorn gerichtet	Richard Scheibes Denkmal für Detmar und Joachim Tengemann auf dem Städtischen Hauptfriedhof in Herford	Nationalsozialismus, Skulptur, Bildhauerei, Zum Ewigen Frieden	16.12.1997	23

Möller, Eckhard	Die Panzerfäuste im Bexter Wald	Kindheit 1945: Überall lagen Waffen herum - und 14jährige spielten damit	Zweiter Weltkrieg, Nachkriegszeit	17.3.1998	24
Laue, Christoph	Wo ist "Würmchen"?	Ein Herforder erinnert sich an seinen ersten Freund aus Kindertagen	Judenverfolgung, Nationalsozialismus	16.3.1999	28
o. A.	Geschichte aus dem Einmachglas	ein Ausstellungsstück aus dem Museum Bünde	II. Weltkrieg, Ernährung, Margarete Heidbrink	16.3.1999	28
o. A.	Die Tafel an der Kleinen Markthalle		Judenverfolgung, Nationalsozialismus	16.3.1999	28
Laue, Christoph	Kriegs-Tagebuch einer Herforder Einheit	Ungewöhnlicher Fund jetzt im Kommunalarchiv	Militär	14.12.1999	31
Laue, Christoph	Die Zeit der Kinderlandverschickung	Vater ist im Krieg, Mutter soll kriegswichtige Arbeit leisten - da greift der NS-Staat ein	2. Weltkrieg, Nationalsozialismus	21.6.2000	33
Möller, Eckhard	Das Projekt Aphrodite	Ferngelenkte Bomber auf dem Weg zu Herfords Güterbahnhof	2. Weltkrieg	21.6.2000	33
Rausch, Birgit	Maßnahmen gegen Fußball	Historisches Treffen 1944 auf Diebrocks Sportplatz	Nationalsozialismus, Zwangsarbeiter, Gestapo	13.9.2001	38
Braun, Hartmut	Der Anschlag auf die Lippische Bahn	An Führers Geburtstag wollte Willy Langenberg in Herford einen Militärtransport entgleisen lassen	Nationalsozialismus, Widerstand, KPD, Arbeitersport	21.3.2002	40
Sahrhage, Norbert	Zeuge eines kaltblütigen Mordes	Jan Jakubczak meldet sich nach 59 Jahren: Er hörte den Schuss, mit dem Franziska Spiegel getötet wurde	Nationalsozialismus, Zwangsarbeit, Judenverfolgung	18.12.2003	47
Kassebaum, Siegfried	Die Zivilcourage des Gustav S.	Auch im Kreis Herford hat es in der Nazizeit kommunistischen Widerstand gegeben - eine Schutzhaft-Liste	KPD	18.3.2004	48
Möller, Eckhard	Gefangen im Kessel von Falaise	Ein Flugblatt-Foto mit Heinrich Bringewatt fiel auf Rödinghausen - doch niemand erkannte ihn	II. Weltkrieg, Wilhelm Schürmann	18.3.2004	48
Kohne, Helga	Mir geht es soweit noch gut	Paula Lohagen - eine Herforderin aus dem Endebutt, in Auschwitz verschollen	Nationalsozialismus, KPD	17.6.2004	49
Laue, Christoph	Zeichen an der Tür	Im Herforder Rathauskeller entsteht eine Gedenkstätte	Zwangsarbeiter, Polizeigefängnis, Herford	16.12.2004	51
o. A.	Er nahm unser Glück mit in sein Grab	Vor 60 Jahren: aus Herforder Zeitungen zum letzten Kriegs-Neujahr	Herford, Krieg	16.12.2004	51
Bonhaus, Miriam	Als Geisel auf dem Panzerrohr	Die Amerikaner in Bünde - Beschlagnahme, Handel, Freundlichkeiten	Krieg	17.3.2005	52

Drews, Mats und Wehage, Vanessa	In die Kirche statt zur Hitlerjugend	Jugend in Bünde nach Kriegsende: Niemand erinnerte sich gern an die Zeit des Nationalsozialismus	Michael Metzgar, Blindgänger, Klassenfahrt	17.3.2005	52
Geschichtswerkstatt Exter	Letztes Gefecht auf der Egge	US-Panzer gegen 8,8-Zentimeter-Flaks	Krieg	17.3.2005	52
Hemminghaus, Günter	Friedel und Walter	Der Tod zweier Lenzinghausener Kinder im Februar 1944	Krieg, Friedel Pankoke, Walter Beckmann	17.3.2005	52
Laue, Christoph	Das Buch der Herforder Gefallenen		Herford, Krieg	17.3.2005	52
Laue, Christoph	Die Stadt im Bombenkrieg		Herford, Krieg	17.3.2005	52
Laue, Christoph	Herforder Alltag in Trümmern		Herford, Krieg	17.3.2005	52
Laue, Christoph	Als SS-Mann im Osten	Aus dem Kriegsalbum des Herforders Wilhelm G.	Krieg	17.3.2005	52
Laue, Christoph	Bombenschutz in Bunker und Graben	Über 900mal wurde in Herford Fliegeralarm gegeben - wie die Stadt sich "luftschutzbereit" machte	Krieg, Herford	17.3.2005	52
Laue, Christoph	Bürgermeisters Beleid	Zu dem schweren Verlust, den Sie durch den jähen Tod ...	Krieg, Herford	17.3.2005	52
Laue, Christoph	Das Geschäft mit dem Luftschutz	Von Belüftung über Sanitäranlagen bis zum Sicherheitsausstieg reichte die Angebotspalette	Krieg, Herford	17.3.2005	52
Laue, Christoph	Das Wachbuch der Rathauswache	In der Nacht zum 3. April notierten Gockel und Nolte "Artillerie Feindbeschuss"	Krieg, Herford	17.3.2005	52
Laue, Christoph	Luftbeobachtung aus dem Münster-Turm	Glasfenster, neue Treppen, Flammenschutzanstrich	Krieg, Herford	17.3.2005	52
Laue, Christoph	Vor dem Einstieg in den Bunker	1942 nimmt die Familie Wittland ihren Schutzraum an der Hermannstraße in Betrieb	Krieg, Herford	17.3.2005	52
Möller, Eckhard	Abenteuer im Munitionsdepot	Wie die Betonbunker in den Stuckenberg kamen - und wie sie nach dem Krieg zum Spielplatz wurden	Herford, Krieg	17.3.2005	52
Mörstedt, Christoph	Abgestürzt in Bardüttingdorf	Ein Messerschmidt-Langstreckenjäger bohrt sich 20 Meter von einem Bauernhaus entfernt in die Wiese	Heining, Krieg	17.3.2005	52
o. A.	Chronik der letzten Tage		Krieg, Herford	17.3.2005	52
Rausch, Birgit	"Minderbelastet": Ernst Nolting	Prokurist bei Böckelmann & Co., Direktor des EMR, Kreisleiter von 1933 - 1945	Nationalsozialismus	17.3.2005	52
Rausch, Birgit	Die Karriere des Erich Hartmann	SA-Gründer, Kreisleiter, Landrat, Molkereiverteter	Nationalsozialismus	17.3.2005	52

Uffmann, Heinz-Jürgen	Minenexplosion in Belke-Steinbeck	19. März 1940: 13 Soldaten starben beim Versuch, auf einem Bauernhof Tellerminen zu entschärfen	Meyhof, Lindemann, Enger, Krieg	17.3.2005	52
Laue, Christoph	Schalke nahm die Glocke mit	König Fußball hält Herford im Bann - Mitten im Krieg	Sport, Weltkrieg, Wehrmacht	23.6.2005	53
Guist, Monika	Tasche, Marken und Besteck	Was Menschen 1945 auf die Flucht mitgenommen haben und bis heute aufbewahren	Kriegsende, Flüchtlinge	15.9.2005	54
Möller, Eckhard	Die Stühle vom Klottenkamp	Müllkippe der Amerikaner am Waldrand	Herford, Kriegsende, Besatzung	15.9.2005	54
Guist, Monika	Rettende Brieftasche	Heinz Ellermann war 18 Jahre, als er schwer verwundet wurde	Weltkrieg, Soldaten	15.12.2005	55
Kassebaum, Siegfried	Das Geheul der Kinder war groß	Ein Brief von der Ostfront in der Ukraine	Weltkrieg, Soldaten	15.12.2005	55
Rausch, Birgit	Weihnachts-rezept aus älterer Zeit	Honigkuchen 1939 - mit Rübenkraut und ohne Fett	II. Weltkrieg, Ernährung	15.12.2005	55
Laue, Christoph	Ein williger Vollstrecker?	Neues über das Wirken von Hermann Höpker-Aschoff im Nationalsozialismus	Herford, FDP, Bundesverfassungs-gericht	16.3.2006	56
Botzet, Rolf	Die Fahrrad-Passierscheine des Schülers Lienemann	Warum ein Schweningdorfer für seinen Weg zur Bänder Oberschule in einem Jahr drei verschiedene Dokumente benötigte	2. Weltkrieg, Nachkriegszeit	14.12.2006	59
Botzet, Rolf	Roggenstroh hält Füße warm	Mailänder's Pantoffeln, ein Nachkriegsprodukt aus Rödinghausen	Notwirtschaft, 2. Weltkrieg	14.12.2006	59
Kassebaum, Siegfried	Der rote Matrose aus Obernbeck	Wie Josef Lemke in den Kreis Herford kam und zum Widerstandskämpfer wurde	Nationalsozialismus, Kommunismus, Löhne	14.6.2007	61
Laue, Christoph	Heute: Exitus	Albert E. und Johanne P. - zwei Opfer der Euthanasie aus Herford	Nationalsozialismus	14.6.2007	61
Laue, Christoph	Von Nachbarn denunziert	Wie Hermann Deppe zum Schutzhäftling wurde - und an der Ostfront verschwand	Nationalsozialismus	13.3.2008	64
Best, Werner	Die Trümmer der ME 109 sind zurück	Vom Sonnenbrink über den Niederrhein ins Museum	Flugzeug, 2. Weltkrieg, Archäologie	19.6.2008	65
Braun, Hartmut	Zeigen, wohin Fremdenhass führt	Im HF-Interview: Helga Kohne, Christoph Laue, Michael Oldemeier	HF Spezial zur Ausstellung Zwangsarbeit im Raum Herford	17.9.2009	70
Kohne, Helga	20 Reichspfennige für einen Tag Arbeit	Sowjetische Kriegsgefangene in Herford: Der Hunger war das größte Problem	HF Spezial zur Ausstellung Zwangsarbeit im Raum Herford	17.9.2009	70

Kohne, Helga	Efim Gorgols Weg in den Tod	Vom Bauernhaus in Lippinghausen zum Stausee-Bau ins Sauerland / Auf der Flucht erschossen	HF Spezial zur Ausstellung Zwangsarbeit im Raum Herford	17.9.2009	70
Kohne, Helga	Anna Galschenko hat sich erhängt	Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft - das Beispiel der Landgemeinde Schwarzenmoor	HF Spezial zur Ausstellung Zwangsarbeit im Raum Herford	17.9.2009	70
Kohne, Helga	Antonia flieht und kommt ins KZ	Im Viehwaggon nach Deutschland / Von der Gestapo aufgegriffen /1994 erzählt sie Ihre Geschichte	HF Spezial zur Ausstellung Zwangsarbeit im Raum Herford	17.9.2009	70
Kohne, Helga	Todesstrafen für die Herren aus Sundern	1944 wird eine für die Kriegsproduktion wichtige Fabrik von Polen in den Kreis Herford verlegt, Die Lohmann-Urteile	HF Spezial zur Ausstellung Zwangsarbeit im Raum Herford	17.9.2009	70
Laue, Christoph	Jeder hat sie gesehen	Über 3.000 Zwangsverschleppte arbeiteten im Raum Herford	HF Spezial zur Ausstellung Zwangsarbeit im Raum Herford	17.9.2009	70
Laue, Christoph	Zwangsarbeit in Herford		HF Spezial zur Ausstellung Zwangsarbeit im Raum Herford	17.9.2009	70
Laue, Christoph	Die Vernehmung	Klawdia Minajewa wird geschwängert und sitzt deswegen acht Wochen im Polizeigefängnis Zellentrakt	HF Spezial zur Ausstellung Zwangsarbeit im Raum Herford	17.9.2009	70
Oldemeier, Michael	Rassisch minderwertig? - Dem Deutschtum zu erhalten?	Schwangerschaften, Zwangsabtreibungen, Geburten und Kinderschicksale / Amtsarzt Dr. Angenete über die Lagerzustände	HF Spezial zur Ausstellung Zwangsarbeit im Raum Herford	17.9.2009	70
Laue, Christoph	Der Präsentkorb	Wie die Stadt Herford im Kriegswinter 1942/43 ihren ersten Ritterkreuzträger [Wilhelm Bredemeier] ehrte		17.12.2009	71
Laue, Christoph	Wilhelm Isemann und seine Drogerie	Eine Herforder Kaufmannsgeschichte aus dem 2. Weltkrieg	Zweiter Weltkrieg, Nachkriegszeit	13.6.2013	85
Möller, Eckhard	Panzer rollen am Stöhnebrink	Kriegsende auf dem Land bei Herford: Wie die Amerikaner Ostermontag 1945 Diebrock eroberten	Zweiter Weltkrieg, Zeitzeuge	18.12.2014	91

2) Aufsätze zum Thema im Historischen Jahrbuch für den Kreis Herford (HJB) und der Freien und Hansestadt Herford (FHH), beziehbar über das Kommunalarchiv Herford

AutorIn	Titel des Aufsatzes	Jahr	Jahrbuch /HJB-Band	FHH Band	Seiten
Heyne, Anna	Das staatliche Oberlyzeum in den Jahren 1928 bis 1943	1985		FHH 3	115 - 120
Vossen, Johannes	Die Gesundheitsämter im Kreis Herford während der NS-Zeit. Teil 1: Die Durchsetzung der "Erb- und Rassenpflege"	1993	1		89 - 118
Vossen, Johannes	Die Gesundheitsämter im Kreis Herford während der NS-Zeit. Teil 2: Gesundheitsfürsorge und Rassenhygiene	1994	2		155 - 184
Knippschild, Dieter	Das kurze Leben der Irena Skibinska. Ein Zwangsarbeiterinnenschicksal	1994	2		185 - 193
Schlüter, Jochen/ Lange, Karl-Heinz	Wir werden nun mal nicht verstanden. Schicksale von Zeugen Jehovas im Raum Herford 1933 bis 1945	1998	6		115 - 132
Vossen, Johannes	Das Unrecht als Amtshandlung. Quellen zur nationalsozialistischen "Erb- und Rassenpflege" im Kreis Herford	1998	6		181 - 192
Schlüter, Jochen	"Dank Gottes Kraft blieb ich standhaft..." Walter Möller, ein Wehrdienstverweigerer im "Dritten Reich" und der "Normalfall" Todesstrafe	2004	11		166 - 191
Sievers, Gerd	Anmerkungen zu dem Buch von Jörg Friedrich, Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940 - 1945	2004	11		201 - 203
Darnauer, Harald	„Der schaurigste Prozess, der je in Bielefeld verhandelt wurde ...“ Der Strafprozess gegen den Bündler SS-Mann Heinrich Klaustermeyer vor dem Landgericht Bielefeld 1964/65	2009	16		221 - 251
Best, Werner	„Und dann gab es ein Rauschen, ein dumpfer Aufschlag, man sah was runterkommen“, Die abgeschossene Messerschmitt Bf 109 von Enger-Pödinghausen	2010	17		118 - 126